G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Wahlalternative 1969?

Prof. Dr. Helmut Ridder
Notstandsstaat oder soziale Demokratie?

Rainer Rilling
Zur antigewerkschaftlichen Ideologie der NPD

Karl D. Bredthauer
Computer und Angestellte

Peter Schütt
Demokratische Bewegung an der Universität Hamburg

Friedhelm Baukloh
Politische Richtlinien für deutsche Katholiken

Einzelheft 3,– DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

April 4 1968

XIII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats März 1968 319

Kommentare und Berichte

Die SPD nach Nürnberg (Horst Heiden) 322
Zur neuen Studie der EKiD (Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D. D.) 327
KPD-Programm (Wulf D. Hund) 329
Zur Krise des Dollars (Matthias Frank) 333

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Wahlalternative 1969? 339

Prof. Dr. Helmut Ridder
Notstandsstaat oder soziale Demokratie? 344

Rainer Rilling
Zur antigewerkschaftlichen Ideologie der NPD 348

Karl D. Bredthauer
Computer und Angestellte. Ergebnisse und Kritik der 3. internationalen Automationskonferenz der IG Metall vom 3.—8. März 1968 in Oberhausen 363

Peter Schütt
Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68 380

Prof. Dr. Erich Poppe und Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Halle/Saale
Zum Entwurf einer sozialistischen Verfassung für die DDR 390

Friedhelm Baukloh
Politische Richtlinien für deutsche Katholiken 400

Bücher

Rüstungskontrolle und Abrüstung (Sammelrezension) (Horst Heiden) 410
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 414

Fernseh-Spalte

Frühschoppen (E. H. Wahl) 416

Die politische Satire

Genosse Trend (Berlin) spricht 417

Aus ausländischen Zeitschriften

Wohin geht der moderne Kapitalismus? 418

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entschließungen der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS 425
Erklärung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" zu den Vorfällen bei der Eröffnung des SPD-Parteitages in Nürnberg 433
Konsultativtreffen der Stockholmer Vietnamkonferenz (Resolution und Aufruf) 433

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIII. Jahrgang | April 1968 | Heft 4

Chronik des Monats März 1968

1. 3. — Bundespräsident. In einer von Rundfunk und Fernsehen verbreiteten „Erklärung in eigener Sache" lehnt es Bundespräsident Heinrich Lübke wiederum ab, die Vorwürfe, er habe durch seine Tätigkeit innerhalb der Baugruppe Schlempp an der Errichtung von Häftlingsbaracken für Konzentrationslager mitgewirkt, durch ein Gericht klären zu lassen.

2. 3. — Oder-Neiße-Grenze. Der „Bensberger Kreis", eine Gruppe deutscher Katholiken, veröffentlicht eine Studie zum deutsch-polnischen Verhältnis. Die Unterzeichner sprechen darin von einer „Haftungspflicht" des deutschen Volkes für einen Krieg, den seine politische Führung „vom Zaun gebrochen und verloren hat", und wenden sich gegen die These von einer „Erblichkeit des Heimatrechts, die manche Politiker vertreten". — Am 9. 3. kritisiert Bundesvertriebenenminister v. Hassel in der „Welt am Sonntag" das Memorandum und lehnt eine „Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" ab.

4.—10. 3. — V D S. Der in München tagende Kongreß des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) fordert in einer Resolution, die mit 199 gegen 87 Stimmen bei 37 Enthaltungen angenommen wird, den Rücktritt von Bundespräsident Lübke. Weitere Resolutionen betreffen den Krieg in Vietnam (es werden der Rückzug der amerikanischen Truppen und die Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam verlangt) sowie die Anerkennung der DDR. Der VDS ruft zu weiterem Widerstand gegen die Notstandsgesetze auf.

5. 3. — Weltkommunismus. Das am 26. Februar begonnene „Konsultativtreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien" in Budapest faßt den Beschluß, für November/Dezember 1968 eine kommunistische Weltkonferenz einzuberufen und zur Vorbereitung einen besonderen Ausschuß einzusetzen. In einer „Solidaritätsbotschaft an das Volk von Vietnam" wird der nordvietnamesischen Regierung und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams „alle notwendige Unterstützung" zugesagt. Die Delegation der KP Rumäniens hatte einen Disput mit der syrischen KP zum Anlaß genommen, das Konsultativtreffen am 29. 2. vorzeitig zu verlassen.

6.—7. 3. — Warschauer Pakt. Die Partei- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten treten überraschend zu einem Mei-

nungsaustausch in der bulgarischen Hauptstadt Sofia zusammen, an dem auch die militärischen Befehlshaber des gemeinsamen Oberkommandos teilnehmen. Als wichtigste Themen nennt ein Kommuniqué die Lage in Vietnam und die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Eine besondere Erklärung über den geplanten Kernwaffensperrvertrag wird von Rumänien nicht unterzeichnet. — Am 23. 3. konferieren die führenden Politiker der Paktländer (mit Ausnahme Rumäniens) in Dresden.

7. 3. — Abrüstung. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion legen in Genf einen Entwurf zur Ergänzung des geplanten Kernwaffensperrvertrages vor. Der Text, der dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zugeleitet werden soll, formuliert bestimmte Verpflichtungen der Atommächte gegenüber den Nichtatommächten im Falle einer „Aggression mit Kernwaffen" oder der „Androhung einer solchen Aggression gegen einen Staat, der über keine Kernwaffen verfügt". Derartige Sicherheitsgarantien waren in den letzten Monaten von verschiedenen blockfreien Staaten gefordert worden. — Am 8. 3. überreicht Botschafter Schnippenkötter den Teilnehmern der Genfer Konferenz ein Memorandum der Bundesregierung. — Am 11. 3. bringen die Chefdelegierten der USA und der Sowjetunion eine neue revidierte Fassung für einen Kernwaffensperrvertrag ein. — Am 14. 3. vertagt sich die Konferenz und übermittelt einen Bericht an die Vollversammlung der Vereinten Nationen.

10. 3. — Vietnam. Die amerikanischen Zeitungen „New York Times" und „Washington Post" berichten übereinstimmend, General Westmoreland habe Präsident Johnson um die Entsendung von weiteren 206 000 Mann nach Südvietnam ersucht; die Stärke der bisher dort stationierten US-Streitkräfte beträgt 510 000 Mann.

— NPD. Der Minister des Innern der DDR erläßt eine Anordnung, die mit sofortiger Wirkung allen „Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik, die Mitglieder der neonazistischen ‚NPD' sind oder sich im neonazistischen Sinne betätigen", die Ein- und Durchreise in bzw. durch die DDR, „einschließlich der Durchreise nach und von der selbständigen politischen Einheit Westberlin", untersagt.

11. 3. — Bundestag. Vor dem Bundestag gibt — nach amerikanischem Vorbild — Bundeskanzler Kiesinger erstmalig einen „Bericht über die Lage der Nation". In der voraufgegangenen Fragestunde teilt Staatssekretär v. Hase vom Verteidigungsministerium mit, die Bundesrepublik werde im Rahmen eines NATO-Vertrages in Kürze fünf Schnellboote an Griechenland liefern.

12. 3. — USA. Bei den Primärwahlen zur Nominierung von Präsidentschaftskandidaten im Bundesstaat New Hamshire kommt der demokratische Senator McCarthy, der gegen die Vietnampolitik Präsident Johnsons aufgetreten war, zu einem überraschend hohen Ergebnis. Für ihn werden 42 Prozent der Stimmen abgegeben, das Ergebnis für Johnson liegt mit 49 Prozent nur um 7 Prozent höher. Von den republikanischen Kandidaten ist der frühere Vizepräsident Richard Nixon aussichtsreichster Bewerber. — Am 16. 3. gibt Senator Robert Kennedy in New York bekannt, er werde auf dem demokratischen Parteikonvent gegen Präsident Johnson kandidieren.

— Mauritius. Die bisherige britische Kolonie (1865 qkm — 0,7 Mill. Einw.) konstituiert sich als unabhängige Republik und als 27. Mitglied des Commonwealth. Zwischen Mauritius und Großbritannien wird ein Militärvertrag mit einer Laufzeit von 6 Jahren unterzeichnet.

— DGB. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterbreitet einen Gesetzentwurf über die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung auf weitere 380 Kapitalgesellschaften einer bestimmten Betriebsgröße.

14. 3. — Weltwährung. Der amerikanische Senat hebt im Hinblick auf das wachsende Zahlungsbilanzdefizit der USA mit knapper Mehrheit (39 gegen 37 Stimmen) die bisherige 25prozentige Golddeckung für die im Umlauf befindlichen Banknoten auf. Nachdem es in den voraufgegangenen Tagen zu spektakulären Goldkäufen gekommen war, beschließt die britische Regierung in der Nacht vom 14. auf den 15. 3., den Londoner Goldmarkt zunächst zu schließen. Mit Ausnahme der Pariser Börse folgen die europäischen Bankplätze diesem Schritt und schränken die Transaktionen mit Gold ein. — Am 16.—17. 3. tagen in Washington die Notenbankpräsidenten der

Länder des sogenannten Goldpools. Frankreich beteiligt sich nicht an den Beratungen. Es wird vereinbart, die bisherige Parität von 35 Dollar je Unze Feingold nur noch für die Transaktionen zwischen den Zentralbanken anzuwenden.

15. 3. — Großbritannien. Außenminister Brown demissioniert und kritisiert in seinem Rücktrittsschreiben „die Art und Weise" der Regierungsführung durch Premierminister Wilson. Zum Nachfolger wird Michael Stewart ernannt. — Am 19. 3. erläutert Schatzkanzler Jenkins vor dem Unterhaus das neue Jahresbudget, das Steuererhöhungen und Maßnahmen zur Einkommensbeschränkung vorsieht. — Am 28. 3. verliert die Labour Party bei Nachwahlen drei ihrer bisherigen Sitze im Parlament.

18.—21. 3. — SPD. Mit innen- und außenpolitischen Fragen und mit der Opposition gegen die Große Koalition innerhalb der SPD beschäftigt sich der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg. In seinem Grundsatzreferat spricht der Parteivorsitzende Brandt u. a. von einer vorläufigen „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zu einer friedensvertraglichen Regelung". Der Parteitag hebt die gegen die beiden Westberliner Stadträte Ristock und Beck wegen ihrer Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration verhängten Ausschlüsse bis zur Abhaltung eines Schiedsgerichtsverfahrens auf. Zum Vorsitzenden wird wiederum Willy Brandt, zu seinen Stellvertretern werden Herbert Wehner und Helmut Schmidt gewählt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, erhält nicht die notwendige Mehrheit für einen Sitz in Parteivorstand.

22. 3. — Tschechoslowakei. Nach langen, zum Teil heftig geführten Diskussionen in der Öffentlichkeit über die Umbesetzung von Partei- und Regierungsämtern tritt Staatspräsident Novotny von seinem Amt zurück. Vor ihm hatten u. a. schon Innenminister Kudrna und Generalstaatsanwalt Bartuska ihre Demission eingereicht. Über weitere Änderungen in der künftigen Innenpolitik, die Aufgaben des Parlaments und die Wirtschaftsreform debattiert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auf einer Plenartagung, die am 28. 3. beginnt. Am 30. 3. wählt die Nationalversammlung in geheimer Abstimmung mit 282 Stimmen bei 6 Enthaltungen den früheren Armeegeneral Ludvik Svoboda zum neuen Staatsoberhaupt.

24. 3. — Panama. Die Nationalversammlung spricht Staatspräsident Marco Robles ihr Mißtrauen aus und enthebt ihn seines Postens. Präsident Robles weigert sich jedoch, seinen Amtssitz zu verlassen, und mobilisiert die Nationalgarde.

25. 3. — Ungarn / Frankreich. Ministerpräsident Fock und Außenminister Peter treffen zu einem offiziellen Besuch in Paris ein, um mit Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou und Außenminister Couve de Murville politische Gespräche zu führen. Im Verlauf einer Pressekonferenz antwortet Fock am 29. 3. auf eine entsprechende Frage: „Ich glaube, an dem Tag, an dem die Bundesrepublik sich bereit erklären würde, die Existenz der DDR und die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, wären wir bereit, diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik anzuknüpfen."

26. 3. — Welthandel. Die bisher größte Welthandelskonferenz geht mit der Annahme einer Reihe von Empfehlungen in New Delhi zu Ende. Im Vordergrund der achtwöchigen Diskussionen stand die Forderung der Entwicklungsländer nach vermehrter wirtschaftlicher Hilfe und nach günstigen Rohstoffpreisen und Präferenzen für den Warenaustausch mit den Industrieländern.

27. 3. — KPD. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärt in Bonn, das Kabinett unterstütze die Ansicht von Bundesinnenminister Lücke und werde im Einvernehmen mit den Ländern für eine strikte Einhaltung des Verbots der Kommunistischen Partei sorgen.

31. 3. — Belgien. Die vorzeitig angesetzten Parlamentswahlen bringen den bisherigen Koalitionsparteien (Christlich-Soziale und Liberale) und den Sozialisten Stimmenverluste, den im Sprachenstreit besonders engagierten Gruppen der Flamen und Wallonen dagegen Stimmengewinne. Zusammensetzung der neuen Kammer: Christlich-Soziale 69, Sozialisten 59, Liberale 47, Flämische Volksunion 20, Wallonische Bewegung 12, Kommunisten 5 Sitze.

Kommentare und Berichte

Die SPD nach Nürnberg

In einer Rückschau auf den Nürnberger SPD-Parteitag erläuterte Helmut Schmidt, einer der Stellvertreter Brandts im Parteivorsitz, dem „Vorwärts" (28. 3. 1968), warum sich die Parteispitze den Eintritt in die Große Koalition nachträglich habe bestätigen lassen. Schmidt: „Diese Beschlüsse bedeuten das Ende der Diskussion, und nach guter sozialdemokratischer Tradition folgt auf die Vielfalt der Diskussion die Einheit der Aktion." Möglicherweise hätte Schmidt besser daran getan, im Konjunktiv zu formulieren. Es ist keineswegs sicher, daß das Votum einer äußerst knappen Parteitagsmajorität für den Eintritt in die Regierung mit den Unionsparteien das Ende der Diskussion innerhalb der SPD über diese Frage bringt. Völlige Gewißheit jedoch besteht darüber, daß sich die Parteispitze nichts sehnlicher als eben dieses Ende der innerparteilichen Auseinandersetzung wünscht. Sie hat in Nürnberg nicht unbeträchtliche Risiken auf sich genommen, um eine Reihe von Beschlüssen durchzusetzen, die sie zur Bekämpfung oder doch wenigstens zur Nichtbeachtung der Linksopposition in der Partei legitimieren sollen. Der versierte Taktiker Schmidt wird wissen, daß er mit der schönen Phrase von der „Einheit der Aktion" angesichts der politischen Realitäten nach den Sternen gegriffen hat; ihm, Wehner und Brandt aber würde es wohl schon genügen, wenn die Gegner der Großen Koalition in die Passivität gedrängt werden könnten. In der Folgezeit wird die Parteispitze nicht versäumen, mit Hinweis auf Nürnberg die Unterordnung des Funktionärsapparats und der Mitgliedschaft unter die von dem Regierungsbündnis mit den Unionsparteien gesetzten politischen Prioritäten zu fordern. Sie hätte damit leichtes Spiel, wenn es ihr gelänge, die Partei auf jenes taktische Konzept einzuschwören, das sich auf eine für die SPD günstigere Machtverteilung im Rahmen der Großen Koalition konzentriert und beschränkt. Sie müßte scheitern, wenn sich innerhalb der Sozialdemokratie jene Kräfte durchsetzten, die diesen Pseudoaktivismus ablehnen und statt dessen die gesellschaftspolitische Funktion der Partei in der progressiven Lösung sozialer Konflikte und materieller politischer Probleme sehen. Eine objektive Beurteilung des Nürnberger Parteitages der SPD wird sich an der politischen Substanz jener Beschlüsse zu orientieren haben, die den gesellschaftspolitischen Standort der Partei deutlich werden lassen. Im innenpolitischen Bereich stehen dabei die Fragen des Notstandsrechts, der Manipulation des Wahlrechts und der qualifizierten Mitbestimmung im Vordergrund. Die Ergebnisse des Parteitages zeigen hier ein heterogenes Bild. Nach einer mehrstündigen Debatte zur Notstandsfrage siegten Ministermannschaft und Parteiführung; gegen 87 Stimmen erwirkten sie einen Beschluß, der ihnen freie Hand läßt, zusammen mit den Unionsparteien einem Gesetz zuzustimmen, das im wesentlichen dem derzeitigen Regierungsentwurf für die Notstandsverfassung entspricht. Der sogenannte Grundsatzkatalog, den zu beachten der SPD-Bundestagsfraktion vom Parteitag aufgetragen wurde, bringt keine einschneidenden Änderungen gegenüber dem mit der CDU/CSU bereits ausgehandelten Kompromiß. Damit ist die SPD — entgegen dem eindringlichen Appell des DGB an den Parteitag — endgültig aus der Front der Kräfte ausgeschieden, die eine Verabschiedung der Notstandsgesetze aus grundsätzlichen demokratischen Erwägungen verhindern wollen. Weniger

günstig für die Parteispitze gestalteten sich die Entscheidungen des Parteitages in Sachen Wahlrecht und Mitbestimmung. Die SPD-Bundestagsfraktion wurde aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung der Montanindustrie auf die Großbetriebe der übrigen Wirtschaft einzubringen. Mit dem Beschluß, vor einer Änderung des Wahlrechts müsse ein ordentlicher SPD-Parteitag diese Frage beraten, wurde eine Wahlrechtsreform noch in dieser Legislaturperiode zumindest außerordentlich erschwert — wenngleich nicht völlig ausgeschlossen werden kann, daß durch eine Vorverlegung des für 1970 geplanten Parteitages noch Manipulationen des Zeitplanes möglich sind.

Es sind in den Tagen und Wochen nach dem Parteitag weitschweifige Spekulationen darüber angestellt worden, welche tatsächliche praktische Bedeutung den Beschlüssen zur Mitbestimmung und zur Wahlrechtsreform zukomme. Natürlich wird man nicht übersehen können, daß eine halbherzige gesetzgeberische Initiative der SPD-Fraktion zur Mitbestimmung, vor der Wirtschaftsminister Schiller und sein Staatssekretär Arndt unter Hinweis auf die angeblichen Prioritäten konjunkturellen Wohlverhaltens glaubten warnen zu müssen, am harten Nein der CDU/CSU scheitern muß. Auch wäre es wenig realistisch, ignorieren zu wollen, daß Wehner und Schmidt allein schon das Versäumnis des Parteitages, die Beibehaltung des Verhältniswahlrechtes nicht grundsätzlich gefordert zu haben, als bedeutenden Erfolg buchen. Dieses Versäumnis eröffnet ihnen die Möglichkeit, Manipulationen der Wahlgesetzgebung — etwa nach dem Schema der Vierer-Wahlkreise — vorzubereiten, die im Prinzip der Wirkungsweise des Mehrheitswahlrechts entsprächen: garantiert wäre die Ausschaltung kleinerer Parteien aus dem parlamentarisch-politischen Raum bei gleichzeitiger Entschärfung der von der SPD gefürchteten harten Konsequenzen des reinen Mehrheitswahlrechts auf die Größe ihrer Fraktion.

Trotz all dieser Überlegungen, die von den offenkundigen Versuchen der SPD-Spitze ausgehen, bestimmte Resultate des Parteitages politisch auszuhöhlen und propagandistisch abzuwerten, läßt sich die Auffassung fundieren, daß in Nürnberg von einer starken Gruppierung der Versuch unternommen wurde, die so oft apostrophierte Profilierung der Partei nun endlich auch im politischen Entscheidungsraum durchzusetzen. Daß es sich dabei noch um eine äußerst instabile Gruppe handelt, deren reales politisches Gewicht darunter leidet, daß ein großer Teil ihrer Anhänger von Fall zu Fall schwankte und bei bestimmten Entscheidungen zu anderen Flügeln des Parteitages fluktuierte, ist an den oft höchst widersprüchlichen Abstimmungsergebnissen zu Sachfragen und bei der Wahl des Vorstandes abzulesen. Diese Schwäche ist sicher nicht allein mit organisatorischen Methoden zu überwinden. Sie resultiert vor allem aus dem Fehlen einer klaren theoretischen Analyse der Gesellschaft und des Standorts der SPD in ihr. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Nichtexistenz eines umfassenden Konzepts für die Demokratisierung der SPD und der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Dieser Mangel an analytischer Klarheit und einem homogenen politischen Konzept wurde am stärksten in der Diskrepanz deutlich, die daran besteht, daß auf der einen Seite die Manipulation des Wahlrechts von der Mehrheit abgelehnt und eine qualifizierte Mitbestimmung gefordert, andererseits aber durch eine beträchtliche Majorität des Parteitages die Notstandsgesetzgebung bejaht wurde. Hier ist von einer großen Zahl durchaus oppositionell gestimmter Delegierter offenkundig nicht erkannt worden, daß zwischen diesen drei Problemkreisen eine sachliche und gesellschaftliche Interdepen-

denz besteht, die nicht hätte mißachtet werden dürfen. Denn es ist ein Widerspruch, das Machtmonopol der herrschenden Schichten durch Mitbestimmung brechen und der Versteinerung der politischen Strukturen durch die Ablehnung der Wahlrechtsmanipulation begegnen zu wollen, gleichzeitig aber durch eine grundsätzliche Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung gerade diese bestehenden Machtapparaturen zu perfektionieren und gegen demokratische Umgestaltung abzusichern. Es läßt sich unschwer voraussagen, daß dieser Notstandsbeschluß des Parteitages die Entschließungen in der Mitbestimmungs- und Wahlrechtsfrage nicht nur theoretisch, sondern auch in ihrer praktisch-politischen Bedeutung abwerten wird. Das Instrumentarium des Notstandsrechts gibt den herrschenden Kreisen Vollmachten in die Hand, mit denen sie die Verwirklichung alternativer gesellschaftspolitischer Vorstellungen notfalls mit Gewalt unterdrükken können.

Die linke — und das heißt bis zu einem gewissen Grade noch an sozialistischen Zielvorstellungen orientierte — Opposition auf dem Nürnberger Parteitag ist an der Aufgabe gescheitert, den Delegierten, der SPD-Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft einen neuen, demokratischen Inhalt der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft erfordern. Die Bundesrepublik braucht eine politische Führung, die nicht den größten Teil ihrer Energie auf das Zustandebringen bürokratischer Scheinlösungen verwendet, die weder die sozialen Konflikte lösen noch jenen „Schritt ins nächste Jahrzehnt" vorbereiten können, von dem die „Sozialdemokratischen Perspektiven" schwärmen. Das klarmachen zu wollen — und an ehrlichen Versuchen in dieser Richtung hat es in Nürnberg wahrlich nicht gefehlt — verlangt jedoch die kompromißlose und offene Absage an das Konzept von der sozialdemokratischen Volkspartei, die allen Klassen und Schichten — vom Industriearbeiter, dessen Arbeitsplatz von den Auswirkungen der Automation bedroht ist, bis zum Großindustriellen, der in der Mitbestimmungsforderung die Bedrohung seiner Privilegien sieht — attraktiv, wählbar und regierungsfähig erscheinen möchte. Diese Konsequenz ist in Nürnberg nicht ernsthaft genug diskutiert worden. Neben taktisch motivierten Hemmungen ist auch dafür das Fehlen einer klaren theoretischen Analyse entscheidend gewesen. Zahlreiche Oppositionelle in der SPD übersehen offenbar, daß sich die Partei in dem Maße, wie sie die vermeintlichen Interessen des „ganzen Volkes" zu den ihren macht, immer stärker in den Staats- und Machtapparat integriert, der die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse lediglich reflektiert, ohne sie beherrschen und verändern zu können.

Die Identifizierung der SPD mit dem „Ganzen", dem Bestehenden also, fand ihren drastischen Ausdruck in der Bildung des Regierungsbündnisses, mit den Unionsparteien. Dies war die Krönung eines Prozesses, der mit der Wandlung der Sozialdemokratie zur Volkspartei vor vielen Jahren begonnen hatte; die Bejahung der Wehrgesetzänderung des Grundgesetzes, das auf spezifisch sozialistische Programmatik weitgehend verzichtende Godesberger Programm und Wehners Verkündung einer gemeinsamen Außenpolitik mit der Union markierten wichtige Etappen dieser Entwicklung. Dieser Prozeß der Adaptation — die hier nicht als bloße Anpassung definiert werden soll, sondern durchaus die Absicht einschließt, durch generelle Unterordnung bestimmte Einzelfragen im Sinne eigener Vorstellungen lösen zu können — führte zwangsläufig zur Bewegungsunfähigkeit der SPD in allen grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen. Delegierte und Mitglieder, denen die Ministermannschaft in Nürnberg einreden wollte, sie drücke der politischen

Aktivität der Großen Koalition ein sozialdemokratisches Signum auf, müssen im politischen Alltag der Bundesrepublik jedoch erfahren, daß keine der großen Aufgaben, die Wehner als Begründung für den Eintritt der Partei in die Große Koalition gedient hatten, gelöst oder einer Lösung auch nur entscheidend näher gebracht wurde. Die Verschuldung der öffentlichen Hand und die Gemeindefinanzreform, die Strukturkrisen bei Kohle, Stahl und in der Landwirtschaft, die Bildungsreform und die soziale Problematik der modernen technologischen Entwicklung, aber auch die notwendige Neuorientierung der Ostpolitik und die Ausarbeitung einer eigenen Bonner „Friedensstrategie" — all diese Ziele scheitern am Immobilismus der Großen Koalition, die damit beschäftigt ist, ihr Unvermögen zu materiellen und progressiven Problemlösungen durch Scheinaktivitäten zu kaschieren und ihr Machtmonopol gegen Außenseiter abzusichern. Nur auf diesem Sektor, der sich mit den Interessen der Unionsparteien und der SPD-Spitze deckt und gemeinhin als Festigung der demokratischen Ordnung umschrieben wird, sind die einzigen greifbaren Ergebnisse in Sicht: die Notstandsgesetzgebung und die grundsätzliche Einigung der Führungsgremien über die Notwendigkeit einer die Machtstrukturen verhärtenden Wahlrechtsmanipulation. Die eindeutig restaurative Zielrichtung gerade dieser Maßnahmen, die nur der Festigung des Apparates, in keiner Weise aber der Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben dienen, kennzeichnet die verhängnisvolle Rolle dieses Regierungsbündnisses.

Die SPD-Führung war in Nürnberg sehr darum bemüht, Delegierte, Mitglieder und Öffentlichkeit nicht zum Verständnis dieser fatalen Situation kommen zu lassen. Sie leistete Erstaunliches, wenn es ihr darum ging, unzufriedene oder oppositionell eingestimmte Genossen von der behaupteten Unentbehrlichkeit und der reformerischen Initiative ihrer Minister in der Bundesregierung zu überzeugen. Brandts Erklärungen zur Oder-Neiße-Frage, Helmut Schmidts Vorschlag über den Austausch von Generalbevollmächtigten zwischen Bonn und Ostberlin, die Befürwortung des Atomwaffensperrvertrags gehören in diesen Zusammenhang. Kiesinger, Heck, Barzel und andere führende Unionspolitiker haben darauf mit Gelassenheit reagiert, weil sie die auf innerparteiliche Beschwichtigung abzielende Funktion dieser Erklärungen erkannten und goutierten. Innenminister Lücke, der weniger gute Nerven hatte und die Wahlrechtsentscheidung des Parteitages zum Anlaß seines auf Raten vollzogenen Rücktritts nahm, mußte sich von seinen eigenen Parteifreunden naives politisches Verhalten vorwerfen lassen. Diese Leute waren sich mit Kiesinger darin einig, daß es keinen Grund gibt, die Wahlrechtsfrage zur Schicksalsfrage der Großen Koalition hochzuspielen, solange sie der prinzipiellen Treue der SPD-Minister zu den Koalitionsvereinbarungen sicher sein können, zu jenen Absprachen also, in die sich nach Wehners eigenem Zeugnis sowohl Brandts Erklärungen zur Grenzfrage als auch die für die Vorstandstaktiker offenbar sehr ausdeutungsfähige Wahlrechtsentschließung einordnen lassen. Wehner erklärte nach Lückes Rücktritt, das „Menschenmögliche" versucht zu haben, um den Minister im Amt zu halten. Diese definsive Attitude läßt ahnen, daß er seinem Nachfolger noch weniger Schwierigkeiten machen wird.

Es besteht also kein Grund, gewisse verbale Konzessionen des Vorstandes, die von der oppositionellen Grundstimmung des Nürnberger Parteitages erzwungen wurden, als substantielle politische Erfolge der Linken oder gar als Beginn einer Neuorientierung der SPD auszudeuten. Man darf auch nicht übersehen, daß ein Teil der Unruhe unter den Delegierten nicht so sehr aus ihrer

eigenen Einschätzung der Lage des Staates und ihrer Partei resultierte, sondern eine Reaktion auf politische Aktivitäten im außerparlamentarischen Raum war. Trotz aller Versuche der rhetorischen Bewältigung dieses Phänomens, die insbesondere vom Nachwuchs im Führungsapparat der SPD absolviert wurden, blieb der Eindruck tiefer Verständnislosigkeit gegenüber den gesellschaftspolitischen Antrieben und Zielen gerade der sozialistisch profilierten außerparlamentarischen Opposition haften. Wenngleich die Mehrheit der Delegierten die Westberliner Methode, sozialistische Opposition in den eigenen Reihen durch Ausschlußverfahren zu eliminieren, keineswegs billigte, so herrschte dennoch die Tendenz vor, die Rückbesinnung auf sozialistische Alternativvorstellungen zu unterdrükken, weil sie geeignet sind, das Image von der Volkspartei zu zerstören. Bleibt es bei diesem Mißverständnis der eigenen Funktion in diesem Staate, dann wird die Sozialdemokratische Partei vollends zu einer Organisation werden, die ihren Frieden mit dem politischen Status quo der Bundesrepublik gemacht hat und als potentielle Trägerin notwendiger Veränderungen an der Basis und im ideologischen Überbau dieser Gesellschaft ausfällt.

Noch spricht vieles dagegen, daß sich Helmut Schmidts Hoffnung, das Ja einer knappen Parteitagsmehrheit zur Großen Koalition möge das „Ende der Diskussion" innerhalb der SPD bringen, tatsächlich erfüllen wird. Noch gibt es ein einigermaßen lebendiges sozialistisches Element in dieser Partei, das sich nicht allein auf den Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft, sondern in wachsendem Maße auch auf progressive intellektuelle Kreise innerhalb und an der Peripherie der SPD stützen kann. Unverkennbar positiv ist auch der Einfluß einiger Gewerkschaften, die sich in realer Einschätzung der gesellschaftspolitischen Entwicklung um ein Bündnis mit fortschrittlichen Wissenschaftlern aller Disziplinen bemühen, auf die Sozialdemokratie. Den theoretischen Einsichten und politischen Forderungen dieser Kreise muß sich die Linksopposition innerhalb der SPD offenhalten, wenn sie ihr Gewicht gegenüber dem bürokratisierten Führungsapparat verstärken will. Die Bundesrepublik bedarf neuer demokratischer Strukturen, die es möglich machen, die politischen und sozialen Konflikte offen auszutragen. Nur so kann sie einer krisenhaften Entladung der heute unterdrückten Widersprüche entgehen.

Horst Heiden

Zur neuen Studie der EKiD

Kurz nachdem das Memorandum des Bensberger Kreises Kontroversen innerhalb der katholischen Kirche erregt hatte, erschien ein Schriftstück der evangelischen Kirche, das relativ mehr offiziellen Charakter trägt: „Friedensaufgabe der Deutschen", Studie, vorgelegt von der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung, 15 S. Erhältlich bei der Kirchenkanzlei der EKiD, Hannover-Herrenhausen, Herrenhäuser Str. 2 A.

Auf den ersten Blick scheint es eines der üblichen recht sanften und allgemeinen kirchlichen Memoranden zu sein. Rainer Barzel konnte den „hohen moralischen und politischen Rang" loben, und das ist sicher nicht eine Empfehlung, die Aufregendes erwarten läßt. Begründet ist die politische Langeweile, die die Studie ausstrahlt, in der selbstgewählten Begrenzung. Sie möchte „hinreichend konkrete Beiträge leisten, die Vernunft und Gewissen der verantwortlichen Politiker zu treffen vermögen, ohne die Grenzen in die Tagespolitik hinein zu überschreiten" (S. 5). Diese Grenzen scheinen sehr eng zu sein. Höchstens negative Urteile über Maßnahmen, die in der politischen Diskussion stehen, werden gefällt. So sehr die Studie ein geordnetes Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands für nötig hält, wird doch konkret nur festgestellt, daß unter den gegebenen Verhältnissen „ein bloßer Botschafteraustausch lediglich die endgültige Trennung zweier verfeindeter deutscher Staaten völkerrechtlich fixieren (würde) und damit der Sicherung des Friedens nicht dienlich wäre" (S. 15).

Sowohl der Einfluß des Memorandums des Kuratoriums Unteilbares Deutschland wie das übliche Argument gegen eine Anerkennung der DDR sind erkennbar. Von zwei deutschen Staaten redet die Studie nur unter negativem Aspekt. Ebenso wird bezüglich der Oder-Neiße-Grenze eine konkrete Stellungnahme vermieden: „Die Verwirklichung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen in der BRD, in der DDR und in beiden Teilen Berlins sollte nicht durch Auseinandersetzung über Gebiete behindert werden, die zum Deutschen Reich gehörten, heute aber kaum mehr von Menschen deutscher Sprache bewohnt werden" (S. 14). Jeder politisch denkende Mensch kann daraus nur eine Folgerung ziehen: Die gegenwärtige Grenze zwischen Polen und Deutschland ist als endgültig anzuerkennen. Unverständlich ist, warum die Studie es nicht, wie der Bensberger Kreis, mit einfachen Worten klar sagen kann.

Ein einziges Mal begegnet ein „hinreichend konkreter Beitrag", und gerade der ist utopisch: „Ein Neben- und Miteinander der beiden Teile Deutschlands würde erleichtert, wenn in ganz Deutschland die Stimme aller Parteien legal Gehör finden, die gegenwärtig im deutschen Bundestag und in der Volkskammer der DDR vertreten sind. Ohne die Mitwirkung dieser Parteien ist der Weg zur Errichtung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen kaum denkbar" (S. 14). Der Leser muß sich fragen, wie sich die Verfasser dieses „legale Gehör" vorstellen. Sollen im Bundestag die Herren Stoph und Honnecker reden und in der Volkskammer die Herren Strauß und Jaeger — und nach 1969 eventuell Herr von Thadden? Niemand kann annehmen, daß dadurch ein Miteinander beider Teile Deutschlands gefördert würde.

Wenn überhaupt, so ist die Studie in ihrem politischen Inhalt höchstens um eine Nasenlänge dem voraus, was auch in der Großen Koalition gesagt werden kann. Man muß es bedauern, daß z. B. kein Wort über Vietnam gesagt wird, obwohl Abschnitt II „Weltweite Aufgaben" überschrieben ist. Ebenso fehlt in den Ausführungen jeder politische Aspekt über das Verhältnis zur Dritten

Welt. Nicht einmal die soziale Struktur in den lateinamerikanischen Ländern wird erwähnt, zu schweigen von den notwendigen Reformen. Innenpolitisch bleibt die Gefahr der Notstandsgesetze ausgeklammert. Die Angst, durch eine politische Stellungnahme in die Nähe der Regierungspolitik der DDR zu geraten, ist offensichtlich größer als die gegenüber einem parallelen Verdacht der Konformität mit der Bundesregierung.

Dennoch mindern alle diese Mängel nicht die entscheidende Leistung der Studie, die ihr kirchengeschichtlichen Rang verleiht. Seit den 95 Thesen Luthers ist von einer kirchlichen Kammer kein Satz geschrieben worden wie dieser: „(Die Nation) ist keine unabänderliche Schöpfungsordnung, sondern historisch geworden" (S. 8). Er findet sich unter Abschnitt III „Gemeinsame Aufgaben in Europa", der eine nüchterne Bestandsaufnahme der Situation im gespaltenen Europa bietet, die zu dem Ergebnis führt, daß der unabhängige Nationalstaat für uns endgültig überholt ist.

Für die Bedeutung des Satzes ist entscheidend, was in diesem Zusammenhang der Begriff „Nation" bezeichnet. Er wird unmittelbar darauf als „Nationalstaat" interpretiert. Vergegenwärtigen wir uns die Geschichte der protestantischen Kirchen und ihres Verhältnisses zum Staat seit der Reformation, so bedeutet dieser Satz nichts weniger als die Umkehrung einer durch 450 Jahre gültigen theologischen Tradition des Protestantismus. Luther hatte den Gehorsam und die Ehrfurcht gegenüber der Obrigkeit unter das vierte Gebot (Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren) gestellt und damit als Gehorsam gegenüber Gott deklariert. Seither blieb der Staat für den evangelischen Christen unabänderlich eine metaphysische Größe, die praktisch zwischen ihn und Gott trat. Gehorsam gegenüber dem Staat war Gehorsam gegenüber Gott und rechtfertigte notfalls die Übertretung göttlicher Gebote. Diese Tradition wurde selbst von der Bekennenden Kirche nicht durchbrochen, als sie sich gegen staatliche Eingriffe in den Bereich der Kirche wehrte. In der Barmer theologischen Erklärung von 1934 war das Bekenntnis dieser Christen zusammengefaßt. Dort wurde zwar dem totalitären Staat der Kampf angesagt; theologisch blieb man aber betont in den herkömmlichen Bahnen: Der Staat wurde als „Anordnung Gottes" interpretiert, und „die Kirche erkennt in Dank und Ehrfucht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an" ...

Diese theologische Begründung des Staates, die seine Gewaltausübung legitimiert, wird von der Studie ausdrücklich preisgegeben. Damit hat sie das entscheidende Hindernis beseitigt, das bisher jede konkrete politische Stellungnahme der Kirche unmöglich machte. Weil der Staat eine göttliche Ordnung war, blieb Dietrich Bonhoeffers politisches Engagement die Ausnahme und wurde vor 1945 selbst von der Bekennenden Kirche nicht voll gebilligt. Umgekehrt rechtfertigte dieses Verständnis des Staates als einer Größe mit metaphysischer Qualität die Teilnahme an Kriegen. Die Grenze des Gehorsams war für den Christen schwer zu bestimmen. Echtes politisches Engagement des Christen war darum stets ein gefährliches Unternehmen. Die Studie sprengt diese Fessel.

Ist der Staat nunmehr nicht als Schöpfungsordnung zu verstehen, so muß eine andere Kategorie genannt werden, unter der er begriffen werden kann. Sie wird hinter der Aussage sichtbar, daß der Nationalstaat eine „historisch, politisch und gesellschaftlich" bestehende Realität ist (S. 8), ein „Ordnungsfaktor", der von Menschen aus Vernunftgründen geschaffen wurde. Damit ist keine theologische Kategorie genannt. Was theologisch damit aber gesagt ist, wird in Abschnitt I „Kirchlicher Auftrag" formuliert: „In diesem Rahmen

(der Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt) muß sich auch der kirchliche Beitrag bewegen. Dabei ist sich die Kirche bewußt, daß es keinen in ihrer Macht stehenden Sonderweg zum Frieden und zur Lösung politischer Streitfragen gibt. Auch das kirchliche Wort zu politischen Aufgaben muß die Instrumente und Bedingungen politischen Handelns berücksichtigen. Doch kommt es darauf an, als die Motive öffentlicher Mitverantwortung der Kirche den Dienst am Menschen in Liebe und Versöhnung erkennbar zu machen . . ." (S. 4 f).

Stellt die Studie zunächst fest, daß die Theologie keine politischen Rezepte liefern kann, so wehrt sie im gleichen Atemzuge den Irrtum ab, politische Entscheidungen fielen jenseits ethischer Beurteilung. In diesem Zusammenhang wird mit dem Maßstab für politische Entscheidung zugleich die Kategorie genannt, unter der der Staat verstanden wird: Dienst am Menschen. Das bedeutet theologisch, daß der Staat unter dem Gebot der Nächstenliebe steht. Die jeweilige Ordnung des Staates ist daran zu messen, ob durch sie diese Nächstenliebe ausgeübt wird. Und ebenso ist jeder Christ grundsätzlich unabhängig gegenüber den staatlichen Anordnungen, die er daran zu prüfen hat, ob durch ihre Befolgung oder durch Widerstand gegen sie dem Nächsten Liebe erwiesen wird. In jedem Fall hat der Staat den Charakter eines letzten Wertes verloren und wird in dienender Funktion gesehen.

Diese nüchterne säkularisierte Einschätzung des Staates als eines „lebendigen Gemeinwesens" (S. 8) kommt unausgesprochen in der ganzen Anlage der Studie zum Ausdruck. Sie könnte, abgesehen vom ersten Abschnitt, von jedem anderen politischen Gremium verfaßt worden sein. Es fehlen theologische Erwägungen und fromme Wendungen, die in anderen kirchlichen Worten manchmal nur die Abwesenheit konkreter politischer Entscheidungen bemänteln. So wird der Friede ausdrücklich als „Abwesenheit von Krieg" (S. 6) bezeichnet, und die Friedenssicherung wird als gemeinsame Aufgabe der politischen Gemeinschaften bezeichnet (S. 7). Das Aufkommen des Nationalsozialismus wird politisch erklärt und nicht als unabwendbares metaphysisches Unheil (S. 11).

Die genannten Mängel der Studie zeigen allerdings, daß die gewonnene Erkenntnis mehr theoretisch erfaßt als konkret praktiziert wurde. Es hätte sich eigentlich aus dieser Erkenntnis ergeben müssen, daß die selbstgesetzte Grenze ebenfalls durchbrochen wird. Ist der Staat und sein Handeln unter dem Gebot der Nächstenliebe zu beurteilen, dann kann auch konkret beurteilt werden, welche Maßnahme dem Nächsten dient. Es bleibt also abzuwarten, welche Folgerungen sich für die Kirche konkret aus der Studie ergeben. Wird sie akzeptiert, so müßte sich einiges ändern — sowohl im Verhältnis zwischen Kirche und Staat wie innerhalb der Kirche selbst.

Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D. D.

KPD-Programm

Unter dem Eindruck der zunehmend autoritären Regierungspraktiken in diesem Lande, der wachsenden Kraft einer außerparlamentarischen Oppositionsbewegung auf der anderen Seite hat die Diskussion des KPD-Verbots in den letzten Monaten offensichtlich an Aktualität und Breitenwirkung gewonnen. Nachdem die Kommunisten nun den Entwurf eines neuen Parteiprogramms vorgelegt haben, ist ein vielstrapaziertes Argument hinfällig geworden, mit dessen Hilfe Regierungspolitiker sich bisher einer Stel-

lungnahme zur Relegalisierung der KPD entzogen hatten: man müsse zunächst verbindliche Aussagen der KPD über ihre Ziele abwarten, erst dann sei ein Urteil über die heutige Verfassungsmäßigkeit der Partei möglich.

Wie ernstgemeint diese Diskussionsbereitschaft ist, das zeigte Bonn nun, als es beim Wort genommen wurde. Die Frankfurter Pressekonferenz, auf der die KPD den Programmentwurf der Öffentlichkeit vorlegen wollte, wurde mit Polizeigewalt gesprengt, die zur Diskussion erschienenen Kommunisten verhaftet; in einer bundesweiten Razzia beschlagnahmte man alles, was nur Teile des Programms zitiert hatte.

Warum dieser nervöse Eifer? Wer muß vor der Kenntnis eines Programms geschützt werden, in dem selbst das gewiß nicht zimperliche Lücke-Ministerium bisher keine verfassungsfeindlichen Aussagen entdecken konnte? Die Regierung wird es wissen. Die offensichtliche Verfassungstreue der KPD-Programmatik läßt dem Notstandsminister (dessen Einstellung zum Grundgesetz aus Notstands- und Wahlrechtswünschen sattsam bekannt ist) anscheinend nur noch die entlarvende Ausflucht, Verfassungstreue sei nichts als getarnte Verfassungsfeindlichkeit (ganz im Sinne dieser abenteuerlichen Logik wurde neulich ein ehemaliges KPD-Mitglied strafrechtlich verfolgt, weil es sich einen Verfassungstext erworben hatte; das, so wurde dem Angeklagten unterstellt, könne er nur in verfassungsfeindlicher Absicht getan haben . . .).

Die Reaktion der Bundesregierung auf das bisher geforderte neue Programm der KPD (Bonns Nervosität wohl deshalb: weil dieser Entwurf konkret zur Rettung des Grundgesetzes vor den Notstands- und Formierungsplänen eben der Bonner Politik aufruft) markiert den derzeitigen Höhepunkt einer unaufrichtigen Kampagne gegen die Bemühungen um Relegalisierung der Arbeiterpartei. Die Geschichte dieser Kampagne ist so lang wie aufschlußreich für das Demokratieverständnis der Bonner Großen Koalition.

Am 15. Februar 1967 hatte Max Reimann der neuen Bundesregierung ein vierstufiges Programm vorgeschlagen:

1) Erlaß einer politischen Amnestie und die Einstellung aller Verfahren, die aufgrund des KPD-Verbots anhängig sind.

2) Sicherung der im Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit auch für alle Bürger der Bundesrepublik mit kommunistischer Weltanschauung.

3) Sicherung des passiven Wahlrechts für Kommunisten.

4) Wiederherstellung der Legalität der KPD.

Die Bundesregierung hat nicht nur dieses Vierpunkteprogramm ignoriert. Ohne Echo blieben auch die Programmatik des Parteitages der KPD von 1963 und die Verhandlungsangebote des „Initiativausschusses für die Wiederzulassung der KPD" über den Nachweis der Grundgesetzkonformität dieser Partei. Trotzdem meldete am 11. 11. 1967 die „Bild-Zeitung": „Brandt plädiert für eine neue KPD". Noch früher bereits, am 12. Oktober 1967, war Westdeutschlands Kommunisten von der Ulmer Konferenz der Innenminister der Länder ein recht eindeutiges Angebot zugegangen: man werde, so hieß es, einer Neugründung der KPD nichts in den Weg legen.

Die Reaktion der Presse auf dieses Angebot war zumeist zwiespältig: zwar begrüßte man einerseits die Initiativen zu einer Neugründung; zum anderen wurde aber um so entschiedener gegen die vom Initiativausschuß angestrebte Wiederzulassung polemisiert: „Sie (die Kommunisten) wollen keine Neugründung, sondern die Relegalisierung . . . Vor dieser arroganten Halsstarrigkeit sollten also Regierung und Parlament der Bundesrepublik in die Knie gehen?" („Rheinischer Merkur" vom 10. 11. 1967).

Unter der Schlagzeile „Der Trick der Innenminister" führte die FAZ vom 30. 10. 67 ihren Lesern erstaunlich klar vor Augen, um was es geht: um die Neugründung der KPD, d. h. Verzicht auf deren marxistisch-leninistische Basis unter Fortbestand des Parteiverbotes von 1956, d. h. einer jederzeit verfügbaren Verbotsdrohung auf schlichtem Verwaltungswege, wann immer die Regierenden die neue Partei als Nachfolgeorganisation zu interpretieren belieben. Der Artikel entbehrt nicht des Zynismus, wenn er schließt: „Eine Neugründung würde auch die unerfreulichen, freilich nicht mehr zahlreichen Strafprozesse gegen Kommunisten beenden; kommunistische Gruppen müßten nicht mehr auf so kostspielige Weise wie bisher beobachtet werden" (Sic!).

Ganz offensichtlich ist also das Angebot einer Neugründung nichts weiter als eine Fiktion: denn grundsätzlich ist es sogar möglich, daß in der BRD selbst verfassungswidrige Organisationen bestehen könnten (Thema NPD!). Das Antragsrecht, das erst zu deren Verbot führen würde, liegt nämlich bei Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, ist also ein Instrument der jeweils Herrschenden und unterliegt so den Gesetzen der Opportunität. Ohne weiteres würde man eine neue KPD zulassen, behielte aber gleichzeitig den Hebel in der Hand, der so neu organisierten kommunistischen Partei die Luft wieder abzudrehen, sollte ihre Wirksamkeit einer Regierung gefährlich werden.

Wo das politische Handeln eines Teils der Bevölkerung nicht auf rechtlichen Garantien, sondern allein auf Gnade und Barmherzigkeit der Herrschenden beruht, kann von demokratischer Selbstbestimmung keine Rede sein. Konsequenterweise besteht darum der Initiativausschuß nach wie vor auf der Wiederzulassung der vor 12 Jahren in die Illegalität gezwungenen Partei. Die Reaktion Bonns auf den neuen Programmentwurf enthüllte nun unübersehbar Motiv, Art und Härte des Widerstands.

Wenn das „Handelsblatt" vom 12. 2. 1968 das, was „im Verhalten gegenüber der verbotenen KPD und ihren Funktionen ... wieder einmal offenkundig geworden ..." sei, als „Schizophrenie" bezeichnet, so verkennt es in aller Unschuld, daß gerade dies rigorose Vorgehen gegen das neue Programm die scheinbaren Liberalisierungstendenzen gegenüber der KPD entlarvt und die Strategie der Bundesregierung eindeutig beleuchtet. Was zutage tritt, ist nicht verwirrtes, sondern schlicht antidemokratisches Bewußtsein, es enthüllt sich das Konzept scheinbarer Konzessionen zur Verwirrung des Gegners — eine Taktik, die ja in der „neuen Ostpolitik" der Großen Koalition zur Meisterschaft entwickelt worden ist.

Was von der offiziellen Seite ihrem eigenen Vorgehen gegen das neue KPD-Programm an begründendem Kommentar beigegeben wurde, faßte der sozialdemokratische „Vorwärts" vom 22. 2. 1968 in nichts als ein lapidares Fragezeichen: „Im Programm heißt es ausdrücklich: ‚Die kommunistische Partei Deutschlands ... gestaltet ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes.' Die Eigentümer der ‚großen Konzerne der Schlüsselindustrien' sollen enteignet, aber ‚gemäß dem Grundgesetz entschädigt werden'. Ist diese Berufung auf das Grundgesetz nur ein taktisches Manöver ...?"

Und in der Tat: nichts anderes weiß man ja als Verbotsgrund anzuführen, als daß „das Grundgesetz als Feigenblatt" der KPD herhalten müsse. Rechtliche Rückendeckung zieht man aus jenem fatalen Spruch des Bundesgerichtshofes vom 18. September 1961, in dem dieser sich auf den Standpunkt stellte, eine Ersatzorganisation der KPD sei „ein Personenzusammenschluß, der an Stelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele ganz oder teilweise, kür-

zere oder längere Zeit, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt weiter verfolgt und weiter verfolgen will". Daß eine solche, nachgerade uferlose Definition oft verwendetes Handwerkszeug der politischen Strafjustiz sein würde, war bereits damals mehr als nur zu vermuten.

Es ist hier der Ort, erneut darauf hinzuweisen, wie qua definitione „politische Strafjustiz" und „politische Justiz" gegeneinander abgegrenzt sind und was es bedeutet, wenn diese Grenzen unscharf werden. Politische Strafjustiz bezeichnet nur diejenige Justiztätigkeit, „die aufgrund von Strafrechtsnormen ausgeübt wird, die eindeutig und ausschließlich politische und politisch intendierte Handlungen pönalisieren" (Helmut Ridder). Das aber besagt, was das Bundesverfassungsgericht 1956 feststellte: daß es nämlich seine Entscheidung nach rein rechtlichen Gesichtspunkten zu treffen habe. Politische Zweckmäßigkeitserwägungen seien ihm versagt. Die Doktrin des Marxismus-Leninismus als Wissenschaftslehre könne nicht Gegenstand des Verfahrens sein. Das Verbotsurteil beziehe sich ausdrücklich nur auf die KPD als Organisation. Es ist somit in keiner Weise untersagt, Kommunist zu sein, bzw. kommunistische Ansichten zu vertreten. Verfolgt und belangt werden können nur Organisationsdelikte. Wird die Rechtssprechung hier ausgedehnt, werden also „Gesinnungsdelikte" Gegenstand juristischer Verfahren, so überspielt die politische Strafjustiz ihre demokratischen Möglichkeiten. Sie wird, wie Otto Kirchheimer definiert, zu „The Use of Legal Procedure for Political Ends", zur politischen Justiz. Deren Auftreten in der Bundesrepublik kennzeichnet die Entwicklung zu antidemokratischer Deformation des Grundgesetzes.

Was wir bereits andeuteten, belegt sich hier einmal mehr. Es geht nicht darum, unsere Verfassung zu schützen: das Programm der KPD setzt sich eindeutig für die Erfüllung des Grundgesetzes ein. Verhindert werden soll, daß durch die KPD eine (demokratische!) Alternative zu unserer ökonomischen Ordnung vorgelegt wird. Deshalb wird die Arbeit des Initiativausschusses bekämpft. Eine neue, genehme KPD hätte, das ist offensichtlich, eine Partei zu sein, die den Kapitalismus akzeptiert — wäre also alles, nur keine KP. Indem aber vorgetäuscht wird, die Alternative kapitalistisches — sozialistisches Wirtschaftssystem sei nicht im Grundgesetz angelegt, sondern dieses erlaube allein die eine Richtung, die kapitalistische nämlich, verhält sich die Bundesregierung, wie sie der KPD unterstellt: grundgesetzwidrig.

Wir haben der Idee nach einen Staat des ganzen Volkes. In der Realität erweist dieser sich aber immer wieder als Herrschaftsinstitution. Die öffentliche Gewalt wird für demokratisch nicht kontrollierte Wirtschaftsinteressen in Dienst genommen. Das bedeutet, daß die Rechtsordnung in der BRD durch eben die Tätigkeit jener, die sich als „Schützer der Rechtsordnung" ausgeben, durchlöchert wird. Die Herrschenden haben das Prinzip des Rechtsstaates zum Opportunitätsprinzip pervertiert, es ihren spezifischen Interessen angepaßt.

Das Vorgehen von offizieller Seite gegen den Programmentwurf der KPD steht im logischen Zusammenhang der Konzertierten Aktion zur Ausschaltung aller Opposition (Notstandsgesetze, Wahlrechtsmanipulation, Verfassungsschutz-Spitzelei usw.); die Schläge, die heute die Kommunisten treffen, gelten insofern allen Gegnern des Bonner Kurses, insbesondere der außerparlamentarischen Bewegung für Frieden und soziale Demokratie.

Wulf D. Hund

Zur Krise des Dollars

Die Goldkrise, die das Währungssystem der westlichen Welt erschütterte, ist vorerst überwunden, der Dollar scheint damit gerettet. Doch eben nur vorerst — denn diese Krise läßt sich nicht allein auf die internationale Spekulation zurückführen, ihre eigentlichen Ursachen sind anderer Art; sie liegen in den Widersprüchen des gegenwärtigen Währungssystems begründet.

Die heutige Weltwährungsordnung wurde im Jahre 1944 auf einer internationalen Konferenz in Bretton Woods (New Hampshire, USA) geschaffen. Damals standen im wesentlichen zwei unterschiedliche Währungssysteme zur Diskussion: das Konzept des englischen Nationalökonomen Keynes und der Plan des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Schatzamt White. Der Keynes-Plan wollte auf Goldreserven als Grundlage des internationalen Handels weitgehend verzichten (was angesichts der schwierigen englischen Währungslage in den Kriegsjahren verständlich war), statt dessen sollte die Abrechnung der Notenbanken auf der Basis einer künstlich geschaffenen internationalen Verrechnungseinheit erfolgen. Dieser Plan hätte gewiß den wachsenden internationalen Handel nach dem Krieg ermöglicht, doch waren die USA nicht bereit, ihn zu akzeptieren. Die USA, die damals noch $^4/_5$ des gesamten Währungsgoldbestandes besaßen, waren bestrebt, ihre riesigen Reserven zur Grundlage der Weltwirtschaft zu machen. Hält man sich vor Augen, über welche politische Macht die USA im Jahre 1944 aufgrund ihrer militärischen Bedeutung verfügten, so kann man nicht erstaunt sein, daß die amerikanischen Vorstellungen weitgehend durchgesetzt werden konnten. Der Beschluß der Konferenz von Bretton Woods basiert daher weniger auf ökonomischen Erwägungen, sondern gehört in den Bereich der Machtpolitik.

In Bretton Woods wurde der Goldpreis auf der Höhe fixiert, die er bereits 1934 erreicht hatte, nämlich 35 Dollar pro Unze. Auf der Grundlage dieser festen Relation zwischen Gold und Dollar wurden dann die Währungen aller beteiligten Länder über feste Wechselkurse mit dem Dollar und damit zugleich auch indirekt mit dem Gold verbunden. Da die USA sich in Bretton Woods verpflichteten, jederzeit an andere Notenbanken Gold zum Preis von 35 Dollar pro Unze abzugeben, wurde der Dollar zur Leitwährung der westlichen Welt, und zwar zur einzigen, als die Bedeutung des britischen Pfundes nachließ.

Dieses System von Bretton Woods, das letztlich auf dem internationalen Vertrauen, der Dollar sei „so gut wie Gold", basierte, erwies sich lange als funktionsfähig. Als 1954 in London wieder ein freier Markt für Gold entstand, blieb auch der freie Preis stets in der Nähe von 35 Dollar; Spekulationen lohnten nicht, da jeder sicher war, daß die USA durch Goldkäufe und -verkäufe diesen Preis stabil hielten.

Als gegen Ende der 50er Jahre die britische Wirtschaftslage immer schwächer wurde (denn mit der Auflösung des britischen Kolonialreiches versiegten viele Profitquellen), setzte ab 1960 die Spekulation gegen das Pfund ein. Besitzer von Pfund-Guthaben befürchteten eine drohende Abwertung des Pfundes, also einen Anstieg des Goldpreises gegenüber dem Pfund, und kauften daher Gold auf dem freien Londoner Markt. Damals stieg der Goldpreis auf 42 Dollar je Unze — ein alarmierendes Zeichen. Um derartige Krisen in Zukunft zu verhindern, wurde 1961 der sogenannte „Goldpool" gegründet, an dem sich die USA, die BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Schweiz, die Niederlande und Belgien beteiligten. Ziel des Pools war es, durch Goldverkäufe den Goldpreis auch bei steigender Nachfrage stabil zu halten; seit 1962 waren die Mitglieder denn

auch zu ständigen Goldabgaben gezwungen. Doch weder der Goldpool noch internationale Stützungsaktionen vermochten das Pfund zu retten. Das chronische Defizit der britischen Zahlungsbilanz, die katastrophale Wirtschaftslage und der internationale Vertrauensschwund zwangen Großbritannien im November 1967 schließlich doch zur Abwertung.

Die Pfundabwertung war zwar für die britische Wirtschaft von Vorteil, doch zerstörte sie zugleich den Glauben an die unerschütterliche Stabilität des Weltwährungssystems. Daher war es natürlich, daß sich die Spekulation nun auf den Dollar verlagerte, — man erwartete, daß auch der Dollar abgewertet werden müsse, der Goldpreis also erhöht werde.

Daß diese Erwartung ökonomisch nicht unbegründet war, zeigt eine Analyse der amerikanischen Situation. Das System von Bretton Woods gestattete es den USA, sich international ständig zu verschulden. Daher weist die amerikanische Zahlungsbilanz ein chronisches Defizit auf, das in den letzten zehn Jahren nur zweimal unter 2 Mrd. Dollar sank. In der Höhe dieses Defizits nahmen die USA ökonomische Leistungen anderer Länder in Anspruch, ohne daß sie reale Gegenleistungen erbrachten. Entsprechend schmolzen die Goldvorräte dahin: besaßen die Vereinigten Staaten Ende 1958 noch Gold im Werte von 20,58 Mrd. Dollar, so waren es im Januar 1968 nur noch 11,4 Mrd.

Eine wesentliche Ursache des Defizits liegt im amerikanischen Kapitalexport, der nur aus dem imperialistischen Hegemonialanspruch der USA zu verstehen ist. Seit Jahren versuchen die USA durch einen als „Entwicklungshilfe" apostrophierten Kapitalexport in der Dritten Welt wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu gewinnen. Diese Politik wird sowohl von der Regierung wie von den privaten Konzernen betrieben. Mögen für erstere politische Erwägungen entscheidend sein, so werden letztere dadurch zum Kapitalexport getrieben, daß in Ländern der Dritten Welt ein höherer Ausbeutungsgrad möglich ist und die Profitraten entsprechend größer sind. So erzielt z. B. der größte Industriekonzern der Vereinigten Staaten, Standard Oil of New Jersey, aus den in den USA und Kanada investierten 67 Prozent des gesamten Betriebsvermögen nur 34 Prozent des gesamten Profits; die in Lateinamerika investierten 20 Prozent des Vermögens werfen hingegen 39 Prozent der Profite ab.

Auch nach Europa ging in den letzten Jahren ein ständig wachsender Teil des Kapitalexports, um durch den Ankauf europäischer Unternehmen den europäischen Markt zu erobern. Dank des weit überhöhten Dollarkurses war es den USA möglich, mit relativ wenig Kapitaleinsatz beträchtliche Marktanteile zu erobern und damit zugleich über die ökonomische Macht auch politischen Einfluß zu gewinnen. Ein großer Teil amerikanischer Produkte wird heute in diesen billig erworbenen Auslandsstützpunkten erzeugt, doch die Erlöse laufen nicht über die Außenhandelsbilanz, da Produktion und Verkauf im Ausland abgewickelt werden.

Eine weitere große Lücke in der Zahlungsbilanz verursachten die Stationierungskosten US-amerikanischer Streitkräfte in allen Teilen der Welt. Bereits 1959 hatten die USA 275 Hauptbasiskomplexe in 31 Ländern und mehr als 1400 ausländische Basen. Die Kosten dafür betrugen jährlich etwa 4 Mrd. Dollar.

Doch dies alles konnte die Weltwirtschaft dank des Wohlverhaltens der amerikanischen Außenhandelspartner noch verkraften. Die eigentliche Krise des Weltwährungssystems wurde erst durch das immer kostspieliger werdende amerikanische Engagement in Vietnam verursacht. Dieser Krieg, dessen Devisenkosten allein bereits mindestens bei 3 Mrd. Dollar jährlich lie-

gen, vergrößerte das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit im letzten Jahr auf 3,5 Mrd. Dollar.

Verschärft wurde die währungspolitische Situation der USA durch einen inflationären Trend, der in engem Zusammenhang mit dem amerikanischen Krieg gegen das vietnamesische Volk steht. Wie schon die deutsche Finanzierund des Ersten Weltkriegs vorwiegend über Kriegsanleihen erfolgte, so führt der Vietnamkrieg heute zu einer ständig wachsenden Kreditfinanzierung des amerikanischen Bundeshaushalts. Da durch die Staatsanleihen Geldhorte mobilisiert werden, steigt die Nachfrage auf dem Inlandmarkt, — dies führt in einer fast vollbeschäftigten Wirtschaft zur Verschlechterung des Binnenwertes des Geldes. Der dadurch bedingte Preisauftrieb führt zu steigenden Staatseinnahmen, die wiederum in den Kriegshaushalt fließen. Dieses Rezept ist keineswegs neu: „Kein größerer Krieg der neueren Geschichte ist ohne diesen monetären Rückgriff auf die Substanz finanziert worden" (Schmölders). Dieser inflationäre Trend, und dies ist für die Zahlungsbilanz entscheidend, verringerte die Exportaussichten und erhöht, zumindest tendenziell, den Import.

Die aufgezeigten Faktoren führten zum raschen Schwund der amerikanischen Goldvorräte. Von dem schließlich vorhandenen Rest im Werte von 11,4 Mrd. Dollar lagen außerdem noch über 10 Mrd. fest, da sie zur gesetzlich vorgeschriebenen 25prozentigen Golddekkung des Dollar-Notenumlaufs bestimmt waren. Die Golddeckungsvorschrift ist inzwischen aufgehoben worden, doch auch die dadurch gewonnene Manövriermasse ist nicht groß genug, um einer neuen Goldkrise wirksam entgegentreten zu können. Der Beginn zur vorläufigen Lösung bahnte sich am 14. März 1968 an. In der Nacht zum Freitag, dem 15. 3., ordnete Johnson in einem Fernschreiben an Wilson die Schließung des Londoner Goldmarktes an — angesichts der schwachen Position der eigenen Währung konnte sich London den amerikanischen Wünschen nicht entziehen, am Freitag blieb der Goldmarkt in London geschlossen, und zwar bis zum 1. April. Paris verkauft indessen weiter und kann daher seine Bedeutung als internationaler Finanzplatz auf Kosten Londons vergrößern. Am Wochenende trafen sich dann die Notenbankpräsidenten der USA, der BRD, Belgiens, Italiens, der Niederlande, der Schweiz und Großbritanniens — Frankreich war gar nicht erst eingeladen worden — in Washington, um den Dollar zu retten. Die Goldpool-Mitglieder kamen zu dem Schluß, daß der Goldpreis von 35 Dollar je Unze nicht länger zu halten sei. Doch die USA wurden nicht zur Abwertung gezwungen; für die Transaktionen der Notenbanken untereinander wird das Gold nach wie vor zum Preise von 35 Dollar berechnet. Der Goldpreis für den privaten Handel soll sich jedoch in Zukunft frei bilden, der Goldpool verzichtet mangels Masse auf weitere Goldabgaben. Der Goldmarkt ist nun also gespalten.

Dieses System wird allerdings nur dann funktionieren können, wenn beide Goldmärkte hermetisch voneinander abgeschlossen werden können. Für manch eine der über hundert Notenbanken, die am westlichen Währungssystem beteiligt sind, wird die Verlockung groß sein, das zu 35 Dollar je Unze im internen Notenbankverkehr gekaufte Gold auf dem freien Markt zu einem weit höheren Preis zu verkaufen. Zwar werden die USA und ihre getreuen Partner derartige Geschäfte zu unterbinden trachten, doch wird dies auf die Dauer kaum möglich sein. Außerdem taucht nun die Frage auf, woher die Notenbanken neues Gold bekommen können, das sie zur Auffüllung ihrer erschöpften Reserven dringend benötigen. Für die Goldproduzenten, d. h. vor allem für Südafrika, wird es lohnender sein, auf dem freien Markt zu höheren Preisen zu verkau-

fen. Ein weiterer Gewinner der Kapitulation der Notenbanken ist neben Südafrika übrigens auch Rhodesien: Jan Smith erklärte bereits, sein Land werde stillgelegte Goldbergwerke wieder öffnen und wolle jährlich für mindestens 50 Millionen Dollar Gold verkaufen. Zweifel an der Dauerhaftigkeit der gefundenen Lösung äußerte selbst Pierre Paul Schweitzer, der Präsident des Weltwährungsfonds: „Unsere Vereinbarungen bedeuten lediglich eine kurzfristige Lösung".

Immerhin, die Goldkrise scheint zunächst überwunden, doch die Krise des Dollars bleibt bestehen, so lange das chronische Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten andauert. Wenn die USA nicht ihr Vietnam-Engagement und ihren wirtschaftlichen Imperialismus aufgeben — und wer vermag darauf zu hoffen? —, sind die Möglichkeiten zur Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz recht begrenzt.

Ohne eine restriktive amerikanische Wirtschaftspolitik wird es nicht möglich sein, den Export — bei gleichbleibendem Dollar-Kurs — entscheidend zu erhöhen. Auch der von Johnson am 20. März geforderte Sonderfonds in Höhe von 500 Millionen Dollar zur Exportförderung wird daran nicht viel ändern. Eine Importdrosselung durch einen neuen Protektionismus, etwa in Form des bereits diskutierten 10prozentigen Sonderzolls auf alle Importwaren, würde zwar unmittelbar helfen, dann jedoch Gegenmaßnahmen der exportabhängigen europäischen Länder hervorrufen. Eine gegenseitige Zolleskalation könnte jedoch das amerikanische Defizit nicht beseitigen helfen. Doch auch eine Restriktionspolitik wird in den USA kaum möglich sein, vor allem wegen der innenpolitischen Überlegung, daß eine daraus resultierende steigende Arbeitslosigkeit die ohnehin schon gefährliche soziale Situation bedenklich zuspitzen würde. Außerdem würde die Realisierung einer restriktiven Politik auf starke Widerstände stoßen. Deutlich zeigt sich dies an der unzureichenden Erhöhung des Diskontsatzes um ein halbes Prozent auf nun 5 Prozent. Eine wirksame Diskontsatzpolitik, also eine ausreichende Kreditverteuerung, läuft einerseits den Interessen der Wall-Street direkt zuwider, wird andererseits aber auch durch die hohe Staatsverschuldung erschwert, da „Zinsänderungen Schwankungen der Wertpapierkurse bedingen und die Wirtschaft empfindlich auf diese Schwankungen reagiert. In dieser indirekten geldpolitischen Auswirkung liegt ... die Hauptgefahr der öffentlichen Verschuldung" (Halm). Eine Steuererhöhung würde zwar nicht einen ähnlich heftigen Widerstand der Finanzmonopole hervorrufen, denn sie würde die Gefahr weiterer Geldverteuerungen abwenden, doch scheint sie angesichts der ohnehin schon ständig wachsenden Opposition der demokratischen Kräfte in einem Wahljahr kaum politisch durchsetzbar.

Da es nach alledem sehr zweifelhaft ist, ob die amerikanische Politik in der Lage sein wird, einen Zahlungsbilanzausgleich herbeizuführen, zeichnet sich für die Zukunft eine währungspolitische Alternative ab: Entweder wird der Dollar abgewertet werden müssen, oder die westliche Welt muß ein neues Währungssystem finden.

Allerdings kann auch eine Dollar-Abwertung nicht als echte Lösung angesehen werden. Zwar könnte durch diese Maßnahme ein Zahlungsbilanzausgleich herbeigeführt werden, da der Warenexport erleichtert, der Import und der Kapitalexport hingegen erschwert würden. Doch eine Abwertung würde der amerikanischen Wirtschaft derartige internationale Wettbewerbsvorteile einräumen, daß viele andere Länder diesem Schritt folgen müßten, wollten sie nicht vom internationalen Markt verdrängt werden. An den Relationen zwischen den Währungen würde sich dann nichts ändern, wenn sich nicht einige der großen Gläubigerländer,

Auslieferung ab Ende April

Günther Anders

Visit Beautiful

VIETNAM

ABC der Aggressionen heute

Günther Anders, Mitglied des Russell-Tribunals über den Vietnam-Krieg, gibt in 169 Glossen Einzelbilder des abscheulichen Krieges, beleuchtet die Zusammenhänge zwischen amerikanischen Wirtschaftsinteressen und der Aggression in Vietnam, rechnet mit den völkerrechtswidrigen Methoden und der Mentalität dieses Krieges ab — und das in einer aufrüttelnden und tiefbewegenden moralischen Haltung

Günther Anders wurde 1967 mit dem Preis des Verbandes Deutscher Kritiker ausgezeichnet

Ca. 250 Seiten · In Ganzleinen mit zweifarbigem Schutzumschlag DM 15,—
Broschiert mit zweifarbigem Schutzumschlag DM 12,—

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

darunter vor allem die BRD, mit einer geringeren Abwertung begnügten, d. h. ihre Währung gegenüber dem Dollar aufwerteten. Mit einer derartigen Entscheidung würde die Bundesregierung jedoch nicht nur den westdeutschen Exportüberschuß abbauen — der als wesentlicher Stützungsfaktor die Wirtschaftskrise des vergangenen Jahres gemildert hat —, sondern sie würde zugleich in ihrem Bestreben, sich als getreuer Junior-Partner der USA zu erweisen, die amerikanische Außenpolitik finanzieren helfen und damit den Rest an Ansehen und Einfluß in der Dritten Welt, der ihr trotz der finanziellen und moralischen Unterstützung des amerikanischen Vietnamkrieges noch verblieben ist, einbüßen.

So bleibt als einzige echte Alternative die Schaffung eines neuen Währungssystems der westlichen Welt, das nicht mehr im wesentlichen auf dem Dollar aufbaut. Frankreich fordert seit langem eine solche Reform und möchte zum reinen Goldstandard zurückkehren und zugleich den Goldpreis verdoppeln. Dieses System wäre vor allem für die Goldproduzenten, d. h. insbesondere für Südafrika, von Vorteil und würde zugleich Frankreich begünstigen, dessen Notenbank, die seit Jahren von ihrem Umtauschrecht Gebrauch macht und Dollarguthaben gegen Gold einlöst, über große Goldvorräte verfügt. Da sich jedoch Goldproduktion und Welthandel nicht proportional entwikkeln, würde die Rückkehr zum Goldstandard zu ständigen internationalen Liquiditätsschwierigkeiten führen. Die Vorteile des automatischen Zahlungsbilanzausgleichs, die die Rückkehr zum Goldstandard nach französischer Ansicht bewirken soll, sind überdies recht zweifelhaft, da die Mehrzahl der Länder heute nicht mehr bereit sein wird, ihre nationale Wirtschaftspolitik den Spielregeln des Goldautomatismus unterzuordnen.

Die Gold- und Dollarkirse hat den Widerspruch deutlich gemacht, der dem heutigen westlichen Währungssystem immanent ist, nämlich einerseits fixierte Wechselkurse, die eine gleichmäßige ökonomische Entwicklung aller beteiligten Länder voraussetzen, und andererseits die Möglichkeit der beteiligten Staaten, ihre Geldpolitik autonom zu betreiben. Da eine internationale Koordinierung der Konjunkturpolitik weder möglich noch sinnvoll wäre, kann dieser Widerspruch nur dadurch aufgehoben werden, daß ein neues Währungssystem (unabhängig von der Frage, ob der Spitzenausgleich in Gold erfolgen soll) auf fixierte Wechselkurse verzichtet. Freie Wechselkurse würden automatisch den Zahlungsbilanzausgleich der am System beteiligten Länder bewirken. Freie Wechselkurse würden jedem Land die Wirtschaftspolitik erlauben, die es für richtig hält, ohne daß die Risiken der Inflation auf die Außenhandelspartner abgewälzt werden könnten. Der Mangel an internationaler Liquidität wäre behoben, denn flexible Wechselkurse machen große Gold- und Devisenreserven überflüssig. Flexible Wechselkurse würden vor allem die Emanzipation Europas von den USA fördern, denn Kurse, die den tatsächlichen Kaufkraft- und Rentabilitätsrelationen entsprächen, würden den Kapitalexport nach Europa, den „Ausverkauf Europas" erschweren. Doch vor allem hätten freie Wechselkurse eine wichtige Wirkung in Hinblick auf die Erhaltung des Weltfriedens: sie würden verhindern, daß die Vereinigten Staaten ihre kostspielige imperialistische Außenpolitik weiter auf Kosten ihrer Außenhandelspartner betreiben könnten.

Matthias Frank

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth

Wahlalternative 1969?

I

Der Parteitag der SPD in Nürnberg hat zwar gezeigt, daß der Druck jener außerparlamentarischen Opposition, die sich seit Bildung der Großen Koalition stetig verstärkt, ausgereicht hat, um jene völlige Friedhofsruhe zu durchbrechen, die sozialdemokratische Parteitage seit Godesberg und insbesondere seit der vollen und unverhohlenen Wendung zur Identifikation mit der Politik der damaligen Bundesregierung charakterisiert hat, die durch die Preisgabe des Deutschland-Planes durch Wehner im Mai 1960 zum Ausdruck gekommen war. Oppositionelle Stimmungen, wie sie am deutlichsten in den Bezirken Süd-Hessen und Schleswig-Holstein aufgetreten waren, wurden zum Kern einer breiteren Gruppierung von Delegierten, die manche Ambitionen des Parteipräsidiums und des Parteivorstandes abwehren und durch die Nicht-Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und des wendigen, listenreichen und taktisch superklugen Professors Ehmke auch personelle Modifikationen herbeiführen konnten. Politisch gesehen hat jedoch trotz jener Resolution des Parteitages, die immerhin die sozialdemokratische Fraktion verpflichtet hat, eine gesetzgeberische Initiative zur Mitbestimmungs-Frage zu ergreifen, ohne daß jedoch dabei eine obligatorische Identifikation auch nur mit den Vorschlägen des DGB erzielt wurde, diese sozialdemokratische „Linke" noch nicht einmal eine eindeutige Alternative innerhalb der Politik der gegenwärtigen SPD, geschweige denn eine Alternative der SPD gegenüber ihren „christ-demokratischen" Koalitionsgenossen innerhalb der Politik der Großen Koalition, erst recht nicht eine Alternative gegenüber der Gesamtpolitik dieser Großen Koalition aufrichten können. Die Kritik der „Linken" blieb punktuell, ohne sich zu einem einheitlichen Konzept zu gestalten. Die zentralen Probleme der bundesrepublikanischen Politik wurden nur am Rande berührt, ihre Kernfragen blieben ausgeklammert. Der Zusammenhang zwischen dem zwanzig Milliarden überschreitenden Rüstungsetat, der Reduktion von Sozialleistungen und der Unmöglichkeit, die zur Demokratisierung des Bildungswesens und seiner Modernisierung für die Aufgaben einer hochindustriellen Gesellschaft erforderlichen Mittel ohne inflationistische Gefahren aufzubringen, wurde auch von der Opposition nicht wirksam angesprochen. Die innerparteiliche Opposition hat es nicht gewagt, das Problem jener gedanklichen Einheit zu analysieren, die sich aus der NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik — die völkerrechtlich wirksam 1969 gekündigt werden könnte —, der Politik der Bundesregierung innerhalb der NATO, die ständig die in europäischen Fragen verständigungsfeindlichsten Varianten unterstützt, und dem Rüstungskonzept der Bundesrepublik ergibt, dessen Kosten die Bundesrepublik bald in die Nähe jener Finanzierungskatastrophe bringen müssen, die gegenwärtig von den Vereinigten Staaten durchgestanden werden muß. So blieben die Konzessionen der sozialdemokratischen Führung gegenüber dieser Opposition sprachregelnde Verbalkonzessionen ohne politischen Inhalt. Die Einigung der beiden Koalitionspartner hinsichtlich der bei genauer juristischer Analyse inhaltsleeren Deklarationen zur Oder-Neiße-Linie und zu den Formen möglicher Verhandlungen mit der DDR, wie sie bei

Gelegenheit der Lücke-Krise zum Ausdruck gekommen ist, war kein Zufall und hat lediglich die Realität ausgesprochen: An der Gesamtpolitik der Großen Koalition in diesen Fragen hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern. Auch in der Notstands-Frage hat die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie noch nicht einmal erreichen können, daß der Kompromiß zwischen Barzel und Schmidt wirklich offengelegt wurde. So begrüßenswert es ist, daß 87 Delegierte die verhüllte Unterwerfung unter den Kompromiß nicht mitgemacht haben, die in der Parteitagsresolution zum Ausdruck gekommen ist: Es bleibt dabei, daß die Unterwanderung des Grundgesetzes durch nur verbal abgeschwächte Notstandsermächtigungen allein dann noch verhindert werden kann, wenn abermals die außerparlamentarische Opposition durch machtvolle Demonstrationen zum Kampfe antritt.

II

So hat also der Parteitag von Nürnberg eindeutig gezeigt, daß die SPD bei den Bundestagswahlen 1969 dem Gesamtkonzept der bisherigen Bundesregierung gegenüber keine demokratische und sozialistische Alternative anbieten kann. Aber er hat darüber hinaus verdeutlicht, daß die oppositionellen Kräfte, die sich innerhalb der SPD notwendig immer wieder zeigen, wenn die Praxis der Bundespolitik mit den jedermann erkennbaren Tagesinteressen jener Arbeitnehmer in Widerspruch gerät, die den Hauptanteil der Wähler und des Mitgliederpotentials der SPD bilden, trotz des starken Druckes der bisher nur außerhalb des Parlaments und zu Einzelproblemen auftretenden außerparlamentarischen Opposition weder stark genug noch geschult genug waren, innerparteilich eine wirkliche Veränderung der Lage herbeizuführen. Wie erstaunlich ihre Schwäche war, wird dadurch ausgewiesen, daß sie trotz mancher punktuellen Kritik an der Gesamtlinie des Wirtschaftsministers Schiller den einzigen Delegierten im Stich gelassen haben, der Schiller — wie es der Realität entspricht — als Repräsentanten der Gesamtinteressen der Manager der großen Konzerne charakterisiert hat: Trotz aller gewerkschaftlichen Opposition in anderen Fragen wurde Schiller auch von den meisten „linken" Delegierten wieder in den Vorstand gewählt.

So kann und wird also die Transformation der Bundesrepublik aus einer nach ihrem bisherigen formellen Verfassungsrecht parlamentarischen Demokratie, in der der soziale Konflikt zwischen den Interessen der großen Majorität der Bevölkerung und den politischen Repräsentanten des Managements der großen Konzerne offen und für jedermann deutlich im Parlament als der Repräsentation des Volkes diskutiert und ausgetragen werden kann, in einen nur lässig verhüllt autoritären Staat, der von einer Koalition der hohen Bürokratie mit dem Großkapital dirigiert wird, weitergehen, wenn es nicht gelingt, durch das politische Auftreten einer relativ geschlossenen demokratisch-sozialistischen Opposition mit einheitlichem Aktionsprogramm und alternativen Vorstellungen zu denen der Regierung diese Situation umzugestalten. Das Auftreten der außerparlamentarischen Opposition in einer Fülle von Einzelfragen — vor allem zum Notstandsproblem, zum Vietnamkrieg und zur Universitätsreform — hat zwar bewußtseinsverändernd gewirkt und eben jene Diskussionen auf dem sozialdemokratischen Parteitag ermöglicht, die den Gegenstand der ersten Überlegungen dieses Aufsatzes gebildet haben. Aber es wird nur dann praktische Resultate erzielen können, wenn es durch einheitliche Aktion ihrer Angehörigen im Wahlkampf diese selbst um ein alternatives Gegenprogramm zum Konzept der Großen Koalition als der Interessenkombination der herrschenden Klassen gruppiert, dessen Aktionslosungen dann ständig — möglichst auch durch Vertreter im

Bundestag dort ausgesprochen — zum Rückgrat einer demokratischen Widerstandskraft gegen diesen Prozeß der Aushöhlung des Grundgesetzes werden. Würde es gelingen, diese Kombination herbeizuführen, so könnte der Wahlkampf zu einem der gewichtigsten Mittel zur permanenten Formierung eines so starken Druckes auch auf die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie und die Führungen der Gewerkschaftsbewegung werden, daß in dieser Partei und in der Leitung der stärksten gesellschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik, der Industriegewerkschaften des DGB, bündnisfähige Partner für eine gemeinsame Front zur Verteidigung der Demokratie und des Friedens entstünden, deren Kraft ausreicht, die Entwicklung umzukehren.

III

Ein Teil der außerparlamentarischen Opposition — vor allem in der jüngeren Generation — hat Bedenken gegen eine derartige Ausnutzung des Wahlkampfes zur Ausdehnung der außerparlamentarischen Opposition ins Parlament der Bundesrepublik hinein, weil er die Verwendung des Parlaments und des Wahlkampfes als Hebel für diesen Prozeß als illusionär ansieht. Nun hat zweifellos das Parlament in spätkapitalistischen Gesellschaften nicht die gleiche Funktion, die es einst zur Zeit des Kapitalismus der allseitigen freien Konkurrenz haben konnte. Die Interessenwidersprüche innerhalb der Unternehmerschichten und der kapitalistischen Klassen, die einst im Parlament diskutant bewältigt werden konnten und die Überlegung erlaubten, daß man die exekutive Gewalt als Randproblem der Gesellschaft werten könne, haben in einer Periode, in der die öffentliche Gewalt einen immer größeren Anteil des Sozialproduktes in Anspruch nehmen muß und sich in den verschiedensten Formen mit den Interessen großer Konzerne verbindet, solche Formen angenommen, daß die herrschenden Klassen es sich nicht mehr erlauben können und erlauben wollen, sie in der parlamentarischen Diskussion offen auszutragen. Aber ein Problem ist bestehen geblieben: Gelingt es den breiten Volksmassen und vor allem der breitesten Schicht innerhalb des Wahlvolkes, den Arbeitnehmern, ihre Interessen allseitig und deutlich zu formulieren und sie im Parlament zur Geltung zu bringen, so kann die Erörterung dieser Probleme im Parlament mobilisierend auch außerhalb des Parlaments wirken und die verschiedenen Ansätze kritischer Opposition zu einer Gesamtpolitik zusammenführen. Nach dem formellen Verfassungsrecht ist das Parlament noch immer die legitimierende Institution für alle Äußerungen der öffentlichen Gewalt. Zwar können die Entscheidungen im Parlament nur die Machtverhältnisse außerhalb des Parlamentes spiegeln, aber die Diskussionen im Parlament können helfen, diese Machtverhältnisse zu ändern, indem sie den von der faktischen Macht ausgeschlossenen Mehrheitsgruppen des Volkes zur Einsicht in die reale Lage verhelfen. Würde — wenn der Druck dieser Mehrheit, die ihre Lage erkennt, dazu ausreicht, die Mehrheitsbildung im Parlament selbst den Interessen der Mehrheit anzupassen — ein Parlamentsbeschluß mit den Interessen der herrschenden Klassen kollidieren, so würde über dessen praktische Wirkung zwar gleichwohl die Machtlage außerhalb des Parlaments entscheiden. Aber eine derartige Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament wäre ja bereits der Ausweis dafür, daß die bisher von der Macht ausgeschlossenen Klassen begonnen haben, ihre Lage zu erkennen und bereit zu sein, für ihre wirklichen Interessen zu kämpfen, die mit den Interessen der Humanität identisch sind. Deshalb bleibt auch nach der Transformation der liberalkapitalistischen Gesellschaft, die die Institution des Parlaments erzeugt hat, in diejenige des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die dahin tendiert, das Parlament in eine Attrappe zu verwandeln, der Kampf um das Parlament und im Parlament von

entscheidender Bedeutung, wenn und insofern er in ständiger Kombination mit der außerparlamentarischen Mobilisierung der kritischen Gruppen verbunden ist. Über den Inhalt jenes aktuellen Aktionsprogramms, das im Wahlkampf erstens zur Mobilisation der Bewußtseinsbildung der Wähler, aber auch zweitens mit dem Ziel des Eindringens in das Parlament vorgetragen werden muß, wenn in der gegenwärtigen politischen Krise der Bundesrepublik Deutschland ein erfolgreicher Widerstand gegen die permanente Aushöhlung des Grundgesetzes geleistet und die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen eingeleitet werden soll, die allein dem Grundgesetz und seinen demokratisch-sozialen Normen reale Bedeutung verleihen könnte, wird es unter den verschiedenen Gruppen jener Opposition wenig Differenzen geben, deren Druck auf die Öffentlichkeit während langer Jahre die Hoffnungen der CDU/CSU auf Notstandsermächtigungen verhindern, die Solidarisierung der Bundesrepublik mit dem imperialistischen Überfall der USA auf Vietnam bekämpfen und die Diskussion über die Universitätsreform erzwingen konnte. Die neueste Konzession der sozialdemokratischen Minister an den damals noch amtierenden Bundesinnenminister Lücke, die offensichtlich als Trostpreis für die Undurchführbarkeit der Änderung des Wahlgesetzes angesichts des Widerstandes der sozialdemokratischen Basis gegeben wurde, nämlich die Zustimmung zur Aufrechterhaltung der rabiaten und auch juristisch unvertretbaren Formen des KPD-Verbotsrechts, hat einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die Notwendigkeit wie die Formulierungen eines solchen Aktionsprogramms gegeben.

Alle Kräfte der außerparlamentarischen Opposition — gleichgültig, ob es sich um kritisch werdende Intelligenzschichten, um ihre praktischen Glaubenspflichten ernstnehmende Geistliche beider Konfessionen, um rebellierende Studenten oder um ernstlich ihre Interessen vertretende gewerkschaftliche Arbeiterfunktionäre handelt — wissen, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik in Bahnen gezwungen werden muß, die das Bekenntnis der Großen Koalition zur Verständigungspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten und der DDR aus bloßen Sprachregelungen zur Verhüllung der extremen NATO-Politik und ihrer Zielsetzung des „roll back" in Praxis verwandeln. Deshalb muß die Anerkennung der DDR als Voraussetzung zur Verständigung mit den sozialistischen Staaten und die Anerkennung derjenigen sozialistischen Staaten, die kraft des Gebotes der USA bisher nicht anerkannt sind, also Nordvietnams, Nordkoreas und Chinas, gefordert werden. Ferner muß die Kündigung der NATO zwecks Einleitung von Verhandlungen über ein System europäischer kollektiver Sicherheit verlangt werden. Die Politik der Bundesrepublik muß sich mit den anti-imperialistischen Interessen der rebellierenden Bevölkerung der Entwicklungsländer solidarisieren und im Vietnamkrieg politisch die Nationale Befreiungsfront unterstützen. Sie muß jede militärische oder politische Unterstützung faschistischer Länder wie Südafrika, Portugal, Spanien, Griechenland und Indonesien ablehnen. Sie muß die Resultate des Zweiten Weltkriegs durch Anerkennung der Grenzen der UdSSR, Polens, der Tschechoslowakei und der DDR auch förmlich akzeptieren. Sie muß mit aller Entschiedenheit auf alle — auch auf „europäisierte" — Formen der Beteiligung an der Kontrolle über Atomwaffen verzichten.

IV

Bei einer derartigen Außenpolitik wird die Existenz des militärischen Potentials der Bundesrepublik Deutschland überflüssig. Deshalb muß auch ohne vorherige förmliche völkerrechtliche Einigung der Staaten der Wehretat sofort halbiert und die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben werden. Dadurch werden die Mittel frei

für diejenigen Hilfsleistungen an alle Zweige der Sozialversicherung, die zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit ohne jede Neubelastung der Versicherten erforderlich sind. Dadurch werden darüber hinaus die Mittel frei zu jener Umformung der bisherigen Verteilung der Steuereingänge, die den Kommunen die gesicherte Durchführung der Maßnahmen ermöglicht, die zum Ausbau der Infrastruktur unserer Gesellschaft und damit auch zur Anregung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich sind. Dadurch wird auf der anderen Seite ermöglicht, daß eine umfassende Transformation des Bildungswesens in einer Richtung eingeleitet werden kann, die allen Schichten der Bevölkerung — auch der Arbeiterklasse und den armen Bauern — den gleichberechtigten Aufstieg bis zur Universität und der Hochschulbildung ermöglicht.

Diejenigen Gebiete in der Bundesrepublik, die durch Strukturkrisen in Not geraten sind oder in Not geraten werden, also vor allem das Ruhrgebiet und die Hafenzonen und Werften, müssen ein Transformationsprogramm erhalten, das auf die bisherigen Eigentümer der unproduktiv gewordenen Produktionsstätten keine Rücksichten nimmt und ihnen bei erforderlichen Enteignungen zwar gemäß Art. 14 bzw. 15 GG Entschädigungen, aber keine Erstattung der Äquivalenzwerte gewährt. Die neuen Industrien, deren Ansiedlung es bedarf, müssen nach einem durchdachten Wirtschaftsprogramm als gesellschaftliches Eigentum bei voll entwickelter Mitbestimmung der Arbeitnehmer entstehen. Der Gesetzesvorschlag des DGB zur Extension des Mitbestimmungsrechtes ist sofort in geltendes Recht zu verwandeln. Zur Verhütung von Rezessionen und Garantierung des wirtschaftlichen Aufschwungs ist ein verbindliches System der Wirtschaftsplanung unter Beteiligung der Gewerkschaften zu entwickeln. Der bäuerlichen Bevölkerung ist durch ein agrarisches Gesundungsprogrmm und zinslose Kredite und durch Ankauf ihrer Produkte zwecks Lebensmittellieferungen an hungernde Entwicklungsländer zu helfen.

Die Notstandsgesetzgebung ist entschieden abzulehnen; die einfachen Notstandsgesetze (falls der gegenwärtige Bundestag ein Notstandsverfassungsgesetz beschließen sollte, dann auch dieses Notstandsverfassungsgesetz) sind aufzuheben. Die demokratischen Freiheitsrechte der Individuen sind auch gegenüber den Geheimdiensten zu garantieren. Die Verfügung von Kapitalkonzentrationsgebilden über Meinungsbildungsmittel — wie sie vor allem durch den Springer-Konzern repräsentiert wird — ist zu unterbinden. Das KPD-Verbot ist durch Änderung des Parteiengesetzes und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ersatzlos zu beseitigen.

Soweit zu erkennen ist, gibt es in den verschiedenen Gruppierungen, die als Initiatoren außerparlamentarischer Opposition hervorgetreten sind, über die meisten dieser Losungen keine Differenzen, gleichgültig, ob es sich um die radikale studentische Opposition, um christliche Kräfte, um den Kern der Ostermarsch-Bewegung, um das Sozialistische Zentrum oder um die Initiativausschüsse zur Wiederzulassung der KPD handelt. Gewiß gehen die Forderungen mancher dieser Gruppen über diese Losungen hinaus. Aber auf deren Basis kann ein Minimalprogramm formuliert werden, das alle Teile dieser Bewegungen einigt und auch Kräfte umfaßt, die bisher in dieser Weise nicht in Erscheinung getreten sind. Der Wahlkampf wird zwar erst in einem Jahr beginnen; aber die Diskussionen um die Kombinationen auf einen derartigen Wahlkampf hin müssen bald einsetzen, wenn sie Erfolg haben und wenn vermieden werden soll, daß eine gewichtige Chance zur Verteidigung des Grundgesetzes und der Demokratie vertan wird. Deshalb sollten die internen Diskussionen in den einzelnen Gruppierungen und in der kritischen Intelligenz, aber auch unter Betriebsräten und

Gewerkschaftsfunktionären schon heute auf diese Problematik gerichtet werden, damit im Laufe des Sommers oder des Herbstes eine Konferenz aller mitarbeitswilligen Kräfte die politische und organisatorische Zusammenarbeit zur Vorbereitung der Wahlalternative einleiten kann.

Kommt es zu keiner rationalen und demokratischen Alternative gegenüber der Politik der Großen Koalition — die den Interessen der kapitalistischen Monopole dient —, so bleiben nicht nur die Mittelschichten, sondern auch große Teile der Arbeitnehmerklasse, die den Widerspruch zwischen ihren Interessen und der Politik der Regierung zwar empfinden, aber nicht klar durchschauen, der irrationalen Demagogie der NPD, der faschistischen Propaganda überlassen. Darf die kritische Linke durch ihre Untätigkeit die Verantwortung für eine Entwicklung übernehmen, die dadurch ermöglicht würde?

Prof. Dr. Helmut Ridder

Notstandsstaat oder soziale Demokratie?*)

Wir haben gerade ein Bildschirmerlebnis nicht ungewöhnlicher Art hinter uns. Ich meine die wohltemperierte Ganztagsveranstaltung des Deutschen Bundestags — Debatte wäre ein zu kühnes Wort für soviel Zwiespalt von Wagen, Wollen und Können — über die „Lage der Nation im geteilten Deutschland". Da wurde aber doch der heiße Brei immerhin etwas enger umkreist, als es bei unseren etablierten Politrednern sonst üblich ist. Wer wollte dafür nicht dankbar sein? Ja, wir haben Abgeordnete gehört, die die DDR einen Staat und den Warschauer Pakt gar ein Verteidigungsbündnis nannten. Wir waren Zeugen einer atemberaubenden vermeintlichen Kühnheit, die zaghafte Parallelen zwischen früheren deutschen und heutigen amerikanischen Kriegsverbrechen zog. Man hat doch tatsächlich einen nicht ganz kleinen Teil der Dinge beim Namen genannt, von den Dingen freilich, die alle Spatzen der Welt längst von sämtlichen Dächern pfeifen. Es ist des langen und des breiten von Versäumnissen der Vergangenheit und von Verantwortung für die Zukunft geredet worden; und wir haben vernommen, daß selbst die unmittelbaren Erben Adenauers das Aufbegehren der zu sich selbst kommenden jungen Generation nicht mehr einfach vom Tisch wischen, nein, daß sie mit ihr sprechen wollen (wenn sie's nicht zu radikal treibt, natürlich). Wer wollte das nicht freudig begrüßen, wenn es auch selbstverständlich ist? Das Selbstverständliche versteht sich ja leider so selten von

*) Rede bei der Kundgebung des örtlichen Kuratoriums „Notstand der Demokratie" in Nürnberg am 17. März 1968. Bei der Rede mußten einige Satzteile und Halbsätze weggelassen werden, um die vorgesehene Redezeit von fünfzehn Minuten nicht zu überschreiten.

selbst, besonders in diesem Lande und besonders in den zahlreichen Sternstunden, da aus unseren Politikern das Staatsmännische herauswächst.

Da wollen wir doch gleich das Wichtigste nachtragen, was zur Stunde nicht nur die Jugend, was vielmehr alle politisch Denkenden in unserem Lande bewegt, was jedoch der Bundestag bei dieser einzigartigen Gelegenheit der großen Rück- und Vorschau schlicht vergessen hat. Es gibt eine Rangordnung der politischen Fragen, die mit der Zeitfolge zu tun hat: Mit der Entscheidung über eine so zentrale Frage wie die Notstandsgesetzgebung für die Bundesrepublik Deutschland erledigt sich vieles von selbst; es ist daher sogar ökonomisch, wenn wir in dieser Stunde an den Rang dieser Frage erinnern. Und wir tun das nicht einmal „radikal". Es genügt, wenn wir gründlich sind. Gründlich ist zwar dasselbe wie radikal. Aber „radikal", das kommt ja schon seit ungefähr 200 Jahren aus der abartigen Überfremdung durch die westliche Zivilisation — nicht wahr? —, und Gründlichkeit ist eine renommierte deutsche Tugend, deren Übung weder den Alten noch den Jungen zum Vorwurf gemacht werden kann. So wollen wir auch den Abgeordneten des Deutschen Bundestags, die immer vorn sein wollen, getrost die Mao-Lektüre überlassen (die sicherlich bildet; denn selbst was die Rote Bibel an Banalitäten zu bieten hat, sagt sie in einer so makellosen Sprache wie die zur Weltklasse der Prosa gehörenden Maximen des Charles de Gaulle). Doch es muß ja nicht immer der Große Vorsitzende sein, der dem gesunden Menschenverstand gelegentlich zum Durchbruch verhilft. Halten wir uns an den konservativen weisen Konfuzius, der folgende ewige Wahrheit lehrt:

„Der Mensch hat dreierlei Wege, klug zu handeln: erstens durch Nachdenken, das ist der edelste; zweitens durch Nachahmen, das ist der leichteste; und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste."

Das Nachdenken, das moralisch fundierte Nachdenken, ist in der deutschen Politik leider erst im Kommen. Der offenkundige Rückgang an Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit bei jener Bundestagsveranstaltung könnte ein Anfang sein. Vom Nachahmen ist bei uns im Blick auf eine im Frieden, in guten wie in schlechten Zeiten, in Spannung und Entspannung, in Krisen und im Wohlstand stets notstandsfreie parlamentarische, bürgerlich-rechtsstaatliche Demokratie, nämlich die britische, seit Generationen bloß gesprochen worden. Den Deutschen blieb im wesentlichen der dritte Weg; und sie haben auf ihm auch andere an der Bitterkeit der Erfahrung übergenug teilnehmen lassen, sogar ohne sie zu fragen. Es muß sich begreiflich machen lassen, daß wir weitere Erfahrungen derselben Art nicht überleben und daß die anderen sie nicht dulden würden.

Notstandsstaat oder soziale Demokratie? Wohin geht nach den letzten hundert Jahren deutscher Geschichte, die zugleich die Geschichte von hundert Jahren deutscher Sozialdemokratie ist, unsere Neigung? Lassen wir uns nicht von den Vordergründen täuschen! Das „Reich" Bismarcks und der Preußenkaiser, das die Hälfte dieser Zeit einnimmt, konnte durchweg gern auf sein notständisches Instrument des Belagerungszustands verzichten, weil es nicht einmal als Demokratie angelegt war. Sein Bürgertum hatte sich an den Erfolg der nackten Gewalt verkauft; und das zahlte sich aus. Monarch und Kamarilla, Militär und Bürokratie regierten über Sozialdemokraten, die vaterlandslos, Arbeiter, die hochverräterisch, Katholiken, Elsässer und Polen, die Reichsfeinde zu sein hatten. Obrigkeitsstaat und Herrschaft der Staatsräson nach innen und nach außen — bis im Griff nach der Weltmacht Größenwahn und Diktatur der Heeresleitung das folgerichtige Ende herbeiführten — ein Ende in einem Meer von Blut und Tränen.

Weimar? Es ist nicht wahr, daß es vierzehn Jahre einer parlamentarisch-demokratischen Reichsrepublik gegeben hätte! Lassen wir beiseite, was an Chancen gesellschaftlicher Demokratisierung schon am Anfang vertan worden ist — auch dann bleiben nur sechs Jahre leidlicher Liberalität bei leidlichen Wirtschaftsverhältnissen von 1924 bis 1930. Schon Weimar scheiterte an dem (zwar nicht voll bewußt gewordenen, aber praktizierten) Grundsatz: parlamentarische Demokratie als Luxus und Spielerei für krisenfreie, Notstand für magere Jahre, Notstand, d. h. Exekutivdiktatur, schließlich in gleitendem Übergang zur scheinlegalen Ablösung der Verfassung durch ein autoritäres und dann ein faschistisches System — und das Ende war wieder ein Ende in einem Meer von Blut und Tränen.

Bonn? Es ist nicht wahr, daß wir an die 20 Jahre grundgesetzlicher Demokratie hinter uns hätten! Allmählich dämmert wenigstens auf, mit welchen Opfern an ohnehin kümmerlicher demokratischer Substanz wir für fremde Wirtschaftshilfe gezahlt haben — und wem sie letztlich zugute kommen wird: nicht denjenigen, die die Hauptlast des Aufbaus getragen haben! Und seitdem auch unser Land in die raffiniert angelegte Falle des Koreaschocks getappt ist, seit 1951 also, hat der Gifthauch des Kalten Krieges das Seine zur Beschleunigung des Ausrinnens von Demokratie und humanitärem Bürgererbe geleistet.

Da wandelt parlamentarische Opposition sich um zur Konkurrenz und Konkurrenz zur Koalition und Koalition zur Speerspitze der machttragenden und machtbesessenen Eliten. Da ist die wirkliche Opposition der sachlichen Alternativen wieder einmal vaterlandslos und hochverräterisch und steht auf der Straße; sie singt keinen Meistergesang, und was sie zu sagen hat, das sagt sie in Mikrophone mit amtlich limitierter Phonzahl. Da grassiert die politische Verdummung durch eine hörige oder hilflose, verstockte Presse. Da geht die neue alte Dolchstoßlegende um. Da schreibt, wenn es um die erweiterte Mitbestimmung geht — über deren Praktikabilität, Durchführung und Erfolgsaussichten man gewiß mit guten Gründen verschiedener Meinung sein kann — die Frankfurter Bundeshauspostille der Arrivierten vom Moloch des Gewerkschaftsbundes, in dessen Umarmung die Demokratie ersticken würde. „In Wirklichkeit geht es schlicht um Macht", entfließt es der famosen Feder, als ob das in einer modernen konfliktbestimmten Gesellschaft illegitim wäre, und als ob es der anderen Seite darum ginge, das Gebot der christlichen Nächstenliebe zu verwirklichen, — und niemand lacht! Auch das wäre ein Meistersingerthema ersten Ranges. Da ist der Notstand tatsächlich und rechtlich schon da: „Einfache" Notstandsgesetze, gezimmert nach dem Modell jenes angeblich „zur Behebung der Not von Volk und Reich" erlassenen Ermächtigungsgesetzes vom März 1933, über die kein am Erlaß beteiligter Abgeordneter auch nur ein Wort bei einer grundsätzlich sein sollenden Aussprache über die „Lage der Nation" verliert! Geprobter und verwirklichter Polizeinotstand in Berlin und Bremen! Da kann die Justiz zur Schnellgerichtshure der Exekutive gemacht werden — auf den massierten empörten Aufschrei der auf ihre Unabhängigkeit sonst so pochenden rechtsprechenden Gewalt warten wir bis jetzt vergebens! Da stellte sich ein Landesexekutivchef unbesehen und ohne Prüfung hinter die Aktionen seiner Polizei, denen ein Menschenleben zum Opfer gefallen war, — und er war am nächsten Morgen noch im Amt! Welche Zumutung ist in diesem Land der unbegrenzten Zumutungen im Laufe der letzten fünfzehn Jahre den Demokraten eigentlich noch nicht gemacht worden?! Hundert Jahre deutscher Verfassungsgeschichte; und rund neun Zehntel davon sind vorparlamentarisch und vordemokratisch oder antiparlamentarisch und antidemokratisch und bestenfalls bedingt rechtsstaatlich!

Und das soll eine tragfähige Grundlage abgeben für einen ungemessenen Vertrauensvorschuß an diejenigen, die die Hauptschuld für den neuen Niedergang trifft und die ungerührt ein neues, jederzeit anwendbares Notstandsinstrumentarium dem Gesetzgeber präsentieren!

Wir können uns nicht vorstellen, daß in einer politischen Partei, die auch nur noch Spurenelemente einer ehemals stolzen Tradition von innerer demokratischer Ordnung aufzuweisen hat, der abgrundtief unsachliche und blickverstellende Sachlichkeitsfetischismus der Einzelheiten die großen Schicksalsfragen völlig verdrängt. Die politische Tragweite der sogenannten Notstandsgesetzgebung für den inneren Verfassungsumbau und den äußeren Kredit der Bundesrepublik läßt sich in dieser Stunde nicht mit mehr oder minder unwahrscheinlichen Kriegsbildspekulationen verhüllen. Wer mit der Jugend unseres Volkes sprechen will, um nicht mit der Jugend die Zukunft zu verlieren, der hat sich zu allererst solcher nackten, ungeschminkten und ungeschönten Wahrheit zu stellen. Nichts anderes wird ihm diese Jugend, die von allen Rechtfertigungszwängen ihrer Väter befreit ist, und nichts anderes werden ihm die kritische Intelligenz und die kritische Arbeiterschaft mehr abnehmen, keine Sprüche, kein Gerede und kein Gebarzel. Erst recht nicht in dieser Sache, in der jede kritische Bürgerstimme mehr wiegt als die der sogenannten Experten; denn mit ihr wird zu dieser Stunde, in der vor den Augen der Welt ein in wohlabgewogener Dosierung gepflegter und dennoch nachgerade unverhüllter Faschismus seinen Wiedereinzug in die deutschen Parlamente feiert, über das Schicksal dieses zweiten parlamentarisch-demokratischen Versuchs endgültig entschieden.

Es gibt auch nichts an Einzeleinrichtungen sozialer Demokratie, was mit der Zustimmung zu künftigen und mit dem Schweigen zu erlassenen Notstandsgesetzen erkauft werden könnte. Die andere Seite, für die das Parlament heute wie früher nach Bismarcks denkwürdigem Ausspruch „bei mäßigem Feuer gesotten", anstatt aufgelöst eine großartige Stütze antiparlamentarischer und antidemokratischer Politik bedeutet, ist noch immer früher aufgestanden (nicht bloß, um aus dem Buch des Großen Vorsitzenden auswendig zu zitieren, statt bloß vorzulesen).

Das Buch der Geschichte liegt aufgeschlagen vor uns. Man braucht es nur zu lesen und — natürlich — das Gelesene auch zu begreifen. Da steht übrigens auch zu lesen, wie Beifahrer abgesetzt werden, wenn sie überflüssig oder schwindsüchtig geworden sind, und da steht zu lesen, daß ihnen dann nicht einmal ein Übersoll an Turnlehrertheologie und vaterländischer Pflichterfüllung mehr helfen kann. Wer da meint, Notstandsstaat und soziale Demokratie ließen sich versöhnen, der ist ein Illusionist, der an die Ehe von Feuer und Wasser glaubt, oder er strampelt nach einem untauglichen Alibi für sein — gottlob noch vorhandenes — Gewissen. Er braucht nicht einmal den noch lebenden Herrn von Papen danach zu befragen, wie der wohl Streik- und Widerstandsrecht zu garantieren gedachte. Denn nicht nur das Buch der Geschichte von gestern, auch die Chronik des Demokratieverfalls von heute, ja sogar die Zukunftsbekenntnisse sonst vielleicht schöner, aber demokratiefeindlicher Seelen liegen offen vor uns. Lassen Sie mich, um das zu belegen, das Zitat anführen, das ich versucht habe den Ausschußmitgliedern des deutschen Bundestags ans Herz zu legen: „Das Gefälle zwischen geschriebener Verfassung und politischer Wirklichkeit maßvoll zu verkürzen", das sei, so schrieb ein gemeinhin amtlich inspiriertes Organ in schöner Offenheit und auf gut deutsch, die wahre Aufgabe der Notstandsgesetzgebung. Das heißt in noch klarerem Deutsch: Die Fülle aller schon vorhandenen Verfassungswidrigkeiten und -durchbrechungen zu legalisieren und damit zwangs-

läufig die Grundpfeiler zu zerstören, auf denen eine soziale Demokratie errichtet werden könnte, darauf läuft die Notstandsgesetzgebung hinaus, auch wenn ihre Anwendung verbal auf sogenannte Spannungszeiten beschränkt wird. Dem setzen wir unser bedingungsloses Nein entgegen. Und wir fordern auch den bedingungslosen Verzicht auf alle Versuche, solche Gesetze aus hausväterlicher Vorsorge für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik zu begründen. Wer die völkerbundsfeindliche deutsche Tradition der Zerstörer von Genf und Weimar nicht überwindet, wer im dritten Monat des von den Vereinten Nationen proklamierten Jahres der Menschenrechte, für deren Wahrung in der ganzen Welt wir mitverantwortlich sind (was auch ein Meistersingerthema erster Ordnung wäre), zum Thema der Menschenrechte noch immer nichts beizusteuern weiß, es sei denn die abgestandenen Weisheiten des Kalten Krieges, der kann kein Recht darauf haben, die Nation mit Notstandsgesetzen in einen Mobilmachungszustand hineinzupeitschen — von der Unglaubwürdigkeit ganz zu schweigen.

Rainer Rilling

Zur antigewerkschaftlichen Ideologie der NPD

„Wir wissen, was wir wollen, aber wir sagen es nicht."

(NPD-Vorsitzender von Thadden)

„Was diese Partei will, ist so klar, daß es jeder versteht."

(Ex-NPD-Vorsitzender Thielen)

I

Mißt man die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik an einem inhaltlich bestimmten Begriff von Demokratie, gerät die Entwicklung einiger politischer Strömungen in den letzten zwei Jahren in ein neues Licht. Denn mit diesem inhaltlichen Begriff von Demokratie, der etwa als zunehmender Anteil der Bevölkerung an den Entscheidungen über ihre jeweils besonderen, eigenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Interessen zu umschreiben wäre, scheint erst heute auf einigen Gebieten — wie in den Universitäten — Ernst gemacht zu werden. Auf anderen Gebieten — Wirtschaft, Verwaltung, Massenmedien — verläuft die Entwicklung umgekehrt; hier ist der Prozeß der Demokratisierung schon früh zum Stehen gekommen. Die radikale und grundsätzliche Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse, die unmittelbar nach 1945 durchaus noch im Bereich des Möglichen lag,

war spätestens nach den ersten Erfolgen der christdemokratischen Wirtschaftspolitik illusionär geworden. Die Eingliederung des westlichen Teils Deutschlands in den antikommunistischen westlichen Block, die Spaltung Deutschlands, die Wiederherstellung privatkapitalistischer Eigentums- und Verfügungsverhältnisse sowie die gleichzeitige Verhinderung von Sozialisierung, Mitbestimmung und Planwirtschaft, wie sie z. B. noch im Münchner Programm des DGB gefordert wurden, legten den Grundstein für eine Entwicklung, die nach Johann Agnoli „in letzter Instanz auf eine Demokratie ohne Demos" [1]) hinauslief. Deutlichstes Kennzeichen dieser Entwicklung war die allmähliche Ausschaltung der politischen Linken — entweder durch Verbot oder Anpassung — und die Entstehung einer alles überwölbenden Gemeinschaftsideologie, die unter dem Vorwand vorgeblicher äußerer nationaler Bedrohung auf die Eindämmung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Konflikte im Inneren abzielte. Bereits diese für europäische Verhältnisse (ausgenommen die faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland) beispiellos erfolgreiche Ausschaltung politischer und gesellschaftlicher Kräfte, die ein dynamisches Forttreiben des Demokratisierungsprozesses anstrebten, weiter aber auch die staatlich geförderte, unkontrollierte Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht, der nahezu ungebrochene Fortbestand des antidemokratischen Beamten- und Richterstandes, die zunehmende Verflechtung und Zusammenarbeit der Unternehmens- und Ministerialbürokratie außerhalb der Kontrolle der Öffentlichkeit, die mit am wesentlichsten die vielbeklagte Entwertung des Parlamentarismus bewirkte, und schließlich das Wiederaufleben autoritärer Wertvorstellungen wie „Ruhe", „Ordnung", „Disziplin", „Gehorsam" — dies alles macht die Selbstverständlichkeit, mit der „die regierende Rechte" [2]) daran geht, nach der „Demos" nun auch noch die „Demokratie" abzuschaffen, verständlich. Notstandsgesetzgebung, Mehrheitswahlrecht, Große Koalition, Unterordnung der Gewerkschaften unter die „Konzertierte Aktion", staatlich rechtfertigtes Vorgehen gegen protestierende Minderheiten wie Studenten oder Schüler oder planmäßige Verteufelung politisch Andersdenkender durch die Presse kennzeichnen die ersten Schritte in diese Richtung, von der die Regierung der Großen Koalition auf einigen tausend Werbeplakaten meinte, daß sie stimme.

Diesen Kurs einzuschlagen, fiel um so leichter, als ausgesprochen rechtsextreme und neofaschistische Bewegungen beizeiten aus dem politischen Kräftespiel ausgeschaltet wurden oder im Schatten der Restauration über eine triste Kümmerexistenz nie hinauskamen. Zwar erreichte die „Deutsche Rechts-Partei" als erste organisatorische Sammlung alter und neuer Nationalsozialisten bei den Bundestagswahlen 1949 immerhin 5 Bundestagsmandate, zwar kam die „Sozialistische Reichspartei" 1951 in den niedersächsischen Landtagswahlen auf 11 Prozent, doch die beginnende Konjunktur und das staatlich geförderte Aufblühen des Antikommunismus verringerte die Chancen des organisierten Rechtsextremismus beträchtlich. Das Schicksal der Nachfolgeorganisation der im Oktober 1952 verbotenen SRP, der „Deutschen Reichspartei" (DRP), zeigt dies am deutlichsten: bei den Bundestagswahlen 1961 — also auf dem Höhepunkt der Konjunktur — waren ihr ganze 0,8 Prozent der Stimmen beschieden. Als sich am 4. Dezember 1965 die DRP mit satzungsgemäßer Dreiviertel-Mehrheit auflöste, „um sich selber nicht länger im Wege zu stehen" [3]), war der größte Teil ihrer Mitglieder bereits in der NPD organisiert. In dieser organisierten sich im Zeichen einer gescheiterten Außenpolitik und beginnender Wirtschaftsrezession die legitimen Kinder der

[1]) Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967, S. 44.
[2]) Werner Hofmann in der „Frankfurter Rundschau" v. 3. 1. 1967.
[3]) Der Spiegel 51/1965.

bundesrepublikanischen Ordnung und Ideologie: legitim besonders deshalb, weil fast jede ihrer Forderungen die regierende Rechte beim Wort nimmt. Es gibt kaum einen Programmpunkt der NPD, dessen direkte oder indirekte Verwandtschaft mit der herrschenden Politik nicht aufzudecken wäre. Die These, daß die nahezu reibungslose Einordnung ehemaliger Nationalsozialisten in die Führungsgruppen der westdeutschen Gesellschaft beweise, daß eben diese westdeutsche Gesellschaft ihren Interessen gemäß ist, wird durch die Parallelität zwischen ihren und den Vorstellungen der NPD erneut bewiesen. So macht es die NPD diesen natürlich schwer; sie ist verräterisch, sie deckt auf, was jahrelang verschleiert war: die möglichen Konsequenzen der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung.

II

Man sollte meinen, daß die Reaktion der Öffentlichkeit auf den nunmehr gut zwei Jahre andauernden „Aufstand der Mündigen" [4]), die sich durch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" vertreten fühlen, zumindest in den Grundzügen einigermaßen einheitlich wäre. Betrachtet man jedoch etwa die Äußerungen und Stellungnahmen der drei Bundestagsparteien etwas näher, so treten hinter dem geräuschvollen Lärmen über den Radikalismus von links und rechts deutliche Unterschiede hervor. Die CDU/CSU läßt bislang eine entschiedene Verurteilung des Rechtsextremismus völlig vermissen; von diesem beim Wort genommen, scheint sie sich immer mehr mit einer Annäherung an nationalistisches Gemeinschaftsdenken zu befreunden. Die Freien Demokraten, als liberale Partei ohnehin am unmittelbarsten durch die NPD gefährdet, sind in sich uneins: während sich der liberal-demokratische Flügel — und hier wiederum besonders die Jungdemokraten — eindeutig gegen die NPD stellte, versucht der national-konservative Parteiflügel, die an die NPD verlorengegangenen „nationalen" Wähler durch noch radikaleres nationalistisches Gebaren zurückzugewinnen. Bezeichnendstes Beispiel dafür war der Antrag der hessischen FDP-Fraktion bei der konstituierenden Sitzung des hessischen Landesparlaments, rechts von der NPD Platz nehmen zu dürfen, da es rechts von der FDP nichts mehr geben könne (so der Fraktionsvorsitzende Rodemer bereits im Wahlkampf). Als einzige der Bundestagsparteien nahm die SPD nach den ersten Wahlerfolgen der NPD eine entschiedene Haltung ein. Gleichwohl redet sie inzwischen ebenfalls der verharmlosenden Leerformel, man solle die NPD nicht „überbewerten", das Wort und hat sich offensichtlich mit der NPD als „einem die Demokratie in Deutschland mittragender Faktor" [5]) abgefunden.

Das Verhalten der großen gesellschaftlichen Organisationen bietet ein ähnlich zwiespältiges Bild. Die Vertriebenenorganisationen, die verschiedenen Mittelstandsverbände und der Deutsche Bauernverband machen kein Hehl daraus, daß sie sich zumindest von einem Teil der politischen und ideologischen Vorstellungen der NPD angezogen fühlen [6]); die Unternehmer haben den Rahmen offizieller Reserviertheit bereits mehrfach durchbrochen [7]), und manche katholische Kleriker konnten ihre Sympathien nur mühsam verbergen. Es sieht so aus, als seien die deutschen Gewerkschaften als einzige bedeutende Organisation nicht willens, sich mit der Parlamentswürdigkeit der NPD abzufinden. Schon am 10. Mai 1966 erklärte der DGB-Bundeskongreß in Berlin, „daß die Zugehörigkeit zur NPD un-

4) Fritz Thielen auf dem 2. NPD-Parteitag in Karlsruhe am 18./19. Juni 1966.
5) Adolph von Thadden auf dem 3. NPD-Parteitag in Hannover im November 1967.
6) Vgl. R. Kühnl, G. Ahrweiler u. a., Die NPD, Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Berlin 1967, S. 63 ff. und 189 f.
7) Vgl. Kühnl, NPD, S. 191 f.

vereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei den im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften". Dieser eindeutige Beschluß wurde ergänzt durch politische Aufklärungsarbeit, breite Protestdemonstrationen und schließlich durch die entschiedene Forderung, die NPD zu verbieten, um „dem dabei sichtbar gewordenen Wiederaufleben militaristischen, nationalistischen und antidemokratischen Gedankenguts" [8]) entgegenzuwirken. Doch die tatsächliche Rolle der NPD innerhalb des etablierten Parteiensystems hat inzwischen zu sehr an Kontur gewonnen, um dieser Forderung allzuhohe Erfolgschancen einräumen zu können: als Alibi, Instrument und Katalysator einer ohnehin rechten Politik haben sich die Nationaldemokraten schon längst ihren rechten Platz an der bundesdeutschen Sonne gesichert.

III

Freilich war es nicht nur die entschiedene Front der Gewerkschaften, die sich zum bevorzugten Objekt nationaldemokratischer Polemik machte. Die anti-gewerkschaftliche Stoßrichtung der Ideologie der NPD, wie sie in zahlreichen parteioffiziellen Verlautbarungen zu Tage tritt, wird erst im Zusammenhang mit der Sozialstruktur der NPD-Anhänger und deren wirtschaftlicher Situation voll erklärbar.

Die Anhänger der NPD [9]) rekrutieren sich weiterhin vorwiegend aus den ökonomischen Zwischenschichten, also aus dem „alten Mittelstand" (Gewerbetreibende, Händler etc.), der durch wirtschaftliche Unabhängigkeit und juristische Selbständigkeit gekennzeichnet ist; und weiter aus dem „neuen Mittelstand" (kleine Angestellte, Beamte etc.), der durch wirtschaftliche Abhängigkeit und juristische Unselbständigkeit definiert ist. Diese unterschiedliche wirtschaftliche Lage zeigt, daß es „den Mittelstand" — ohnehin ein wenig genauer Begriff — als eine Einheit zwar in der subjektiven Selbsteinschätzung, nicht aber in der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit gibt. Die Gemeinsamkeiten des „Mittelstandes" sind ideologischer Natur. „Das einzig bindende Element ... ergibt sich gerade aus der Antithese seiner Existenz: Er will Mittelstand sein." [10]) Die Mitglieder der ökonomischen Zwischenschichten spüren, daß sie im Zeitalter wirtschaftlicher Konzentration [11]) ihren früheren sozialen Status allmählich verlieren; in einer klassengespaltenen Herrschaftsgesellschaft fühlen sie sich von zwei Seiten bedroht: vom Großkapital, das die unproduktiven Kleinbetriebe des „alten Mittelstands" zu ruinieren oder in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen droht [12]), und von der organisierten Arbeiterschaft, die die Unterschiede im Arbeits- und Lebenshaltungsniveau und damit auch im Sozialprestige gegenüber dem „Mittelstand" abbauen will und auch schon tendenziell abgebaut hat.[13]) So gerät die subjektive Selbsteinschätzung des „Mittelstands" — nämlich die „ge-

---

8) So ein Appell des DGB an die Bundestagsfraktionen, die Bundesregierung, den Bundesrat und alle Landesregierungen (zit. nach: FAZ, 17. 1. 1967).
9) Vgl. Jahresbericht des Innenministeriums über die Entwicklung des Rechtsradikalismus im Jahre 1967; D. Thelen, Die Wähler der NPD, in: Fetscher, Grebing u. a., Rechtsradikalismus, Frankfurt 1967, S. 159 ff.; Kühnl, NPD, S. 49 ff.
10) E. Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932, S. 163 f.
11) Nach dem „Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft", Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2320, besitzen die 100 größten Industrieunternehmen 1960 einen Anteil am gesamten industriellen Umsatz von 38,8 v. H. gegenüber 33,6 v. H. im Jahre 1954. Die 50 größten Unternehmen haben ihren Anteil von 17,7 v. H. (1954) auf 22,8 v. H. im Jahre 1960 erhöhen können. Dieser Konzentration entspricht die steigende Anzahl der Abhängigen: ihr relativer Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg zwischen 1950 und 1964 von rund 68 v. H. auf über 80 v. H. Die Zahl der Selbständigen ging im gleichen Zeitraum sowohl absolut wie relativ zurück. Vgl. Karl-Heinz Stanzick, Der ökonomische Konzentrationsprozeß, in: Der CDU-Staat, hrsg. v. G. Schäfer/C. Nedelmann, München 1967, S. 23 f.
12) Herausragendes Beispiel sind die ständig gefährdeten Zuliefererbetriebe, deren Anzahl beständig steigt; so besitzen die Firmen Siemens 30 000, Krupp 23 000 und Daimler-Benz 17 000 Zulieferer.
13) Zwar zeigen Untersuchungen z. B. von Richard Hamilton, daß zwischen Angestellten und Arbeitern weiterhin große Unterschiede im Einkommens- und Lebenshaltungsniveau bestehen; die fortschreitende Automation bringt jedoch eine allmähliche Angleichung der Arbeitsweise selbst mit sich.

sunde, organische, einheitliche Mitte" der Gesellschaft zu sein — mit seiner objektiven Lage — die durch tatsächliche wirtschaftliche Abhängigkeit gekennzeichnet ist — immer mehr in Widerspruch. In Zeiten wirtschaftlicher Krise oder Rezession gewinnt dieser Widerspruch reale politische Potenz: das irreale Schutzbedürfnis gegen „oben" und „unten" des bedrohten Mittelstands artikuliert sich in faschistischer Ideologie. Freilich — das Reservoir der NPD-Wähler bilden auch die „Fußkranken der Entnazifizierung, (die) aus ihren Schlupflöchern blinzelnd ans Tageslicht" [14]) kriechen; und die letzte Entwicklung zeigt, wie erfolgreich der demokratische Gestus der NPD auch auf andere Wählerschichten wirkt. Gleichwohl versteht sich die NPD weiterhin vorwiegend als Sprachrohr des mittelständischen Schutzbedürfnisses und kämpft damit zugleich gegen die Oberklassen und gegen die organisierte Arbeiterschaft, d. h. ideologisch gesprochen: zugleich gegen Kapitalismus und Sozialismus: „Ebenso, wie wir rückhaltlose Gegner des Marxismus und Kommunismus sind, lehnen wir aber auch die Wiederbelebungsversuche des Kapitalismus vergangener Zeiten ab. Die moderne Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen der kommunistischen und kapitalistischen Welt braucht eine andere Ordnung, eine Synthese." [15]) Ihr politischer Kampf gilt allen „Doktrinen kapitalistischer, liberalistischer und marxistischer Prägung" [16]). Aus der Schwäche und Uneinigkeit des Mittelstandes und der Interessenlage des kleinen, nationalen Kapitals wird der Charakter dieser „Synthese" unmittelbar einsichtig: gesucht wird eine Position „über" den Klassen, die Identifikation mit dem „Ganzen", der „Volksgemeinschaft", der „Nation", dem „starken Staat", dem „Gemeinwohl", „kraft derer (man) an der Macht und Herrlichkeit der riesigen Kollektive Anteil zu gewinnen wähnt" [17]), kraft derer man die Gegner von „oben" und „unten" zu bezwingen sucht. Der starke Staat, die Beschwörung eines nicht vorhandenen Gemeinwohls etc. sollen als Vehikel zur Absicherung des bedrohten sozialen Status des Mittelstandes herhalten — natürlich auf Kosten der übrigen gesellschaftlichen Gruppen. Autoritäre — wenn möglich und notwendig, auch unverhüllt terroristische — Methoden sollen die Einordnung der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und die gewaltsame Auflösung des gesellschaftlichen Widerspruchs besorgen. Daß ein solches Konzept die Unterdrückung jeder selbständigen kritischen Regung im politischen und sozialen Bereich, das Verbot oder zumindest die Gleichschaltung freier Verbände und Parteien und die Ausschaltung jeder Opposition bedeutet, liegt auf der Hand.

IV

Daß eine solche Konzeption in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vor allem die sozialen Unterklassen treffen muß, ergibt sich bereits daraus, daß diese auf Grund der Herrschaftsverhältnisse auf die Organisierung ihrer Kräfte und die öffentliche Vertretung ihrer Interessen notwendig angewiesen sind, um der zunehmenden Transformation wirtschaftlicher in politische Herrschaft begegnen zu können. Obgleich das Schicksal der gewerkschaftlichen Forderungen nach Vergesellschaftung oder Mitbestimmung zeigt, wie es um die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik steht, sieht die NPD in der Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften ihre hauptsächlichen politischen Gegner. Auch hier gilt, daß der organisierte Rechtsradikalismus ausspricht, „was andere nur denken; ihre verhohlenen Wünsche will er vollstrecken, ihre halben Unternehmungen zu Ende

14) „Deutsche Nachrichten" (DN), Sonderdruck IV/1966.
15) Fritz Thielen, Grundsätze unserer Politik im neuen Bundestag, Hannover 1965, S. 2.
16) Politik in unserer Zeit, Das Manifest der NPD mit Erläuterungen, Hannover 1967, S. 12.
17) Soziologische Exkurse, hrsg. v. Th. W. Adorno und W. Dirks, Frankfurt 1956, S. 64.

führen. Er tritt auf als der entschiedene, zu Taten drängende, aktivistische, aggressive Vollender dessen, was die anderen bloß wollen." [18])

Die Polemik der NPD gegen die Gewerkschaften bewegt sich zunächst auf einer rein formal-propagandistischen Ebene: mit dem Vorwurf, die gewerkschaftlichen Aktionen gegen die NPD verstießen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, bemüht sie sich nicht nur um deren Diffamierung, sondern auch um die eigene Absolution. Für die NPD ist es schon lange erwiesen, daß die „linksextremistischen Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ... außerhalb unserer Rechtsordnung stehen wollen und auf den Rechtsstaat pfeifen" [19]); den „verkappten Feinden unserer Freiheit" [20]), die „mit den Zonenkommunisten zusammensitzen und gegen die freiheitliche Ordnung in der Bundesrepublik gerichtete Parolen ausbrüten" [21]), dem DGB, der „jede Tarnung fallen ließ" und „offen zu Landsfriedensbruch und Störung der gesetzlichen Ordnung" [22]) aufruft, den Gewerkschaftsstellen, „die sich autokratisch über die freie Willensentscheidung ihrer Mitglieder und die freiheitlichen Grundrechte" [23]) hinwegsetzen, den DGB- und IG-Metall-Funktionären, „die wie Wölfe im Schafspelz agieren" [24]) und an deren „Verfassungsfeindlichkeit" [25]) und „verfassungsfeindliche(n) Umtriebe(n)" [26]) kein Zweifel mehr sein kann, — all jenen stellt sich die NPD als „festester Widerstandskern gegen den Linksextremismus" [27]) und „sicherste Gewähr für die Unantastbarkeit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" [28]) entgegen. Mit diesem Taschenspielertrick hat sie schließlich auch den „Beweis" geführt, „daß ausschließlich von linksradikaler Seite unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung zersetzt und die demokratischen Grundrechte unseres Grundgesetzes schmählich mißachtet werden" [29]). Hat sich die NPD derart als Gralshüter der Demokratie in Szene gesetzt, kann sie Bundesinnenminister Lücke, „der nach rechts stets allergisch, nach links aber mit milder Nachsicht" [30]) zu reagieren pflege, unverhohlen dazu auffordern, die Gewerkschaften zu verbieten.[31])

In den Bereich gezielter propagandistischer Polemik sind auch die ungezählten Versuche einzuordnen, einen Keil zwischen die Arbeitnehmerschaft bzw. Gewerkschaftsmitglieder und ihre Organisation bzw. die Gewerkschaftsleitung zu treiben. So habe „sich innerhalb des DGB eine radikale Funktionärsclique breit-(ge)macht, die zwar die Fühlung zur Arbeiterschaft verloren hat, aber noch immer glaubt, mit einer Minderheit die mündige Arbeitnehmerschaft beherrschen zu können".[32]) Diese „Führungsclique", die „mehr sich selbst als den Interessen jener dient, denen sie verpflichtet ist" [33]), läßt durch „politischen Terror am Arbeitsplatz" den „geknebelten Gewerkschaftsuntertan" seine „Ohnmacht gegenüber den Funktionären" [34]) spüren. Von den Problemen des Arbeiters an seinem eigenen Arbeitsplatz bemerke „ein von der Arbeit freigestellter Betriebsrat ...

18) Hofmann, a.a.O.
19) DN 21. 5. 1966, S. 1.
20) DN 29. 4. 1966, S. 1.
21) DN 21. 4. 1967, S. 6.
22) DN 15. 9. 1967, S. 1.
23) DN 24. 3. 1967, S. 1.
24) DN 15. 9. 1967, S. 1.
25) DN 27. 5. 1966, S. 1.
26) DN 7. 4. 1967, S. 1.
27) DN 26. 5. 1967, S. 1.
28) DN 7. 4. 1967, S. 1.
29) DN 7. 4. 1967, S. 1.
30) DN 26. 5. 1967, S. 1; im Jahre 1963 wurden etwa 10 050 Ermittlungsverfahren gegen links und 177 gegen rechts eingeleitet (Lutz Lehmann, Legal und opportun, Berlin 1966, S. 122 ff.)
31) DN 26. 5. 1967, S. 1.
32) DN 15. 9. 1967, S. 1.
33) DN 20. 10. 1967, S. 1.
34) DN 2. 6. 1967, S. 10.

nichts mehr" [35]). Während in den zwanziger Jahren „die SPD selbst den Terror in Versammlungen, an den Arbeitsplätzen und auf der Straße" [36]) übernahm, machen heute „die SPD-treuen Funktionäre der Gewerkschaft das schmutzige Geschäft" [37]); daß die Arbeitnehmer unter dem „Terror der SPD-Funktionärsfronde" [38]) gezwungen sind, sich „in ihren freiheitlichen Rechten einengen oder gar unter Druck nehmen zu lassen" [39]), daß man „ihnen das freie selbständige politische Denken verbieten will" [40]), ist unter solchen Umständen für die NPD eine beschlossene Sache. Ihre Frage: „Kann der westdeutsche Arbeiter mit solchen Gewerkschaftsbossen solidarisch sein", die „nur die Sprache der Arbeitermörder" [41]) kennen, bleibt da wohl rein rhetorisch. Mit der gezielten Diffamierung der Gewerkschaftsspitze als „Arbeiterverräter" und der Gewerkschaften allgemein als terroristischem Unterdrückungsinstrument der Arbeitnehmer (der DGB „hetzt ... Deutsche gegen Deutsche" [42])) versucht die NPD, eine zweifellos vorhandene Entfremdung zwischen Gewerkschafsspitze und Mitgliederschaft propagandistisch auszunutzen, um die Gewerkschaftsbewegung von ihren Grundlagen her zu schwächen und sich die Möglichkeit zu schaffen, „den arbeitenden Menschen allgemein mit den Gedanken der NPD vertraut zu machen" [43]).

Neben dieser formal-propagandistischen „Argumentation" stehen nun die inhaltlichen Vorwürfe, um die es der NPD in Wirklichkeit geht und die für das tatsächliche Verhältnis der NPD zu den Gewerkschaften wesentlich aufschlußreicher sind. Es wurde bereits erwähnt, daß die NPD als Sprachrohr des mittelständischen Schutzbedürfnisses gegen Oberklassen wie organisierte Arbeitnehmerschaft, gegen „Kapitalismus" wie „Sozialismus" antritt. Bereits heute ist deutlich, daß ähnlich wie bei der NSDAP von der ursprünglich doppelten Frontstellung nur diejenige gegen „unten", gegen die Arbeiterschaft gerichtete, übriggeblieben ist. Polemiken gegen Deutschlands Unternehmer sind rar in den nationaldemokratischen Parteitagsreden; statt dessen redet sie der weiteren Kapitalkonzentration das Wort: „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerläßlich. Die NPD wird daher alle Bestrebungen unterstützen, die auf einen Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung (z. B. Autoindustrie) gerichtet sind" [44]); und von hier ist es bis zur offenen Verherrlichung eines bundesdeutschen Neokolonialismus nicht weit — „in den unterentwickelten Heimatgebieten der Gastarbeiter (sind) deutsche Fabriken zu errichten, die als Zulieferwerke für deutsche Stammwerke in der Bundesrepublik arbeiten" [45]). Daß eben durch weitere Kapitalkonzentration die „Erhaltung und Stärkung des selbständigen Mittelstandes ... (als) Voraussetzung für die Abwehr der Vermassung und für die Bewahrung des gewachsenen Volkstums" [46]) unmöglich wird, gehört zu einem der charakteristischsten Widersprüche der programmatischen Vorstellungen der NPD. So nimmt nicht wunder, daß aus deutschen Unternehmerkreisen bisher keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen die NPD zu hören waren. Die ideologische Frontstellung gegen die organisierte Arbeiterschaft und die Gewerkschaften — freilich nur von „Brunnenvergiftern" [47]) behauptet —

35) ebenda, S. 10.
36) ebenda, S. 10.
37) ebenda, S. 10.
38) ebenda, S. 10.
39) ebenda, S. 10.
40) ebenda, S. 10.
41) DN 1. 9. 1967, S. 5.
42) NPD-Flugblatt, zit. nach: Dieter Kuhr, Die nationale Faust im Nacken? Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1967, S. 156.
43) DN 2. 6. 1967, S. 10.
44) Programm der NPD V/6, DN-Sonderdruck NPD-Kurier D/67.
45) Musterreden (Rede für eine NPD-Versammlung) G
46) Programm V/15.
47) Politik in unserer Zeit, S. 17.

Ostermarsch '68

Die außerparlamentarische demokratische Opposition in der Bundesrepublik wird stärker. Viele Bürger in unserem Lande wollen eine neue Politik. Wer etwas ändern will, muß in die Öffentlichkeit gehen. Die Opposition muß ihre Stärke zeigen. Die Opposition muß für eine Alternativkonzeption werben. Der nächste wichtige Termin dafür: OSTERMARSCH '68.

Der Ostermarsch tritt ein: Gegen den Krieg der USA in Vietnam, gegen den Rüstungsstaat, gegen Notstandsgesetze, gegen Presse-Monopole, gegen Atomwaffen, gegen die Militärblöcke, — für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, für sozialen Fortschritt, für Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, für Abrüstung und reale Demokratie.

Die außerparlamentarische Opposition wird nicht aus Reptilienfonds gespeist, sie hat keinen (durch Steuergelder zwangsfinanzierten) hauptamtlichen Mitarbeiterstab wie die großen Parteien, sie kann nicht auf die Sympathie der Springer-Presse setzen. Die Ostermarschbewegung ist angewiesen auf die freiwillige Hilfe eines jeden einzelnen, auf Spenden, auf Hilfe bei der Verbreitung ihres Materials, auf Mitarbeit in ihren Ausschüssen und bei ihren Aktionen.

OSTERMARSCH — DER TERMIN FÜR ALLE DEMOKRATEN

Die großen Ostermarschkundgebungen sind am Ostermontag, 15. April 1968:

Hamburg, 16 Uhr, Moorweide (Dammtor)
Bremen, 12 Uhr, Domshof
Hannover, 16.30 Uhr, Platz vor dem Opernhaus
Dortmund, 16 Uhr, Westfalenhalle
Frankfurt, 15 Uhr, Römerberg
Stuttgart, 15 Uhr, Schillerplatz
München, 17 Uhr, Alter Botanischer Garten
Nürnberg, 16 Uhr, Meistersingerhalle
Berlin, Kundgebung und Demonstration am Ostersonntag

MACHEN SIE MIT BEIM OSTERMARSCH '68

Fordern Sie eine Informationssendung über die Zielsetzung der Kampagne und über die Ostermärsche an (bitte für Unkosten DM 3,— in Briefmarken beifügen): Kampagne für Demokratie und Abrüstung — Ostermarsch, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Finanzielle Unterstützung für den Ostermarsch '68: Postscheckkonto PSA Frankfurt 6255, Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Nr. 740633.

weist sich inhaltlich aus in einem allzeit gängigen, allgemeinen „Kommunismusverdacht", der sich am charakteristischsten in der Parole vom „Gewerkschaftsstaat" niederschlägt.

Den „Kommunisten im DGB" [48]), den „roten Genossen mit der ehrsamen Tarnkappe des DGB" [49]), den „getarnten Kommunisten in der Führung einiger unserer Gewerkschaften" [50]), der „linksradikalen Funktionärsminderheit im DGB" [51]), den „linksradikalen Kreisen im Deutschen Gewerkschaftsbund" [52]), den „marxistisch-leninistischen Funktionären" [53]) im DGB und besonders in der IG Metall, kurz: der Mehrzahl der Funktionäre „eines Verbandes, dessen oft proklamierte Menschlichkeit auf Krücken geht", dessen „kastrierte Moral, manipulierte Humanitas (und) antihumaner Zynismus" den „stalinistischen Methoden der Menschenverachtung" [54]) gleichkommt, diesen allen geht es nach Meinung der NPD zunächst und vor allem „um die Zerstörung der Gesellschaft, es geht ihnen darin und dahinter um den echten Marxismus" [55]). Die angestrebte Zerstörung der Gesellschaft — u. a. „das Ergebnis der guten Kontaktpflege des DGB zu totalitären Systemen" [56]) — ist identisch mit dem Versuch, „die deutsche Frage . . . unter dem Vorzeichen sozialistischer Einheit zu lösen" [57]). „Gewerkschafter als Fünfte Kolonne" [58]) der SED, beide vereint in der Absicht, die Bundesrepublik in einen sozialistischen Staat umzuwandeln: mit dieser „Agententheorie" kann die NPD mit der Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten rechnen. Unter antikommunistischem Vorzeichen mobilisiert sie nationale Haßgefühle nach außen und Minderheitenaffekte nach innen. Der bundesdeutsche Antikommunismus findet in der NPD seine letzte Stoßtruppe; gereinigt von schmückendem Beiwerk, tritt seine Bedeutung klar hervor: als Rechtfertigung bestehender innerer Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist sein Ziel die geistige und soziale Disziplinierung aller, die an diesen Herrschaftsverhältnissen rütteln. Die eminent innenpolitische Funktion des Antikommunismus gewinnt in der NPD grobe Gestalt: die soziale Befriedung, die Überdeckung sozialer Interessengegensätze durch nationale Haßgefühle, die Verketzerung aller, die vom Pfade des Heils — der Restauration — abweichen. Auch hier gilt erneut, daß die NPD nicht nur das legitime Kind der hiesigen politischen Verhältnisse ist, sondern das Geschäft derer besorgt, die an Veränderung dieser Verhältnisse wenig interessiert sind.

Der Antikommunismus der NPD ist gleichwohl von anderer Art als der der herrschenden Oberklasse. Interessiert an der Aufrechterhaltung vorhandener Herrschaftsverhältnisse, stützt sich der Antikommunismus der gesellschaftlichen Oberklassen auf eine „konservativ"-autoritäre Grundhaltung. Indem sie an der Bewahrung und nicht — wie die NPD — am Abbau ihrer eigenen Herrschaftspositionen interessiert sind, sind sie in einem formalen Sinne „konservativ". Der Antikommunismus der NPD ist anderer Art, wodurch aber die Möglichkeit gegenseitiger Befeuerung kaum verringert wird. So läßt sich der Antikommunismus der NPD eine weitere Parole angelegen sein, die zu kolportieren nicht nur Deutschlands Unternehmerschaft nicht müde wird: nämlich die gängige Rede vom „Gewerkschaftsstaat", der die Bundesrepublik zu werden drohe. Wie für das publizistische Sprachrohr der deutschen Wirtschaft — den „Industriekurier" — die

48) DN 29. 4. 1966, S. 1.
49) ebenda, S. 1.
50) ebenda, S. 1.
51) DN 15. 9. 1967, S. 1.
52) DN 27. 5. 1967, S. 1.
53) DN 2. 6. 1967, S. 10.
54) DN 8. 12. 1967.
55) DN 11. 8. 1967, S. 9.
56) DN 10. 11. 1967, vgl. auch DN 17/66, DN v. 1. 9. und 14. 4. 1967.
57) DN 29. 4. 1966, S. 1.
58) DN-Titel zit. n. Kühnl, NPD, S. 85.

einfache Mitbestimmung bereits „die Abschaffung des Unternehmers und seine Ersetzung durch die Gewerkschaftsdiktatur" [59]) bedeutet, vertritt in den Augen der NPD der Deutsche Gewerkschaftsbund einen „verfassungswidrige(n) Anspruch auf die totale Macht im Staat und in der Gesellschaft, die keine andere Meinung mehr zuläßt und die politische Minderheit nicht mehr respektiert" [60]). Der DGB, der „ohnehin ein Staat im Staate ist" [61]), strebt unter „dem Deckmantel der Mitbestimmung ... nach diktatorischer Alleinherrschaft" [62]) und der „totalen Macht im Staat" [63]). Bereits gegenwärtig haben die Gewerkschaften für die NPD eine solche Machtstellung erreicht, daß sie feststellt: „Was bedeutet schon ein deutsches Staatsoberhaupt, wenn es um die wohlgepolsterten Sessel deutscher Gewerkschaftsführer geht" [64]).

In der fatalen Parallelität der Meinungen zeigt sich, daß der traditionelle Antikommunismus sein neues Notlager gefunden hat, um in politischen Notzeiten überwintern zu können. Dieses Notlager freilich ist primitiv und ursprünglich. Dort leistet man sich keinen Luxus, Feinheiten sind verpönt. Man hat es nicht nötig, aufgeputzt daherzukommen: man sagt, was man denkt. Und die alte Wahrheit, daß keine Politik an der Stunde ihrer Wahrheit vorbeikomme, bestätigt sich einmal mehr: je weniger der bundesweite Antikommunismus durch die Wirklichkeit der sozialistischen Staaten rechtfertigt werden kann, desto deutlicher wird sein wahres Motiv: Schutz der Restauration. Und stellt sich einer ein wie die NPD und erbietet sich, die Restauration nicht bloß zu schützen, sondern auch weiterzutreiben: wer mag da behaupten, daß solches ungelegen kommt?

V

Welche Vorstellungen nun hat die NPD dem „Kapitalismus und Bolschewismus", die für sie „nur zwei Seiten desselben Dinges" [65]) sind, entgegenzusetzen? Wodurch will sie die pluralistische Gesellschaftsverfassung ersetzen, mit der „das Ferment der Auflösung zum Staatsprinzip erhoben" [66]) worden ist und in der sie die „zur Norm erhobene Anarchie" [67]) sieht? Wenn die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung „nur miserabler Kampf um den eigenen Futternapf" [68]) und „widerwärtiges Freistilringen" [69]) ausmacht, ohne daß „auf das Gedeihen des Ganzen" [70]) Rücksicht genommen wird? Was sind ihre Vorstellungen von „einer arteigenen deutschen Lebenshaltung" [71])?

Daß die politischen und ideologischen Vorstellungen der NPD wesentlich mit der sozialen und wirtschaftlichen Situation der ökonomischen Zwischenschichten und deren subjektiver Selbsteinschätzung zusammenhängen, wurde bereits aufgezeigt. Sie suchen eine Position „über" den Klassen und die Identifikation mit dem „Gemeinwohl", dem „Ganzen", der „Nation", um so die Absicherung des eigenen gefährdeten sozialen Status erreichen zu können. Dieses Gemeinwohl ist also nicht das Ergebnis der demokratischen Konkurrenz und Auseinandersetzung verschiedener politischer und sozialer Kräfte, sondern von vornherein als Mittel dazu gedacht, die übrigen gesellschaftlichen Gruppen daran zu hindern, ihre

59) Industriekurier vom 25. 3. 1965.
60) DN 27. 5. 1966, S. 1.
61) DN 12. 1. 1968.
62) DN 1. 12. 1967, S. 1.
63) DN 27. 5. 1966, S. 1.
64) DN 20. 10. 1967, S. 1.
65) NPD-Wahlkampfflugblatt zit. n. Kühnl, NPD, S. 107.
66) DN 23. 12. 1966.
67) DN 16. 12. 1966.
68) DN 3. 3. 1967.
69) DN 4. 8. 1967.
70) DN 3. 3. 1967.
71) DN 1. 9. 1967.

Interessen zu formulieren und zu vertreten. Die „Begrenzung der Freiheit aus der Bindung an das Ganze" [72]), die Eingliederung und Ausrichtung der Parteien, Verbände und Interessengruppen, kurz: die „Formierung der Nation" [73]) erfordert die Aufgabe des liberalen Freiheitsbegriffs: „Statt ... mehr Freiheit liberalistischer Prägung brauchen wir in Wahrheit ein ganz neues System von Ordnungen oder schlechthin eine neue Ordnung" [74]). In dieses Ordnungsgefüge haben sich die verschiedenen Interessen — und insbesondere die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft — einzuordnen. Die Rechte der Gewerkschaften, die eine Austragung sozialer Gegensätze garantieren, sollen eingeschränkt, die Aufgaben der Gewerkschaften anders gestellt werden: als Transmissionsriemen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht, als Integrations- und Unterdrückungsinstrument herrschender Interessen.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß sich die NPD nach außen hin — auf Parteitagen oder in programmatischen Äußerungen — „durchaus gewerkschaftsfreundlich" [75]) gibt. In den Erläuterungen ihres „Manifests" tönt es: „Die NPD bejaht grundsätzlich Gewerkschaften und Unternehmerverbände in ihren Funktionen als Sozialpartner in unserem Wirtschaftsleben" [76]), und der sozialpolitische Ausschuß der NPD läßt die Leser der „Deutschen Nachrichten" regelmäßig von seiner „grundsätzliche(n) Bejahung des Gewerkschaftsgedankens" [77]) wissen. Nach einer Betrachtung des NPD-Programms, das auf dem 3. Bundesparteitag der NPD vom 10.—12. 11. 1967 in Hannover beschlossen wurde, bleibt von der Bejahung des Gewerkschaftsgedankens jedoch nicht mehr viel übrig. Die NPD spricht dort den Gewerkschaften folgende Aufgaben zu: [78])

a) „Die Sicherung des Arbeitsfriedens" (IX,7);

b) „Die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden" (IX,8);

c) Die Überwindung der „überholten Standes- und Klassenvorstellungen des vergangenen Jahrhunderts" (IX,9);

d) „Wahrung des Erreichten durch Sicherung der Arbeitsplätze, Förderung der Berufsausbildung, Schutz der Gesundheit der Arbeitenden, Gewährung leistungsgerechter Löhne und Mehrung des Besitzstandes" (IX,10).

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Gewerkschaften sich „als selbstverantwortliche Sozialpartner ihrer Mitverantwortung für das Volksganze in hohem Maße bewußt sein" (IX,16); weiter müssen sie „wahrhaft überparteilich sein" (IX,11) und „dürfen keine wirtschaftliche Macht ausüben, außerhalb der Parlamente Einfluß auf die Staatspolitik nehmen oder selbst als Unternehmer tätig werden" (IX,14). Die gewerkschaftlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele sollen scharf begrenzt werden: „Die Tarifautonomie (findet) dort ihre Grenze, wo auf Kosten des Ganzen und ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl verfahren wird" (IX,17). Während die NPD in ihrem „Manifest" noch „im Falle drohender äußerer Gefahr und aus lebenswichtigen Gründen das Recht auf Streik" [79]) außer Kraft setzen wollte, wendet sie sich in ihrem Programm „nur" noch gegen den politischen Streik.

---

72) DN 10. 11. 1967.
73) DN 17. 3. 1967.
74) DN 27. 5. 1966.
75) So Wilhelm Gutmann am 7. 6. 1966 in Waiblingen, zit. nach Waiblinger Kreiszeitung vom 10. Juni 1966.
76) Politik in unserer Zeit, S. 17.
77) DN 3. 3. 1967.
78) Vgl. zum folgenden: Programm der NPD, NPD-Kurier D/67.
79) Politik in unserer Zeit, S. 17.

Bereits diese offiziellen Äußerungen und programmatischen Formeln können ihre Herkunft nicht verleugnen. Da die Ähnlichkeit zwischen NSDAP und NPD bis in die Wortwahl hineinreicht, muß sich die NPD einen solchen Vergleich gefallen lassen. Welche Funktionen sollten die Gewerkschaften — theoretisch — nach den Vorstellungen der NSDAP ausüben?

In „Mein Kampf" akzeptierte Hitler zwar die Gewerkschaft „als Mittel zur Verteidigung allgemeiner sozialer Rechte des Arbeitnehmers und zur Erkämpfung besserer Lebensbedingungen desselben im einzelnen" [80]), wendet sich aber gegen die Gewerkschaft „als Instrument der Partei des politischen Klassenkampfes" [81]). Die NPD formuliert: „Die Gewerkschaft darf aber nie zum Instrument des Klassenkampfes einer Partei werden" [82]), während „deren sozialpolitischen Auftrag niemand bestreitet" [83]). Hitler lehnte jedoch nicht nur die politisch-klassenkämpferische Form der Gewerkschaft ab, sondern schränkte die Legitimation der Gewerkschaft als sozialer Selbsthilfeorganisation auf einen bezeichnenden Aspekt ein: „Ihre Bedeutung liegt aber nicht nur auf sozialpolitischem Gebiet, sondern noch viel mehr auf einem allgemeinen national-politischen" [84]). Die Gewerkschaften sind für Hitler Mittel zur Stärkung der „gesamten Widerstandskraft" der Nation „im Daseinskampf" [85]). In einem programmatischen Artikel formuliert die NPD Juni 1967 wie folgt: „Wenn nämlich die Gewerkschaftsbewegung das Ziel hat, eine Besserstellung der arbeitenden Menschen eines Volkes in seiner Gesellschaft zu erreichen, so ist diese Tätigkeit in Wahrheit ‚national'. Diese Tätigkeit hilft dann doch mit, ... alle Teile eines Volkes für die Fragen der nationalen Existenz zu interessieren" [86]). Die Meinung der NPD, daß der Nationalismus „die leidenschaftliche und ‚totale' Hingabe des ganzen Menschen" [87]) erfordere und „die Anspannung aller Kräfte" notwendig sei, „um den Willen zur Selbstbestimmung der deutschen Nation zu wecken" [88]), fügt sich hier bruchlos ein.

Die realpolitische Aufgabe, die Hitler den Gewerkschaften zuordnete, ist nicht der Klassenkampf, sondern die berufsständische Vertretung und die „vertrauensvolle" Zusammenarbeit mit den Unternehmern als „Beauftragte und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft" [89]), solange es Unternehmer gibt, „die von sich aus ... kein Gefühl für soziale Pflichten" [90]) besitzen.

Die Vorstellungen der NPD liegen genau auf der gleichen Ebene: als ein Mittel, sozialpolitische Mißstände auszugleichen, „dienen sie dem Volksganzen" [91]) und haben „die Überwindung des Klassenkampfes und die Eingliederung des Arbeiters ... in die Gesellschaft" [92]) zu besorgen. Daß die NPD in der Tat das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell des Dritten Reiches im Auge hat, wenn sie vom „Arbeitsfrieden" und der „Überwindung des Klassenkampfes" redet, spricht sie offen aus: der Nationalsozialismus habe „den Klassenkampf überwunden" und durch einen „Wohlstand und Berufsstolz schaffenden Arbeitsfrieden abgelöst" [93]), und eben deshalb ist er der NPD so lobenswert: „Die Arbeitsfront wollte schon

80) Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1934, Bd. I, S. 48.
81) ebenda, S. 49.
82) DN 2. 6. 1967, S. 10.
83) Politik in unserer Zeit, S. 15.
84) A. Hitler, Mein Kampf, Bd. II, S. 672.
85) ebenda, S. 672.
86) DN 2. 6. 1967, S. 10.
87) DN Nr. 44/1966.
88) Politik in unserer Zeit, S. 9.
89) Hitler, Mein Kampf, Bd. II, S. 676.
90) ebenda, S. 671.
91) Politik in unserer Zeit, S. 16.
92) Politik in unserer Zeit, S. 15.
93) Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Nationalsozialismus".

das Richtige" [94]). „Deutschland hatte 1936 die kommunistische Gefahr innenpolitisch überwunden" [95]) und „die Gewerkschaften ... im Kampf gegen das marxistische Klassendenken aufgelöst" [96]).

Der erste Schritt der nationaldemokratischen „Neu"fassung des „Gewerkschaftsgedankens" ist die Einschränkung der Tarifhoheit: „Die Tarifhoheit der Sozialpartner findet dort ihre Grenze, wo auf Kosten des Ganzen und ohne Rücksicht auf das Ganze verfahren wird ... Sogenannte Einigungen auf dem Rücken des gesamten Volkes sind schädlich" [97]); für die „DN" bedeutet das ganze System der Tarifautonomie, „daß die Demokratie doch offenbar vom grünen Holze her zerstört wird" [98]). Da es offensichtlich „keine Rangordnung der Werte, welche die Lohnskala im Gefüge halten könnte" [99]), noch „Verständnis" und „Ruhe" [100]) von seiten der Gewerkschaften gibt, wird man wohl zu Zwangsmaßnahmen greifen müssen.

Der Streik — ohnehin ein Beweis dafür, „daß der internationale Klassenkampf in der Bundesrepublik mehr Schutz genießt als die Grundrechte der Bundesbürger" [101]) — soll „im Falle drohender Gefahr und aus lebenswichtigen Gründen" von der Regierung ausgesetzt werden können. „Streik und Aussperrung aus politischen Gründen" lehnt die NPD ab, obgleich jeder Streik politische Elemente enthält [102]) und obgleich er oft das letzte Mittel ist, die Vernichtung der Demokratie zu verhindern. Es sei hier nur an den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch oder an den politischen Streik für die Verabschiedung des Republikschutzgesetzes erinnert.

Um eine „echte Einigungsbereitschaft der Sozialpartner" [103]) zu erreichen, soll nicht etwa die Wirtschaft durch Beteiligung der Arbeiter an der inner- und überbetrieblichen Willensbildung in Richtung auf Demokratisierung verändert werden. Die überbetriebliche Mitbestimmung ist für die NPD keiner Diskussion wert, die innerbetriebliche Mitbestimmung läßt das Politische Lexikon der NPD sogleich Ulbricht und Zusammenbruch assoziieren: „Man wehrt sich dagegen, betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre in Fragen der Betriebsleitung hineinreden zu lassen, wie das bei den kollektivierten Unternehmen in kommunistisch regierten Ländern vielfach zum Ruin der Betriebe geführt ... hat." [104]) Ziel der NPD ist es zunächst, den gewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben einzudämmen, um dann ungestört die eigenen Ziele verfolgen zu können und die Solidarität der Arbeiter untereinander zu zerstören: „Die Ausübung der Mitbestimmung hat nicht durch betriebsfremde Funktionäre ... zu erfolgen." [105])

Ein zweiter Schritt ist ihre Unterstützung des Gesetzes zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, das am 2. November 1967 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebracht wurde; dessen Ziel ist, dem „Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) einen weit größeren Spielraum und eine verstärkte Existenzgrundlage" [106]) zu geben, indem sogenannte Minderheitengruppen im Betriebsrat bei Freistellung und Besetzung der Ausschüsse berücksichtigt werden. Die offensicht-

94) NPD-MdL Peter im „Stern" 51/1966.
95) DN 9. 12. 1966.
96) Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Gewerkschaften".
97) Politik in unserer Zeit, S. 17.
98) DN-Sonderdruck IV/1966, S. 6.
99) DN 4. 11. 1966, S. 4.
100) DN 27. 10. 1967.
101) DN 24. 11. 1967.
102) Vgl. W. Abendroth u. L. Sch. v. Carolsfeld, Die Berechtigung gewerkschaftlicher Demonstrationen für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft. Zwei Rechtsgutachten, Düsseldorf 1953.
103) DN 9. 12. 1966, S. 10.
104) Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Mitbestimmung".
105) Programm der NPD, IX, 5.
106) Gesellschaftspolitische Kommentare v. 1. 4. 1967.

liche Absicht der Christdemokraten, die Stellung des DGB zu schwächen und die Gewerkschaftsfront gegenüber den Arbeitgebern zu spalten, findet in der NPD begeisterte Zustimmung: „Was not tut, ist eine Organisation, die kompromißlos dem Monopolanspruch der DGB-Gewerkschaften Paroli bietet. Ein erster Schritt hierzu wäre, den Unternehmen und Unternehmerverbänden klarzumachen, daß nicht nur die DGB-Gewerkschaften Verhandlungspartner sind." [107]) Zugleich erstrebt die NPD eine Umwandlung der Zielsetzung des CGB „zu einer Auffassung, ... in der sich deutsches soziales Empfinden mit den Forderungen einer wahrhaft deutschen Wirtschaftspolitik paaren".[108]) Der Versuch des DGB, durch Änderungsvorschläge einen Ausbau der qualifizierten Mitbestimmung zu erreichen, wird nach bewährter Methode denunziert: „Ein Betriebsverfassungsrecht nach diesem Modell wäre von kommunistischen oder syndikalistischen Systemen kaum noch zu unterscheiden" [109]).

Hat man erst den gewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben gebrochen, kann man ungestört an die Entmündigung der Arbeiter gehen. Das nationaldemokratische Ideal von den innerbetrieblichen Verhältnissen orientiert sich wieder streng an dem nationalsozialistischen Vorbild. Im AOG, dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934, das von nationalsozialistischen Kommentatoren als „Grundsteinlegung für den Neubau der gesamten nationalen Arbeitsordnung" [110]) gefeiert wurde, sind die nationaldemokratischen Vorstellungen zum Teil wörtlich vorweggenommen. Die „Betriebsgemeinschaft", gebildet aus dem „Führer des Betriebs" und der „Gefolgschaft", ist die phraseologische Übertünchung der Ausrichtung und Entmündigung der Arbeitnehmerschaft zugunsten des Unternehmers: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam ... Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten ... Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten" (§§ 1, 2 AOG). Die NPD fordert die „Schaffung echter Betriebsgemeinschaften" als wesentliches Element „einer gesunden Volksordnung" [111]), und da der Arbeiter mit „sicherem Blick" erkenne, „daß eine Führung sein muß, die ihm die schwersten Entscheidungen abnimmt, und daß eine feste Hand auch eine erfolgreiche ist" [112]), wird er sich dem Willen des Unternehmers beugen. Ein „gewachsenes Treueverhältnis" [113]), das der „beispielgebende(n) Treue- und Fürsorgepflicht" [114]) des Unternehmers entspringt, soll den Arbeitsvertrag als Grundlage der gegenseitigen Pflichten und Rechte ersetzen. Das Wertesystem, nach dem sich dann der Arbeitende zu richten hat, ist für den „Klassenkampf von oben" geradezu ideal: „Gehorsam, Einordnung, Dienen" [115]), die „Tugenden der Dienstbereitschaft, der Kameradschaft und des Opfersinns" [116]), „Ordnung, Ehrfurcht, Disziplin" [117]) und „Pflicht und Ehre, Anstand und Tapferkeit" [118]); die Freiheit des Betriebsangehörigen besteht einzig und allein in dem „selbstmächtige(n) Entschluß zur Pflicht" [119]) — zur Pflicht dem Unternehmer gegenüber.

---

107) DN 22. 9. 1967.
108) DN 22. 9. 1967.
109) DN 8. 12. 1967.
110) Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover u. Frankfurt 1958, S. 118.
111) DN 29. 4. 1966.
112) Emil Maier-Dorn, Vom Wesen der Politik, S. 7/8.
113) DN 29. 4. 1966.
114) Programm der NPD, IX, 15.
115) DN 11. 8. 1967.
116) DN 14/1966.
117) DN 18/1965.
118) DN 24/1965.
119) Werner Hofmann, a.a.O., S. 3.

Aus alledem läßt sich die Rolle, die nach den Vorstellungen der NPD von den Gewerkschaften zu spielen wäre, recht eindeutig festlegen:

a) Abgelehnt wird die klassische Aufgabe der Gewerkschaften, um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen mit dem Ziel, über diese hinauszugelangen.

b) Entsprechend werden die gewerkschaftlichen Rechte (Tarifhoheit) und Kampfmittel (Streik), die für diese Aufgabe eingesetzt werden, abgelehnt.

c) Die „neuen" Funktionen der Gewerkschaften wären vielmehr: 1) Beseitigung sozialer Mißstände, um Unruhen unter der Arbeitnehmerschaft zu vermeiden. 2) Sicherung des Arbeitsfriedens und der unternehmerischen Profite. 3) Indem sie weiterhin äußerlich als Vertretung der Arbeitnehmerinteressen bestehen bleiben, dienen sie der Verschleierung bestehender Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse und zugleich als Garant für die reibungslose Durchsetzung herrschender Interessen. 4) Schließlich dienen sie als Mittel zur politischen Gleichschaltung der Arbeiterschaft.

VI

Es ist an der Zeit, den „organisierten Rechtsextremismus nicht als ein unterschobenes, sondern vielmehr als ein legitimes Kind der Verhältnisse" [120]) in der Bundesrepublik zu begreifen und den Blick auf diese Verhältnisse selbst zu richten. Wenn sich die verbale, ohnmächtige Kritik an der Restauration in politische Aktion gegen die Restauration umzusetzen beginnt und die Restauration in eine Krise gerät, schafft sie sich eine Stoßtruppe, die dreierlei besorgen soll: das Alibi des erhobenen Zeigefingers, der den Blick von der eigenen rechten Politik auf die Neofaschisten lenken soll; die vorgeschobene Einheit als Instrument, die unbesorgt um rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze die Linke schlägt, wo sie diese antrifft; und schließlich als drittes die Gewöhnung an Methoden, die seit 1945 zwar nicht aus dem Gespräch, aber doch aus dem Verkehr gezogen waren und die nun — wieder hoffähig geworden — außer den direkten Opfern niemanden betroffen machen oder gar treffen. Die 80 000 Berliner, die sich Mitte Februar zur politischen Massakrierung Andersdenkender „für Frieden und Freiheit" aufmachten, demonstrierten überzeugend, wie gut die Chancen für eine bundesweite Einübung in jene Methoden stehen.

Die NPD soll bewerkstelligen, was der Restauration anscheinend nicht so recht gelingen will: sie soll den Kreis um Gewerkschaften und Teile der Intelligenz, der in den letzten beiden Jahren brüchig wurde, wieder schließen. Oder um es ganz unschön auszudrücken: sie soll denen, die immer noch gegen die Restauration anreden, endgültig den Mund stopfen. Im Notfall dadurch, daß man ihnen die Zähne einschlägt.

Der Prozeß der Einengung des gewerkschaftlichen Spielraums, der nun durch die NPD zu einem endgültigen Ende gebracht werden soll, geht von der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes gegen den Willen der Gewerkschaften über die Begrenzung des Streikrechts auf den sozialadäquaten Streik und Untersagung des politischen Streiks, der Einengung des Demonstrationsstreiks durch die Drohung mit dem zivilrechtlichen Schadenersatz und der Aushöhlung der Mitbestimmung bis zur Unterordnung der Gewerkschaften in das Korsett der Konzertierten Aktion und dem offenen Angriff auf die übriggebliebenen Rechte über die Notstandsgesetze. Gerade die illegale Vorwegnahme von Notstandsmaßnahmen ist

---

120) Kadritzke/Nevermann: Zum Nürnberger Parteitag der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1968, S. 145.

das deutlichste Anzeichen, für wie schwach die Gewerkschaften von ihren Gegenspielern eingeschätzt werden. Immer mehr auf sich selbst und ihre eigenen politischen Möglichkeiten zurückgeworfen, sehen sie sich einer vierfachen Front gegenüber: der Unternehmerseite, der CDU/CSU, der NPD und schließlich einer SPD, die in Fragen der Mitbestimmung oder Vermögensverteilung bereits „weit hinter die entsprechenden Leitsätze des Godesberger Programms" zurückgefallen ist. Eine weitere Gefahr zeichnet sich — zumindest theoretisch — bereits heute ab: sollte sich die NPD quantitativ wie qualitativ ausreichend etabliert haben, ist die Einrichtung eines „linken" Flügels in der Partei, der antikapitalistische Strömungen auffangen soll, durchaus denkbar, wenngleich heute dazu noch keine realen Ansätze erkennbar sind. Nur der Übergang von politischer Deklamation zum politischen Handeln und die stete Bereitschaft, politische Anregungen und Impulse aus dem Kreise der sich formierenden außerparlamentarischen Opposition aufzunehmen, können es den Gewerkschaften ermöglichen, sich dem Vormarsch der Restauration mit einigen Erfolgsaussichten entgegenzustellen. Wer glaubt, mit „klassischem Faschismus" sei heute keine Politik mehr zu machen, verkennt nicht nur, daß dieser bereits allenthalben Politik macht und es sehr wohl versteht, sich den veränderten Bedingungen anzupasen, er verkennt auch, daß die feinen Methoden der Wahrung herrschender Interessen einen harten Kern haben. Sobald das Anreden gegen jene zum politischen Handeln drängt, soll den Redenden der Mund gestopft werden. Im Notfall dadurch, daß man ihnen die Zähne einschlägt, damit sie nicht mehr zum Handeln aufrufen können.

Karl D. Bredthauer

Computer und Angestellte

Ergebnisse und Kritik der 3. internationalen Automationskonferenz der IG Metall vom 3.—8. März 1968 in Oberhausen

I

Die wirtschaftliche Rezession des vergangenen Jahres hat über ein Thema besonders drastischen Aufschluß gegeben, das bis dato in der Bundesrepublik vorzüglich Gegenstand rein spekulativer Diskussion geblieben war: über soziale Gefahren der technischen Revolution und — in engem Zusammenhang damit — über die Möglichkeit, ja Denkbarkeit von Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft. „1967 zeigte die unerwartete Rezession, daß Arbeitslosigkeit noch möglich ist und daß wir auf eine derartige Situation völlig unvorbereitet waren" — dies die einleitende Feststellung von Dr. Günter Friedrichs, dem Automationsexperten der IG Metall, auf der Tagung in Oberhausen. Den Zusammenhang zwischen

Arbeitslosigkeit und technischer Revolution charakterisierte Otto Brenner mit zwei schlichten Wirtschaftsdaten: während das Sozialprodukt 1967 nur um 0,5 Prozent geringer war als im Vorjahr, sank das Beschäftigungsvolumen, gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen und an der effektiven Arbeitszeit, um etwa 5,5 Prozent. Daß die Diskrepanz zwischen diesen beiden Daten nicht zuletzt eine der Auswirkungen strukturellen, sogenannten „technischen Wandels" ist, bestritt auch Bundesminister Katzer nicht, der die Erscheinungen der Krise als strukturelle Schwierigkeiten, überlagert von konjunkturellen, erklärte.

Heute wird manchem anschaulicher, welchen Prozeß etwa folgendes Zitat (von D. Michael) meint, das Prof. Keith E. Thurley (London) zur Fragestellung anführt: „Die Kybernation bewirkt Veränderungen in unserer Gesellschaftsordnung, die so weittragend und so grundverschieden sind von allem, was wir bisher erlebt haben, daß unsere heutigen Auffassungen über den Fortbestand unserer Lebensweise zutiefst in Frage gestellt werden." [1])

Das Bezeichnende ist, daß es einer einschneidenden Wirtschaftskrise bedurfte, um die soziale Problematik der technischen Revolution ins öffentliche Bewußtsein unserer Gesellschaft zu rücken, aller Aufklärungsarbeit besonders eben der IG Metall zum Trotz (die ja bereits zwei internationale Kongresse zu diesem Problem veranstaltet hatte). Die Bedingungen der Krise sind so zugleich die Faktoren, unter deren Einfluß über die Wege zur Steuerung der technischen Revolution und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen entschieden werden muß. Krisen zwingen in besonderem Maße zu wegweisenden Entscheidungen, die die Zukunft determinieren, denn Krisen enthüllen die gesellschaftlichen Gegensätze und lassen sie mit besonderer Schärfe aufeinandertreffen. Es ist deshalb für eine Meisterung der technischen Zukunft im Sinne der arbeitenden Menschen von besonderer Wichtigkeit, daß ihre Interessenvertretungen, vor allem die Gewerkschaften, die erforderliche Kraft auf diese Fragen konzentrieren. Alleine deshalb schon ist die Aktivität der IG Metall zu begrüßen.

Die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Angestellten ist schon allein daran abzulesen, daß ihre Zahl seit Jahrzehnten ununterbrochen zunimmt, in Westdeutschland seit 1950 schneller als die der Arbeiter. In den USA machen die nichtmanuellen Erwerbstätigen heute bereits weit über 50 Prozent der arbeitenden Bevölkerung aus. Diese Entwicklung reflektiert in Parolen wie der von der „Angestelltengesellschaft", der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" etc., deren Funktion die Unterstellung ist, mit der relativen Abnahme der Arbeiterbevölkerung wüchsen zugleich Sicherheit und soziale Gerechtigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft. Dergleichen begünstigt die Annahme, die Rationalisierungszwänge der technischen Revolution, zumindest aber ihre nicht mehr zu verbergenden unsozialen Auswirkungen, blieben allemal auf die sowieso an Bedeutung verlierende Arbeiterschaft beschränkt. Nur, die Annahme ist falsch. Eine Umfrage der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft ergab, daß bereits im Jahre 1966 65 Prozent aller männlichen und 56 Prozent aller weiblichen Angestellten in Unternehmen arbeiteten, die mit modernen Datenverarbeitungsanlagen ausgerüstet sind.[2]) Die Folgen sind sichtbar: schon 300 000 Angestellte verloren durch Automatisierung ihre alten Arbeitsplätze oder mußten einen völlig anderen Beruf ergreifen. DGB-Vorsitzender Rosenberg sprach so zu Recht davon, gerade die Angestellten seien den Folgen der Entwicklung besonders ausgesetzt, und unterstrich solchermaßen die Notwendigkeit, die dritte Automationskonfe-

[1]) Dieses und alle weiteren nicht einzeln nachgewiesenen Zitate folgen den Tagungsunterlagen, die bisher nur in vervielfältigter Form vorliegen, 1969 gedruckt erscheinen sollen.
[2]) Die Zeit v. 9. 12. 1966.

renz der IGM unter das spezielle Thema „Computer und Angestellte" zu stellen. Uber Ergebnisse zu einigen zentralen Themenbereichen soll hier berichtet werden.

II

Ein ausgezeichneter Indikator für Entwicklung und Ausmaß der technischen Revolution ist die Anzahl der installierten elektronischen, bzw. automatischen Datenverarbeitungsanlagen (abgekürzt EDV, bzw. ADV), der sogenannten Computer. Einer für Oberhausen erstellten Studie der Diebold Deutschland GmbH zufolge gibt es in diesem Jahre 3800 Computer in der Bundesrepublik, gegenüber nur 94 im Jahr 1959. Dies Wachstum auf das Vierzigfache innerhalb von knapp zehn Jahren veranschaulicht das Tempo der begonnenen technischen Revolution, nach den USA nun auch in der Bundesrepublik. Nach der gleichen Studie wird die Zahl 1975 in Westdeutschland 11 550 erreichen. Wir stehen also immer noch am Anfang einer sich überstürzenden Entwicklung. Wissenschaftsminister Stoltenberg erwähnte in Oberhausen eine Voraussage, nach der in zehn Jahren die Erzeugung von DV-Anlagen zur drittbedeutendsten internationalen Industrie geworden sein werde. Was nun ist genau unter Automation — allgemeiner: unter „technischer Revolution" zu verstehen? Professor Thurley zitierte die knappe Definition seines Kollegen Crossman, der unter Automation „die Ablösung menschlicher durch mechanische Informationsvorgänge" versteht. Weiteren Aufschluß geben zwei Begriffsbestimmungen der Internationalen Arbeits-Organisation (IAO), Genf.[3]):

1) Technische Neuerungen „treten auf — entweder einzeln oder gemeinsam — in Form von Mechanisierung, Automatisierung, Einführung neuer Arbeitsvorgänge, Verwendung neuer Materialien, neuer Arbeitsmethoden oder auch neuer Methoden in der Organisation der Arbeit".

2) „. . . Technischer Wandel ist zu definieren als jegliche Veränderung des Werkstoffs, der Ausrüstung, der Produktionsmethoden, der Organisation oder des Produkts, welche die Quantität oder die Qualität der je Produkteinheit erforderlichen Arbeit verändert."

Bei aller generalisierenden Abstraktheit lassen diese Definitionen recht gut erkennen, daß technische Revolution Veränderungen großen Ausmaßes für die Struktur sehr weiter Bereiche der Wirtschaft bedeuten muß. Wie sehen die bisherigen Verwendungsarten von Automationsverfahren, wie ihre absehbaren Möglichkeiten aus? In allgemeiner Form läßt sich mit Prof. Floyd C. Mann (Univ. Michigan, USA) unterscheiden: „Computer finden hauptsächlich bei drei Formen des technischen Wandels Verwendung: bei der elektronischen Datenverarbeitung (EDV), bei der numerischen Steuerung von Werkzeugmaschinen und bei der automatisierten Ablaufüberwachung." Wie weit diese Verwendungsmöglichkeiten aber reichen, darüber gehen die Meinungen beträchtlich auseinander. So behauptete etwa Prof. Thurley mit F. E. Emery: „Entscheidung und Urteil lassen sich nicht auf die geringe Bandbreite der formal-logischen Konstruktionen zusammendrängen, auf die der Computer beschränkt ist." Dem entgegen bezeichnete Prof. Urs Jaeggi (Bochum) die Annahme solcher Anwendungsbeschränkung auf wesentlich manuelle Bereiche als „eindeutig falsch". Empirisch läßt sich zunächst einmal feststellen: Automation findet statt sowohl im Bereich der unmittelbaren Produktion, wo sie sich vor allem auf die Lage der manuell Arbeitenden auswirkt, wie auch im Bereich der Verwaltung und sogar der Forschung und Wissen-

[3]) Abgedruckt in den Materialien zur 2. IG-Metall-Automationskonferenz: Automation. Risiko und Chance. Hg. Günter Friedrichs. 2 Bde., 1171 S., Frankfurt am Main (EVA) 1965. S. 11.

schaft. Die früheren IGM-Tagungen beschäftigten sich vor allem mit den Folgen im Produktionssektor, während diesmal der Schwerpunkt dem Angestellten-, d. h. dem sogenannten „nichtmanuellen" Bereich galt.

Die Rationalisierungsfolgen im unmittelbaren Produktionssektor liegen heute auf der Hand. Wie unmittelbar die Verwendung von EDV nun auch in die materielle Produktion eingreift, zeigt besonders die eben genannte „numerische Steuerung", die vollautomatische Produktion sogar für kleinste Serien ermöglicht.

Die erwähnte Zahl von bereits über 300 000 freigesetzten Angestellten macht deutlich, was nun auch im administrativen Bereich begonnen hat. Douglas A. Fraser von der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft zitierte eine US-Stimme, wonach „die Leistung eines durchschnittlichen Büros bei ungefähr 60—80 Prozent liege oder, mit anderen Worten, 20 bis 40 von je 100 Büroangestellten nichts tun". „The Wall Street Journal" habe kürzlich berichtet, daß Zeit- und Bewegungsstudien in den letzten fünfzehn Jahren in fünfzigmal größerem Ausmaß durchgeführt wurden. Die Rationalisierung macht offensichtlich nicht vor den Büros halt. Im Gegenteil: Prof. Jaeggi zufolge wird allgemein „angenommen, daß in wenigen Jahren die administrativen Abteilungen einer Firma einen höheren Grad der Automation erreicht haben werden als die eigentliche Arbeit in der Fabrik".

Automation erfordert eine Neuorganisation der Arbeitsabläufe, sowohl innerhalb der Betriebe wie auf überbetrieblicher, nationaler und internationaler Ebene. Eine der wesentlichen Konsequenzen der betrieblichen Neuorganisation ist Zentralisation, der überbetrieblichen entsprechend: Konzentration. Zahlreiche Beispiele für die zentralisierende Wirkung von Computern erwähnte etwa Prof. Thomas L. Whisler (Chicago).

Triebfeder der Konzentration ist besonders der durch Automation geforderte gewaltige Forschungsaufwand, dessen staatliche Förderung unerläßlich ist; das wiederum macht nun auch den Staat zum Propagandisten der Konzentration. Die Reden der Minister Stoltenberg und Schiller in Oberhausen zeigten es. Die Konsequenz der Gewerkschaften diesen Erscheinungen gegenüber darf nur sein, was Otto Brenner den Ministern prompt entgegnete: „Je mehr Konzentration, desto mehr Mitbestimmung."

Eine scheinbar gegenläufige Tendenz zur Konzentration zeichnet sich in der besonders raschen Verbreitung mittlerer und kleiner EDV-Anlagen ab, die sich der Diebold-Studie zufolge noch beschleunigen wird: die Nutzung der Konzentration zunehmend auch durch mittlere und selbst kleine Unternehmen. Abgesehen davon, daß diese Entwicklung die sozialen Auswirkungen nur intensivieren, nämlich allgemein machen wird: die unternehmerische Konzentration kann gerade mittels Anwendung von EDV-Verfahren eine Dezentralisierung der Produktionskomplexe fördern; EDV macht ja heute die Automation auch mittlerer und kleiner Arbeitsbereiche erst möglich. So erlaubt die Anlage zentraler „Informationsbanken" bei den Konzernspitzen und die Möglichkeit der Informationsübermittlung durch Fernschreiber etc. die Teilhabe auch kleiner, weitauseinanderliegender Filialen an allen Leistungen des Großkonzerns.

All diese neuen Möglichkeiten tragen bei zu einer außerordentlichen Erhöhung der Produktivität. Zwischen 1958 und 1967 ist die Produktivität der westdeutschen Industrie um fast 72 Prozent gewachsen [4]), bezeichnenderweise im Jahr

[4]) Anlage 5 zum Metallpressedienst v. 28. 2. 1968.

der Arbeitslosigkeit, 1967, allein um über 10 Prozent. Schon in den vorhergehenden Jahren hatte sich das Wachstum der Produktivität eindrucksvoll beschleunigt. Waren es zwischen 1925 und 1929 noch jährlich plus 4,0 Prozent (das bei einer bereits damals tiefgreifenden Rationalisierung), so waren es zwischen 1950 und 1956 jährlich plus 5,3 Prozent, 1956 bis 1964 dagegen schon plus 7,0 Prozent im Jahr [5]); zweifellos auch eine Folge der technischen Revolution.

Dem Produktivitätsanstieg entspricht eine enorme Einsparung von Arbeitskraft. So waren in Westdeutschland in der Gesamtindustrie zur Produktion eines Warenwertes von 1000 DM 1950 noch 207, 1966 dagegen nur mehr 83 Beschäftigtenstunden erforderlich. Besonders drastisch zeigt sich die Entwicklung in der Kunststoffverarbeitung, wo 1966 in 67 Beschäftigtenstunden ebensoviel produziert wurde wie 1950 in 357. Aber auch Industriezweige mit relativ niedrigem Mechanisierungsgrad sind beteiligt. Der Maschinenbau, in dem Einzelanfertigung und kleine Serien vorherrschen, drückte den Arbeitsaufwand von 225 auf 120 Beschäftigtenstunden, also auf fast die Hälfte.[6]) Die Arbeitseinsparung wirkt sich in einem Sinken der Beschäftigtenzahlen aus, das bisher zwar weitgehend von neuen Arbeitsmöglichkeiten aufgefangen wurde, aber, wie das Rezessionsjahr 1967 zeigt, allen Anlaß zur Besorgnis geben sollte. Zwischen 1951 und 1966 vermehrte sich die Zahl der Branchen mit abnehmender Beschäftigtenquote von 5 auf 26, Während die der Branchen mit eindeutiger Beschäftigtenexpansion von 37 auf 12 zurückging.[7]) Das Jahr 1961 markiert, wie Otto Brenner feststellte, den Beginn einer grundsätzlich neuen Strukturphase. „Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Zahl der Industriebeschäftigten laufend kräftig zugenommen. Das hörte damals auf. Die Beschäftigtenzahl stagnierte bei gewissen Schwankungen bis 1966, während die Produktion weiter stieg und die Arbeitszeit zurückging." Das war vor der Rezession. Prof. André Philip (Paris) berichtete, die bisherigen US-Erfahrungen dürften darauf schließen lassen, daß der Lohnkostenanteil durch die Automation um 25 bis 30 Prozent zurückgeht.

Welche Funktionen im einzelnen durch Automation ersetzt werden, wie weit diese Ablösung geht, das zeigte am Beispiel des Industriemeisterberufs Prof. Thurley: „Von der Arbeitszuteilung und Arbeitsplanung läßt sich dies (die Automationsfähigkeit) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit behaupten; die Überwachung dürfte durch die in das Verfahren eingebaute Rückmeldekontrolle überflüssig werden; selbst Disziplinarmaßnahmen ließen sich vielleicht in ein Computerprogramm einbeziehen ... (so) gibt es nur wenige Bereiche der Meisterfunktionen, bei denen nicht zumindest theoretisch eine Unterstützung und vielleicht sogar eine Umwandlung durch automatisierte Informationsverarbeitung denkbar wäre." Wie die Konferenz zeigte, gilt diese Aussage im Grunde für alle herkömmlichen Tätigkeiten.

Die amerikanischen Erfahrungen, Ergebnisse eines beträchtlich fortgeschritteneren Automationsprozesses als des hiesigen, beispielsweise die chronisch gewordene Arbeitslosigkeit von Millionen, trotz Krieg und Kriegskonjunktur, sollten uns lehren, was auf uns zukommen kann. Die amerikanischen Gewerkschaften beschäftigen sich seit Jahren mit den sozialen Auswirkungen der Automation; sie erkannten die Gefahren der Entwicklung bereits und bemühten sich um Sicherungen, als in Unternehmerkreisen noch ungetrübter Optimismus kultiviert wurde. Die IG Metall hat es den US-Kollegen hierzulande gleichgetan. Man sollte meinen, die Auswirkungen des amerikanischen Vorbilds hätten ihre Arbeit in

5) Automation. Risiko und Chance, a.a.O., Bd. I, S. 16.
6) Anlage 4 zum Metallpressedienst v. 28. 2. 1968.
7) Anlage 2 zum Metallpressedienst v. 28. 2. 1968.

der BRD erleichtert, ebenso wie die günstigeren politischen Bedingungen der europäischen Arbeiterbewegung. Tatsächlich aber ist die Ignoranz der Verantwortlichen bei uns bisher eher noch größer, als sie in den USA gewesen. Die Folgen zeichnen sich ab. Wenn Heinz Dürrbeck, Vorstandsmitglied der IGM, in Oberhausen dennoch betonte, man müsse sich davor hüten, die hiesigen Verhältnisse „unkritisch mit denen der USA gleichzusetzen. Eine Reihe wichtiger gesellschaftlich-wirtschaftlicher Voraussetzungen (seien) bei uns andere" . . ., z. B. die Tatsache, „daß die USA im Gegensatz zu Europa keine gesellschaftspolitischen Alternativprogramme" aufwiesen; außerdem erlaube uns ja „der zeitliche Entwicklungsabstand, frühzeitig aus den amerikanischen Erfahrungen zu lernen", — so kann man das heute eigentlich immer noch nur als einen Hinweis auf ungenutzte Möglichkeiten auffassen, besonders auch auf die Gewerkschaftsaufgabe, tatsächlich alternative, demokratische Gesellschaftskonzeptionen zur orientierenden Perspektive ihres Kampfes zu machen. Allein dann kann er loskommen vom puren Symptomkurieren.

III

Welche quantitativen Auswirkungen hat Automation auf die Beschäftigungslage, damit auf die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung? Ist Furcht vor technologischer Arbeitslosigkeit unberechtigt?

„Von elektronischen Geräten gelenkt, von Atomenergie angetrieben und dank einer reibungslos wirkenden Automation steuert der Zauberteppich unserer freien Wirtschaft fernen Horizonten zu, von denen noch niemand bisher geträumt hat. Allein die Teilnahme an dieser Reise wird schon das größte Erlebnis auf Erden sein" [8] — so erledigte der amerikanische Industrieverband NAM (National Association of Manufacturers) Mitte des vorigen Jahrzehnts noch die evtl. negativen Konsequenzen der technischen Revolution mit simpel grammatischen Mitteln, durch nichts als eine schönfärberische Beifügung. Vorbildlich umreißt dagegen die „Entschließung über Automation und technischen Fortschritt" des 8. Gewerkschaftstages der IGM von 1965, worum es geht: „Die zwei wesentlichen Wirkungen technischer Änderungen bestehen in der direkten und indirekten Einsparung menschlicher Arbeitskraft und in der Veränderung der Art der menschlichen Arbeit. Der mögliche Vorteil des technischen Fortschritts ist ein besseres und sinnvolleres Leben durch: steigendes Sozialprodukt, höhere Löhne und Gehälter, wachsenden Wohlstand, kürzere Arbeitszeit, längeren Urlaub, Entlastung von körperlicher Arbeit. Die möglichen Nachteile des technischen Fortschritts sind: allgemeine Arbeitslosigkeit, strukturelle Arbeitslosigkeit, individueller Arbeitsplatzwechsel mit Entwertung beruflicher Kenntnisse und Erfahrungen, Gefährdung des sozialen Besitzstandes, geringere berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und neue psychisch-nervliche Belastungen einzelner Arbeitnehmergruppen".[9])

Wieder drei Jahre darauf muß Olaf Radke in Oberhausen feststellen: „Soziale Risiken, die durch die Einführung neuer technologischer Verfahren entstehen, gehen ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer und bergen in der Gesamtheit der Entwicklung die Gefahr in sich, den gesamtwirtschaftlichen Prozeß zu stören, mit allen damit zusammenhängenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen." Wer sieht nicht den Zusammenhang zwischen der Ignoranz der oben zitierten „freien Unternehmer" und den „gesellschaftspolitischen Konsequenzen", die deren Einstellung zu verdanken sind? Wen wundert es da, daß Minister Schiller

[8]) Automation. Risiko und Chance, a.a.O., Bd. II, S. 1077.
[9]) Automation. Risiko und Chance, a.a.O., Bd. II, S. 1113.

sich in Oberhausen mit der Feststellung einführen muß, schon Mitte der fünfziger Jahre hätten vier Repräsentativumfragen ergeben, daß sich bei 41 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik mit dem Begriff der Automation Furcht vor Arbeitslosigkeit verband? Nach der Rezession des Jahres 1967 sei diese Furcht sicher nicht geringer geworden. Freilich darf man den Minister nicht mißverstehen: er wollte mit dem zweiten Satz keineswegs eine kritische Revision seiner unternehmerfreundlichen Politik annoncieren.

Gewiß ist die Furcht nicht geringer geworden; mit Grund. Hatte noch 1962 eine DIVO-Umfrage ergeben, daß 98 Prozent der befragten Angestellten ihren eigenen Arbeitsplatz für nicht gefährdet hielten, so haben die wenigen Jahre seitdem auch die Stellung der Angestellten erheblich verunsichert. So schränkte Prof. Jaeggi, der die DIVO-Umfrage zitierte, sogleich ein: „Bei tatsächlich durchgeführter Automatisierung schwächt sich dieses optimistische Bild allerdings ab." Die oben angeführte DAG-Umfrage von 1966 ergab bereits, daß mehr als zwei Drittel der befragten Angestellten für die Zukunft eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch den technischen Fortschritt befürchteten.[2]) Entsprechend stellte IAO-Generaldirektor David A. Morse (Genf) in Oberhausen fest: „Die Auswirkungen des weitverbreiteten Einsatzes von Datenverarbeitungsanlagen in Büros beginnen gerade erst fühlbar zu werden, doch verursachen sie bereits tiefe Beunruhigung unter den Arbeitnehmern in den Büros." Droht also Arbeitslosigkeit?

Die bereits zweifellos vorhandene Arbeitslosigkeit macht die Frage nicht etwa überflüssig, denn hier ist zu sondern, was in der Krise verschärfend zusammentrifft: konjunkturelle und technologische Arbeitslosigkeit. Allerdings steht die konjunkturelle Krise in engem Zusammenhang mit technologischen Veränderungen. Das wurde am Beispiel der Arbeits- und Produktivitätsentwicklung im Jahre 1967 gezeigt. Die Krise macht das Problem ebenso sichtbar, wie sie seine Lösung in sozialem Sinn erschwert, das heißt eben verstärkten Einsatz der Gewerkschaften erfordert. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen zur unmittelbaren Krisensteuerung sind nämlich keineswegs immer mit strukturpolitischen Erfordernissen vereinbar. Angesichts der Krise ist jedenfalls in diesem Zusammenhang die Konzentration auf das Problem „technologische, bzw. strukturelle" Arbeitslosigkeit zu beachten. Ob die Automation für negative beschäftigungspolitische Erscheinungen verantwortlich zu machen sei, darüber ließ sich in Oberhausen keine Einigung der Experten feststellen. Eine Reihe Referenten, so die Professoren und Dozenten Edgar Salin (Basel), Dorothy Wedderburn (London) und Floyd C. Mann, sehen keinen Anlaß, von technologischer Arbeitslosigkeit zu sprechen, oder schätzen doch ihre Gefahr sehr gering ein. Freilich blieb es einem Unternehmensgeschäftsführer (Dr. Kurt Mennecke, Gummersbach) vorbehalten, Thesen wie folgende zu verbreiten: „Die Zeit, in der man glaubte, die Computer-Technik führe in den Betrieben zu Personaleinsparungen, dürfte vorbei sein." Die Mehrzahl der Gegner einer Arbeitslosigkeits-Hypothese sieht angesichts der bisherigen Umsetzungsmöglichkeiten für Freigesetzte die eigentliche Problematik der Automation in Dequalifikation, nicht in Arbeitslosigkeit. Wahrscheinlich wird da die Gewähr von Auffangmöglichkeiten in anderen Berufen zu sehr im Lichte der Hochkonjunktur gesehen, also zu optimistisch.

Eher im Sinne der angeführten Tatsache, daß in Westdeutschland bereits 300 000 Angestellte eingespart wurden, d. h. mit Betonung der Freisetzungsgefahren, sprachen sich in Oberhausen z. B. die Professoren Claudine Marenco (Paris), Urs Jaeggi, André Philip, ferner Pierre Naville (Paris), Douglas A. Fraser (Detroit) und Prof. Walter Niens (Berlin, AEG-Telefunken) aus. Teilweise beziehen sich

ihre Prognosen auf einzelne Berufe, teils auf die Gesamtentwicklung. IAO-Generaldirektor Morse stellt fest: „Die Beseitigung mancher Tätigkeiten bedeutet Arbeitslosigkeit für viele erfahrene Arbeitnehmer"; Prof. Philip: „In der Anpassungsphase könnten die neuen Techniken durchaus eine vorübergehende Arbeitslosigkeit verursachen"; Prof. Albert A. Blum (Univ. Michigan, USA) referierte amerikanische Untersuchungen, z. B. über die Umstellung einer Bank auf EDV. „Innerhalb von 18 Monaten nach dem Beginn der Umstellung ... (war) ... das Buchhaltungspersonal von 600 auf 150 Personen zurückgegangen und das Computerpersonal auf 122 Personen angestiegen, was einem Gesamtrückgang der Beschäftigten um 55 Prozent entspricht ..."

Wie in diesem Beispiel eines konkreten Einzelbetriebs scheinen überhaupt die Zahlen und Statistiken die Optimisten nicht zu bestätigen. Prof. Whisler referierte eine andere US-Untersuchung: „Mit der Einführung von Computersystemen im Rechnungswesen und in der Fertigungskontrolle wurde die Zahl der leitenden Posten um 34 Prozent, die Zahl der subalternen Posten um 20 Prozent gesenkt." Eine sehr klare Sprache spricht die Produktionsstatistik einiger wichtiger westdeutscher Wirtschaftszweige: während in der Erdölgewinnung das Nettoproduktionsvolumen um 111 Prozent stieg, wurden dort 32 Prozent der Beschäftigten eingespart; in der tabakverarbeitenden Industrie gab es 44 Prozent Beschäftigtenabbau bei 64 Prozent Produktionssteigerung; in der Textilindustrie 14 Prozent Einsparung bei 48 Prozent Mehrproduktion. Allein im Kohlenbergbau entspricht dem Beschäftigtenabbau von 40 Prozent ein nennenswerter Produktionsrückgang von 11 Prozent. Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum 1958—1966.[10])

Die Gegner der Arbeitslosigkeitsbefürchtung stützen sich oft auf das Argument, es entstünden ja neue Berufe, etwa der des Programmierers. Claudine Marenco weist demgegenüber nach, daß die Zuwachschancen dieses Berufs angesichts der Technisierung auch des Programmiervorgangs in absehbarer Zeit abfallen werden und daß sich für die große Zahl der Betroffenen, die angelernten Programmierer, neue Umstellungserfordernisse und Freisetzungsgefahren bereits abzeichnen. Ähnliches gilt besonders für Locherinnen, Prüferinnen etc., wie sich der Diebold-Studie entnehmen läßt, die übrigens auch zeigt, daß von einer der Computerzahlenentwicklung analogen Neuschaffung von Arbeitsplätzen zumindest im Bereich der Bedienung dieser Geräte nicht die Rede sein kann: während die Zahl der Computer in der BRD sich bis 1975 nahezu verdreifachen soll, wird die des Computerpersonals sich allenfalls verdoppeln. Für die Gesamtwirtschaft gab Otto Brenner auf der Tagung von 1965 an, in den Jahren 1962 bis 1964 seien in der BRD jährlich zwischen 1,5 und 1,8 Mio. Erwerbstätige durch technischen Wandel eingespart worden.[11]) Bedenkt man die rund 1 Mio. Arbeitnehmer, die 1967 in der Krise arbeitslos wurden (einschließlich der abgewanderten ausländischen Arbeiter), so zeigt sich, wie sehr die Hochkonjunktur der Vorjahre über die beschäftigungspolitischen Auswirkungen der technischen Revolution hinweggetäuscht hat. So ist denn auch die Hochkonjunktur als eines der „Sicherheitsventile" anzusehen, die bisher die Automationsfolgen gemildert, damit aber auch ihre Tiefe verborgen haben. Als erster Grund für die auffällige Unklarheit der Expertisen ist freilich immer noch der geringe Bestand an zuverlässigen empirischen Informationen zu nennen, wie das besonders die Professoren Thurley und L. R. B. Elton (London) hervorhoben. Diese Unsicherheit erklärt sich vor allem daraus, daß die Anwendung der Automation und ihrer Möglichkeiten tatsächlich, allem Anschein zum Trotz, immer noch in den ersten Anfängen steckt.

---

10) Anlage 8 zum Metallpressedienst v. 28. 2. 1968.
11) Automation. Risiko und Chance, a.a.O., Bd. I, S. 20.

Die Diebold-Studie nennt ein charakteristisches Beispiel für die fortlaufenden Fehlbeurteilungen der Entwicklung: 1963 sei der amerikanische Computermarkt als bereits nahezu gesättigt angesehen worden. Tatsächlich habe sich dann aber in den nächsten vier Jahren die Computerzahl nicht weniger als verdreifacht.

Prof. Mann stellt fest, „daß in den meisten Unternehmen die Computer bisher vor allem für Aufgaben verwendet wurden, die eine sich ständig wiederholende, routinemäßige Datenverarbeitung im Großmaßstab beinhalten. Die volle Auswirkung der EDV auf Betriebsorganisation, Beschäftigung und Arbeitskräfte wird erst dann zutagetreten, wenn die Betriebe sich diese neue Technologie voll zunutze machen und die Computerisierung bis zu ihrem logischen Ende führen". Die Professoren Thurley und Arnold R. Weber (Chicago) treffen für ihre Gebiete ähnliche Feststellungen.

Als die „Sicherheitsventile", deren irritierenden Wirkungen Prof. Blum die Diskrepanz zwischen den verschiedenen Prognosen zuschreibt, sind neben der Hochkonjunktur vor allem anzusehen: die Dauer der Umstellungszeit auf Computer; die der Hochkonjunktur zuzuschreibende Hortung von Arbeitskräften durch manche Unternehmen (Minister Katzer erwähnte sie in Oberhausen); die Milderung des sozialen Abstiegs durch die Möglichkeit, in noch nicht rationalisierten Bereichen vorübergehenden Unterschlupf zu finden; die ebenfalls durch gute Konjunktur ermöglichte Gepflogenheit mancher Betriebe, eigentlich überflüssig gewordene Arbeitnehmer um des Betriebsklimas willen bis zum freiwilligen Ausscheiden zu halten, dafür aber keine Neueinstellungen zu tätigen; schließlich aber — und das ist ein ganz besonders wesentlicher Punkt — die soziale Härten vermindernde Tätigkeit der Gewerkschaften. Über das „Sicherheitsventil" Umstellungszeit sagt Prof. Blum: „Überdies können ja die automatisierten Anlagen nicht von heute auf morgen installiert werden, so daß den Betriebsleitungen genügend Zeit bleibt, die notwendigen Umstellungen zu treffen. Aus diesen und anderen Gründen erklärt sich, warum Computer nicht sofort zu größeren Freisetzungen führen." Nicht sofort!

Über die Auffangposten äußerte sich Prof. Weber: „Mehrere Beobachter haben festgestellt, daß in Fällen, wo Techniker freigesetzt wurden, sie Beschäftigung bei Firmen finden konnten, die sich nicht so weit fortgeschrittener technischer Verfahren bedienen. ... (die so verbliebenen Beschäftigungsmöglichkeiten) werden schrumpfen in dem Maße, in dem Computer mehr und mehr in der Forschung, Entwicklung und bei Konstruktionsaufgaben in der Industrie Verwendung finden." In ähnlichem Sinne äußerte sich vor allem Prof. Marenco.

Eine die Folgen dämpfende Einstellungspolitik der Unternehmen beschreibt Prof. Blum: „Meistens werden über einen längeren Zeitraum weniger neue Arbeitskräfte eingestellt, während kurzfristig der Personalbestand durch natürlichen Abgang und Umsetzungen auf den gewünschten Umfang reduziert wird. Der allgemeine Wohlstand hilft der Firma nicht nur, die Kosten dieser Verfahrensweise zu tragen, sondern steigert auch den Personalbedarf . . .". Was geschieht, wenn der allgemeine Wohlstand zu wünschen übrig läßt, ist damit nicht beantwortet. Vor allem bleibt aber zu bedenken, daß die geringe Neigung der Unternehmen, zu Zeiten der Konjunktur Arbeitskräfte einfach auf die Straße zu setzen, vermutlich weniger ein Resultat altruistischer Erwägungen der Arbeitgeber als der beharrlichen Interessenvertretung der Gewerkschaften ist. Daß ohne die den Gewerkschaftsforderungen zuzuschreibenden Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre katastrophale Ausmaße angenommen hätte, daß ohne ihre Mitbestimmungs- und Personal-

planungsforderungen die Umstellung auf neue Verfahren noch erheblich schwieriger verliefe, das zuzugeben standen weder Wissenschaftler noch auch Unternehmer in Oberhausen an. So formulierte Rudolf Tremmel, kaufmännischer Direktor der Gebrüder Bühler & Co. AG, Österreich, sehr hübsch: „Damals (im 19. Jahrhundert) war für den Arbeitnehmer noch jede Erfindung, die eine Mechanisierung auslöste, eine Verschärfung seiner Existenz. Unterdessen haben aber die Gewerkschaften die Verteilung des Sozialprodukts wesentlich beeinflußt, so daß man nun annehmen darf, daß jeder Fortschritt auch den arbeitenden Menschen Segen bringen kann." Als Anpassungsfaktor, der die Schwierigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit dem von ihm nun einmal benötigten Lohnabhängigen mildern hilft, freilich nicht mehr als unbedingt nötig, drum stets argwöhnisch in Schranken gedrängt, sind die Gewerkschaften, wie man sieht, durchaus gesellschaftsfähig. Freilich kann es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich auf die Erkämpfung eines Zustands zu beschränken, in dem der Fortschritt „auch den arbeitenden Menschen Segen bringt", — das „auch" sagt alles über eine Gesellschaftsform, die gar stabilisieren zu helfen in striktem Widerspruch zu den wahren Interessen der Arbeitenden steht.

Eine eigene Note der Diskussion über Arbeitslosigkeit unter kapitalistischen Auspizien ist die Tatsache, daß das Problem der Vollbeschäftigung offenbar zunehmend als Definitionsfrage abgetan werden soll. So erwähnte Minister Katzer in Oberhausen stolz, daß die Bundesregierung von den alten Richtsätzen liberaler Wirtschaftspolitik abgekommen sei und in ihrer Zielprojektion die Grenze der Vollbeschäftigung nicht mehr bei 3 oder 4 Prozent Arbeitslosen, sondern bei unter 1 Prozent ansetze. Ebenso Minister Schiller (der 1967 gar 3 Prozent Arbeitslose als wünschenswerten Standard genannt hatte).

Erklären sich diese bescheidenen Prognosen aus der Erkenntnis, daß ein Wirtschaftswachstum, wie es bisher die Auswirkungen der Automatisierung aufgefangen hatte, künftig kaum zu garantieren sein wird? Prof. Philip nannte 5 Prozent Wachstum als die erforderliche Quote: „Mit neuen technischen Fortschritten (ist) solange keine Gefahr verbunden, wie die wirtschaftliche Wachstumsrate 5 Prozent im Jahr übersteigt. Ist diese Voraussetzung erfüllt und (!) hat die Jugend eine angemessene Ausbildung erhalten, so kann jeder eine Beschäftigung finden, entweder in den Spitzenindustrien, denen seine berufliche Vorbereitung galt, oder im Dienstleistungssektor mit seinem ständig wachsenden Gewicht im Wirtschaftsleben." Die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs für die Aufnahme aus der Produktion ausgeschiedener Arbeitskräfte wird allgemein betont. Prof. Salin verglich die damit verbundenen Chancen mit denen der früheren Aufnahme abwandernder Landarbeiter durch die Industrie.

Die eine Voraussetzung Prof. Philips, die angemessene Ausbildung der Jugend, ist ganz offensichtlich hierzulande nicht gegeben. Die andere, ein Wirtschaftswachstum von über 5 Prozent jährlich, steht in offenem Widerspruch zumindest zu den mittelfristigen Prognosen für die westdeutsche Entwicklung. Das Gutachten des Sachverständigenrates rechnet bis 1971 mit einem jährlichen Wachstum der Produktion um 3,5 Prozent. Die Zielprojektion der Bundesregierung bezifferte Karl Schiller auf 4 Prozent. Auch diese Zahl bleibt also unterhalb der für einen halbwegs reibungslosen Ablauf der technischen Revolution erforderlichen Quote.

Selbst angenommen aber, 5 Prozent Wachstum ließe sich unter kapitalistischen Umständen längerfristig garantieren — die Entwicklung der letzten Zeit zeigt uns die Höhe des Preises: neokoloniale Ausbeutung, künstliches Veralten von

Gebrauchsgütern, sinnlose Produktion von Bedürfnissen für ausgesprochene Schundartikel, — vor allem aber, Beispiel USA, immer noch und immer wieder sinnlose Rüstungsproduktion, Kriegskonjunktur.

Das Beispiel Amerika spricht dagegen, daß selbst die eben aufgezählten Hilfsmittel einem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Notwendigkeit abnehmen werden, den Auswirkungen der Automation gegenüber sein menschenfeindliches Gesicht zu zeigen.

Dabei liefert die Automation zunehmend die materiellen Möglichkeiten, dies System zu überwinden. In diesem Zusammenhang ist eine erstaunliche Marx-Reminiszenz ausgerechnet des „Vorwärts" von großem Interesse, bezeichnend ebensosehr als solche wie aufgrund der Tatsache, daß eine EDV-Anwendung ihr den Anstoß gab: Am 14. 9. 1967 wies J. Scholmer im Leitartikel des Blatts auf das Experiment des amerikanischen Mathematikers J. M. Smith hin, der mittels eines Elektronengehirns im Planspiel die wirtschaftliche Entwicklung eines kapitalistischen Systems in all ihren Möglichkeiten durchgerechnet hatte und dabei nicht nur die Instabilität dieses Wirtschaftssystems, sondern auch die praktische Unmöglichkeit, es zu stabilisieren, nachweisen konnte.[12]) Wenn solche Erkenntnis das sozialdemokratische Hausblatt die Aktualität der Analysen eines Karl Marx reflektieren läßt, dürfte die Konsequenz für soziale Demokraten nicht schwer zu ziehen sein. Politisches Handeln muß folgen, denn allein der potentiell humanistische Charakter der Automation kann noch nicht verhindern, daß ihre kapitalistische Realität unmenschlich ist.

Die ersten Leidtragenden dieses bereits umrissenen Prozesses sind nach wie vor besonders „Randgruppen" (wie man so schön sagt): alte Arbeitnehmer (Marenco, Blum und Naville wiesen auf sie hin), deren Anpassungsfähigkeit nicht mehr ausreichend ist für eine Umsetzung, deren Ausbildung veraltet ist; Jugendliche, deren Ausbildungsstand den gestiegenen Anforderungen der Personalbüros nicht genügt (dazu Philip); schließlich die große unterprivilegierte Gruppe der weiblichen Arbeitnehmer. Am Beruf der Locherin, einem typischen weiblichen Angestelltenberuf, verdeutlichte Prof. Marenco, wie sich zwei Gründe der Benachteiligung überschneiden können: „Die Zukunftsaussichten dieser Arbeitskräfte sind beschränkt: sie können sich nur zur Leiterin einer Locherinnengruppe emporarbeiten oder in die Stelle einer Ausbilderin aufsteigen. Probleme entstehen, wenn diese Angestellten im Alter von 40 oder 45 Jahren die geforderte Leistung nur noch mit Mühe erreichen und daher in Bürobeschäftigungen außerhalb der Datenverarbeitungszentren untergebracht werden müssen ..."

Der allgemeinen Schlußfolgerung ist nicht auszuweichen, daß die in der zitierten IGM-Entschließung von 1965 genannten großen Chancen der Automation für die arbeitenden Menschen, nämlich durch Arbeitsersparnis und -erleichterung mehr Zeit für sich, für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und für eine menschenwürdigere Gestaltung ihrer Berufstätigkeit zu gewinnen, unter den gegenwärtigen Bedingungen unserer Wirtschaft, unter dem Gesetz von Profitzwang, unter anarchistischen Bedingungen der Produktionsentwicklung, zu existenzgefährdenden Belastungen pervertiert sind. Heute kann es so wie ein Hohn anmuten, daß der Vize-Präsident der EWG-Kommission, Lionello Levi-Sandri, in Oberhausen eine Prognose erwähnte, nach der „der europäische Arbeiter im Jahre 2000 dank dem technischen Fortschritt und unter bestimmten Bedingungen in seinem ganzen Leben möglicherweise nicht mehr als 40 000 Stunden beschäftigt wäre. Das be-

12) Referiert in: Albert Ducrocq, Die Entdeckung der Kybernetik. Eine Einführung in die Regelungstechnik, 243 S., Frankfurt am Main (EVA) 1959. S. 88 f.

deutet, daß das aktive Leben nur noch 33 Jahre betragen und daß das Arbeitsjahr aus 40 Wochen und die Arbeitswoche aus 30 Stunden bestehen würde". Was die technische Realisierbarkeit betrifft, so mutet diese Utopie schon heute eher bescheiden an. Der Haken liegt halt bei den „bestimmten Bedingungen". Es werden schon andere sein müssen als die unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das Interesse der arbeitenden Menschen muß die Gewerkschaften veranlassen, die Herstellung der „bestimmten Bedingungen" zu erkämpfen. Das Grundsatzprogramm des DGB, präzisiert durch eine fortlaufende realistische Analyse der gesellschaftlichen Prozesse, Macht- und Interessenverhältnisse, durch eine daraus zu entwickelnde soziale und demokratische Alternativkonzeption zur Monopolpolitik der Bundesregierung — das wäre nicht die schlechteste Ausgangsposition. Verwirklichen läßt sich eine solche Konzeption, das ist unter den gegebenen Machtverhältnissen besonders gut einsehbar, nur dann, wenn die Ansätze einer politischen Demokratie erweitert und entfaltet werden durch die Demokratisierung des Kernbereichs der Gesellschaft: der Wirtschaft, des Arbeitslebens. Nichts anderes ist der Sinn der Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften. Das Mitbestimmungskonzept wird zum Zentrum der gewerkschaftlichen Organisierung der angestellten Arbeitnehmer werden, deren fachliche Qualifikation und — wenn sie, was sich abzuzeichnen beginnt, ihrer gesellschaftlichen Position zunehmend bewußt werden — demokratisches Potential, besonders angesichts ihrer ständig wachsenden Zahl, über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung, damit der demokratischen Entwicklung, entscheiden wird. Heinz Dürrbeck hat dies Konzept in Oberhausen angesprochen: „Im Grundsatzprogramm des DGB sind unsere Alternativen klar formuliert. Es wird dort ausgesprochen, daß die ökonomischen Probleme des technischen Fortschrittes, die drohenden sozialen Folgen der Rationalisierung nur durch eine demokratische Wohlfahrtsplanung, durch eine entschiedene Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht und durch eine reale Mitbestimmung auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Prozesses bewältigt werden können. Gerade die Angestellten, die gewohnt sind, in komplexeren Zusammenhängen zu denken, können durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Aktivität zur politischen Avantgarde der Arbeitnehmerschaft stoßen."

IV

Zu den qualitativen Auswirkungen der technischen Revolution auf Arbeit und Arbeitsbedingungen: bedeuten sie erhöhte Qualifikation, Aufstieg, Arbeitserleichterung oder vielmehr Abstieg und soziale Unsicherheit?

Rein funktional ist als organisatorische Auswirkung der Automation innerbetriebliche Zentralisation und überbetriebliche Konzentration, verbunden durchaus mit räumlicher Dezentralisation, festgestellt worden. Dies und die einschneidende Veränderung des eigentlichen Arbeitsablaufes, am Arbeitsplatz selbst, soweit der Produktionsprozeß sich überhaupt noch mit Kategorien wie „Arbeitsplatz" verstehen läßt, haben eine tiefgreifende berufliche Umstrukturierung zur Folge. Minister Katzer erwähnte dazu in Oberhausen, daß bereits 1964 fast 50 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr in ihrem erlernten Beruf tätig gewesen seien. Über die Anzeichen von Freisetzung sind bereits einige Daten genannt worden; dabei fiel die Aufmerksamkeit zugleich auf die weniger unmittelbar negativen Veränderungen, z. B. auf den Wandel, bzw. das Verschwinden zahlreicher alter Berufe, aber auch das Entstehen von neuen, wie dem des Programmierers. Bedrohte Berufe, die in Oberhausen ausdrücklich behandelt wurden, waren z. B. der des Meisters, zu dem Prof. Thurley und Direktor Tremmel kontroverse Ergebnisse entwickelten. Während Thurley — das wurde oben schon

gezeigt — kaum eine Meisterfunktion findet, die unter rein technischem Aspekt nicht automatisierbar sein sollte, hält Tremmel den Meisterberuf für letztlich nicht ersetzbar. Prof. Blum brachte das ähnlich zentrale Beispiel des durch EDV-Umstellung einer Bank freigesetzten Buchhaltungspersonals. Prof. Karl Steinbuch (Karlsruhe) traf die generelle Feststellung, „daß in unserer Zeit viele betriebliche Kontrollfunktionen, welche bisher dem Menschen vorbehalten waren, durch die Informationstechnik übernommen werden". Entsprechend groß und vielfältig ist die Zahl der einzelnen Berufe, die diesem Prozeß zum Opfer fallen. Wenn demgegenüber auf die Chancen der „neuen Berufe" hingewiesen wird, in die man ja umwechseln könne, so ist zu bedenken, daß die einzigen Berufe dieser Art, die zahlenmäßig ins Gewicht fallen, das sind vor allem die des Programmierers, Lochers, Prüfers, so unmittelbar an den Prozeß des technischen Wandels gebunden sind, daß ihre Perspektive durch diesen bereits recht begrenzt erscheint. Prof. Marenco legte in ihrem Referat großen Nachdruck auf den Erweis dieser Tatsache. Die Studie der Diebold Deutschland GmbH bestätigt ihre Beurteilung durchaus. Sieht man einmal von den Einschränkungen einer Umsetzung ab, die besonders weibliche Arbeitnehmer, Ältere und mangelhaft qualifizierte Jugendliche treffen, so bleibt zu fragen, welche sozialen Konsequenzen für die Betroffenen damit verbunden sind. Prof. Mann betonte die Aufstiegsmöglichkeiten, die gegenwärtig für EDV-Personal, vor allem Programmierer, (noch) bestehen und die bei Umfragen zu Äußerungen ungewöhnlicher Arbeitsfreude und -zufriedenheit bei diesem Personenkreis geführt haben. Was für die Programmierer nach Prof. Marenco — in der Zukunftsperspektive — eher als Selbsttäuschung zu beurteilen ist, die Annahme ausgezeichneter Aufstiegschancen, sieht sie bei dem qualifizierten Teil der EDV-Beschäftigten, vorzüglich den akademisch ausgebildeten Analytikern, allerdings als berechtigt an. Freilich ist deren Zahl vergleichsweise sehr gering.

Größer ist die Zahl der in Oberhausen genannten Beispiele für beruflichen Abstieg. Prof. Weber berichtete von Herabstufung verschiedener Technikergruppen durch EDV, von Elektronikern, Werkzeugkonstrukteuren, Schablonenmachern, Pausern und anderen Zeichnern auf niedrigerem Qualifikationsniveau, Prof. Blum von allmählichen Gehaltssenkungen für umgesetzte kaufmännische Angestellte.

Qualifikationserhöhungen durch Automation, bzw. Automationsfolgen sind im Wegfall monotoner Routinearbeiten, d. h. in erleichterter Arbeit zu sehen (was aber eben leicht die Auflösung des Arbeitsplatzes überhaupt zur Folge haben kann); in erhöhten Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, bzw. -anforderungen und einer dementsprechend verbesserten Entlohnung. Die Zahl derer, die in den Genuß solcher Vorteile kommen, nicht nur von den Schattenseiten dieser Veränderungen betroffen werden, wurde in Oberhausen allgemein übereinstimmend als relativ gering angesehen.

Groß ist dagegen die Zahl der angeführten Beispiele für verminderte Qualifikation durch Automationsveränderungen. Das kann sich auf unterschiedlichste Weise äußern; als Reduzierung des — gewöhnlich ja sowieso nicht großen — Entscheidungsspielraums am Arbeitsplatz, als Bewahrung ausgerechnet nur der Routinefunktionen, als Wegfall von Entscheidungsbefugnissen auf den verschiedenen Stufen der Arbeitshierarchie, als verschärfte Kontrolle auch der Angestellten, erzwungen besonders durch die Anpassung an maschinelle Abläufe. So berichtete Prof. Mann, „daß von immer mehr Angestellten verlangt werden wird, die Nachteile der Schichtarbeit in Kauf zu nehmen und ebenso wie vor ihnen die Produktionsarbeiter sich mit den persönlichen und sozialen Umstellungen abzu-

finden, die notwendig sind, um die kostspieligen Computeranlagen voll auszulasten". Prof. Mann übersah nicht die damit verbundenen schweren gesundheitlichen Belastungen und forderte die Gewerkschaften auf, hier medizinische Erkenntnisse in soziale Forderungen umgemünzt durchzusetzen.

Während das persönliche Qualifikationsniveau vieler Arbeitnehmer derart beeinträchtigt wird, ist dennoch häufig von einer Hebung des Niveaus in den Betrieben als Automationsfolge die Rede. Prof. Blum erläuterte den scheinbaren Widerspruch: was diese Formulierung im Grunde aussage, sei, „daß die Automation das globale Qualifikationsniveau im Büro deswegen erhöht, weil auf den unteren Stufen der Hierarchie niedriger qualifizierte Arbeiten wegfallen, während an der Spitze der Bedarf wächst, so daß es später einmal im Büro sogar zu einer Umkehrung der ‚Pyramide der Qualifikationen' kommen könnte". Die gesellschaftlichen Auswirkungen einer derartigen „Qualifikationserhöhung" sind also mit demokratisch verstandener Bildungspolitik in scharfem Widerspruch zu sehen. Wieder zeigt sich, wie unter den Bedingungen kapitalistischer Ökonomie humanistische Chancen der Entwicklung der Produktivkräfte, hier die Chance allseitig entfalteter Bildung durch qualifizierte Arbeit und reiche Freizeit, zu Fesseln der Arbeitenden entarten. In Blums Äußerung über die Veränderungen im Büro zeichnet sich eine wesentliche Folge solch unsozialer Automation ab: die Qualifikationspolarisierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft, der Wegfall der Mitte durch weitgehende Verringerung der Aufstiegsstufen und -chancen, durch erhebliche Erschwerung der Qualifikation für höhere Positionen. Blum schreibt den zeitweiligen Eindruck einer gegenteiligen Entwicklung der aufschiebenden Wirkung der „Sicherheitsventile", vor allem der Dauer der Umstellungsperiode, zu. Was neben Blum auch Marenco, Whisler, Jaeggi und andere feststellen, formuliert Fraser drastisch so: „An der Beförderungsleiter werden die mittleren Sprossen ausgeschlagen ... und die Kluft zwischen Arbeitnehmern und Unternehmensleitung wird noch mehr erweitert." Die Kluft kann aber schon zwischen dem EDV-Personal und dem der herkömmlichen Abteilungen aufbrechen, als Entfremdung und sogar offene Feindseligkeit. Eine Quelle außerordentlich schwerer und tiefgreifender Probleme ist natürlich die Schwächung (gar der Fortfall) des Senioritätsprinzips, einstmals der tragenden Säule der Verwaltungssysteme, nach dem beruflicher Aufstieg in erster Linie von Dienstalter und Betriebserfahrung, erst in zweiter dagegen von zusätzlicher Bildung oder gar außerbetrieblicher Fortbildung abhängt. Die Technisierung der Arbeitswelt macht demgegenüber nun die Bildungsqualifikation zum entscheidenden Erfolgskriterium; das angesichts eines Bildungssystems, das hierzulande noch sehr weitgehend von überholten Laufbahnvorstellungen geprägt ist.

Olaf Radke betonte: „Im großen und ganzen ist der erforderliche Umfang an praktischen und theoretischen Kenntnissen das wesentlichste Qualifikationsmerkmal, mit dem Angestellte an Datenverarbeitungsanlagen tariflich eingruppiert werden können." Die Aussagen von Marenco und Morse etwa erlauben, diese Erkenntnis zu verallgemeinern.

Neben die allseits betonte Forderung nach regionaler Mobilität des Arbeiters von heute und morgen — Minister Schiller sah sich dieser überwältigenden Einsichtigkeit gegenüber gar dazu veranlaßt, seinerseits zu betonen, auch das Kapital habe sich dem Mobilitätsgebot der technischen Revolution anzupassen! — tritt das Erfordernis intellektueller Mobilität.

Auch dies eine Möglichkeit von großer demokratischer Bedeutung. Erlaubt sie doch allererst, was Prof. Philip im Zeichen der „Expertokratie" fordert: „Man kann die Technokraten nicht demokratisieren, wenn nicht zuvor die Demokraten

technisiert werden (d. h. zum Bewußtsein ihrer Rolle in der technisch organisierten Gesellschaft gelangen), indem ihnen der Sinn für die Probleme und die Sprache unserer Zeit erschlossen wird." Die Perspektive der Experten, die in Oberhausen sichtbar wurde, läuft freilich im wesentlichen auf rein reaktive „Anpassung" der Arbeitenden an die Zwänge von Verhältnissen hinaus, deren Grundlagen und Zusammenhänge sie allenfalls ahnen.

Auf diesem Gebiet könnten die Experten allerdings von der technischen Entwicklung überrollt werden, die — wie Marx bereits vor hundert Jahren prognostizierte — mit zunehmendem Tempo nicht nur die alte Form der Berufe als „verknöcherte Partikularitäten" (Marx) sprengt, vielmehr die Partikularisierung der Arbeitsbereiche und -formen als solche aufzuheben tendiert.

Daß zeitgemäße Schulbildung nicht mehr Ausbildung auf bestimmte „Berufe" hin sein kann, zeigte sich in Oberhausen als allseits akzeptiert. Vielmehr forderte man eine schulische Grundausbildung, so etwa Minister Katzer, die eine disponible und ständig erweiterungsfähige Allgemeinbildung mit naturwissenschaftlich-technischem Schwerpunkt (das betonte Prof. Niens, AEG-Telefunken, sehr! Prof. Steinbuch das Entsprechende für die Hochschulbildung) zur Grundlage der betrieblichen Ausbildung am Arbeitsplatz und der mit der Berufsschule beginnenden beruflichen Fortbildung machen müsse.

Auch die Forderung nach Erleichterung der Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsstufen, nach deren zunehmender Transparenz, klang in Oberhausen so selbstverständlich, daß niemand sich wunderte, sie aus dem Munde eines CDU-Vertreters, allerdings eben des Ministers Katzer, zu hören.

Die Einsicht in die fundamentale Bedeutung der Erwachsenenbildung und ihrer organischen Verknüpfung mit den vorhergehenden Stufen des Bildungswesens, geeignet, am Beipiel des sowjetischen Referats (9 Millionen Abend- und Fernschüler, bzw. -studenten!) sozialistische Vorbilder ins Bewußtsein zu rücken, etwa das „Einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR", stieß die Diskussion dann freilich unbarmherzig schnell auf einen gravierenden Mangel des kapitalistischen Systems, in der Finanzierungsfrage nämlich, die Katzer wie Niens in schönem Gleichklang auf ein andermal zu vertagen vorschlugen.

Zwar zog niemand den Nutzen der Erwachsenenbildung, auch unter rein kapitalistischem Aspekt gesehen, in Zweifel. Direktor Tremmel postulierte vielmehr sehr schön: „Im Rahmen eines gut organisierten Betriebes müßte auch ein Platz für die Erwachsenenschulung vorhanden sein, in der auch die Weiterbildung der Meister zum Wohle der Firma (!) möglich gemacht werden könnte." Die Ergebnisse von Oberhausen bieten aber keinerlei Hinweis darauf, daß in Zukunft die Bereitschaft der Unternehmen, den Anstrengungen der Gewerkschaften, bzw. des solcherart genötigten Staates entgegenzukommen, etwa wachsen könnte. Nach einem Exkurs über die Notwendigkeit von Druckmitteln, zugleich aber auch über deren beschränkte Wirksamkeit, kam Prof. Elton zu dem resignierenden Schluß: „Was man heute schon mit Sicherheit sagen kann, ist, daß viele Jugendliche nach wie vor ohne jegliche Weiterbildung bleiben werden."

Die Aktivität der Gewerkschaften, die so auf diesem Gebiete nötig wird, ist nicht unbeträchtlich. Über das gegenwärtige akute Kernproblem, Umschulung, besonders im Ruhrgebiet, gab es in Oberhausen neben Hinweisen Otto Brenners auf die Unangemessenheit der gegenwärtig angewandten Methoden als eventuelles Positivum die Ankündigung Minister Katzers, man werde im Ruhrgebiet ein Umschulungszentrum einrichten. Für die im „Rationalisierungsschutzabkommen"-Entwurf der IGM formulierten konkreten Vorstellungen dageben gab es nur

pauschale Freundlichkeiten. Die hart-uneinsichtige Reaktion der Unternehmer erfolgte erst einige Tage nach der Konferenz. Die Gewerkschaft wird um ihre präzisen Vorstellungen über Umschulung, über die dazu nötigen Freistellungen und sozialen Sicherungen, über Bildungsurlaub kämpfen müssen.

Die Bedeutung dieser Forderungen gerade für die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit sprach Heinz Dürrbeck aus: „Schließlich spielt eine Bildungspolitik, die an den Erfordernissen der modernen technologischen Entwicklung orientiert ist, eine ganz entscheidende Rolle in der Bemühung, die Angestellten zu organisieren und für die gewerkschaftliche Arbeit zu aktivieren. In diesem Zusammenhang gehört der bezahlte Bildungsurlaub für die Arbeitnehmer — und gerade für die Angestellten — zu einer der vordringlichsten Forderungen der Gewerkschaft."

V

Tatsächlich ist die Organisierung der Angestellten, generell das Klassenbewußtsein dieses Teils der Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zur Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaften, somit für den Ausgang des demokratischen Kampfes der Arbeiterbewegung.

Diese große Bedeutung der Angestellten resultiert schon allein aus ihrer außerordentlichen — relativen wie absoluten — zahlenmäßigen Zunahme in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Fraser nannte für Amerika in Oberhausen eine Zuwachsprognose für den Zeitraum von 1964 bis 1975; die Relation beträgt demzufolge für Angestellte 38 Prozent gegenüber ca. 17 Prozent bei den Arbeitern; das heißt, das politische Gewicht der Angestelltenschaft, die in den USA ja bereits heute weit über 50 Prozent der arbeitenden Bevölkerung umfaßt, wird weiterhin schneller zunehmen. Dem müssen die bisherigen Arbeitergewerkschaften um den Preis ihrer künftigen Existenz, zumindest aber Wirksamkeit, Rechnung tragen. Dem Industriegewerkschaftsprinzip gehört im Interesse der gewerkschaftlichen Einheit der Arbeitenden die Zukunft. Die IG Metall hat damit in der BRD wegweisende Erfolge erzielt. Dürrbeck berichtete, daß heute 25 Prozent der potentiell organisierbaren Angestellten der Metallindustrie Mitglied der IG Metall sind. Der Organisationsgrad sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Das Industriegewerkschaftsprinzip hat seine Überlegenheit in Westdeutschland auch darin gezeigt, daß trotz der Existenz ständiger Angestelltenverbände im DGB heute fast doppelt so viele Angestellte organisiert sind wie in ersteren. Die Auswirkungen der technischen Revolution, besonders auch der Büro-Automation, lösen nach Ansicht der Mehrzahl der Oberhausener Referenten eine Bewegung zu den Gewerkschaften hin aus, auch wenn das retardierende Element vermeintlich zu erhaltender Angestelltenprivilegien noch immer unverkennbar wirkt. Allerdings ergab sich als Fazit der Diskussion über Unterschiede und Angleichungstendenzen im Verhältnis von Arbeitern und Angestellten, worüber Dorothy Wedderburn ein eigenes Referat lieferte, daß die „Demarkationslinie" heute eher von Unternehmern, aus taktischen Motiven, als von den Angestellten selbst aufrechterhalten wird, daß die Tendenz im Zeichen der Technisierung so oder so auf Nivellierung der Unterschiede hinläuft. Die Angleichung der manuellen und nichtmanuellen Tätigkeiten, die daraus folgende Beseitigung von hinderlich gewordenen Angestellten-Privilegien, die „Proletarisierung" des Angestellten, der gleich dem Arbeiter zunehmender Status- und Aufstiegsungewißheit, zunehmender Kontrolle und Monotonisierung ausgesetzt ist — das sind Faktoren, die dem Angestellten seine abhängige Lage kraß bewußt machen können, ihn auf die Vorteile der Gewerkschaftssolidarität, des Tarifvertragsprinzips etc.

deutlich hinweisen können, sofern ihm mit einer angemessenen Gewerkschaftspolitik begegnet wird. Die wachsende Attraktivität kämpferischer Angestellten- und Akademikergewerkschaften (z. B. der Lehrer!) in den USA, von der Fraser berichtet, ist ein positives Anzeichen.

Freilich werden die Industriegewerkschaften gerade künftig nur überzeugend — eben auf Angestellte — wirken können, wenn sie der zunehmenden „Formierung" und „Planification" der Gesellschaft im Sinne der Herrschenden eine ebenso langfristige Strategie, ein demokratisches Alternativkonzept werden entgegenstellen können. Eben das fehlte in Oberhausen noch allzu weitgehend, auch wenn etwa Heinz Dürrbeck das Erfordernis klar formulierte: wesentlich für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, auch und gerade die gewerkschaftliche Angestellten-Arbeit, müsse „die sozial-kritisch gesellschaftspolitische Bildung (sein), die die Entfaltung sozio-ökonomischer Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem zum Ziel hat".

Die schon eingangs kritisierte Ideologie, die am Stil von Oberhausen sichtbar wurde, ließ von Konsequenzen aus Dürrbecks Einsicht noch wenig erkennen. Wie anders ist es zu erklären, daß Otto Brenner in einem euphorischen Schlußwort den „frischen Wind" in den Reden der Minister, den „neuen Geist" von Bonn und das „fortschrittliche Gesellschaftskonzept' des Ministers Katzer pries, der sich nicht gescheut hatte, Johnsons demagogische Parole von der „großen Gesellschaft" aufzugreifen. Wenn Brenner und Schiller zum Schluß der Tagung sich gegenseitig ihre Fortschrittlichkeit bescheinigten, derselbe Schiller aber kurz darauf auf dem Nürnberger Parteitag vehement gegen die Grundbedingung allen weiteren gewerkschaftlichen Fortschritts, die Mitbestimmung, auftreten konnte, so zeigt sich, wem die Illusion von Oberhausen einzig schaden kann: der Interessen- und Kampfbewußtheit der arbeitenden Menschen, deren Lage sich eben auch durch die SPD-Minister von Bonn nicht ändert, allenfalls insofern, als ihn gefährlichere Illusionen als zuvor darüber täuschen könnten.

Die Rezession hat klar und eindeutig die Alternative gestellt: für die Arbeitnehmerorganisationen geht es um den demokratischen Weg, gegen Formierung, Entmündigung und soziale Ohnmacht, für Mitbestimmung und politische Selbstbestimmung. Auf wessen Seite sich die SPD-Führer geschlagen haben, ist klar. Die Krise zwingt, Farbe zu bekennen.

Die Monopolherren und ihre Regierung ergreifen die Gelegenheit, die in der Verknüpfung von zyklischer Überproduktions- und struktureller Krise zutage getretenen Widersprüche des Systems mit Hilfe der illusionierten SPD nun endlich im Sinne ihres lange vorbereiteten Formierungs- und Notstandskonzepts zu bändigen, das heißt auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Das zeigt sich in aller Klarheit an der unsozialen Einkommenspolitik des Schiller-Ministeriums, besonders an seinen „Zielprojektionen".

Nach langem Reden von der „freien Marktwirtschaft" haben die Herrschenden rechtzeitig erkannt, daß die technische Revolution mit innerer Notwendigkeit Vorausplanung erzwingt. Sie sind nun dabei, die Ziele dieser Planung in ihrem Interesse zu definieren, das bedeutet: gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Deren Organisationen sind freilich — wie schon lange die SPD — durchaus eingeplant ins Konzept der Formierung: als Ordnungsfaktor, als Mittel zur reibungslosen Einordnung ihrer Mitgliedschaft ins Herrschaftssystem, zur Milderung gewisser Härten — eine Funktion, die man ihnen ja auch bisher bereits — zumindest nachträglich — zubilligte.

Die Unsicherheit der Gewerkschaften, auch der progressivsten, diesem „neuen" Kurs gegenüber, ist Anlaß zu ernster Kritik. Die Gewerkschaften müssen erkennen, daß die ihnen angetragene Aufgabe sie zu Hilfskräften für die Bonns Politik bestimmende Großindustrie und deren von Sozialabbau gekennzeichnete, unverändert abenteuerliche Expansionspolitik degradieren soll; daß sie angesichts der lange allein von ihnen geforderten planvollen Wirtschaftspolitik Bonns nun nicht umhin können, ihrerseits die Inhalte einer Planung für die Arbeitenden, aus kritischer Analyse begründet, vorzubringen.

Dem gewerkschaftlichen Tageskampf, auf dessen kanalisierte, in „Lohnleitlinien" gezwungene Form die Herrschenden heute die Funktion des „Ordnungsfaktors" Gewerkschaften einengen möchten, gilt es die gesellschaftspolitische Strategie zur Seite zu stellen, welche allein die demokratische Alternative der Arbeitenden für Wirtschaft und Staat realisierbar macht. Es ist die Strategie gefordert für den langwierigen und gefährlichen Kampf gegen die Allmacht der Monopole und ihres Staates. Allein dieser Kampf, nicht die Beschränkung auf höflichen Informationsaustausch, wo es um harte Interessenkonflikte geht, kann auch die Kernfrage aller gewerkschaftlichen Automationskonferenzen in sozialem Sinne beantworten: Wer soll die Risiken der technischen Revolution tragen? Wer soll ihre Früchte genießen?

Peter Schütt

Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68

I

Unberührt von Zwischenrufen, Sprechchören und der rhythmisch intonierten Forderung nach „Hochschulreform" verlas der neue Hamburger Rektor, der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Werner Ehrlicher, während der Feier zur Eröffnung seines Amtsjahres am 9. November 1967 seinen Antrittsvortrag „Zur wirtschaftlichen Rezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67". Nach einer einleitenden Berufung auf das überparteiliche Amt des Wissenschaftlers bekamen die Studenten eine Lobrede auf das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Großen Koalition zu hören, wie sie Ehrlichers Amtsvorgänger, der jetzige Bundesminister Schiller, nicht besser hätte halten können. Die aufgebrachten studentischen Zuhörer antworteten prompt mit Slogans, die vierzehn Tage vorher auf der Bergarbeiterdemonstration von Dortmund-Huckarde geprägt worden waren: „Strauß und Schiller — Zechenkiller" oder „Aktionäre an die Wand —

Betriebe in des Volkes Hand". Der Rektor nahm am folgenden Tag Zwischenrufe dieser Art zum Anlaß für die Erklärung, „linksradikale Störtrupps" seien von außerhalb angereist, um in der Universität „Krawall und Terror" zu inszenieren. Daß er selbst mit einer unkritischen Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Staates die Versäumnisse in der Bildungs- und Hochschulpolitik entschuldigt und durch seine ungeprüfte Übernahme Bonner Verlautbarungen einen Teil der bewußten Studenten selbst provoziert haben könnte, kam ihm nicht in den Sinn. Im Gegenteil, er glaubte sich schon durch die Behandlung eines aktuellen Themas als fortschrittlich genug ausgewiesen zu haben.[1])

Nach seinem Vortrag verließ der Rektor, gefolgt von seinem Lehrkörper, abrupt das Auditorium Maximum, ohne sich der von den Studenten auf Flugblättern und in Sprechchören geforderten Diskussion zu stellen. Der AStA-Vorsitzende Björn Pätzold hatte in seiner knappen Begrüßungsrede eine Fülle von konkreten Mißständen an der Hamburger Universität aufgezeigt, die Stoff genug zu einer Aussprache geboten hätten: der rigoros gehandhabte Numerus clausus, der im Fach Pharmazie 97 Prozent der Studienbewerber ausschließt; die übertriebenen Anforderungen bei den Zwischenprüfungen, bei denen in der Germanistik jeder zweite Teilnehmer durchfällt; die hohen Durchfallquoten, bis zu 57 Prozent, bei den Diplomprüfungen für Volkswirte; die gänzliche Vernachlässigung der politischen Bildung am Pädagogischen Institut; zahlreiche nichtbesetzte Lehrstühle; mangelhaft ausgerüstete Bibliotheken oder die Unduldsamkeit mancher Dozenten gegenüber abweichenden Thesen.[2])

Statt zu der beantragten Diskussion kam es zu Beschimpfungen. Der Theologe Helmut Thielicke machte „postpubertäre Schübe" für das „ungezogene Verhalten von AStA-Vorstand und Studentenschaft" verantwortlich, und der Direktor des Orientalischen Seminars, Prof. Berthold Spuler, verstieg sich zu der Äußerung „Ihr gehört alle ins KZ!" Er wurde auf Drängen der Studenten und der Öffentlichkeit schließlich trotz der „Ehrenerklärungen" seiner Kollegen beurlaubt, um im Februar 1968 seine Lehrtätigkeit erneut aufzunehmen, nachdem sich, einer Erklärung der Hamburger Schulbehörde zufolge, „zahlreiche Schüler" für seine Rückkehr ausgesprochen hatten. Wie sich später herausstellte, hatten sich ganze vierzehn Unterschriften für einen entsprechenden Antrag gefunden.

Spuler blieb nicht der einzige Dozent der „Braunen Universität Hamburg", der während des Wintersemesters von sich reden machte. Der Leiter des Pädagogischen Instituts, Prof. Hans Wenke, der vor drei Jahren durch massive Proteste aus der Öffentlichkeit gezwungen worden war, von seinem Ehrenamt als Bochumer Gründungsrektor zurückzutreten, war in einer Vorlesungskritik in der Novembernummer des Hamburger „auditoriums" als „alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus" mehr glossiert als analysiert worden[3]); er hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als seine studentischen Kritiker von der Teilnahme an seinen Vorlesungen und Übungen auszuschließen. Eine Begründung lehnte er ab, ebenso wie eine Debatte über sein Vorgehen und eine Stellungnahme zu den Vorwürfen wegen seiner publizistischen Tätigkeit im „Dritten Reich", die von zahlreichen Studenten und Hörern seines Kollegs verlangt wurde. Schließlich weigerte er sich, unterstützt von allen Professoren seiner Fakultät, zu lesen, solange die „Störungen", d. h. die Bitten um Diskussion, anhielten, und ließ für sich durch seine Assistenten und ergebene Studenten, darunter Mitglieder des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, eine Unterschriftensammlung durchführen. Mit

1) vgl. Ehrlicher-Interview in der „Frankfurter Rundschau", 30. Januar 1968, S. 4.
2) „Zur Feier des Rektorwechsels", Hamburger AStA-Dokumente VIII/67.
3) Reinhold Oberlercher, Wenke — oder die Unmöglichkeit einer Rezension. auditorium 50 (Nov. 1967), S. 11.

Berufung auf den „Treuebeweis" von 700 Pädagogikstudierenden drohte er allen, die ihn in seiner Vorlesung unterbrechen würden, mit dem Verweis von der Universität. Ohne Erfolg, denn immer mehr Fragesteller meldeten sich zu Wort. Er erschien Anfang Januar ein letztes Mal, in Begleitung von Kriminalbeamten in Zivil und mehreren Vertretern der Universitätsbürokratie, bevor ihn selbst der Rektor fallen ließ und der Kritischen Universität erlaubte, statt der Vorlesung ein Kolloquium zum Thema „Hans Wenke und die reaktionäre Pädagogik der Bundesrepublik" durchzuführen. Unter der Mitarbeit mehrerer Universitätsassistenten erarbeitete es in der zweiten Semesterhälfte aufschlußreiche Materialien zum Stand der politischen Bildung an den Schulen Hamburgs, für deren antikommunistische und faschistoide Ausrichtung Wenke als ehemaliger Hamburger Schulsenator mitverantwortlich zeichnet.[4])

Auf dem Höhepunkt der Kontroverse um Wenke griff Hamburgs Star-Theologe, Prof. Helmut Thielicke, mit einer sofort in der Springerpresse im vollen Wortlaut abgedruckten Solidaritätsadresse für seinen „zu Unrecht verleumdeten Kollegen" ein; er sprach von den studentischen Kritikern als von „Rüpeln" und von „Gossenjungen" und schloß seine Mahnrede mit dem Ausspruch „Armes Deutschland! Ich glaube, diesem Volke ist nicht mehr zu helfen. Möge dieses alles von höherer Hand gewendet werden!" Im Stil des Springerkommentators William S. Schlamm hatte er die Aktionen des SDS mit „faschistischen Terrormethoden" gleichgesetzt und damit nur die Aufmerksamkeit seiner Kritiker auf seine eigene braune Vergangenheit als SA-Mitglied und theologischer Rechtfertiger der nazistischen Kriegspolitik gelenkt.[5]) Thielicke unterbrach aus Protest gegen die „gossenhaften Frechheiten" der Studenten seine Hauptvorlesung, verzichtete aber nicht auf seine regelmäßigen „akademischen Predigten" in der Hamburger St. Michaeliskirche. Am 13. Januar wurde er nach dem Gottesdienst, in dem er zu „Themen der Zeit", nicht jedoch über „vordergründige politische Fragen" gepredigt hatte, zu einer öffentlichen Aussprache aufgefordert; er antwortete, von der Kanzel herab, mit einem neuen Zornesausbruch und befahl darauf dem Organisten, alle Ansätze zu einer Diskussion in der Kirche mit Bachchorälen zu übertönen. Er fühlte sich offenbar sicher, hatte er doch in einem eigenmächtigen Vorgriff auf die Notstandsgesetze siebzig Bundeswehrsoldaten als „beruhigende Elemente" zu seinem Schutz bestellt; eine Maßnahme, gegen die zahlreiche Studentenverbände, kirchliche Kreise und sogar einige Bundeswehrangehörige vergeblich protestiert haben, die aber von der Bundesregierung und dem „Verteidigungsministerium" trotz einer Anfrage der FDP in keiner Weise mißbilligt wurde!

II

„Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazis! Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten und Nazi-Bundeskanzler! Mobilisieren wir die Anti-Nazi-Kampagne!" Diesen Aufruf, der gleichzeitig in Berlin, München und Bonn an den Universitäten verteilt wurde, benutzten Hamburger SDS-Studenten am 30. Januar 1968, dem 35. Jahrestag der nationalsozialistischen „Machtergreifung", als Auftakt zu einem „Entstörungsunternehmen" eigener Art. Sie wollten keine Störung verursachen, sondern „eine empfindliche Störung einer demokratischen Hochschule wie einer demokratischen Gesellschaft aufdecken", und versuchten deshalb, die Psychologievorlesung von

4) Dokumente der Fachschaft Erziehungswissenschaft an der Hamburger Universität 1/68.
5) vgl. Helmut Thielicke, Wo ist Gott?, Göttingen 1940.

Prof. Hofstätter zu einem Teach-in über die „Braune Universität Hamburg" umzufunktionieren. Hofstätter, Leiter des Psychologischen Instituts Hamburg, zählte im „Dritten Reich" zu den wenigen im Land verbliebenen Vertretern seiner von den Nazis als „jüdische Afterwissenschaft" verdächtigten Disziplin und sicherte sich seine führende Stellung durch programmatische Äußerungen wie die, daß „die Seelsorge" — gemeint ist die Psychologie — „oberstes Recht des Führers" sei, und durch seine Berater- und Gutachtertätigkeit als NS-Heerespsychologe. 1963 hatte er in Vorträgen, in einem „Zeit"-Artikel und einem „Spiegel"-Interview seine Ansicht bekräftigt, daß Hitler den Juden den Krieg erklärt habe und daß die Judenmorde darum eigentlich Kriegshandlungen gewesen seien, und mit dieser Begründung nach dem Eichmann-Prozeß eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher gefordert. Daraufhin wurde von zahlreichen jüdischen, christlichen und demokratischen Organisationen und Presseorganen sein Rücktritt als Hochschullehrer gefordert. Lediglich die „Deutsche National- und Soldatenzeitung" stellte sich schützend vor ihn und erhielt dafür von ihm ein in großer Aufmachung publiziertes Dankschreiben. Die Schützenhilfe von rechts genügt den Hamburger Behörden offenbar, sich nicht weiter in den Streit um Hofstätter „einzumischen", sie verzichtete wie 1963 so auch nach den neuen Studentenprotesten im Februar 1968 auf „weitere Schritte" und hielt es, auch nachdem verschiedene Hamburger Gruppen neues Dokumentationsmaterial zum Fall vorgelegt hatten [6]), für unnötig, irgendwelche Konsequenzen aus den Vorwürfen zu ziehen. Die Hamburger Kritische Universität, die für das Sommersemester weitere Aufklärungskampagnen zur „NS-Vergangenheit und -Gegenwart Hamburger Dozenten" angekündigt hat, wird vorerst an Belegen keinen Mangel haben. Ein vorbereitetes „Weißbuch zur Professorenmoral" verspricht Bände.

„Unter den Talaren — Muff von 1000 Jahren": diesen Spruch hatten schwarz auf weiß zwei Studenten dem Rektor und seinen Professoren bei ihrem feierlichen Einzug zur Rektoratsfeier vorangetragen. Nicht von ungefähr wurde das Spruchband in der Springerpresse in einer zensierten Fassung wiedergegeben; in „Welt" und „Bild" hieß es, um die Anspielung auf das „Tausendjährige Reich" zu tilgen, „Muff von hundert Jahren". Entsprechend wurde die Universität zwar als überaltet und verzopft gekennzeichnet, aber keineswegs als autoritär und reaktionär im prägnant politischen Sinn. Auf derselben Ebene — Abbau mancher altmodischer Riten und Modernisierung der Hochschule als Anpassung an die Erfordernisse der industriellen Leistungsgesellschaft — waren sogar der Rektor und die Dekane bereit, mit den Studenten über ihre Vorstellungen zu diskutieren. An drei aufeinanderfolgenden Abenden stellten sich Vertreter der Professoren unter Leitung des Rektors einer Diskussion mit studentischen Delegierten. Solange das Gespräch auf allgemeine Themen beschränkt blieb, waren die Gegensätze kaum zu spüren. Je präziser und konkreter jedoch die Fragen der Studentensprecher nach wirksamen Schritten zur Hochschulreform, nach studentischer Beteiligung in den akademischen Entscheidungsgremien und nach Liberalisierung und öffentlicher Kontrolle des Prüfungswesens ausfielen, umso ausweichender kamen die Antworten der Ordinarien und Dekane. Als endlich ein Kommilitone seinen Eindruck wiedergab, er spreche nicht gegen eine harte Wand, sondern gegen eine Qualle, die immer dann ihre ausgebreiteten Arme zurückziehe, wenn man ihr allzu nahe komme, nahmen die professoralen Diskussionsteilnehmer diese und einige andere Bemerkungen zum Vorwand, die Diskussion abzubrechen. Sie antworteten am nächsten Tag, als sich AStA und Diskussionsleiter nicht bereitfanden, sich für

[6]) Arie Goral, Dokumentation I und II zum Fall Hofstätter, Hamburg 1963/68 — Erklärung zum Fall Hofstätter, hrsg. vom SDS-Landesverband Hamburg am 6. 2. 68.

die Äußerungen zu entschuldigen, mit dem Ausschluß der erst wenige Semester vorher zugelassenen zwei Studentenvertreter aus dem Akademischen Senat. Dieser Schritt des Rektorats bewog nur noch mehr Studenten, sich mit dem AStA-Vorstand zu solidarisieren, und brachte die beiden stärksten politischen Studentenverbände, SHB und SDS, zum Bündnis. Die erhoffte Isolierung der „Radikalen" war abermals mißlungen; stattdessen entstand eine studentische Einheitsfront aller progressiven Hochschulgruppen gegen die Übergriffe der Universitätsbürokratie. Die ersten Vollversammlungen in der Geschichte der Hamburger Universität wurden zu machtvollen Demonstrationen für die Entschlossenheit immer größerer Teile der Studentenschaft, sich gegen die repressiven Maßnahmen der akademischen und staatlichen Obrigkeiten zur Wehr zu setzen und für die Demokratisierung der Hochschule wie der Gesellschaft zu kämpfen.

Die unerbittlich autoritäre Haltung von Rektor, Senat und Fakultäten zwang den AStA zunächst in die Defensive. Erst die vorwärtstreibende Kritik des SDS und die massive Unterstützung durch mehrere studentische Vollversammlungen ermöglichte dem Studentenausschuß ein härteres Auftreten. Er konnte seine Vorschläge zur demokratischen Umgestaltung der Hochschule wesentlich konkretisieren und wurde bald ermutigt und schließlich formell von Parlament und Vollversammlung beauftragt, die Forderung nach „Drittelparität" in allen akademischen Instanzen bei allen Verhandlungen mit Vertretern des Staates und der Universität wirkungsvoll zu vertreten. Der Rektor gestand noch im November die Gründung von Reformgremien auf Seminar- und Institutsebene zu, die zu gleichen Teilen aus Studenten, Assistenten und Dozenten bestehen sollten, er lehnte allerdings die geforderte Entscheidungskompetenz für diese Kommissionen ab. Trotzdem wurden im Verlauf des Semesters, vor allem in der Philosophischen Fakultät, bei den Germanisten und Historikern, einige greifbare Ergebnisse erzielt: die Normen für die Zwischenprüfungen wurden vereinheitlicht und offengelegt, den Studenten wurde ein Mitspracherecht an der Festsetzung des Lehrplans zugestanden, die Fachschaften erhielten ein Vorschlagsrecht für Bibliotheksanschaffungen. Wo sichtbare Erfolge ausblieben, erzwangen die studentischen Mitglieder der Kommissionen wenigstens die Veröffentlichung der Verhandlungsprotokolle und gaben dadurch allen Seminarangehörigen die Möglichkeit, den starren Standpunkt der Professoren kritisch zu überprüfen.

Zu weiteren Zugeständnissen ließ sich der Rektor jedoch nicht bewegen; nur die beiden studentischen Vertreter wurden, nachdem mehrere politische Hochschulverbände ein Go-in zur nächsten Senatssitzung angekündigt hatten, bald wieder zugelassen. Als der AStA gegen das Verhalten von Prof. Wenke gegenüber seinen Kritikern protestierte und Widerspruch gegen den Hinauswurf des Studenten Oberlercher einlegte, hielt die Universitätsverwaltung abermals die Stunde für gekommen, um der angeblichen Radikalisierung der Studenten Einhalt zu gebieten; sie wurde in ihren Entscheidungen vom Hamburger Bürgermeister Weichmann, von Bürgerschaftsabgeordneten der CDU wie der SPD und besonders von der Springerpresse bestärkt. Obwohl die Vollversammlung der Studenten Oberlercher einlegte, hielt die Universitätsverwaltung abermals die das Rektorat ausgerechnet gegen den Wenke-Rezensenten ein Verfahren ein und bemühte sich mit allen Mitteln, aus dem Fall Wenke einen Fall Oberlercher zu machen. Ende Dezember erließ der Rektor schließlich eigenmächtig eine Verfügung, die nach Auffassung des AStA den Notstand für die Hamburger Universität erklärte. In einer Mitteilung „An alle Studenten", die in allen Instituten ausgehängt wurde, verfügte Rektor Ehrlicher: „Die Universität kann Störungen des Lehrbetriebs, wie sie mehrfach vorgekommen sind, nicht hinnehmen. Sie wird

die ihr zu Gebote stehenden Mittel ausschöpfen, um gegen Störer vorzugehen. Der Dozent übt während der Dauer der Lehrveranstaltung das Hausrecht aus. Er ist berechtigt und im Interesse der anderen Hörer verpflichtet, das ihm Mögliche zur Beseitigung der Störung zu veranlassen. Störer, die den Hörsaal trotz Aufforderung nicht verlassen, handeln rechtswidrig. Sie begehen Hausfriedensbruch. Wenn einzelne Störer sich weigern, den Hörsaal zu verlassen, sind auch die anwesenden Studenten berechtigt, zur Beseitigung der Störung beizutragen. Sie üben in diesem Fall das Recht der Notwehr aus. Dabei darf das Maß dessen, was zur Beseitigung der Störung notwendig ist, nicht überschritten werden."

Unmittelbare Folge dieses Erlasses war, daß zur nächsten Wenke-Vorlesung am 4. Januar eine Schutztruppe aus Hamburger NPD-Mitgliedern anrückte, die den Rektor in letzter Minute zwang, das Auditorium Maximum zu schließen. Die empörten Studenten zogen daraufhin demonstrativ zum Rektorat und nötigten den Rektor immerhin, die „falsche Auslegung" seiner Erklärung durch den „Nationaldemokratischen Hochschulbund" zu bedauern. Autoritäre Professoren benutzten die Rektorverfügung, um alle unliebsamen Diskussionen zu verhindern. Ein Germanist gab seinen in der Vorlesung anwesenden Assistenten Anweisung, einen Fragesteller gewaltsam aus dem Hörsaal hinauszubefördern, und ein Kollege beanspruchte sogar in einer Veranstaltung der Kritischen Universität für sich das Hausrecht, um diskussionsfreudige SDS-Mitglieder vor die Tür zu setzen; er mußte daraufhin allerdings selbst die Veranstaltung verlassen. Gegen Semesterende wurde der Ehrlicher-Erlaß dadurch unwirksam gemacht, daß in fast allen Lehrveranstaltungen Studenten die Diskussion beantragten. Mehrere hundert Kommilitonen erstatteten außerdem gegen sich selbst Anzeige wegen „Störung" einer Vorlesung und beantragten ihre Bestrafung.

Im Januar drohte der Rektor mehrfach mit der Schließung der Universität oder wenigstens der Philosophischen Fakultät und unterstützte einen Plan, dessen unvermutete Enthüllung zu Semesterende noch einmal viel Staub aufwirbelte. Ein an der mangelnden Bereitschaft studentischer Vertrauensleute gescheiterter Putschversuch [7]), der die unverhüllte Billigung der Universitätsverwaltung, mehrerer konservativer Professoren und der Hamburger Innenbehörde gefunden hatte, sah die Absetzung des amtierenden Studentenausschusses, die provisorische Einsetzung eines „Not-AStA", die Durchführung unpolitischer Neuwahlen für das Studentenparlament und das Verbot des SDS „am Rande der Legalität" vor. Es bedurfte jedoch kaum noch der Aufdeckung dieses Plans, um den Rektor als Gesprächspartner für die Reformdebatte vor den meisten Studenten endgültig zu diskreditieren. Als statt seiner im Januar neun als liberal geltende Professoren der Öffentlichkeit 81 „Leitsätze zur Hochschulreform" vorlegten, die zwischenden Vorstellungen des Wissenschaftsrates, der Rektorenkonferenz und des Deutschen Bundestags zu vermitteln suchten, ohne dabei die studentischen Forderungen im Grundsätzlichen zu berücksichtigen, gelang es auch diesem Vorstoß von seiten der Professoren nicht mehr, die klaren Fronten wesentlich zu verschieben. Als die neun von der Springerpresse hofierten „Reformprofessoren" in ihren Vorlesungen von den Hörern zur Aussprache über ihre Leitvorstellungen zur Studienreform aufgefordert wurden, lehnten sie das Ansinnen in den meisten Fällen ab. Gerüchte sprachen von einem Sprechverbot für die Ordinarien, weil es innerhalb des Akademischen Senats zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten über das notwendige Maß an Zugeständnissen gegenüber den Forderungen der Studenten gekommen war.

7) vgl. „Frankfurter Rundschau", 3. Februar 1968, S. 4.

III

Zur Verschärfung des Konfliktes zwischen den Studenten und ihren staatlichen und akademischen Vorgesetzten trugen nicht zuletzt einige „Zwischenfälle" bei, bei denen die Polizei mit im Spiele war. Bei der Rektoratsfeier waren nach einem Bericht des AStA mindestens zwanzig Angehörige der Hamburger Kriminalpolizei anwesend, sie fügten fünf Studenten, sämtlich SDSler, durch Fausthiebe empfindliche Verletzungen zu und sperrten einen Kommilitonen für die Dauer der Feier kurzerhand in den Keller des Audimax. Schon zwei Tage vorher waren auf dem Universitätsgelände sieben Studenten vorläufig festgenommen worden, weil sie im Verdacht standen, „Enteignet Springer" auf einen Bauzaun geschrieben zu haben; und mehrmals hatten Uniformierte versucht, Studenten vor der Mensa am Verteilen von Flugblättern zu hindern. Als in der Wenke-Vorlesung zwei Beamte der Politischen Polizei entdeckt wurden und wenige Tage später ausgerechnet gegen vier anwesende SDS-Mitglieder, die im übrigen in keiner Weise besonders hervorgetreten waren, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, schien für den SDS der seit langem erhobene Verdacht bestätigt, daß Polizei und Universitätsbehörden intensiv zusammenarbeiten und ihre Unterlagen permanent austauschen. Der SDS nahm die von der Universitätsverwaltung anberaumte Vernehmung der vier „Störer" und die Überreichung von mehreren hundert Selbstanzeigen zum Anlaß, um zu einem allgemeinen Go-in beim Rektor aufzurufen. Umdrängt von zahlreichen Studenten, die in sein Dienstzimmer eingedrungen waren, mußte der Rektor auf gezielte Fragen hin zugeben, daß zwischen ihm und dem Hamburger Innensenator Ruhnau laufende Kontakte und Konsultationen „nichtpolitischer" Art bestünden und daß „einige" Beamte der auch für die Universität zuständigen Staatlichen Baubehörde beauftragt seien, bei größeren Veranstaltungen über die Einhaltung bestimmter Sicherheitsvorschriften zu wachen. Als die Eindringlinge genauere Angaben verlangten, erteilte der Rektor seinem Syndikus vor den versammelten Studenten striktes Sprechverbot, — Grund genug zu neuem Verdacht. Die Mutmaßungen des SDS waren ohnehin bestätigt worden, neue Anhaltspunkte zum Zusammenspiel zwischen Polizei und Universitätsbehörden hinzugekommen.

Ein Überblick über die Ereignisse an der Hamburger Universität im Verlauf des Wintersemesters 1967/68 zeigt deutlich, daß es sich bei zahlreichen Aktionen der Studenten um reine Widerstandsversuche gehandelt hat, um Proteste und Abwehrmanöver gegenüber voraufgegangenen Eingriffen von oben und von außen. Die akademischen und staatlichen Instanzen haben alle Machtmittel, die ihnen zu Gebote standen, angewendet, um eine stärkere Disziplinierung und Formierung der Studentenschaft zu erzwingen. Die Studenten antworteten, wollten sie sich in der Öffentlichkeit nur irgendwie Gehör verschaffen, notgedrungen mit pressewirksamen Mitteln; ärgerlicher als ihre Proteste waren in jedem Fall ihre Anlässe. Aus dem zunächst nur zögernd und unsicher unternommenen Versuch, die zunehmenden Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit am studentischen Arbeitsplatz abzuwehren, ergab sich die Notwendigkeit zu breiterer Solidarisierung und Politisierung; neue und wirksame Kampfformen mußten entwickelt werden, und von der unumgänglichen Koordinierung und Zielbestimmung für die verschiedenen Protestaktionen führte der Weg schließlich zur Entwicklung klarer Alternativentwürfe zur bestehenden Hochschulverfassung. SHB und SDS legten im Verlauf des Semesters detaillierte Konzepte zur Universitätsreform vor, die vor allem in der Frage der studentischen Beteiligung erheblich differierten. Der SHB forderte eine angemessene Mitwirkung der Studenten in allen akademischen Instanzen, ohne sich ausdrücklich auf die Drittelparität festzulegen, während der

SDS die Forderung nach einer vollen Parität zwischen Dozenten und Studenten stellte. Über beide Modelle wurde in den Studentenversammlungen leidenschaftlich diskutiert, ohne daß die Mehrheit der Studenten bisher klare Entscheidungen getroffen hat.

Der Hamburger SDS, der zunächst in Gefahr stand, in seiner katalysierenden Phase stecken zu bleiben, konnte in der zweiten Semesterhälfte sein Programm inhaltlich verdeutlichen und gewann auch über die Solidarisierung mit einzelnen gemaßregelten und verfolgten Mitgliedern hinaus zum ersten Mal eine breitere Massenbasis innerhalb der Studentenschaft.

Zum wichtigsten Kampfmittel der Hochschulreform entwickelte sich — ein bisher unerfülltes Postulat aus der revolutionären Frühzeit der 1919 gegründeten Hamburger Universität — die studentische Vollversammlung, die demonstrativ immer dann zusammentrat, wenn es galt, obrigkeitliche Willkürakte durch gemeinsame Erklärungen und Aktionen abzuwehren. Selbst wenn eine Vollversammlung kurzfristig einberufen wurde, waren noch 2000 von insgesamt 18 000 Studenten beteiligt. Die erste, spontane und unvorbereitete Studentenversammlung trat unmittelbar nach der Rektoratsfeier am 9. November 1967 zusammen und beschloß sofort, eine Urabstimmung über den Rektor durchzuführen; ein Beschluß, der von allen folgenden Studentenversammlungen bekräftigt wurde und dessen Ausführung nach langem Ringen dem widerstrebenden Ältestenrat des Studentenparlaments, dem skeptischen AStA und vor allem dem Rektor selber abgetrotzt werden konnte. An der Abstimmung im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen beteiligten sich rund fünfzig Prozent der Hamburger Studenten. Auf die Frage „Können Sie Rektor Ehrlicher akzeptieren?" stimmten 62 % mit Nein: mithin ein deutliches Mißtrauensvotum, das der Forderung vieler Studenten nach Rücktritt des Rektors neuen Nachdruck verliehen hat. Das Ergebnis der Urabstimmung und schon allein die relativ hohe Beteiligung an dieser für Hamburg neuen Kampfform beweisen den zunehmenden Rückhalt der Protestbewegung innerhalb der Studentenschaft. Der demokratische Lernprozeß hat ein Stadium erreicht, das auch durch die Resultate der Parlamentswahlen am Ende des Semesters bestätigt wird: 18 von 40 gewählten Parlamentariern gehören der studentischen Linken an, nur 2 sind Mitglieder der nach rechts tendierenden „Aktion 68".

Außer zu den verschiedenen Paritätsmodellen nahmen die Hamburger Studentenversammlungen zu zahlreichen anderen und oft dringlicheren Problemen Stellung. In einer Entschließung am Beginn des Semesters wandten sich die Studenten gegen jede Form der Zwischenprüfung in den Massenfächern der Philosophischen und der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät; sie lehnten jede Einschränkung des Grundrechtes auf Bildung durch den Numerus clausus ab und verlangten mehrfach die sofortige Aufhebung der universitären Sondergerichtsbarkeit für Studenten. Wiederholt protestierte die Vollversammlung gegen die Anwesenheit von Polizei auf dem Gelände und in den Räumen der Universität. Nach den skandalösen Vorfällen um Prof. Wenke wurde der Leiter des Pädagogischen Instituts von den Studenten für so lange „als entpflichtet betrachtet", wie er sich weigert, zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Nach diesem demonstrativen Beschluß der Studentenversammlung verzichtete Wenke für das laufende Semester endgültig auf die Abhaltung seiner Vorlesung. Im Januar wurde mit nur vier Gegenstimmen eine Resolution angenommen, in der der Präses der Hamburger Schul- und Hochschulbehörde, Bürgermeister Drexelius (SPD), in scharfen Worten zum Rücktritt aufgefordert wurde. Ihm wurde vorgeworfen, an einem Hochschulgesetz, das auch studentische Forderungen berücksichtigt, nicht im geringsten interessiert zu sein, und nachgewiesen, daß er

durch seine behördliche Rückendeckung für kritisierte Professoren vom Schlage Wenkes, Hofstätters oder Spulers die Hamburger „Braune Universität" nach Kräften gefördert habe. Seine unverantwortlichen Drohungen und Warnungen, die Schulbehörde würde notfalls einem Antrag des Rektors auf Schließung der Universität zustimmen, seien wenig geeignet gewesen, „Vertrauen" in die staatliche Hochschulaufsicht zu wecken. In einem Flugblatt wurden Ehrlicher und Drexelius darüber belehrt, daß die Uni noch kein Krämerladen sei, den seine Besitzer nach eigenem Gutdünken über Nacht zumachen könnten.

IV

Wesentlich geringeren Mobilisierungseffekt besaß dagegen die Hamburger „Kritische Universität", die in ihrem ersten Semester mehr um kritische Aufklärung als um direkte Aktion bemüht war. Die KU blieb in Hamburg Randerscheinung, ihr fehlte von vornherein der Rückhalt innerhalb der Studentenschaft. Sie war nicht, wie in Berlin, das Ergebnis einer gesamtstudentischen Reflexion auf die Stellung der Hochschule in der Gesellschaft, sondern verdankte ihre Gründung der Information und Initiative einzelner, von der Masse der Studenten isolierter Aktivisten. Wie der aus ähnlichen Gründen in Hamburg in Anfängen steckengebliebene „Republikanische Club" füllte die Kritische Universität allenfalls Lücken und Leerstellen aus, ohne auf die etablierten Hochschulverhältnisse einzuwirken. Sie war, wie einige Mitarbeiter in ihrer Semesterbilanz selbstkritisch feststellten, „Spielwiese für frustrierte Linksintellektuelle, Kurort für künftige Fachidioten". Nur wo sie den Kampf gegen bestimmte Lehrmethoden und Lehrinhalte Hamburger Professoren aufnahm, wie in der Kolloquienreihe „Wer lehrt was?", in der unter anderen der Jurist Rudolf Sieverts, der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, der Theologe Helmut Thielicke und der Psychologe Peter R. Hofstätter kritisch analysiert wurden, konnte die KU ihr experimentelles Stadium einer Elfenbeinklause innerhalb der Untertanenfabrik überwinden. Die Hamburger Germanisten, die seit einigen Semestern zusammen mit ihren Berliner Kollegen eine studenteneigene kritische Zeitschrift „Germanistikstudium" herausgeben, verstärkten ihre überregionalen Kontakte, sie leiteten zusammen mit Berliner und Bonner Kommilitonen eine kritische Auseinandersetzung mit den Monopoltendenzen des „Germanistenpapstes" Benno von Wiese ein und unterstützten die Vorbereitungen zu einem studentischen „Gegen-Germanistentag", mit dem während der nächsten Tagung des Deutschen Germanistenverbandes in Westberlin gegen die Unterdrückung jeglicher Kritik durch die autoritäre Verbandsleitung protestiert werden soll.

Immerhin ist es gelungen, für manche der von Studenten geleiteten Kurse, zum Beispiel über das Grundgesetz, über die Rolle der Kirche in der Politik oder zur Schulreform, auch die nichtstudentische Öffentlichkeit zu interessieren, vor allem Lehrer, Geistliche und Gewerkschaftsmitglieder. Die Kontakte zu den Gewerkschaften, besonders zur IG-Metall-Jugend, sollen im Sommersemester intensiviert werden. Zum regelmäßigen Sprachrohr der Hamburger Studentenschaft gegenüber der Öffentlichkeit ist das „Hamburger Extrablatt" geworden, das gegenwärtig alle vierzehn Tage in der Innenstadt, vor den Schulen und den Betrieben in einer Auflage von 12 000 Stück zum Preis von zehn Pfennigen verkauft wird. Zusammen mit der von der Hamburger SDS-Gruppe in unregelmäßiger Folge herausgegebenen „Gegen-BILD-zeitung" soll es dazu beitragen, die von der Springerpresse geschürten Vorurteile breiter Bevölkerungskreise gegenüber den Studenten und Intellektuellen abzubauen, und die gesellschaftspolitischen Alternativen der außerparlamentarischen Opposition durch eine massenwirksame In-

formation und Agitation unterstützen. Eine vom AStA in Zusammenarbeit mit den politischen Hochschulgruppen veranstaltete „Fragestunde für Bürger" bewies ein waches Interesse der Bevölkerung für die studentischen Aktivitäten und stellte, das von „Welt", „Bild" und „Abendblatt" immer wieder behauptete Unverständnis der Massen für die Kritik der Studenten infrage. Die mehrfachen Bürgerschafts-Hearings über das neue Hochschulgesetz veranlaßten AStA, SHB und SDS, demonstrativ in die Stadt zu ziehen, Flugblätter zu verteilen und mit den Bürgern über ihre Forderungen nach einer demokratischen Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft zu diskutieren. Der SDS nutzte die Schaufensterfront eines leerstehenden Kaufhauses, um die Bevölkerung mit Dokumenten, Wandzeitungen und Transparenten über seine Stellungnahme zum Vietnamkrieg, zu den Notstandsgesetzen und zum Springerkonzern zu informieren.

Die progressiven Gruppen, HSU, LSD, SHB und SDS, haben im letzten Semester ihre Aufklärungsarbeit über die Gefahren der Notstandsgesetze koordiniert und sich im Dezember an einer Gewerkschaftsveranstaltung mit Otto Brenner gegen die Militarisierung des Arbeitsplatzes beteiligt. Zwei Demonstrationen richteten sich gegen die Militärdiktatur in Griechenland und gegen ihre moralische, ökonomische und militärische Unterstützung durch die Bundesrepublik, und am Semesterende fand zur Vorbereitung des Berliner Vietnamkongresses eine eindrucksvolle Solidaritätskundgebung für die vietnamesische Revolution statt, an der über 3000 Studenten, Schüler und Arbeiter teilnahmen. Eine Woche lang hatten SDSler jeden Morgen Flugblätter vor Hamburger Firmen und Fabriken verteilt, auf denen die Vietnamberichterstattung der „Bild"-Zeitung vom selben Tag richtiggestellt wurde, eine „Anweisung zum richtigen Zeitunglesen", die vor allem bei den Hafenarbeitern Zustimmung fand. Als Ende Februar die Schließung der Kampnagel-Werke drohte, halfen Studenten bei der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und trugen den Protest der Belegschaftsmitglieder in die Öffentlichkeit. Die gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Studenten haben gezeigt, daß die Verständigungsschwierigkeiten zwar groß sind, aber keineswegs unüberwindlich. Ein Anfang ist gemacht.

Der Kampf um die Demokratisierung der Hochschule, den die bedrängten Hamburger Studenten im Wintersemester 67/68 aufgenommen haben, ist Teil des allgemeinen Kampfes um die Demokratisierung der Gesamtgesellschaft. Es kommt alles darauf an, daß dieser Kampf nicht isoliert geführt wird und eine akademische Freiheit erwirkt, die bisher Privileg einer elitären Minderheit geblieben ist. Sollte er gelingen, und bei genügender Entschlossenheit kann er gelingen, wird an einer empfindlichen Stelle — dort, wo die bestehende Ordnung sich fortwährend selbst rechtfertigt — eine Bresche in die autoritär-kapitalistischen Verhältnisse geschlagen, von der aus der Angriff auf weitere antidemokratische Institutionen unternommen werden kann: auf die Schulen, die Behörden, die Justiz, die Verwaltung und — entscheidend! — die Wirtschaft. Der Kampf um eine demokratische Universität könnte wichtige Kräfte für die Durchsetzung der Grundbedingung entwickeln: eine demokratische Gesellschaft.

Prof. Dr. Erich Poppe und Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Halle/Saale

Zum Entwurf einer sozialistischen Verfassung für die DDR

Als am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik durch das Inkraftsetzen ihrer Verfassung ins Leben trat, fehlte es nicht an Stimmen, die diesem jungen Staat den baldigen Untergang voraussagten. Der Westberliner „Tagesspiegel" schrieb am Tage nach der Gründung der DDR: „Nur einige Wochen weiter, und die Ostzone wird in dieselbe Lethargie zurücksinken, die bis eben noch bestand. Dort wird man weiterhin noch beglückt sein müssen, wenn zweimal im Jahr ein Dutzend Ausländer als Gäste zur Leipziger Messe erscheinen." Bundesminister Jacob Kaiser erklärte am 12. Oktober 1949 im „Spandauer Volksblatt", daß er „für das ostzonale Staatsgebilde keine Entwicklungsmöglichkeiten sehe". Heute liest man etwas anderes. Das nicht sehr DDR-freundliche „Journal de Genève" schrieb am 18. August 1966: „Ostdeutschland hat allen Grund, von dem Schauspiel seines eigenen wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts fasziniert zu sein. Es gibt heute ein zweites Wirtschaftswunder." Der rechtsliberale englische „Guardian" stellte am 26. September 1967 fest: „Für einen Staat, der, soweit es den Westen betrifft, nicht existiert, geht es der DDR ganz gut. Tatsächlich ist es keine Übertreibung, ihren ökonomischen Fortschritt als das ostdeutsche Wirtschaftswunder zu bezeichnen. Ostdeutschland arbeitet und gedeiht. Diesen Markt zu übersehen, würde unser Schaden sein."

„Es geht der DDR ganz gut"

In der Tat: dieser andere deutsche Staat mit seinen 17 Millionen Einwohnern rangiert mit seiner Industrieproduktion an 5. Stelle in Europa und steht im Welthandel auf dem 14. Platz. Das Wehner-Ministerium mußte bekümmert feststellen, daß die DDR Ende 1967 in 36 Staaten in dieser oder jener Form offiziell vertreten war.

Alle entscheidenden Produktionsmittel befinden sich in der Hand des Volkes, doch werden etwa 20 Prozent der Industrieproduktion und fast 30 Prozent der Bauwirtschaft in privaten oder genossenschaftlichen Betrieben geschaffen, es gibt gegenwärtig in der DDR 4500 Privatbetriebe, 6300 Betriebe mit staatlicher Beteiligung, 139 000 private Handwerksbetriebe und 4250 Handwerkerproduktionsgenossenschaften der Industrie- und Bauwirtschaft mit insgesamt etwa einer Million Beschäftigten. Die genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft wurde mit modernen Maschinensystemen ausgerüstet und konnte ihre Erträge auf allen Gebieten kontinuierlich steigern. Die Bauern haben sich für die sozialistische Großproduktion entschieden. Auf dem Lande wurde die einklassige Dorfschule völlig beseitigt, und auf dem Gebiet des Schulwesens besteht zwischen Stadt und Land kein Unterschied.

Dieses Bild einer auf sozialistischen Grundlagen beruhenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung könnte noch in vielen Richtungen — Verwaltung, Rechtsprechung, Volksbildung, Hochschulwesen, Kultur — ergänzt werden. Im Rahmen dieses kurzen, auf eine erste Information angelegten Beitrages darf

diese Feststellung genügen: Auf der Grundlage der antifaschistisch-demokratischen DDR-Verfassung von 1949 wurde unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei ein moderner sozialistischer Staat aufgebaut; es wurde damit der Beweis erbracht, daß der Aufbau des Sozialismus in einem hochentwickelten Industriestaat möglich ist.

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR war gewiß keine leichte Aufgabe. Nur zu oft und zu gern wurden der DDR von bundesrepublikanischer Seite und ihren Verbündeten Hindernisse in den Weg gelegt. Aber bei der Überwindung dieser Hindernisse entwickelten sich völlig neuartige Beziehungen der Menschen untereinander und miteinander, entstand ein DDR-Staatsbewußtsein, wurde ein Vertrauensverhältnis zur Partei der Arbeiterklasse begründet — kurz: die Menschen sind anders geworden seit 1949, überkommene Schranken zwischen ihnen sind gefallen, es entstand eine sozialistische Menschengemeinschaft.

Jetzt geht es darum, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution das sozialistische System auszubauen und zu entwickeln, das soll heißen, die vom Volk getragene Staatsmacht allseitig zu stärken, die demokratischen Institutionen auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu leitenden und kontrollierenden, also arbeitenden Körperschaften auszubauen, Industrie und Landwirtschaft auf ein hohes Niveau zu heben und rasch und kontinuierlich wachsen zu lassen, den Bildungsstand des ganzen Volkes zu erhöhen und die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger ständig zu verbessern. Die neue sozialistische Verfassung soll diese Gesamtentwicklung staatsrechtlich fixieren.

Auf dem VII. Parteitag der SED 1967 sprach ihr Erster Sekretär und Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht erstmals ausführlich über die Notwendigkeit, eine neue Verfassung für die DDR auszuarbeiten; er betonte, daß dies eine dringliche Aufgabe der nahen Zukunft ist. Auf der 4. Tagung der Volkskammer der DDR am 1. Dezember 1967 konnte er feststellen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu beginnen. Die Volkskammer beschloß, eine Kommission aus 40 Abgeordneten und 22 Sachverständigen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu bilden, in der alle Parteien, Massenorganisationen und sozialen Schichten sowie juristische, ökonomische und andere Experten vertreten waren. Auf der 7. Tagung der Volkskammer am 2. Februar 1968 legte die Kommission einen Verfassungsentwurf zur umfassenden Aussprache in der Bevölkerung vor, alle Bürger wurden aufgefordert, an der Diskussion über den Entwurf der neuen Verfassung teilzunehmen und ihre Meinungen und Gedanken dazu der Verfassungskommission der Volkskammer zur Auswertung mitzuteilen.

Gliederung des Verfassungsentwurfs

Der Verfassungsentwurf gliedert sich in die Präambel und fünf Abschnitte mit 108 Artikeln. Die Präambel betont die Verantwortung, „der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen", hebt die geschichtliche Tatsache hervor, daß die USA im Bunde mit dem westdeutschen Monopolkapital Deutschland im Widerspruch zu den Lebensinteressen unserer Nation gespalten haben, und legt als Richtschnur künftigen Handelns fest, „den Weg des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft in freier Entscheidung unbeirrt weiterzugehen". Im I. Abschnitt werden die „Grundlagen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung" behandelt; ihr Kerngehalt ist in Art. 1 formuliert: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land,

die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen." Im II. Abschnitt „Bürger und Gemeinschaften in der sozialistischen Gesellschaft" werden die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger umschrieben und der Status und die Rechte der Betriebe, Gemeinden, Gewerkschaften und Genossenschaften festgelegt. „Aufbau und System der staatlichen Leitung" (Volkskammer, Staatsrat, Ministerrat, örtliche Volksvertretungen und ihre Organe) sind Gegenstand des III. Abschnitts. Mit der „Sozialistischen Rechtspflege und Gesetzlichkeit" beschäftigt sich der IV. Abschnitt, während der V. Abschnitt mit dem Art. 108 festlegt, daß die Verfassung in Verbindung mit Art. 63 nur durch Gesetz der Volkskammer geändert oder ergänzt werden kann, dem zwei Drittel der 500 Abgeordneten zählenden Volkskammer zustimmen müssen.

Staats- und Gesellschaftsordnung

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, hat vor der Volkskammer am 31. Januar 1968 darauf hingewiesen, daß es angesichts der Überwindung des Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft gilt, eine sozialistische Staats- und Gesellschaftsverfassung zu schaffen. Der Verfassung kommt damit nicht nur die Aufgabe zu, den inneren Mechanimus des Staates und etwa noch die Beziehungen eines klassenmäßig nicht näher definierten, scheinbar klassenneutralen Staates zu ebenso abstrakten Bürgern zu umreißen, sondern die sozialistische Staats- und Gesellschaftsverfassung ist das grundlegende Gesetz des Zusammenlebens und des zielgerichteten Handelns aller Bürger der DDR. Sie befaßt sich mit den Grundlagen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung, mit dem Aufbau und System der staatlichen Leitung, mit der sozialistischen Rechtspflege und Gesetzlichkeit. Die Verfassung begreift den Staat damit folgerichtig nicht als Selbstzweck, sondern als wichtigen Teil der Gesellschaft, als politische Organisation, durch die das werktätige Volk die Macht ausübt, deren Inhalt und Ziel im Art. 4 des Entwurfes klar bestimmt wird: „Alle Macht dient dem Wohle des Volkes. Sie sichert sein friedliches Leben, schützt die sozialistische Gesellschaft und gewährleistet die planmäßige Steigerung des Lebensstandards, die freie Entwicklung des Menschen, wahrt seine Würde und garantiert die in dieser Verfassung verbürgten Rechte."

So ist der gesamte Verfassungsentwurf nicht auf den Staat allein zugeschnitten, sondern auf das unter sozialistischen Bedingungen möglich gewordene gemeinschaftliche Wirken von Gesellschaft, Staat und Bürger. Der Verfassungsentwurf versucht unter verschiedenem Aspekt der Dialektik dadurch Ausdruck zu verleihen, daß die Entwicklung der Gesellschaft gleichermaßen die Entfaltung aller Bürger zu gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten voraussetzt und fördert, die bewußt und mitbestimmend an der Machtausübung und Gesellschaftsgestaltung teilnehmen. Wie ernst es der Verfassung um diese Verwirklichung der sozialistischen Demokratie ist, das beweisen nicht nur die Regelungen, die den Bürgern freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit und unumschränkte Mitgestaltung und Mitbestimmung in Gesellschaft und Staat gewährleisten (Art. 1—5, 18, 20 u. a.), das beweist auch die Regelung des Inhaltes und Zieles der weiteren Entwicklung der Hauptgebiete des gesellschaftlichen Lebens, der Innen- und Außenpolitik, der Volkswirtschaft, der Wissenschaft, Bildung, Kultur, Rechtspflege. Der Bürger und seine Organisationen und Gemeinschaften sollen die Möglichkeit haben, ihr eigenes Handeln wie die Tätigkeit ihres Staates für die Entwicklung der Gesellschaft an klaren verfassungsmäßigen Kriterien und Zielstellungen messen zu können.

Es kann diese Frage auftauchen: Ist die sozialistische Staats- und Gesellschaftsverfassung mehr Programm künftigen Geschehens als Bilanz der bisherigen Entwicklung? Sie ist beides. Walter Ulbricht hat vor der Volkskammer an eine tausendfach bewiesene These materialistischer Geschichtsbetrachtung erinnert: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Die neue Verfassung wird davon ausgehen, wie Walter Ulbricht feststellte, „daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten, daß die Kräfte des historischen Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus in der DDR ein für allemal gesiegt haben". Diese erkämpfte politische Macht, ihre ökonomischen und Klassengrundlagen, ihre geistig-kulturellen Errungenschaften werden verfassungsrechtlich verankert und ihre Unantastbarkeit gesichert. Insofern ist die Verfassung die Bilanz einer erfolgreichen Wegstrecke des werktätigen Volkes zur Verwirklichung jahrtausendealter Ideale der Menschheit.

Aber das kann nicht genügen. Die Verfassungen bürgerlicher Staaten können und wollen den realen Weg in die Zukunft nicht zeigen, denn es wäre der Weg zum Sozialismus unter Überwindung des Ausbeuterregimes, dessen Erhaltung die Verfassung ja gerade dienen soll. Anders die neue Verfassung der DDR. Sie ist gleichzeitig Programm für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Ausdrücklich wird betont, daß sie notwendig geworden ist, weil der entstehenden sozialistischen Menschengemeinschaft, dem entfalteten gesellschaftlichen System des Sozialismus auch verfassungsmäßig Ziel und Raum für die weitere Entwicklung gegeben werden muß. Die Verfassung orientiert darauf — aber nicht im Sinne unverbindlicher Versprechungen. Sie wird nach Art. 90 unmittelbar geltendes Recht sein. Auch ihre in die Zukunft weisenden Bestimmungen müssen die bereits erreichte gesellschaftliche Realität zum Ausgangspunkt haben und tatsächlich erreichbare, schon in Angriff genommene, in der Verwirklichung stehende Ziele setzen. Dabei braucht sie sich nicht in geheimnisumwitterte Prophezeiungen zu flüchten. Der Marxismus-Leninismus läßt die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze erkennen und gibt so die Möglichkeit wissenschaftlicher Gesellschaftsprognosen. Deshalb und vor allem auch, weil das souveräne Volk seinen Willen und seine Interessen in der DDR frei verwirklichen kann, fixiert die neue Verfassung wesentliche Entwicklungsprozesse und -ziele unserer Gesellschaft vorausschauend und orientierend.

Walter Ulbricht sagte ferner vor der Volkskammer zum zentralen Anliegen dieses Entwurfs: „All unser Tun, all unser Planen und Arbeiten, all unsere Anstrengungen bei der Vollendung des Sozialismus dienen den Menschen. Darum steht der werktätige Mensch auch im Zentrum unserer sozialistischen Verfassung. Alle Artikel der Verfassung dienen dem Ziel, die Beziehungen der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Bürger der DDR auf sozialistische Weise zu regeln, den staatsrechtlichen Rahmen abzustecken für die Entfaltung aller Talente und Fähigkeiten des Volkes, für die Ausübung seiner Macht unter Führung der Arbeiterklasse."

Grundrechte und Grundpflichten

Beweiskräftiger Ausdruck dafür sind die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger im Verfassungsentwurf. Gemessen an der Regelung der Verfassung von 1949 hat die Entfaltung der Persönlichkeit der Bürger in der DDR, ihrer Freiheit, ihrer Würde und ihres Schöpfertums in der sozialistischen Wirklichkeit eine Weiterentwicklung erfahren; der Rahmen der demokratischen Rechte der noch geltenden alten Verfassung ist zu eng geworden.

Der Verfassungsentwurf des ersten sozialistischen deutschen Staates verankert und garantiert eine solche Stellung des Menschen in der Gesellschaft, wie sie die Wirklichkeit eines vom Privateigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichneten bürgerlichen Staates undenkbar macht. Im Art. 18 Abs. 3 des Entwurfes heißt es: „Frei von Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Abhängigkeit, hat jeder gleiche Rechte und vielfältige Möglichkeiten, seine Fähigkeiten im vollen Umfange zum Wohle der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gemeinschaft ungehindert zu entfalten." Keine bürgerliche Verfassung und Wirklichkeit vermag diese entscheidende Voraussetzung für echte, nämlich materiell fest fundierte und stabile Freiheit und Gleichheit aller Bürger zu regeln und zu sichern.

Einige aus dem Verfassungsentwurf, insbesondere aus seinem Grundrechtsteil, ableitbare Feststellungen mögen verdeutlichen, daß der sozialistische Mensch und seine Entfaltung zur allseitig gebildeten Persönlichkeit, die bewußt das Leben gestaltet und an der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie schöpferisch teilnimmt, zentrales Anliegen der Verfassung sind:

Der Verfassungsentwurf kann davon ausgehen, daß die politische Macht von den Werktätigen ausgeübt wird, der sozialistische Staat ihre politische Organisation ist und sie in Gestalt des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln auch die ökonomische Macht in dieser Gesellschaft besitzen. Erst damit ist Art. 2 Abs. 1 real: „Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates." Diese klare Zielsetzung sozialistischer Machtausübung, die der Entfaltung der Fähigkeit und Talente eines jeden einzelnen Bürgers zu dienen hat, ist Leitmotiv des Verfassungsentwurfes. Art. 2 wird erhärtet durch die Bestimmung, die an der Spitze der Grundrechtsregelung steht und die besagt, daß die DDR allen Bürgern die Ausübung ihrer Rechte und ihre Mitwirkung an der Leitung der sozialistischen gesellschaftlichen Entwicklung garantiert. „Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit sind Ziel und Gebot für alle staatlichen Organe, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger" (Art. 18 Abs. 2).

Der Verfassungsentwurf führt damit eine erprobte gesellschaftliche und staatliche Praxis fort, nämlich die zunehmend bewußte Mitgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung und der Festigung der Staatsmacht durch die Millionen Bürger, denen die Macht dient. In der sozialistischen Gesellschaft der DDR kann die politische Machtausübung dem Menschen und der Verwirklichung seiner Rechte dienen, weil sie nicht vom Antagonismus zwischen Staat und Werktätigen, dem Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaft, geprägt ist. Die sozialistische Gesellschaft bedarf nicht der Fiktion einer staatsfreien Sphäre, die durch die Bürgerrechte gesichert sein soll. Der sozialistische Staat ist das Machtinstrument der Werktätigen selbst, sie brauchen nicht vor der Macht geschützt zu werden, die sie selbst revolutionär geschaffen haben und nach ihrem Willen und in ihrem Interesse ausüben.

Die Grundrechte der Bürger im Verfassungsentwurf sind — wie alle Regelungen des Entwurfs — in der sozialistischen Wirklichkeit fest begründet. Jeder Bürger kann sich durch seine eigene Lebensgestaltung davon überzeugen, daß jedes dieser Rechte — ob das Recht auf Mitgestaltung, auf Arbeit, auf Bildung, auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit, auf Schutz seiner Gesundheit und andere — kein bloßes Versprechen ist. Für jedes Grundrecht gilt Art. 90 Abs. 1 des Entwurfes: „Die Verfassung ist unmittelbar geltendes Recht." Damit ist sie für jeden auch unmittelbar anwendbares Recht. Wer immer dem

Bürger seine Rechte streitig machen wollte, würde gegen die Verfassung handeln, würde es an „Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit" fehlen lassen, die für alle verpflichtendes Gebot sind (Art. 18 Abs. 2).

Die Realität dieser Grundrechte wird dadurch erhärtet, daß der Staat den Bürgern generell die Verwirklichung dieser Rechte verbürgt. „Die Deutsche Demokratische Republik garantiert allen Bürgern die Ausübung ihrer Rechte und ihrer Mitwirkung an der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie gewährleistet die sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit" (Art. 18 Abs. 1). Zusätzlich zu dieser generellen Garantie sind bei den einzelnen Rechten noch spezielle Garantien ausgewiesen, damit die Bürger ihre Rechte zielstrebig zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit verwirklichen können. So wird als spezielle Garantie zum Recht auf Freizeit und Erholung (Art. 33) die Begrenzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, der vollbezahlte Jahresurlaub und der planmäßige Ausbau der Erholungs- und Urlaubszentren angeführt. Das ist eines von vielen Beispielen für die Sachlichkeit des Verfassungsentwurfes; beim Recht auf Freizeit und Erholung kann ferner noch auf die 5-Tage-Arbeitswoche für die große Mehrheit der Bevölkerung, auf die verkürzte Arbeitszeit von wöchentlich 44 oder weniger Stunden, auf die zunehmende geistig-kulturelle und materielle Sicherung sinnvoller persönlichkeitsbildender Freizeitgestaltung hingewiesen werden.

Der Verfassungsentwurf beschränkt sich auf das Wesentliche und kann so gewiß sein, daß die Bürger seinen Aussagen vertrauen. Sie können in ihrer täglichen Praxis überprüfen, daß der Verfassungsentwurf die grundsätzlichen und unantastbaren Garantien enthält, die in der Wirklichkeit und durch gesetzliche Regelung noch viel reicher gestaltet sind.

Wenn man die Grundrechte des Verfassungsentwurfes auch ohne Einschränkung als die errungenen und bereits gesicherten Erfolge der Gesellschaft für jeden Bürger und seine Persönlichkeitsentfaltung charakterisieren kann, so bedeutet das nicht, daß damit die Entwicklung auf diesem Gebiet abgeschlossen ist.

Der Grundsatz des Art. 18 Abs. 3 hat für jedes dieser Rechte Geltung: Der Bürger soll seine Rechte als Gestaltungsrechte verstehen und ausüben, um „seine Fähigkeiten im vollen Umfange zu entwickeln und seine Kräfte aus freiem Entschluß zum Wohl der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gemeinschaft ungehindert zu entfalten". Damit zeigt der Verfassungsentwurf den Bürgern den realen Weg, wie sie durch ihr bewußtes Handeln zur Entwicklung ihrer Gesellschaft und Persönlichkeit beitragen können.

So sind die Grundrechte sozialistische Menschenrechte, weil sie den Menschen nicht in Widerspruch zur Gesellschaft und zum Staat bringen, sondern ihm die Möglichkeit geben, diese Rechte weiter zu entfalten und damit der Gesellschaft und sich selbst zu dienen. Damit sind die Grundrechte gleichzeitig auch reales Programm des künftigen Lebens und Handelns der Bürger. Ihre eigene Tätigkeit wird bewirken, daß diese Grundrechte immer besser gesichert und ausgestaltet werden, daß sich jedes Grundrecht in dem Maße weiter entfaltet, in dem es den Bürgern gelingt, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu entwickeln.

Neben die Sicherung und Entfaltung aller Grundrechte durch die gesamte Gesellschaft und ihren Staat und durch das bewußte Handeln der Bürger selbst stellen sich mit dem Verfassungsentwurf neue Garantien von beachtlicher Größe und Wirksamkeit. Es sind das z. B. die eigenverantwortlichen, unter dem Schutz der Verfassung stehenden Gemeinschaften des Art. 40 (Betriebe, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände), die Beschwerdeausschüsse der örtlichen

Volksvertretungen nach Art. 106 und die Haftung des Staates für Schäden, die einem Bürger oder seinem persönlichen Eigentum durch ungesetzliche Maßnahmen von Mitarbeitern der Staatsorgane zugefügt werden, nach Art. 107.

Die Gemeinschaften, in denen der Bürger lebt, lernt und arbeitet und damit seine Persönlichkeit am unmittelbarsten formt und entfaltet, erhalten den ausdrücklichen Verfassungsauftrag, ihm die Wahrnehmung seiner Grundrechte zu sichern. Das ist eine Bestimmung von prognostischer Tragweite. Durch sie weiß sich der Bürger der Obhut, Aufmerksamkeit und Hilfe der Kollektive sicher, in denen er den größten Teil seines Lebens gestaltet. Das Vertrauen des Bürgers in die Gerechtigkeit und Rechtssicherheit der sozialistischen Gesellschaft, in die Achtung und den Schutz seiner Würde, Freiheit und seiner Rechte wird durch den zusätzlichen Rechtsschutz, den ihm die Verfassung zusichert, weiter gefestigt.

Von manchen bürgerlichen Kritikern des Verfassungsentwurfes wurde das Fehlen des Streikrechts bemängelt. Sie scheinen sich der Genesis dieses Rechts nicht mehr zu erinnern. Soweit es in bürgerlichen Verfassungen überhaupt Aufnahme gefunden hat, geschah dies nur unter dem Zwang des Kampfes der Arbeiter für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Profits. In der Bundesrepublik ist es noch immer möglich, Streiks durch richterliche Entscheidung zu unterdrücken. Nun, da die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten werktätigen Klassen und Schichten in der DDR die politische und ökonomische Macht ausüben, nicht mehr von Ausbeutung, wirtschaftlicher Abhängigkeit und Arbeitslosigkeit bedroht sind, werden Anhänger des Kapitalismus zu Vorkämpfern des Streikrechts in der sozialistischen Gesellschaft. In ihrer Schizophrenie übersehen sie, daß die Werktätigen in der DDR als Gestalter ihres Staates ihre Forderungen direkter, nämlich mit Hilfe ihrer politischen und ökonomischen Macht, verwirklichen können, die weit wirksamer als jedes Streikrecht ist. Ferner wird etwas anderes geflissentlich übergangen: die Stellung der Gewerkschaften in der DDR. Als die Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und Intelligenz räumt ihnen der Verfassungsentwurf Rechte ein, die keine bürgerliche Verfassung den Gewerkschaften zu bieten vermag.

Wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung seien nachstehend Art. 43 und 44 zitiert:

Die Gewerkschaften und ihre Rechte

„Artikel 43

1) Die freien Gewerkschaften, vereinigt im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, sind die umfassende Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und der sozialistischen Intelligenz. Sie wahren deren Interessen durch umfassende Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

2) Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern.

3) Die Gewerkschaften nehmen durch die Tätigkeit ihrer Organisationen und Organe, durch ihre Vertreter in den gewählten staatlichen Machtorganen und durch ihre Vorschläge an die Staats- und Wirtschaftsorgane an der Lösung der Aufgaben im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus, der wissenschaftlich-technischen Revolution, an der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Arbeitskultur, des geistig-kulturellen und sportlichen Lebens der Werktätigen maßgeblich teil. Die Gewerkschaften arbeiten in den Betrieben und Institutionen an der Ausarbeitung der Pläne mit und sind in den Gesellschaftlichen Räten der

Vereinigungen Volkseigener Betriebe und Kombinate, in den Produktionskomitees und Produktionsberatungen der Betriebe vertreten.

Artikel 44

1) Die Gewerkschaften haben das Recht, über alle die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen betreffenden Fragen mit staatlichen Organen, mit Betriebsleitungen und anderen wirtschaftsleitenden Organen Vereinbarungen abzuschließen.

2) die Gewerkschaften nehmen aktiven Anteil an der Gestaltung der sozialen Rechtsordnung. Sie besitzen das Recht der Gesetzesinitiative sowie der gesellschaftlichen Kontrolle über die Wahrung der gesetzlich garantierten Rechte der Werktätigen.

3) Die Gewerkschaften leiten die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten. Sie nehmen an der umfassenden materiellen und finanziellen Versorgung und Betreuung der Bürger bei Krankheit, Arbeitsunfall, Invalidität und im Alter teil.

4) Alle staatlichen Organe sind verpflichtet, für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen."

Wenn der DGB diese Rechte verwirklichen könnte, wäre wohl das Streikrecht nicht mehr in dem Maße vonnöten, und es könnten erfolgreichere Wege beschritten werden, um die arbeitenden Menschen aus der Bedrohung ihrer Rechte durch Krise, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau herauszuführen.

Das Recht auf Glaubensfreiheit wird gewährleistet, Staat und Kirche bleiben getrennt; Art. 38 des Entwurfs lautet: „Jeder Bürger der DDR hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben. Die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften haben ihre Angelegenheiten und ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR zu ordnen und durchzuführen."

An den bestehenden Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die sich nach den Worten Walter Ulbrichts vor der Volkskammer am 31. Januar 1968 „in den vergangenen zwei Jahrzehnten ... gut entwickelt und gefestigt haben", wird sich nichts ändern. Auf der Versammlung im Berliner Friedrichstadt-Palast am 16. Februar 1968 wiederholte er, „daß die Religionsfreiheit, so wie sie gegenwärtig existiert, weiterbesteht und keine Absicht vorhanden ist, irgendetwas daran zu ändern."

Gewalteneinheit, keine Gewaltenteilung

Zur Organisation der Machtausübung durch das Volk sei nur auf einen einzigen konzeptionellen Gedanken des Verfassungsentwurfes hingewiesen. Der Entwurf führt das Prinzip der Gewalteneinheit fort, das bereits mit der Verfassung von 1949 seine Bewährungsprobe bestanden hat. Nicht die Fiktion der Dreiteilung der Gewalten liegt der Staatsorganisation zugrunde, sondern die gesellschaftliche Realität der einheitlichen Machtausübung durch die Werktätigen, „die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen" (Art. 1 Abs. 2); organisierter Ausdruck dieser Gemeinsamkeit und des Bündnisses aller Kräfte des Volkes ist die Nationale Front des demokratischen Deutschland, in der alle Parteien und Massenorganisationen vereinigt sind (Art. 3). Die politische und logische Konsequenz daraus ist der Art. 48 des Verfassungsentwurfes, der die Volkskammer zum höchsten Machtorgan erhebt und in Konfrontation zum berüchtigten Art. 48 der

Weimarer Verfassung gleichzeitig zu verdeutlichen vermag, daß es bloßes demokratisches Dekor ist, wenn eine bürgerliche Verfassung behauptet, die Staatsgewalt ginge vom Volke aus. Art. 48 des Verfassungsentwurfes der DDR lautet:

„1) Die Volkskammer ist das oberste staatliche Machtorgan der Deutschen Demokratischen Republik. Sie entscheidet in ihren Plenarsitzungen über die Grundfragen der Staatspolitik.

2) Die Volkskammer ist das einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ in der Deutschen Demokratischen Republik. Niemand kann ihre Rechte einschränken. Die Volkskammer verwirklicht in ihrer Tätigkeit den Grundsatz der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung."

Natürlich weist der Verfassungsentwurf bestimmten Organen prononciert rechtssetzende, exekutive oder rechtsprechende Aufgaben im Sinne arbeitsteiliger Zweckmäßigkeit zu. Entscheidend aber ist, daß er diese Organe nicht dem vom Volk unmittelbar legitimierten höchsten Machtorgan gleichstellt, sondern sie ihr eindeutig unterordnet; Staatsrat, Nationaler Verteidigungsrat, Ministerrat, Oberstes Gericht und Generalstaatsanwalt sind der Volkskammer verantwortlich.

Außenpolitik und Völkerrecht

Der Verfassungsentwurf fixiert in den Art. 6—8 und 22 den außenpolitischen und völkerrechtlichen Standort der DDR, der auf zwei Tatsachen beruht: einmal lebt die Menschheit, weltgeschichtlich gesehen, seit 1917 in der Periode des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, zum anderen sind dem deutschen Volk, von dessen Territorium in unserem Jahrhundert zwei Weltkriege ausgingen, in Potsdam 1945 besondere Pflichten zur Wahrung von Frieden und Sicherheit auferlegt worden. Dementsprechend stellt Art. 6 (1) fest, daß die DDR „getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet hat"; als Programmsatz wird hervorgehoben, daß die DDR „eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik betreibt".

Die Grundsätze von Potsdam, die verhindern sollen, daß von deutschem Boden jemals wieder ein Krieg ausgeht, gingen z. B. als Art. 5 und 6 in die DDR-Verfassung von 1949 ein und wurden konsequent verwirklicht: die Staatsgewalt ist verpflichtet, dem Frieden zu dienen; kein Bürger darf an kriegerischen Handlungen teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen; militaristische Propaganda und Kriegshetze sind verboten. Diese Grundsätze wurden in den Verfassungsentwurf übernommen. Gleichzeitig sind aus dem Wesen eines sozialistischen Staates abgeleitete, neue außenpolitische Grundsätze aufgenommen worden. So wird laut Art. 6 (2), entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die allseitige Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten gepflegt und entwickelt; das bedeutet enge und freundschaftliche politisch-militärische sowie umfassende wissenschaftlich-technische und ökonomische Zusammenarbeit. Abs. 3 verpflichtet die DDR, die Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit zu unterstützen und Beziehungen der friedlichen Koexistenz mit allen Staaten zu unterhalten. Nach Abs. 4 ist es eine von der Verfassung vorgeschriebene Pflicht der DDR, am Aufbau eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und einer stabilen Friedensordnung in der Welt mitzuwirken.

DDR und Bundesrepublik

Der Verfassungsentwurf beschäftigt sich auch mit der Stellung der beiden deutschen Staaten zueinander. Art 8 (2) erklärt die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihre Zusammenarbeit zu einem nationalen Anliegen der DDR; die Überwindung der Spaltung Deutschlands wird durch die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus erstrebt.

Was im Verfassungsentwurf zur europäischen Sicherheit und zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten postuliert wurde, ergibt sich aus den historisch gewachsenen Realitäten in Europa und Deutschland. Es ist notwendig, daß die Bundesregierung diese Realitäten zur Kenntnis nimmt, ihre Politik daran orientiert und zu einem Neubeginn in ihren Beziehungen zur DDR bereit ist; Europapolitik ohne die DDR und „neue Ostpolitik" gegen die DDR ist irreal. Praktisch-politisch sind notwendig, wie Walter Ulbricht in seiner Neujahrsbotschaft ausführte: Vereinbarungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich der DDR über Gewaltverzicht, die Anerkennung der bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenzen der DDR, die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an, der Verzicht der Bundesrepublik auf Kernwaffen, die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und der Wille zur Abrüstung. Auf der Volkskammer-Tagung am 31. Januar 1968 erklärte Walter Ulbricht erneut: „Der Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht und eines Vertrages über gleichberechtigte staatliche Beziehungen, dazu einer Vereinbarung, daß beide deutsche Staaten ihre Aufnahme in die UNO beantragen, daß die westdeutsche Bundesrepublik aus den Pariser Verträgen austritt und dem Vorschlag auf Auflösung der NATO zustimmt, könnte einen Vertrauen schaffenden Neubeginn eröffnen."

Westberlin — selbständige politische Einheit

Was Berlin betrifft, so ist in Art. 1 des Entwurfs eindeutig klargestellt: „Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist Berlin." Das ist nichts Neues. Am 8. Dezember 1958 erklärte Ministerpräsident Otto Grotewohl vor der Volkskammer: „Was die Frage des Status von Berlin betrifft, so ist die Sachlage völlig klar: Berlin ist ein Teil der Deutschen Demokratischen Republik. Niemals gab es in Deutschland eine fünfte Besatzungszone. Berlin blieb immer ein untrennbarer Bestandteil der damals sowjetisch besetzten Zone, auch nachdem die Westmächte an der gemeinsamen Besetzung Berlins beteiligt wurden."

Die DDR sieht die reale Lage: in Westberlin besteht noch das Besatzungsregime der drei Westmächte, und es besteht ein von der Westberliner Bevölkerung gewählter Senat. Unter diesen Umständen ist die DDR zu der Konzession bereit, Westberlin als selbständige politische Einheit anzusehen und mit dem Westberliner Senat einen Vertrag über die Herstellung normaler Beziehungen abzuschließen. Die DDR wird aber nicht bereit sein, den bestehenden Zustand durch Bonn aushöhlen zu lassen. Der Westberliner Senat hat die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Potenzen Westberlins nach allen Richtungen zu entwickeln und seine Verkehrsverbindungen über das Territorium der DDR durch Verträge mit der DDR-Regierung zu sichern, aber er hat nicht das Recht, Westberlin zu einem Bonner Stützpunkt gegen die DDR auszubauen. Wenn die Kiesinger-CDU im Entwurf ihres Aktionsprogramms für die Bundestagswahlen 1969 proklamiert: „Westberlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland", wenn die CDU fordert, daß „... Westberlin politisch in die Bundesrepublik integriert wird", und die

SPD in ihren „Perspektiven" Westberlin als ein Bundesland „unter dem Dach der alliierten Rechte" bezeichnet, dann beweist das, daß die Große Koalition nicht an einer Entspannung interessiert ist.

„Die Deutsche Demokratische Republik organisiert die Landesverteidigung sowie den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens ihrer Bürger", heißt es in Art. 7; sie tut das in enger Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten. Diese Verteidigungsbereitschaft wird ergänzt durch die Feststellung in Art. 8 (1), daß die DDR „niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen wird." Die DDR hält sich damit an das Friedensangebot des modernen Völkerrechts, das nach Art. 8 (1) „für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich" ist. Aus dem Völkerrecht im allgemeinen und dem Potsdamer Abkommen über Deutschland im besonderen ergibt sich für beide deutsche Staaten die Verpflichtung zur Abrüstung. Die DDR ist dazu auf vertraglicher Grundlage bereit — ist es auch die Bundesrepublik?

Wilhelm von Humboldt schrieb 1813 über Verfassungen: „Jede Verfassung ... muß einen materiellen Keim ihrer Lebenskraft in der Zeit, den Umständen, dem Nationalcharakter vorfinden, der nur der Entwicklung bedarf." Eine Verfassung muß nach Humboldt durch „das Prinzip der Notwendigkeit" bestimmt sein. Der „materielle Keim" der zu schaffenden sozialistischen DDR-Verfassung liegt darin, daß die Volksmassen der DDR unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse eine neue, die sozialistische Ordnung schufen, die es weiter zu entwickeln gilt; sie bewiesen, daß die Werktätigen aller Schichten eine bedeutende staatsbildende und gesellschaftsformende Kraft sind. Das „Prinzip der Notwendigkeit" stellt die Bürger der DDR vor die Aufgabe, ihre sozialistische Ordnung unter Berücksichtigung der prognostischen Überlegungen über die Vollendung des sozialistischen Aufbaus weiterzuentwickeln. Die neue sozialistische Verfassung soll das Programm dazu sein. Ihr Entwurf wird jetzt diskutiert. Er erfüllt die Forderung, die Heinrich Mann 1947 an einen Verfassungsentwurf stellte: „Wahr und klar muß ein Verfassungsentwurf sein. Noch dringlicher ist, daß ... der Entwurf leicht faßlich erklärt wird. Leicht faßlich heißt: die wirklichen Absichten aufzeigen; beweisen, daß dahinter keine anderen lauern; da nicht betrogen werden soll, sondern wohlgetan."

Friedhelm Baukloh

Politische Richtlinien für deutsche Katholiken

„Ohne Zweifel hatten die Beratungen der diesjährigen Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz einen starken gesellschaftspolitischen Akzent" [1]), betonte der Vorsitzende, Kardinal Döpfner, in einer Pressekonferenz. Auch die Neuwahl des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, die

[1]) Zitiert nach „Ruhrwort", Wochenzeitung im Bistum Essen, 16. 3. 1968.

wenige Tage nach der Bischofskonferenz in Frankfurt am Main stattfand, stand unter gesellschaftspolitischen Vorzeichen. Sowohl die Bischofskonferenz wie das die katholischen Verbände repräsentierende Zentralkomitee haben — erstmals nach dem Konzil — für die gesellschaftspolitische Haltung der Kirche und ihrer Laienvereinigungen eine bestimmte, klar umrissene Richtung angegeben. Gleichzeitig wurde mit einem Fonds von 15 Millionen DM eine Verlagsgesellschaft gegründet, die Ende September im Auftrag der katholischen Bischofskonferenz eine Wochenzeitung herausbringen wird, welche die gesellschaftspolitischen Leitlinien von Klerus und Verbänden zentral vertreten soll und damit, anders als die einzelnen Bistumszeitungen, mehr politisch als seelsorglich ausgerichtet, zur möglichst einheitlichen Willensbildung im der Amtskirche verbundenen Katholizismus der Bundesrepublik dienen will.

Sorge um Autoritätsverfall

Während im konservativen Lager der Katholiken diese Entwicklung mit hörbarem Aufatmen bedacht wird, haben manche fortschrittlichen Katholiken bereits darauf hingewiesen, daß ihrer Ansicht nach Klerus und Verbände die Ergebnisse des Konzils auf den Kopf stellen. Denn das Konzil hatte die Freiheit des mündigen Christen zur selbstverantwortlichen gesellschaftspolitischen Entscheidung umfassend begründet und der Amtskirche Zurückhaltung in ihrer Äußerung zu aktuellen politischen Fragen empfohlen. Die Bischöfe und das Zentralkomitee der bundesdeutschen Katholiken sind aber überwiegend der Meinung, die, laut Konzil, „beratende" Rolle der kirchlichen Autoritäten könne nicht extensiv genug ausgelegt werden. Der „Rat" von Klerus und Verbänden müsse das „rechte Verhältnis von Autorität und Freiheit" [2]) (Kardinal Jäger) dem gläubigen Katholiken als Maßstab für sein weltliches, gesellschaftspolitisch relevantes Handeln bewußt machen.

Freilich räumen Klerus und Verbände ein, daß die Kirche auf Empfehlungen beschränkt bleibt. Auch die Hirtenbriefe zur Fastenzeit haben in diesem Jahr in der Formulierung durchweg den „empfehlenden" — nicht wie früher: bestimmenden — Charakter der politischen Einflußnahme hervorgehoben. Aber da in den Empfehlungen aller Bischöfe politisch ein einheitlicher Tenor angeschlagen wird, hat sich eben doch die Vermutung als im wesentlichen richtig herausgestellt, die kritische Publizisten wie Walter Dirks schon während des Konzils hegten, daß als Ergebnis des Konzils die beschlossene größere Selbständigkeit der nationalen Bischofskonferenzen (gegenüber dem Vatikan) lediglich dazu führe, daß die nationalen Bischofskonferenzen noch kompromißloser als früher die Vereinheitlichung der politischen Meinungsbildung in ihrem Bereich betreiben.

Damit erklärt sich auch heute mühelos, was zur Zeit des Konzils soviel Verwunderung auslöste, daß nämlich die konservativen Führungskräfte des deutschen und nordamerikanischen Episkopats mit den Konzilsvätern der jungen Kirchen Asiens, Afrikas und den Progressisten aus Lateinamerika gemeinsam für eine Dezentralisierung der römisch-katholischen Kirche in gesellschaftspolitischen Fragen stimmten. Statt den oft gerade für Bischöfe und Kardinäle der USA und der Bundesrepublik mühsamen Kompromiß mit der Friedenspolitik von Päpsten wie Johannes XXIII. und Paul VI. anstreben zu müssen, können nunmehr die nationalen Bischofskonferenzen unangefochten einen politischen Kurs vertreten, welcher in entscheidenden Fragen erheblich von der Haltung des Papstes und der vom Papst progresssiv umgruppierten Kurie abweicht.

[2]) Zitiert nach „Ruhrnachrichten", Dortmund, 25. 3. 1968.

Die Frage nach der Verbindlichkeit päpstlicher Friedenspolitik stellt sich damit recht kritisch. Der Papst (dessen Friedenspolitik heute bei Politikern wie U Thant, Podgorny, de Gaulle und Tito mehr Zustimmung findet als bei gewissen hohen kirchlichen Würdenträgern in den USA und der Bundesrepublik, denen „die ganze Richtung" der päpstlichen Vermittlungsdiplomatie nicht paßt) hat aus dieser Situation die deutliche Konsequenz gezogen, durch persönliche politische Gespräche Akzente zu setzen und Männer seines Vertrauens in die Kurie zu berufen, wie den Erzbischof von Zagreb, Kardinal Seper, der den erzkonservativen Kardinal Ottaviani als Leiter der Kongregation für Glaubensfragen ablöste. Um Ottaviani hatten sich die römischen Anhänger einer Fortsetzung der Politik Pius XII. geschart, für die Antikommunismus beinahe ein Glaubensdogma ist. Das ideologisch-antikommunistische Freund-Feind-Denken Ottavianis bleibt nach wie vor wegweisend für die ostpolitischen Empfehlungen der deutschen katholischen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Ein katholischer Publizist meinte kürzlich nicht ohne Bitterkeit: Wer heute allzu sehr die Friedenspolitik des Papstes unterstützt und ihre sinngerechte Anwendung auf die deutschen Verhältnisse fordert, der mag in Rom dafür Verständnis und Anerkennung finden, deutschen Bischöfen gilt er als ein verdächtiger „Protestant". Es ist nicht das erstemal, daß eine nationalistische Welle in der offiziellen deutschen Politik autoritätsgläubige deutsche Bischöfe als leidenschaftliche Fürsprecher sieht. Die jahrelange Diskussion nach 1945 über die Haltung des deutschen Episkopats und der Mehrzahl der katholischen Verbände gegenüber Hitler hat diese Grunddisposition des hohen Klerus in unserem Land so gut wie gar nicht tangiert. Allenfalls hat diese Diskussion zu so merkwürdigen und beklemmenden Schizophrenien geführt wie jener, daß der Bischof von Hildesheim einerseits eine Sühnekirche auf dem Gelände eines ehemaligen KZ weihte und andererseits Verfechter einer „Aufrechnung" mit Polen als Vorsitzender des katholischen „Flüchtlingsrates" ist.

Bei ihrer Frühjahrstagung in Stuttgart-Hohenheim haben die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik beschlossen, noch vor dem Deutschen Katholikentag, der in diesem Jahr im September in Essen stattfindet, ein Hirtenwort „gegen die Verwahrlosung der politischen Sitten" zu beschließen und zu verkünden. In einer Erklärung zur politischen Lage haben sie schon einige Leitlinien dieser angekündigten Stellungnahme vorweggenommen.

Zum Vietnamkrieg haben sie im Gegensatz zum Papst, der die amerikanische Kriegsführung verurteilt, sich bewußt indifferent geäußert und damit eine Kennzeichnung der amerikanischen Aggression deutlich abgelehnt. Nahezu wörtlich stimmen sie mit Erklärungen von Bundeskanzler Kiesinger und CDU-Generalsekretär Heck überein: „Es steht den deutschen Bischöfen und dem deutschen Volk nicht zu, sich zum Richter über kriegführende Parteien aufzuwerfen." [3]) Kritiker haben dazu angemerkt, die deutschen Bischöfe hätten sich hier nicht am Beispiel Christi, sondern an der Haltung von Pontius Pilatus orientiert.

Segenswünsche für Lübke

In anderen Fragen zeigen die Bischöfe entschiedenere Meinungsfreudigkeit: „Nicht weniger als die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt erschrecken uns die Krise im Staatsbewußtsein und die Anzeichen einer zunehmenden politischen Radikalisierung ... Angesichts dieser Gefährdungen sehen wir Bischöfe unsere Aufgabe darin, durch die religiöse Unterweisung und im praktischen Lebensvollzug der Kirche jene sittlichen Grundkräfte zu stärken, die auf

[3]) Zitiert nach „Ruhrwort", Essen, 16. 3. 1968.

die Dauer gerade für ein demokratisches Staatswesen unverzichtbar sind." [4]) Kern des Übels ist aber nach Ansicht der Bischöfe nicht etwa die Manipulation an der demokratischen Verfassung mit Hilfe der von der Großen Koalition beabsichtigten Notstandsgesetzgebung, die zunehmende Einengung der Presse- und Meinungsfreiheit im Gleichklang mit einer Konzentration wirtschaftlicher Macht beim Top-Management der Unternehmer oder die Sozial- und Kultur-Demontage zugunsten einer Forcierung der Rüstungspolitik, sondern „die gegenwärtige Autoritätskrise in Staat und Gesellschaft". Um dieser „Autoritätskrise" entgegenzutreten, haben die Bischöfe, kurz nach der Selbstverteidigung des Bundespräsidenten vor der Öffentlichkeit wegen seiner Rolle im Dritten Reich, an Heinrich Lübke ein Telegramm geschickt mit dem Wortlaut: „Die zu ihrer Frühjahrskonferenz in Stuttgart-Hohenheim versammelten deutschen Bischöfe fühlen sich gedrängt, in dieser Stunde schwerer innerer Auseinandersetzungen in unserem Lande dem Staatsoberhaupt ihre Hochachtung zu erweisen und beste Segenswünsche zu übermitteln." [5])

Die katholische „Deutsche Tagespost" weist in einem Leitartikel [6]) darauf hin, daß lediglich die „Deutschland-Stiftung" in München mit gleicher Entschiedenheit wie die katholische Bischofskonferenz sich hinter Bundespräsident Lübke gestellt habe, als ihm der Vorwurf gemacht wurde, im Kriege KZ-Baumeister gewesen zu sein. In der „Deutschland-Stiftung" freilich sind ehemalige nationalsozialistische Propagandisten und heutige Mitarbeiter der Münchener „Nationalzeitung", wie z. B. Kurt Ziesel, federführend. (Sie haben übrigens auch dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz dafür gedankt, daß er in Westberlin eine so „unbeirrte" Stellung angesichts der Demonstrationen gegen den amerikanischen Vietnamkrieg einnahm. Schütz hat sich bei der „Deutschlandstiftung" für ihre „Verbundenheit mit Berlin" bedankt.)

Daß sich, gewiß mit Billigung süddeutscher Bischöfe, die „Deutsche Tagespost" zu einer gesinnungsmäßigen Gleichsetzung von „Deutschlandstiftung" und deutscher katholischer Bischofskonferenz aufschwingt und daß niemand im deutschen Episkopat daran Anstoß nimmt, mit einer neofaschistisch durchsetzten rechtsautoritären Stiftung in einem Federstrich aufgezählt zu werden, gibt dem Eintreten der Bischöfe für Lübke einen Hintergrund, der zwangsläufig schlimme Erinnerungen wecken muß.

Freilich, die „Deutsche Tagespost" hat Grund zur Klage, daß sich dieses Telegramm keiner spontanen Zustimmung in der katholischen Bevölkerung erfreut. „Die katholische Kirche hat sich geäußert, indem die katholischen Bischöfe Deutschlands das obenerwähnte Telegramm an den Bundespräsidenten absandten. Es muß aber auch hier wieder verwundern, daß es die Bischöfe sind, die zu der politischen Situation Stellung nehmen, während die katholischen Laien schweigen." [7]) Warum so manche katholische Laien die Segenswünsche der Bischöfe für Lübke nicht als die „besten Segenswünsche" in dem politischen Zusammenhang empfinden, in dem sie ausgesprochen wurden, das könnte der Leitartikler der „Deutschen Tagespost" beispielsweise, historisch begründet, bei der Abschlußkundgebung des diesjährigen Ostermarsches von dem Schriftsteller Rolf Hochhuth erfahren, der sich mit seinem Schauspiel „Der Stellvertreter" als Experte für diesen Fragenkomplex ausgewiesen hat.

---

4) A.a.O.
5) Zitiert nach „Deutsche Tagespost", Würzburg, 12. 3. 1968.
6) Victor Petit: „Notstand der Demokratie", Deutsche Tagespost, Würzburg, 12. 3. 1968.
7) A.a.O.

Warten auf den starken Mann

Wenn die deutschen Bischöfe es für richtig halten, in dieser Form Lübkes Erinnerungslücken mit ihrer Autorität abzudecken, die dabei notwendig Schaden erleiden muß, dann stellt sich die Frage, welcher „Ordnungsidee" sie denn nun präzis zuneigen. „Mann in der Zeit", das Organ der kirchlichen Männerarbeit und das bevorzugte Organ politischer Meinungsbildung der Amtskirche auf Breitenbasis, stellt als den starken Mann der Zukunft unumwunden Franz Josef Strauß vor.[8]) Manche Katholiken werden sich zwar erinnern, daß nach der „Fibag"- und „Spiegel"-Affäre der heutige Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Döpfner, Strauß für moralisch nicht mehr tragbar als Chef der CSU hielt und daß auf der CSU-Landesversammlung 1963 Strauß sich gegen die Angriffe von kirchlicher Seite durchsetzen mußte. Aber seitdem ist offenbar viel Wasser die Isar hinabgelaufen. Heute sind katholische Bischöfe, die damals Strauß nicht einmal zur Audienz empfangen mochten, längst nicht mehr von der gleichen moralischen Feinfühligkeit dem Minister gegenüber, der die Öffentlichkeit irregeführt hatte und auch nicht pingelig beim Erwerb seines Privatvermögens war. Obwohl aus jener Amtszeit von Strauß beispielsweise noch der Skandal um den Schützenpanzer HS 30 der restlosen Aufklärung harrt, sind all diese Dinge vergessen oder vergeben. Strauß erscheint den Bischöfen als der bevorzugt qualifizierte Politiker, den die autoritätsgläubigen deutschen Katholiken als Mann der Zukunft, als Kanzler der Zukunft präsentieren.

Chefredakteur Willi Weiskirch hat ein Porträt von Strauß in „Mann in der Zeit" entworfen (Strauß erscheint dazu auch als Titelkopf auf der ersten Seite der neuerdings als Magazin aufgemachten Zeitschrift), in dem es heißt: „Der Bayer Franz Josef Strauß ist eine der markantesten Figuren der deutschen Politik ... Die stärkste Persönlichkeit der Bundesrepublik nach Adenauer." [9]) Die „Fibag"- und „Spiegel"-Affäre werden namentlich gar nicht mehr erwähnt, sondern einem größeren Zusammenhang eingeordnet: „Er weiß noch genau, wann es gegen ihn losging: mit der Übernahme des Verteidigungsministeriums im Oktober 1956".[10]) Strauß ist unbesiegbar, unaufhaltsam in seinem Aufstieg: „Obwohl er den kleinen Mann auf der Straße eigentlich immer auf seiner Seite hatte, brauchte er oft ein Übermaß psychischer Kraft — und viel persönlichen Mut, um die Angriffe durchzustehen." [11]) Aber diese Kraft, verbunden mit Sendungsbewußtsein, ward ihm zuteil. „Franz Josef Strauß gilt heute — wie schon vor zehn Jahren — als eines der großen Asse der deutschen Politik." [12])

Vom „Warten auf Strauß", den einzig „würdigen" Nachfolger Adenauers, ist dann auch das Interview inspiriert, in dem der starke Mann sein Programm andeutet, im Blick auf künftige, höhere Aufgaben zur Überwindung der „Autoritätskrise" (und der Demokratie?) in diesem Staat. Er kritisiert Erwartungen in der Öffentlichkeit auf eine Entspannung in den Ost-West-Beziehungen. Entspannungspolitik hält er für eine grundfalsche Politik, die alle anderen Übel der „Aufweichung" des „Autoritätsbewußtseins" im Gefolge haben müßte, wenn sie in der Bundesrepublik Fuß faßte. Er stellt richtig, daß der Regierung Kiesinger keine ernsthafte Entspannungspolitik unterstellt werden kann, findet es aber bedenklich, daß manche Verlautbarungen und Begriffe diesen falschen Eindruck erweckt haben.

---

8) Willi Weiskirch: „Politiker mit Temperament und Verstand", Mann in der Zeit, Herausgegeben im Auftrag der deutschen Bischöfe, Augsburg, 1. 4. 1968.
9) A.a.O.
10) A.a.O.
11) A.a.O.
12) A.a.O.

Strauß als ostpolitischer Wegweiser

In Wirklichkeit befindet sich die Bundesrepublik nach wie vor im Kalten Krieg, den die Regierung nur mit anderen Mitteln als in den fünfziger Jahren fortführt. Diese Einschätzung von Strauß entspricht sicherlich den Tatsachen. „Es ist auch etwas irreführend, vom Ende des Kalten Krieges zu reden. Wenn man unter dem Kalten Kriege eine bestimmte Methode versteht, dann mag man sagen, der Kalte Krieg in seiner früheren Form ist zu Ende. Aber die Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und uns gehen ja doch unentwegt weiter." [13])

Nun heißt dieses Bekenntnis zur Fortsetzung des Kalten Krieges nicht etwa, daß Strauß gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, gegen die Errichtung einer Handelsmission in Prag, gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien gewesen sei. „Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß ich die Maßnahmen der Bundesregierung, des Kanzlers und auch des Außenministers auf außenpolitischem Gebiet begrüßt und auch im Kabinett mit meiner Stimme gebilligt habe." [14]) Strauß sagt ebenso deutlich, warum er sie gebilligt hat, er sagt das entschieden deutlicher als Kanzler Kiesinger: „Man braucht sich ja bloß die permanente Diffamierungskampagne der Sowjetunion uns gegenüber vor Augen zu halten. Und diese Diffamierungskampagne unglaubwürdig zu machen, das ist auch ein Stück Ostpolitik. Und hier hat die Regierung Kiesinger echte Erfolge aufzuweisen." [15])

Der Kalte Krieg soll, modifiziert, weitergehen, aber man möchte nicht gern als starr erscheinen in seiner Haltung. Man möchte auch, wenn möglich, ein wenig Zwietracht zwischen den Ländern des Warschauer Paktes säen und vor allem die DDR „isolieren". Das alles gehört für Strauß, durchaus folgerichtig, zum aktuellen Stadium des Kalten Krieges, wie ihn die Bundesrepublik führt. „Ich wende mich bloß gegen die falsche Interpretation, als ob damit jetzt schon sozusagen die große Verständigung und der große Frühling eingesetzt habe." [16])

Verständigung mit kommunistischen Regierungen — da sei Gott vor! Strauß sieht weiter, hat, wie ihm Interviewer Weiskirch bescheinigt, „klare, kluge und — wie man inzwischen weiß — wohl auch richtige Auffassungen zur deutschen Ostpolitik".[17]) Strauß geht es letztlich um eine Korrektur der geschichtlichen Entwicklung Europas, „weil der unbestritten führende, kultur- und zivilisationstragende Kontinent innerhalb von 30 Jahren von der glanzvollen Höhe seiner geschichtlichen Existenz in das Nichts gestoßen worden ist".[18]) Denn: „Die Situation nach 1945 ist das katastrophale Ergebnis der Zerstörung der europäischen Staatenwelt, wie sie nicht nur durch die deutsche Politik herbeigeführt worden ist. Sichtbar hat diese Zerstörung begonnen mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges. Der Schlußsatz kam am 8. Mai 1945 mit der Kapitulation. Amerikanische Truppen vom Westen, russische Truppen vom Osten haben sich an der Elbe die Hand gereicht, und Europa war versunken." [19])

Sollte Hitler also doch, wie seinerzeit auch Pius XII. glaubte, das „christliche Abendland" verteidigt haben? Die Kapitulation Hitlerdeutschlands jedenfalls hat, nach Strauß — und darin dürfte er mit Thadden konform gehen — Europa „in das Nichts gestoßen". Ungeduldige mahnt Strauß, der diese Zusammenhänge in der katholischen Männerzeitschrift „Mann in der Zeit" so kristallklar beim Namen

---

13) „Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, Mann in der Zeit, Augsburg, 1. 4. 1968.
14) A.a.O.
15) A.a.O.
16) A.a.O.
17) A.a.O.
18) A.a.O.
19) A.a.O.

nennt, wie das sonst nur in der „Nationalzeitung" und den „Deutschen Nachrichten" oder den Verlautbarungen von Vertriebenenverbänden geschieht: „Und das wieder rückgängig zu machen, gelingt nicht in ein paar Jahren. Das ist ein geschichtlicher Prozeß, bei dem man allerdings dann die Weichen richtig stellen, die Zielmarkierungen richtig erkennen und Wege und Umwege gehen muß, um zum Ziel zu kommen." [20])

Soll dieses geschichtliche Ziel erreicht, das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs „rückgängig" gemacht werden, dann bedarf es dazu einer Politik, die sich nicht in „Sozialutopien für den kleinen Mann" verliert. Es gehe nicht an, so ermutigt Strauß zur Demontage der öffentlichen Sozialleistungen, daß mit sozialpolitischen Initiativen „die fundamentalen Fragen der geschichtlichen Existenz unseres Volkes zwischen West und Ost etwas dem allgemeinen Bewußtsein entrückt werden; und vielleicht werden wir in einigen Jahren wieder mit einer sehr harten Wirklichkeit konfrontiert werden, und dann ist das Programm nicht mehr sehr wirklichkeitsnah".[21]) Gemeint ist das CDU-Aktionsprogramm, das mit seinen höchst bescheidenen sozialpolitischen Verbesserungsvorschlägen nach Strauß bereits „das Paradies auf Erden" den Arbeitnehmern verspricht, obwohl es ihnen nicht einmal die Mitbestimmung zugesteht.

Was immer auch in nicht allzu ferner Vergangenheit zwischen Strauß und den Bischöfen streitig war, heute haben sie sich auf einer soliden Grundlage gefunden. Strauß ist für die Bischöfe der Mann, der konzessionslos den Kalten Krieg weiterzuführen verspricht. Verständigungspolitik bedeutet, nach Strauß, nämlich: „Alles akzeptieren, was sie von uns fordern. Aber das hat dann nichts mehr mit Politik zu tun. Das heißt: das ist dann Kapitulation." [22]) Politik kennt auch „Umwege", aber sie setzt „richtig" erkannte „Zielmarkierungen" voraus. Dazu zeigt „Mann in der Zeit" ein Bild, das Jäger Strauß mit der Flinte in Schußposition konterfeit. In Bereitschaft sein ist alles.

Das neue Zentralkomitee

Wenn sich der Klerus das politische Programm von Franz Josef Strauß zu eigen macht als Zukunftsperspektive für die Bundesrepublik, wie steht es dann mit der Repräsentanz der katholischen Verbände, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken? Optimisten unter den fortschrittlichen Katholiken hatten von der Neuwahl des Vorstandes einen nachhaltigen „Demokratisierungsprozeß" erwartet. Es zeigte sich jedoch in Frankfurt am Main im März, daß das Zentralkomitee zwar erstmals einen „Bürgerlichen" zum Vorsitzenden gewählt hat, nachdem es hundert Jahre lang von den Fürsten zu Löwenstein — Großvater, Vater und Sohn — dynastisch verwaltet wurde, doch dieser Bürgerliche verfolgt den gleichen Kurs wie sein aristokratischer Vorgänger, lediglich mit dem Vorteil, daß er als heute Dreiundvierzigjähriger keine braunen Flecken aus der NS-Zeit aufzuweisen hat. Letzteres war der Hauptgrund für Löwensteins späte Demission. (Eine Sendung im Westdeutschen Rundfunk hatte im Vorjahr stark belastendes Material gegen Löwenstein zum Vorschein gebracht. Der Autor, Leo Waltermann, hatte damit einen Gewissensprotest gegen eine Berufung Fürst Löwensteins in den Weltrat der Laien motiviert.)

Albrecht Beckel, Oberbürgermeister von Münster, Leiter des Franz-Hitze-Hauses, der Katholischen Akademie des Bistums Münster, wo dem als Pazifist mißliebigen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Peter Nellen die Teilnahme

20) A.a.O.
21) A.a.O.
22) A.a.O.

an einer Tagung 1966 verweigert wurde, war, laut „Mann in der Zeit", unter den Kandidaten für den Vorsitz im Zentralkomitee „am stärksten auf eine konservative Position im Verhältnis von Kirche und Staat festgelegt". Er wurde gewählt. Beckel selbst nannte sich einen „Mann des goldenen Mittelwegs". Das Franz-Hitze-Haus, das seiner Leitung nach wie vor untersteht, widmet mehr als die Hälfte seiner Tagungen antikommunistischer „Schulung". Beckel gehört zum „Aschacher Kreis", in dem sich katholische Politiker und Geistliche regelmäßig mit Franz Josef Strauß treffen, um über die Politik der CDU/CSU und das Verhältnis von Kirche und Staat zu beraten. In das politische Leben eingeführt wurde Beckel von dem münsterschen Weihbischof Tenhumberg, dem Leiter des „Katholischen Büros" bei der Bundesregierung in Bonn.

Unter Beckels Leitung ist vor allem eine auch technisch perfekte Koordinierung des Zentralkomitees mit der Bischofskonferenz und dem Katholischen Büro in Bonn zu erwarten. Das Zentralkomitee wird dadurch zwar nicht selbständiger gegenüber der kirchlichen Hierarchie, es spezialisiert sich aber stärker auf gesellschaftspolitische Schulung und Propaganda. Beckel hat gleich sechs Beiräte neu errichtet, und zwar für Kultur- und Gesellschaftspolitik, Staatspolitik, Publizistik, internationale Fragen sowie Seelsorge. Beckels Wahl erfolgte auch im Hinblick auf die maßgebliche Rolle, die er in der katholischen Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der politischen Bildung und Schulung seit Jahren spielt. Diese Funktion wußte er stets mit geschickter Werbung für die CDU zu verbinden.

Bündnis mit den Landsmannschaften

Die ablehnende Haltung sowohl der Bischofskonferenz wie des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wurde erneut bestätigt, als der „Bensberger Kreis", eine Gruppe von Geistlichen und Laien aus der Pax-Christi-Bewegung, sich für diese Voraussetzung einer Normalisierung unseres Verhältnisses zu Polen aussprach. Wer mit Strauß eine Restauration Alteuropas herbeiführen will, kann die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht widerspruchslos hinnehmen. Die Wahl des ehemaligen Propagandisten der Henlein-Partei im Sudetenland und heutigen CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Walter Becher zum Sprecher der Sudentendeutschen Landsmannschaft fand hingegen in der kirchlichen Presse und bei kirchlichen Würdenträgern, wie u. a. Bischof Jansen und Prälat Kindermann von der katholischen „Ostforschungsstelle" in Königstein im Taunus (einem Zentrum der Propaganda der Landsmannschaften gegen Polen, die CSSR und andere sozialistische Länder Ost- und Südosteuropas), herzlichen Beifall. Heinz Vielain, politischer Korrespondent des katholischen „Echo der Zeit", der eng mit dem Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Weihbischof Tenhumberg, zusammenarbeitet und von seiner früheren Tätigkeit bei Kapfingers Magazin „Aktuell" auch mit Franz Josef Strauß befreundet ist, interviewte Becher.

Becher schätzte seine Wahl so ein: „Vielleicht kann die Wahl von mir zum Sprecher der Sudetendeutschen als ein Kristallisationspunkt der Sammlung der Kräfte gedeutet werden, die sich entschieden gegen die Auflösungstendenzen in unserem gesellschaftlichen und staatlichen Gefüge wenden." [23]) Becher sprach sich in diesem Interview für eine „Säuberung" der Funk- und Fernsehanstalten von „linkgsgerichteten Kräften" aus: „Das in breiten Teilen der Bevölkerung herrschende Unbehagen an diesen Medien rührt einfach daher, daß die Schlüsselpositionen in diesen Instituten von Kräften eingenommen werden, deren politi-

23) „Mehr Mut zur Demokratie", Interview mit Dr. Walter Becher, MdB, Echo der Zeit, Recklinghausen, 25. 2. 1968.

sche Einstellung nicht der der Bevölkerung entspricht. Wir verlangen daher, daß beispielsweise in unserem Bayerischen Rundfunk ein entscheidender Wandel eintritt und Führungspositionen nicht weiterhin Monopol der Linken bleiben. Sollte diese Forderung nicht erfüllt werden, sind ... Reaktionen zu erwarten, die weit über papierene Proteste hinausgehen dürften." [24])

Hier wird offen die Meinungsfreiheit einer Anstalt des öffentlichen Rechts bedroht. Solche Auslassungen unterscheiden sich — einschließlich der Behauptung von den „breiten Bevölkerungskreisen", die angeblich in Funk und Fernsehen ein völkisch-nationalistisches, „christlich" eingestimmtes Programm zu sehen wünschen — kaum von den entsprechenden Attacken der NPD gegen Antifaschisten in den Funkhäusern und Fernsehstudios. (Die im übrigen dort keineswegs das „Monopol" haben, sondern allenfalls, trotz ihrer Minderzahl, durch Zivilcourage ohne Wenn und Aber auffallen.)

Aber wie Heinz Vielain, Emil Franzel und andere der Amtskirche nahestehende katholische Sprecher sieht auch Walter Becher rechts nur Freunde von Ordnung, Stabilität, Autorität, Staatsbewußtsein. Der „Feind" steht links.

Wie heute schon in einigen bayerischen Gemeinden, würde auch ein Bonner Regierungsbündnis von CDU/CSU und NPD kaum ernstlichen Widerstand bei der Bischofskonferenz und beim Zentralkomitee finden. Mancher Brückenschlag in dieser Richtung findet sich bereits in der katholischen Presse. Bei den bayerischen Kommunalwahlen wandte sich der Bischof von Passau zwar scharf gegen die FDP, ließ es aber zu, daß in seinem Bistumsblatt der NPD ein Erfolg zulasten der „gottlosen" Liberalen herzhaft gewünscht wurde. Er distanzierte sich von dem Redakteur des Bischofsblattes auch nicht, als die FDP ihn auf den Artikel ansprach. In seinem Bistumsblatt herrsche Meinungsfreiheit, war seine verblüffende Antwort.

Inzwischen hat die vom süddeutschen Episkopat unterstützte katholische „Deutsche Tagespost" sich mit dem „Unterschied zwischen den Rechts- und Linksradikalen" grundsätzlich befaßt. Alfred Lange schreibt in dem durch Fettdruck hervorgehobenen Artikel: „Im Augenblick erscheint mir der SDS für den Bestand der Bundesrepublik gefährlicher als die NPD, die freilich durch sein Verhalten Zuwachs gewinnt." [25]) Während der SDS aus „Rüpeln" besteht, die in der Bundesrepublik mit Terror den Kommunismus einführen wollen und nur dank unbegreiflicher Blindheit Bonns gegen den drohenden Umsturz noch nicht verboten sind, pflegt man bei der NPD ein intaktes bürgerliches Ordnungsbewußtsein. „Darum wendet sich die NPD verstärkt an das mittelständische Bürgertum." [26]) Lange räumt der NPD ein: „Sie appelliert an das nationale Gewissen." [27]) So erreiche sie „im Grunde anständige Menschen, die sich angewidert von den Gammlern, von unmoralischen Film- und Fernsehprogrammen und von linksradikalen Radaubrüdern abwenden. Auch solche Menschen sind heute bereit, mit der NPD einen Versuch zu machen, weil die großen Parteien mit Schund, Schmutz und Rowdytum, wie sie meinen, ja doch nicht fertig werden".[28]) Was hier Eingang in die Spalten einer Zeitung fand, die sich bischöflicher Protektion erfreut, ist oft bei weitem drastischer mit gleicher Tendenz in Versammlungen kirchlicher Verbände und Vereinigungen zu hören. Kein Wunder, daß Herr von Thadden unlängst feststellen konnte, auf Grund seiner Recherchen sei die zu-

---

24) A.a.O.
25) Alfred Lange: „Studenten unserer Hoffnung", Deutsche Tagespost, Würzburg, 29./30. 3. 1968.
26) A.a.O.
27) A.a.O.
28) A.a.O.

nächst vorhanden gewesene Abwehrhaltung gegenüber der NPD in traditionell katholischen Gegenden kaum noch anzutreffen. Die Entwicklung der Partei verlaufe neuerdings auch dort „normal".

Gegen Atomsperrvertrag — für soldatische Leitbilder

Im Gegensatz dazu nimmt in katholischen Kreisen die Animosität gegenüber der SPD wieder zu. In der CSU wie in kirchlichen Kreisen wirft man der SPD ihre Befürwortung des Atomwaffensperrvertrages vor. In der Ablehnung dieses Vertrages, so meinen katholische Politiker im Einklang mit maßgeblichen Klerikern, würden sich die nationalen Ordnungskräfte im Lande sammeln, so wie sich die autoritätsfeindlichen Kräfte im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung gesucht und gefunden hätten. Die SPD-Führung habe zwar, schon zu ihrem eigenen Schutz vor den Genossen, die Notstandsgesetzgebung akzeptiert und sei bei den Berliner Geheimgesprächen der Notstandsexperten der Großen Koalition noch weiter als bisher der CDU entgegengekommen, aber das Ja der SPD zum Atomwaffensperrvertrag mache es dennoch notwendig, wenn erst einmal die Notstandsgesetze von der Großen Koalition beschlossen worden seien, die Bildung einer „nationalen Regierung" zu erwägen, die jene „70 Punkte" im Auge behalte, welche der „Bayern-Kurier" zur Ablehnung des Vertrages angeführt hat — und noch einige Punkte darüber hinaus. Beispielsweise jene Absprachen mit der Südafrikanischen Republik, auf die kürzlich zum Zorn von Franz Josef Strauß die Gewerkschaftszeitung „Metall" anspielte. Strauß soll sie 1965 in Kapstadt persönlich getroffen haben, als Mittelsmann von Partei, Industrie und der damaligen Regierung Erhard. Ein Punkt, der, wie gesagt wird, ihn mit Schröder sich habe aussöhnen lassen.

Das verstärkte Betonen obrigkeitlicher Autorität gegenüber demokratischer Auseinandersetzung im Staate hat auch die Beziehungen der katholischen Hierarchie, Publizistik und politischen Schulungsarbeit zur Bundeswehr weiter intensiviert. In letzter Zeit mehren sich die Äußerungen, die mit Befriedigung feststellen, daß „alte soldatische Traditionen" in der Bundeswehr sich endgültig gegenüber den Reformvorstellungen vom „Bürger in Uniform" durchgesetzt haben, die man freilich in diesen Kreisen nie sonderlich ernst genommen hat. Aufsehen erregte in dieser Hinsicht, trotz des bekannten Trends der kirchennahen Publizistik, dennoch ein groß aufgemachter Beitrag in „Mann in der Zeit". Unter der Überschrift „Patrioten ohne Pathos" untersucht der stellvertretende Chefredakteur Hans Siemons „Leitbilder und Tradition in der Bundeswehr".[29])

Siemons verteidigt nachdrücklich die Benennung des Raketenzerstörers der Bundesmarine mit dem Namen des fanatischen Hitler-Admirals Lütjens, der die „Bismarck" lieber versenkte, als die Überlebenden seiner Besatzung durch Kapitulation zu retten. Schröder hatte zusammen mit der Bundeswehrführung darauf bestanden, daß dieser NS-Offizier Namenspatron des ersten deutschen Raketenzerstörers wurde. Siemons dazu: „So ausgestanden diese Frage scheint, so empfindlich reagierte Öffentlichkeit und Bundeswehr auf Vorgänge, wie sie sich im letzten Herbst bei der ‚Taufe' des Raketenzerstörers ‚Lütjens' ereigneten. Lütjens war der Kommandant des deutschen Schlachtschiffes ‚Bismarck', das fast 2000 deutsche Soldaten mit sich in die Tiefe nahm. Die Vorwürfe gegen die Bundeswehrführung gründeten sich auf ein Telegramm des Admirals kurz vor der Versenkung des Schiffes, in dem er Hitler seiner besonderen Loyalität versichert hatte. Ein neuer Fall unbewältigter Vergangenheit? Die Bundeswehr hatte gute

29) Hans Siemons: „Patrioten ohne Pathos. Leitbilder und Traditionen in der Bundeswehr". Mann in der Zeit, Augsburg, 1. 3. 1968.

Gründe, von ihrem Vorhaben, einem der drei neuen deutschen Raketenzerstörer den Namen Lütjens zu geben, nicht abzulassen. Der damalige Staatssekretär Karl Carstens demonstrierte auf dem Werftgelände im US-Staate Maine den Willen der Bundeswehr, auch die aufrechten Soldaten der ehemaligen Wehrmacht nicht aus dem Traditionsbewußtsein der Truppe zu streichen." [30])

Das ist eine Formulierung, der man schneidigen Rechtsdrall nicht absprechen kann. Daß Lütjens 2000 Untergebene mit in den Tod nahm, die er nicht danach gefragt hatte, die wohl kaum alle so fanatische Nationalsozialisten waren wie er, das geht für „Mann in der Zeit" nicht nur in Ordnung, das ist „traditionsbildend". Eine besondere Freude macht Siemons mit ihm empfindenden Lesern von „Mann in der Zeit" durch die Schlußpointe: „Demnächst werden die beiden anderen Zerstörer der Bundesmarine in Dienst gestellt werden. Einer davon soll den Namen des Fliegerhelden im Zweiten Weltkrieg, Werner Mölders, tragen." [31]) Zuvor war Werner Mölders schon „Fliegerheld" bei der Legion Condor in Spanien gewesen. Mölders, der aus der katholischen Jugendbewegung hervorging, ermunterte in der NS-Zeit in zahlreichen Beiträgen in katholischen Publikationen das katholische Jungvolk, im Kampf gegen den „Weltkommunismus" und für das „Abendland" sich von keinem nichtkatholischen Hitlerjungen übertreffen zu lassen. Er war das Vorbild bei Einkehrtagen junger Katholiken vor der Rekrutierung. Er war ein Idol des „heroischen" Arrangements katholischer Nationalisten und Hitlerbewunderer mit dem NS-Staat. Ist für das auflagenstärkste politische Organ der deutschen katholischen Bischöfe „Mann in der Zeit" diese Ära immer noch nicht zu Ende?

Bücher

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Ein Problem der Friedenssicherung. Herausgegeben von Günter Howe. Eckart-Verlag, Witten 1968, 162 S., kart. 16,— DM

Die amerikanischen und sowjetischen Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung und die Atomsperrverträge bis 1967. Englische und deutsche Texte. Mit einer Einführung von Prof. Dr. E. Menzel. Schriften der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V., Heft 5. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967, 250 S., kart. 11,80 DM

Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Band III: 1964/1965, XXX, 410 S.; Band IV: 1966, XXVIII, 404 S. Siegler & Co., Verlag für Zeitarchive, Bonn/Wien/Zürich, kart. je Band 40,— DM

Peter Wittig, Die Kontrolle der atomaren Rüstungen. Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften. Carl Heymanns Verlag, Köln, 410 S., Ln. 52,— DM

Die internationale Diskussion um den Atomwaffensperrvertrag ist in ihre Schlußphase eingetreten. Die letzte Verhandlungsetappe der Genfer 17-Mächte-Abrüstungskonferenz machte den Wunsch der USA und der UdSSR deutlich, so bald wie möglich zu einem konkreten Ergebnis zu kommen. In den Vereinten Nationen wird sich mit Sicherheit eine große Mehrheit für die Annahme des in Genf noch leicht modifizierten Entwurfs vom 18. Januar 1968 finden. Diese offenkundige Beschleunigung des Entscheidungsprozesses auf internationaler Ebene hat das Projekt des Sperrvertrags in der Bundesrepublik erneut zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen werden lassen. Im Bonner Kabinett hat sich bis heute noch keine einheitliche Meinung in dieser Frage bilden können. Prinzipielle Gegner des geplanten Nonproliferations-

30) A.a.O.
31) A.a.O.

abkommens und jene, die es aus taktischen Gründen glauben akzeptieren zu müssen, stehen sich gegenüber. Grundsätzliche Befürworter, die das Abkommen aus Einsicht in die Notwendigkeit abrüstungspolitischer Fortschritte bejahen, kommen zwar nicht in der Regierung, wohl aber in der öffentlichen Diskussion zu Wort. Dennoch fällt es ihnen sichtlich schwer, ihren wohlbegründeten Standpunkt einer breiten Öffentlichkeit darzustellen, die weiterhin unter dem Eindruck einer mit oberflächlichen und emotional verzerrten Argumenten geführten Kampagne gegen das Abkommen steht. So ist jeder Versuch zu begrüßen, der eine sachliche Klärung des Nonproliferations-Problems und seiner Bedeutung auch für die Bundesrepublik unternimmt. In diesen Rahmen ist die von Günter Howe herausgegebene Arbeit „Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen" einzuordnen. Sie erscheint als Band 22 der Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft. „Hilfe durch Information" ist das von Ludwig Raiser in seinem Geleitwort formulierte Motto dieses Bandes — Hilfe durch Information über ein Problem, das in der gesamten Öffentlichkeit wie auch in der Evangelischen Kirche kontrovers und „mit Emotionen verbunden" diskutiert wurde. Der Herausgeber hat — zum Teil bereits veröffentlichte — Arbeiten prominenter Sachkenner (J. R. Schlesinger, A. Kramish, C. F. Weizsäcker u. a.) zu einem Sammelband vereint, in dem neben der Analyse von Detailproblemen der Nichtweiterverbreitung atomarer Waffen auch der Versuch einer moralisch-theologischen Wertung unternommen wird. Es entspricht der Methodik dieses Buches, den Beiträgen zur Diskussion des Problems informatorische Beiträge über die Entwicklung der Kernenergietechnik (J. Seetzen) und die Überwachung der friedlichen Atomtechnik (D. Gupta) voranzustellen. Aber es ist wohl eine Fehlentscheidung des Herausgebers, wenn er diesem Abschnitt, der die sachlichen Voraussetzungen darstellen soll, Schlesingers Beitrag zuordnet, in dem gegen die Auffassung polemisiert wird, daß es dringend eines internationalen Vertrages bedürfe, um die drohende Weiterverbreitung von Kernwaffen zu stoppen. Der dem Forscherstab der RAND Corporation angehörende Verfasser vertritt die Meinung, daß es außer den Supermächten kaum einem anderen Staat möglich sei, die Mittel aufzubringen, die zum Aufbau eines

Internationale Politik

Gegründet vom Journalistenverband Jugoslawiens

Bringt Exklusivbeiträge von maßgebenden jugoslawischen und ausländischen Autoren

Berichtet über das aktuelle Geschehen in allen Teilen der Welt

Informiert aus erster Hand über die Entwicklung im sozialistischen Jugoslawien

Erscheint halbmonatlich in

deutsch
englisch
französisch
russisch
spanisch und
serbokroatisch

Jahresabonnement

(24 Folgen) US-Dollar 6,00
Einzelheft US-Dollar 0,30

Redaktion und Vertrieb:

„Medjunarodna politika", Belgrad, Jugoslawien, Schließfach 413

Probehefte auf Wunsch kostenlos

vollwertigen atomaren Waffensystems nötig sind. Insonderheit vertraut er darauf, daß alle Atommacht-Aspiranten rechtzeitig das Mißverhältnis erkennen werden, das zwischen ihren strategischen Zielen und dem Aufwand für eine wirksame Atomstreitmacht besteht. Dieser Optimismus unterschätzt den Anreiz zur Atomrüstung, der von regionalen Interessenkonflikten ausgehen kann (Israel kontra arabische Staaten, Indien — Pakistan etc.) und mißt alle in der Entwicklung befindlichen Atomwaffenpotentiale an den perfektionierten Kernwaffensystemen der Supermächte. Dieser Ansatz übersieht die nach wie vor große Prestige-Wirkung einer nationalen Atommacht, und mag sie im Vergleich zu der der Großen noch so bescheiden sein; übersieht ferner, daß potentielle Atommächte ja nicht für einen Krieg gegen die Giganten planen, sondern sich allenfalls auf Machtkämpfe mit annähernd gleichwertigen Gegnern vorbereiten, denen sie durch die Verfügung über ein — selbst aufgebautes oder von anderen bezogenes — Nuklearpotential geringer Dimension überlegen sein möchten. Solange kein international wirksames Vertragssystem, das das Verbot der Weiterverbreitung mit Schutzgarantien für bedrohte Völker verbinden sollte, in Kraft ist, muß aus diesen und einer Reihe anderer von Schlesinger ebenfalls bagatellisierter Gründe mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Atommächte gerechnet werden. Mit diesen Hinweisen soll nicht etwa die Aufnahme der durchaus interessanten Arbeit Schlesingers in den Band an sich kritisiert werden; zu bedauern ist aber, daß er nicht jenen Beiträgen zur Diskussion zugeordnet wurde, zu denen er seiner durchaus umstrittenen Aussage gemäß gehört. In diesem zweiten Abschnitt des Bandes findet der Leser einen bereits im Februar 1967 in der FAZ veröffentlichten Vortrag Weizsäckers, der sich wesentlich auf die Kontrollproblematik eines Verbreitungsverbots konzentriert. Durch die Vorlage des zweiten, in der Inspektionsfrage recht konkret formulierten Vertragsentwurfs sind einige der Ausführungen Weizsäckers heute nicht mehr aktuell, obwohl sie den damaligen Stand der Diskussion aufschlußreich widerspiegeln. Ähnliches gilt leider auch für die Betrachtungen Arnold Kramishs über das unter den gegebenen Bedingungen optimale Inspektionssystems. Dennoch findet sich hier eine Reihe fundierter Argumente, die den Vorwurf der Bundesregierung, Kontrolle sei gleichbedeutend mit Industriespionage durch die Großen, widerlegen. Günter Howe bemüht sich in seinem interessanten Beitrag um den Nachweis, daß auch die Bundesrepublik ein vitales Interesse an dem Zustandekommen eines Sperrvertrages habe. Die Existenz der Atomwaffen und die sich daraus ergebenden Probleme scheinen ihm auch eine Herausforderung der Theologie zu sein, deren „Weltlosigkeit" Mitschuld daran trage, daß sich die Entwicklung der modernen Naturwissenschaft und ihre technische Nutzbarmachung bislang weitgehend außerhalb ethischer Maßstäbe vollzogen. — Dem Band ist eine themenbezogene Dokumentenauswahl angefügt, die dem Leser die eigene Urteilsbildung erleichtern soll.

Der geplante Atomwaffensperrvertrag ist nach dem Moskauer Teststopp-Vertrag des Jahres 1963 das zweite große Teilstück der internationalen Bemühungen um Rüstungskontrolle, die ihrerseits wiederum nur als Bestandteil des Strebens nach allgemeiner Abrüstung verstanden werden sollte. Es ist offenkundig, daß die politische Praxis der „kleinen Schritte" in der Abrüstungsfrage den Blick auf das große Ziel gelegentlich verbaut. Das ist einer der Gründe dafür, daß die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler einen Dokumentenband herausgab, der zum ersten Mal im deutschen Schrifttum die vollständigen Originaltexte und deutschen Übersetzungen der amerikanischen und sowjetischen Vorschläge über eine allgemeine und vollständige Abrüstung aus den Jahren 1962/63/64 vorlegt. Diesen Texten schließt sich — quasi als Kontrapunkt der politischen Praxis zum großen, vielen in dieser Zeit forcierten Rüstens utopisch erscheinenden Ziel eines „general and complete disarmement" — eine Dokumentation von Verträgen und Entwürfen über die Regelung einiger vergleichsweise bescheidener Detailprobleme an: Vertrag über die Rüstungsfreiheit der Antarktis; Vertrag über das Verbot von Kernwaffenexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser; Memorandum über die Installierung eines „heißen Drahtes" zwischen Moskau und Washington; Vertrag über die nichtmilitärische Nutzung und Erforschung des Weltraums, über das Kernwaffenverbot in Lateinamerika sowie die bis 1965 vorliegenden Entwürfe für ein Verbreitungsverbot für Atomwaf-

fen. — Die Aufnahme all dieser Dokumente im Originaltext und der deutschen Übersetzung macht diesen Band zu einem wertvollen Nachschlagewerk. Sein Kernstück sind die Dokumente der seit Anfang der sechziger Jahre wieder aufgelebten Diskussion über eine allgemeine Abrüstung. In seiner kurzgefaßten, aber instruktiven Einführung unterstreicht Menzel die bedeutsame Rolle, die die Vereinten Nationen als Forum der wiederbelebten Bemühungen um eine weltweite Abrüstung spielen. Die Einberufung des 18-Mächte-Ausschusses (Dezember 1961), der in der Folgezeit zum Hauptträger der Abrüstungsverhandlungen wird, trug einem weltweiten Bedürfnis nach meßbaren Fortschritten bei der Lösung der Sicherheitsfragen des atomaren Zeitalters Rechnung. Als die Sowjetunion im März 1962 ihren Vertragsentwurf über eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle vorlegte, folgten ihr nur einen Monat später die Vereinigten Staaten mit einem — später in Einzelheiten modifizierten — Plan, der in wesentlichen Punkten weitgehende Übereinstimmungen mit dem sowjetischen Projekt erkennen läßt. Deutliche, wenn auch sicher nicht unüberwindbare Gegensätze zeigen sich dagegen hinsichtlich der Zeitplanung, der Reihenfolge der Abrüstungsmaßnahmen und der Art und Weise der im Grundsatz von beiden gebilligten Kontrollen. Internationale Entwicklungen — hier wohl insbesondere die akute Gefahr einer schnellen Vergrößerung des Atomklubs, Widerstände seitens bestimmter Verbündeter der USA und eine damit zusammenhängende Erosion des Nordatlantikpakts — führten Mitte der sechziger Jahre jedoch wieder zu einer stärkeren Hinwendung zu Teilmaßnahmen auf dem der effektiven Abrüstung vorgelagerten Gebiet der Rüstungskontrolle. Das Projekt des Atomwaffensperrvertrags ist das bislang wichtigste Nahziel dieser Neuorientierung. Sein Erfolg entscheidet wesentlich über die Chancen echter und umfassender Abrüstungsvereinbarungen, die — so muß man hoffen — in absehbarer Zeit wieder verstärkte Aufmerksamkeit in der internationalen Diskussion finden werden.

In die Reihe der für den Praktiker unentbehrlichen Nachschlagewerke zur Abrüstungsfrage gehört seit Jahren die von Heinrich Siegler zusammengestellte „Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit", deren dritter und vierter Band die Jahre 1964 bis 1966 behandeln. Der Rahmen der Ereignisse, die hier aufgenommen werden, ist weit gespannt. Offizielle Vorschläge und inoffizielle, für den Verlauf der Diskussion jedoch wichtige Stellungnahmen maßgebender Politiker und Institutionen, gedrängte Berichte über den Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen und — was uns besonders nützlich erscheint — Markierungspunkte der Diskussion um europäische Sicherheitsfragen sind in Sieglers Dokumentation verzeichnet. Sie ist unter den deutschsprachigen Publikationen die sicher umfassendste, aktuellste und übersichtlichste ihrer Art. Ihr chronologischer Aufbau stützt sich auf das ebenfalls von Siegler herausgegebene „Archiv der Gegenwart". Das System der sachbezogenen Rückverweise auf frühere Dokumente und ein vereinfachter Quellennachweis kommen dem Bedürfnis des Praktikers nach schneller Orientierung entgegen. Diese Bände wollen und können nicht allen Ansprüchen genügen, die an wissenschaftliche Dokumentationen gestellt werden. Zur diesbezüglichen Ergänzung verweist der Herausgeber auf die Reihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit" der „Gesellschaft für auswärtige Politik", die die wissenschaftliche Edition und Analyse von Abrüstungsdokumenten übernommen hat. — Band III umfaßt die Jahre 1964/1965. Die Arbeit der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen und die des Genfer 18-Mächte-Ausschusses stehen im Mittelpunkt der internationalen Aktivitäten und nehmen folgerichtig auch in diesem Band einen breiten Raum ein. Die Dokumentation registriert das Aufleben der Disengagement-Diskussion und bringt im Anhang eine kurzgefaßte Übersicht über die wichtigsten von Ost und West vorgelegten Vorschläge für die Schaffung von Entspannungszonen. Band IV (1966) verzeichnet insbesondere die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz über den Atomwaffensperrvertrag, daneben auch die Vorschläge und Stellungnahmen der an der Konferenz nicht beteiligten Staaten zum Problem der Nonproliferation nuklearer Waffen. Weitere Schwerpunkte: die Diskussion über eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz; die innere Entwicklung der NATO und der Auszug Frankreichs aus der Organisation des Pakts; die militärpolitischen Aktivitäten Bonns.

Eine Untersuchung über die politischen, völkerrechtlichen und militärtechnischen Aspekte der Kontrolle atomarer Rüstungen publiziert Dr. Peter Wittig in der Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften München. Eine kurzgefaßte Einführung in die Wirkungsweise der Atomwaffen und die möglichen Folgen eines Atomkrieges gibt dem Autor das sachliche Fundament für eine völkerrechtliche Beurteilung der Atomwaffen. Er kommt zu dem Schluß, „daß jedenfalls gewisse Typen der Atomsprengkörper (nach den physikalischen Tatsachen sogar weitaus die meisten) bereits de lege lata völkerrechtswidrig sind". Als Kriterium der Grenzziehung zwischen rechtskonformen und rechtswidrigen Kernwaffen nennt Wittig jene für die Kernbombe spezifischen Eigenschaften wie radioaktiver Fall-out, überdimensionale Sprengwirkung mit riesigem Vernichtungsradius, die sie zur „blinden" Waffe machen. Den Einsatz solcher, die Zivilbevölkerung in die Vernichtung nahezu wahllos mit einbeziehenden Sprengmittel, die zudem auf viele Generationen hinaus irreparable biologische Schäden verursachen, sieht der Autor als Verstoß gegen das auch im Atomzeitalter fortbestehende Kriegsrecht (ius in bello) an. Die „scharfe Trennung", die er zwischen großen und kleinen, schmutzigen und sauberen Atomwaffen empfiehlt, ist jedoch sowohl hinsichtlich ihrer rechtlichen als auch ihrer politischen Konsequenz abzulehnen; die Fakten sprechen für eine generelle Ächtung der Kernwaffen als rechtswidriges Vernichtungsmittel, so nicht zuletzt die schrecklichen Erfahrungen mit den über Hiroshima und Nagasaki gezündeten Atombomben, die — an heutigen Maßstäben gemessen — ein extrem kleines Kaliber hatten. Des weiteren mag die aktuelle Situation in Vietnam darüber belehren, daß sich hier der etwaige Einsatz atomarer Gefechtswaffen, der in den USA von führenden Militärs und prominenten Politikern bereits gefordert wurde, unter gar keinen Umständen als völkerrechtskonformes Verhalten der kriegführenden Amerikaner interpretieren ließe — von dem generell völkerrechtswidrigen Verhalten der USA in diesem Krieg einmal ganz abgesehen. — Wittig untersucht die rechtlich fixierten Kontrollbefugnisse übernationaler Instanzen (Sicherheitsrat, Internationaler Gerichtshof, UN-Vollversammlung) und kommt zu der Auffassung, daß keine „ausreichende Kontrollmöglichkeit vorgesehen" ist, obwohl sich insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen Ansatzpunkte für eine künftige Regelung finden. Der Autor plädiert dafür, zur effektiven Kontrolle der atomaren Energie „ein eigenes, den besonderen Verhältnissen angepaßtes Kontrollorgan" zu schaffen, das als Hilfsorgan der UN-Vollversammlung oder des Sicherheitsrates auftreten könne. Die völkerrechtliche Studie und die — trotz bestreitbarer Deutungen — sehr gründliche Darstellung bisheriger Abrüstungsbemühungen zielen auf die These, daß eine wirksame, alle (!) Sicherheitsrisiken ausschließende Abrüstung „nur unter der Herrschaft des Rechts" verwirklicht werden kann. Horst Heiden

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Bertrand Russell, Warum ich kein Christ bin. Deutsche Ausgabe von „Why I am not a christian and other essays on religion and related matters". Aus dem Englischen von Marion Steipe. Rowohlt Verlag, Reinbek, 272 S., br. 3,80 DM (Rororo Bd. 1019/20).

Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft. Dritte, auf den neuesten Stand gebrachte und erweiterte Auflage. Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 402 S., br. 19,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 38).

Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und Nationalsozialismus an deutschen Universitäten. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 159 S., br. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 236).

Karl Ferdinand Werner, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 123 S., kart. 6,80 (Reihe „Lebendiges Wissen").

Wilhelm Münter, Zeitgemäßer Geschichtsunterricht. Grundsätze, Ziele und Lehrpläne für die Hauptschule. Kösel-Verlag, München, 245 S., kart. 10,80 DM.

Heinz L. Krekeler, Die Außenpolitik. Eine Einführung in die Grundlagen der internationalen Beziehungen. Günter Olzog Verlag, München, 274 S., Ln. 25,— DM

Geschichte und Zeitgeschichte

Der Fall Köpenick. Akten und zeitgenössische Dokumente zur Historie einer preußischen Moritat. Herausgegeben von Wolfgang Heidelmeyer. Fischer Bücherei, Frankfurt, 190 S., br. 2,80 DM (Fischer Bücherei, Bd. 863). — Der Herausgeber, ein Berliner Archivar, hat die Personal- und Gerichtsakten des Schusters Wilhelm Voigt, des „Hauptmann von Köpenick", aufgespürt und mit Urkunden, faksimilierten Dokumenten und Pressestimmen zu einem ergötzlichen, nachdenklichen, auf jeden Fall sehr empfehlenswerten kleinen Büchlein verarbeitet.

Robert A. Kahn, Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Oldenbourg Verlag, München/Wien, 94 S., br. 11,— DM (Österreich-Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde).

Viktor Reimann, Innitzer — Kardinal zwischen Hitler und Rom. Molden Verlag, Wien, 380 S. mit einem Dokumentenanhang, Ln. 25,— DM.

Dieter Ross, Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreichpolitik 1933—34. Leibnitz-Verlag, Hamburg, 376 S., Ln. 25,— DM (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 3).

Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS (1939—1944). Herausgegeben von Heinz Boberach. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 458 S., br. 6,80 DM (DTV/Dokumente/Bd. 477—). —

Die „Berichte zur innenpolitischen Lage", später „Meldungen aus dem Reich" und ab Juli 1943 „SD-Berichte zu Inlandsfragen" dienten hohen Amtsträgern der NSDAP und Beamten zur Unterrichtung über die Stimmung der deutschen Bevölkerung während des Krieges. Martin Bormann und Propagandaminister Goebbels sorgten schließlich im Juli 1944 dafür, daß dieses „Sprachrohr des Defaitismus" eingestellt wurde. Die Auswahl ist mit ausführlichen Anmerkungen und einem Register versehen. — In der gleichen Reihe erschien als Bd. 436: Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922—1945. Herausgegeben von Erhard Klöss (335 S., br. 4,80 DM).

Gerrit van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. Oldenbourg Verlag, München, XII, 652 S., 20 Abb., Ln. 52,— DM. — Mit vielen bisher unveröffentlichten Dokumenten, so vor allem den außenpolitischen Memoranden und Denkschriften des Grafen Moltke und der Korrespondenz zwischen Moltke und York von Wartenburg.

Aktuelle Themen

Rolf Seeliger, Die außerparlamentarische Opposition. Selbstverlag des Autors, München (27, Holbeinstr. 22), 220 S., kart. 7,80 DM.

Walter Leisner, Werbefernsehen und öffentliches Recht. Ein Beitrag zur Problematik der öffentlichen Aufgaben sowie zu Grundlagen und Grenzen fiskalischer Staatstätigkeit. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 266 S., br. 39,80 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 56). — Die Reihe wurde u. a. mit folgenden Bänden fortgesetzt. / Bd. 57: Rolf Grawert, Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Untersuchung der gegenwärtigen Staatspraxis mit einer Zusammenstellung der zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Abkommen (376 S., br. 59,60 DM). / Bd. 60: Klaus Peter Jank, Die Rundfunkanstalten der Länder und des Bundes. Eine systematische Darstellung ihrer organisatorischen Grundlagen (127 S., br. 24,60 DM). / Bd. 61: Manfred Sachau, Wehrhoheit und auswärtige Gewalt. Ein Beitrag zur Auslegung des Artikel 32 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (238 S., br. 38,60 DM).

Fernseh-Spalte

FRÜHSCHOPPEN

Er genießt außer dem sonntäglichen WDR-Wein das unverbrüchliche Ansehen der „Funk-Uhr" und wohl auch anderer Programmzeitschriften Axel Cäsars, das Wohlwollen vieler Fernsehkritiker und gewiß auch seine Rolle als in Ehren ergrauender „Frühschoppen"-Gastgeber. Im August dieses Jahres kann Höfers Etablissement seinen fünfzehnten Fernseh-Geburtstag feiern. Im Hörfunk existiert es sogar noch zweieinhalb Jahre länger. Und Höfer ist schon länger Chef, als Adenauer Bundeskanzler war. Das, meine ich, will etwas heißen, nämlich perfekte Mimikry. Anders als die Kollegen von „Panorama" machte sich Höfer immer nur bei denen unbeliebt, die seine Methode des Wortabschneidens und der Conferencier-Dialektik nicht zu billigen bereit waren. Indessen sind auch gescheite Leute auf seine pathetische Rhetorik hineingefallen. So schrieb Momos (Walter Jens) vor einiger Zeit in der „Zeit": „Unter den Guten ... ist er der Beste, der Treueste unter den Zuverlässigen, ein Ehrenmann inmitten der gagelüsternen Stars, Sonntag für Sonntag tritt er in die Arena, kämpft mit dem behendesten Schatten, dem eigenen Ruhm, und stellt sich all denen, die nur darauf warten, daß er, der ein paar hundert Mal gut war und sich keine Blöße gab, doch endlich versagt und die Haltung verliert..." Es folgen weitere 86 Druckzeilen intellektuell vergagten Schmuses. Ein schlimmes Zeichen eingelullten Intellekts. Schade, daß ich nicht gezählt habe, wie oft sich Höfer als hämischer Schulmeister disqualifizierte, wie oft er die Diskussionsleitung vom autoritären Piedestal aus zelebrierte. Zelebrierte: das ist der richtige Ausdruck. Seine Terminologie ist gestelztes overstatement. Er erlaubt sich keinen normal klingenden Satz und mimt permanent (und penetrant) die verkörperte Vernunft. Womöglich glaubt er sogar an seine Rolle. Manchmal kommt es mir so vor. Bei Otto Gebühr mußte man ja auch ständig damit rechnen, daß er sich für den Alten Fritz hielt.

Was Höfer unter einer demokratischen Diskussionsrunde versteht, ist in Wirklichkeit eine Show der Etablierten, die im Sinne von „panem et circenses" dem Volk Redefreiheit vorgaukelt. Profilierte Gegenmeinungen werden — nicht einmal elegant — abgewürgt. Höfer ist so autoritär wie gewisse Hochschulrektoren. Der Stil seines Schwatzkollegiums ist paternalistisch. Die Struktur bleibt undurchsichtig. Ein vage umschriebenes Thema wird nicht einmal eingekreist, geschweige denn analysiert. Es ist bemerkenswert, wie selten das Einverständnis der Beteiligten Risse zeigt. Gewiß: man hat auch an Höfers Seite schon rational denkende Journalisten erlebt, die mit einem einzigen Satz zum Kernproblem vorstießen. Aber was vermögen sie auszurichten, wenn ihre Argumente von den anderen Mitgliedern der Runde überredet oder gar von Höfer selbst zurückgewiesen, wenn nicht abgebrochen werden. Unerquicklich ist auch die immer wieder zu beobachtende Eitelkeit mancher Teilnehmer. Sie nehmen sich und ihre Meinung unsäglich wichtig: politischer Stammtisch in Krähwinkel.

Ich möchte hier — um dies zum Schluß noch zu sagen — dem kürzlichen Auftreten Nannens zumindest die Bedeutung eines entlarvenden Aktes beimessen. Ganz gleich, wie man sein Verhalten bewertet: er sagte doch einige Wahrheiten, und er denunzierte Höfers auf demokratisch gedopte Selbstgefälligkeit. Kläglicher als an jenem Sonntagmorgen hatte sich der „Frühschoppen" nie zuvor disqualifiziert. Und nie zuvor wurde der Nimbus einer freien Diskussion in diesem Rahmen so treffsicher zerstört. Von den Herren des Bundespresseamtes über den Intendanten des WDR bis herab zu Höfers diktatorischer Zudringlichkeit blamierte sich wieder einmal jenes Establishment, das unter Demokratie allenfalls die Aufrechterhaltung paternalistischer Privilegien versteht. Es war von Flegelhaftigkeit die Rede. Nun: mir ist ein herzhafter demokratischer Flegel lieber als ein vornehmer Autokrat. Aber das ist subjektiv. Fragen wir also lieber: wer hat sich flegelhaft benommen, Nannen oder das Establishment? Dem Bürger eines vorgeblich demokratischen Staates den Mund zu verbieten, ist sogar mehr als flegelhaft, ist nämlich verfassungswidrig.

E. H. Wahl

Die politische Satire

GENOSSE TREND (BERLIN) SPRICHT

Genossinnen und Gen ... *(Buhrufe vom Präsidiumstisch)* ... eh, hm, ... Parteifreunde und Parteifreundinnen! Meine Herren Minister! Wir Sozialdemokr... *(Unruhe, erregte Zurufe vom Präsidiumstisch: „Linker Spinner! Koalitionsspalter!!")* ... eh ... wir SPD-Mitglieder und Träger der Regierungsmitverantwortung ... *(frenetischer Beifall)* sind stets eine Partei gewesen *(Beifall)* ..., die sowohl einerseits als auch andererseits! Und das ist es ja, was uns so stark gemacht hat! *(Aufbrausender Beifall des Herrn Gen. Minister Wehner)* Das sollen sich die Herren Ristock und Beck einmal hinter ihre ungeschnittenen Ohren schreiben, wenn sie meinen, in unserer traditionsreichen Partei sei noch Platz für eine Gesinnung ... *(lebhafter Beifall)* ... wie die ihre. Das kommt doch aus ganz dunklen Kanälen, wie der Herr Genosse Franke vorhin so richtig ausführte *(Applaus von den Hinterbänken).*

Einerseits-andererseits, das ist der Standpunkt, an dem wir mit Beharrlichkeit und Gelassenheit festhalten. Natürlich ist unsere Partei, gerade dieser Kompromißlosigkeit wegen, oft Angriffen ausgesetzt. So hat vor genau 40 Jahren ein gewisser Tucholsky *(Unruhe im Saal)* — da brauchen Sie gar nicht so hämisch zu grinsen, meine Herren aus Südhessen — *(Beifall)* ... ein gewisser Tucholsky gesagt, und damit hat er die SPD gemeint: „Skatbrüder sind wir, die den Marx gelesen!" *(Gen. Olaf Radke lacht laut und wird durch die Polizei entfernt)* Selbstverständlich spielen wir SPD-Mitglieder gern mal einen zünftigen Skat, aber wir tun es stolz und bewußt! *(Das Fernsehen beginnt zu drehen)* Wenn wir Skat spielen, so tun wir das auch für unsere Skatbrüder und -schwestern im anderen Teil Deutschlands!!! *(Begeisterung, Zurufe : „Rel Bock! Contra!!")* Dennoch müssen wir uns gegen den sauberen Herrn Tucholsky verwahren: wer ist denn eigentlich dieser Marx ... *(Kopfschütteln, Papierrascheln im Saal)* ... den wir angeblich gelesen haben sollen? *(Ratlosigkeit, Herr Gen. Minister Wehner: „Da war doch mal so etwas ...??")*

Zu den Sachfragen: Vietnam? Das ist ein weites Feld. Einerseits sind wir gegen jeden Krieg, also auch gegen diesen; andererseits hat es schon immer Kriege gegeben, und daran werden auch wir nichts ändern können. *(Beifall)* Notstand? Schon einmal haben wir SPD-Mitglieder einen verhängnisvollen Fehler gemacht, bei der Ablehnung des sog. Ermächtigungsgesetzes; die Folge: von einem sozialdemokratischen Einfluß, geschweige denn von einer Mitverantwortung war in den nächsten 12 Jahren nicht mehr zu reden. Das wird uns nicht noch einmal passieren! *(Beifall)* Mitbestimmung? Einerseits — in der Theorie — natürlich Ja; andererseits: lassen Sie uns mit Herrn Gen. Prof. Schiller die Sache in großen Zügen sehen! Warum so kleinlich Mitbestimmung im Betrieb, wenn wir schon Mitverantwortung auf der soviel höheren Regierungsebene tragen? Oder-Neiße? Das wollen wir einerseits akzeptieren, andererseits aber nicht *(Beifall)* ... müssen jedoch auf einer genauen Formulierung bestehen! Es ist doch ein großer Unterschied, ob „Oder-Neiße" oder „Oder oder Neiße"! *(Starker Beifall)*

Öffnung nach links? Es war doch schließlich Herr Gen. Senator Neubauer, der die Politik „Laßt 100 Veilchen blühen!" durch seine Polizei bei uns zum Begriff machte. Und — soweit geht unser Einfluß — es gibt jetzt Namensschilder für Polizisten *(Buh-Rufe von der Polizei-Gewerkschaft)* ... in Prag *(Beifall).* Laßt uns deshalb weiter einerseits neue Wege suchen, andererseits diese keinesfalls beschreiten! Wollt Ihr den totalen Mief? *(Plenum: „Jaaa!!")*

Dietrich Kittner

Aus ausländischen Zeitschriften

Wohin geht der moderne Kapitalismus?

Die in Prag erscheinende Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus. Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information" veranstaltete am 25./26. Oktober 1967 in Prag eine Diskussion, die sich mit den Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus beschäftigte. An dem Meinungsaustausch nahmen 28 marxistische Wirtschaftswissenschaftler und Parteivertreter aus 16 Staaten teil. Eine Zusammenfassung der Diskussion wurde in den Heften 12/1967 und 1/1968 der Zeitschrift veröffentlicht. Aufgrund der durch den Automationsprozeß und die wirtschaftliche Rezession in der BRD aufgeworfenen Fragen wird, wie uns scheint, der marxistischen Analyse der Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus größeres Interesse entgegengebracht als bisher. Wir hielten es deshalb für angebracht, die wesentlichen Ergebnisse des Prager Kolloquiums zu veröffentlichen.

D. Red.

I

Das wesentliche Merkmal der heutigen kapitalistischen Gesellschaften ist die enge Verflechtung des Staates mit den Monopolen, die gegenseitige Durchdringung des Staatsapparates und der Oberschicht; der Kapitalismus der Monopole hat seine Struktur verändert, er hat sich zum staatsmonopolistischen Kapitalismus gewandelt. Diese Entwicklung ist nicht neu, sie beginnt bereits, wie die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer meinte, in der Zeit des Ersten Weltkriegs. Die privatwirtschaftlich organisierte, d. h. von den Monopolen beherrschte Kriegsproduktionsmaschinerie bedingte den Beginn der Verflechtung des Staatsapparates mit den privaten Monopolen — eine Verflechtung, die weit über die auch vorher bereits übliche Einmischung des Staates in die Wirtschaft hinausging. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde diese Entwicklung vorübergehend gehemmt; die Bourgeoisie bemühte sich, die staatsmonopolistische Kontrolle abzubauen und wieder zu den Vorkriegsbedingungen zurückzukehren. Allerdings trat damals auch zugleich eine Gegentendenz auf, auf die A. Milejkowski (UdSSR) in der Diskussion hinwies. Denn einerseits hatten die Erfahrungen des Krieges der Bourgeoisie gezeigt, daß der militärische Sieg nur durch die Mobilisierung aller ökonomischen Ressourcen erzielt werden kann, diese Mobilisierung jedoch staatsmonopolistische Maßnahmen voraussetzt; andererseits bedingte die steigende Konkurrenz auf den Weltmärkten eine Stärkung des ökonomischen Potentials, ein Ziel, das ebenfalls den Einsatz des Staatsapparates für ökonomische Interessen erforderte.

Eine neue Phase der strukturellen Veränderung des Kapitalismus begann in den 30er Jahren im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise. Denn diese schwerste der zyklischen Krisen zeigte, daß der Marktmechanismus nicht mehr die ökonomischen Entscheidungen, die zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Stabilität erforderlich gewesen wären, sichern konnte; er versagte, weil sich zu jener Zeit bereits die monopolistische Struktur der kapitalistischen Produktion herausgebildet und verfestigt hatte. Nun wurde klar, daß der Marktmechanismus durch die staatliche Einmischung ergänzt werden mußte, um die Stabilität des bürgerlichen ökonomischen Systems zu sichern (die Politik des „New Deal" zeigt dies in modellhafter Deutlichkeit). Standen die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker zunächst ratlos vor dem Phänomen, daß die „Selbstheilungskräfte" des Marktes versagten, so erkannten sie doch bald die neuen Erfordernisse des Imperialismus. Die veränderte ökonomische Struktur wird reflektiert in den Schriften des englischen Ökonomen J. M. Keynes. Die Keynesianische „Revolution", die eine neue Phase der bürgerlichen Ökonomie einleitete, ist in der Tat, wie A. Pesenti (Italien) ausführte, „die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Erhaltung dieses Systems". War die staatliche Einmischung ursprünglich durch nichtökonomische Faktoren (Kriegs-

vorbereitungen) hervorgerufen worden, so bedingte in den 30er Jahren die zunehmende ökonomische Labilität den Ruf der Bourgeoisie nach staatlicher Intervention.

Die Tendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde durch den Zweiten Weltkrieg weiter verstärkt. Nach dem Krieg kam es nun jedoch nicht mehr wie nach 1918 zu einem Nachlassen der staatlichen Einmischung, die zunehmende Verflechtung des Staates mit den Monopolen setzte sich sogar unter den Bedingungen einer Hochkonjunktur fort. Überwogen in den fünfziger Jahren noch kurzfristige beschäftigungspolitische Maßnahmen, so zeigt sich in den letzten Jahren deutlich das Ziel langfristiger Wachstumspolitik. Der Staat begnügt sich nun nicht mehr mit punktuellen kurzfristigen konjunkturpolitischen Maßnahmen, sondern geht immer stärker zu Planung und langfristiger Programmierung über.

Heute ist der staatsmonopolistische Kapitalismus zur normalen Existenzform der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Die koordinierte staatliche Einmischung ist nun unerläßliche Bedingung für die kapitalistische Wirtschaft. Als materielle Grundlagen des staatsmonopolistischen Kapitalismus nannte R. Peña (Spanien) u. a. das hohe Entwicklungsniveau der modernen Produktion, die breite Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung und ein spezifischer Platz innerhalb derselben sowie das Vorhandensein zuverlässiger Akkumulationsquellen. Als ein weiterer Faktor seiner Entstehung muß, worauf J. Campbell (Großbritannien) hinwies, die Herausforderung angesehen werden, die von der Arbeiterklasse immer nachdrücklicher an den Kapitalismus gerichtet wird und die den Staat zwingt, das System mit allen Mitteln zu stützen. Doch auch innerhalb der staatsmonopolistischen Herrschaftsstruktur lassen sich Widersprüche aufzeigen. Zwar ist die Verflechtung zwischen Staat und Monopolen deutlich, doch muß, wie B. Zaharescu (Rumänien) betonte, gesehen werden, daß der Staat den Monopolen nicht völlig untergeordnet ist, daß ihm als ihr Vertreter eine gewisse Selbständigkeit bleibt. Außerdem muß bei der Analyse berücksichtigt werden, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus zwar die Interessen der gesamten Bourgeoisie schützt, daß es jedoch „daneben besondere Interessen (gibt), die Großbourgeoisie vom Kleinbürgertum und der mittleren Bourgeoisie, die nichtmonopolistische von der monopolistischen trennen, sowie noch engere Interessen, die die verschiedenen Kategorien des Monopolkapitals zueinander in Gegensatz bringen."

II

Besonderen Raum widmeten die Diskussionsteilnehmer den aktuellen Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Mehrzahl vertrat die Auffassung, daß die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten Jahren einen echten qualitativen Sprung darstelle, dessen wesentliches Merkmal darin liege, daß die menschliche Kontrolle des Produktionsprozesses in zunehmendem Maße durch die mechanische Kontrolle (auf der Grundlage der angewandten Elektronik) ersetzt wird.

Im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution kommt der Wissenschaft eine besondere Bedeutung zu, denn sie bestimmt nicht nur die Vervollkommnung der Produktionstechnik, sondern beeinflußt auch den Produktionsprozeß selbst. M. Čihák (ČSSR) bezeichnete daher die Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft. Noch weiter ging T. Postolache (Rumänien) in seiner Argumentation. Er bezeichnete die wissenschaftliche Forschung „als eine besondere, selbständige Phase des Prozesses der erweiterten Reproduktion", also als eine eigene neue Kategorie des Marx'schen Reproduktionsschemas. Er wies auch in diesem Zusammenhang auf ein bezeichnendes Phänomen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hin: der Staat übernimmt in zunehmendem Maße die Finanzierung von Forschungsprojekten, deren Ergebnisse den Monopolen zugute kommen, die die wissenschaftlichen Entdeckungen in der Produktion anwenden; der Staat nimmt also eine echte Umverteilung der Mittel der Steuerzahler zugunsten der Monopole vor. Die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte wird jedoch zugleich bereits bestehende Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärfen. Denn die Vereinheitlichung und Automatisierung des Produktionsprozesses setzt große Kapitalinvestitionen voraus. Die in Relation zum eingesetzten Kapital steigenden Profitansprüche einerseits und technische Notwendigkeiten andererseits verlangen einen ununterbrochenen Produktionsprozeß. Dieser erfordert jedoch, wie A. Pesenti (Italien) aus-

führte, „ökonomische Harmonie, erfordert, daß das Erzeugnis konsumiert wird, daß eine ständige Nachfrage besteht, und das ist unter den kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich."

In vielen Referaten und Diskussionsbeiträgen wurde die Frage aufgeworfen, welche ökonomischen und sozialen Strukturveränderungen die wissenschaftlich-technische Revolution bewirken wird. Zu den wichtigsten strukturellen Wandlungen gehören, wie M. Čihák (ČSSR) zeigte, grundlegende Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Denn die Automatisierung der industriellen Produktion stellt die objektive Basis für die Entwicklung des Dienstleistungsbereiches dar; die Rolle des Dienstleistungsbereiches — dies zeigt sich heute schon deutlich — wird größer werden. Dadurch verliert die Teilung der Arbeit in produktive und nichtproduktive, die sich für die Marx'sche Analyse der Entwicklung der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts als zweckmäßig erwies, für den heutigen Kapitalismus ihre ursprüngliche Bedeutung und muß daher neu definiert werden. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, an der grundsätzlichen Unterscheidung festzuhalten, um produktive (im Sinne von gesellschaftlich nützlicher) Arbeit von Tätigkeiten, die keinen objektiv nützlichen Charakter tragen (z. B. Vorbereitung und Führung von Kriegen; die ungemein aufgeblähte Reklame etc.) begrifflich trennen zu können.

Alle bisherigen wesentlichen Veränderungen der Produktionstechnologie haben stets ihre Widerspiegelung im sozialen und politischen Bereich gefunden. Daher wurde auch die Frage aufgeworfen, welche Wirkungen die heutige wissenschaftlich-technische Revolution in diesem Bereich haben wird. Allerdings konnte darauf in der Diskussion keine erschöpfende Antwort gefunden werden. Wie L. Maier (DDR) feststellte, gibt es zu dieser Frage noch keine ausreichend ausgearbeitete marxistische Vorstellung — doch schließlich ist das Problembewußtsein bereits der erste Schritt wissenschaftlicher Erkenntnis.

III

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat die ökonomischen Funktionen des bürgerlichen Staates grundlegend verändert; er ist nicht mehr der „Nachtwächter" der Bourgeoisie des Liberalismus, sondern mischt sich in alle gesellschaftlichen Bereiche ein. Der Staat beeinflußt nicht nur die Verteilung, sondern wirkt heute auch auf die Produktion ein, sei es durch staatliche Finanzierung privater Initiative, die soziale Gesetzgebung, den wirtschaftspolitischen Einsatz des Steuersystems oder durch zahlreiche andere Instrumente heutiger Wirtschaftspolitik. Dominierte noch vor einigen Jahren die indirekte Einmischung in Form der Finanz- und Geldpolitik, so geht der Staat immer stärker zur direkten Einmischung über — die Schiller-Strauß-Wirtschaftspolitik belegt dies deutlich. In einigen europäischen kapitalistischen Ländern geschieht diese direkte Enmischung in Form des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln: wie A. Pesenti (Italien) anführte, tragen in Italien Betriebe mit staatlicher Beteiligung zu mehr als 50 Prozent zur Gesamtproduktion der Fe-Metallurgie bei, im Maschinenbau sind es etwa 25 Prozent. Dadurch kann der Staat direkt auf Beschäftigung, Nationalprodukt, Warenangebot, Lohnhöhe und Preisniveau einwirken. Wenn das Finanzkapital auch versucht, den staatlichen Sektor dem eigenen Interesse dienstbar zu machen, so gibt es doch Widersprüche zwischen dem Staat und den privaten Monopolen, die die Arbeiterklasse nutzen kann. Denn nach Pesenti trägt „allein schon die Tatsache, daß ... ökonomische Lösungen zu politischen Lösungen werden, ... dazu bei, daß der Klassenkampf und die Bewußtheit der Massen ein höheres Niveau erreichen, da sie die verschiedenen Stufen der politischen Macht ... berühren."

Eine besondere Rolle im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus kommt der kurz- und langfristigen ökonomischen Planung zu, zu der immer mehr kapitalistische Länder übergehen. Auf diese Entwicklung gingen viele Diskussionsteilnehmer ein. C. Vernay (Frankreich) charakterisierte diese Planung als „Grundlage für die Abstimmung der Interessen zwischen den verschiedenen Sektoren der Finanz- und Regierungsoligarchie" — eine Definition, die auch erhellt, was sich hinter dem Schlagwort „konzertierte Aktion" verbirgt. Der treibende ökonomische Impuls für diese Entwicklung ist die Notwendigkeit der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Monopole auf

dem Weltmarkt — eine Aufgabe, die die monopolistische Oligarchie ohne Zusammenarbeit mit dem politischen und ökonomischen Apparat des Staates nicht erfüllen kann. L. Urban (ČSSR) und A. Pesenti (Italien) betonten, daß neben den inneren ökonomischen Impulsen auch ein äußerer Faktor als Motiv staatlicher Programmierung angesehen werden müsse, nämlich die Erfolge der Planung in den sozialistischen Ländern, die den bürgerlichen Staat zwangen, sich nicht länger mit Stabilität zu begnügen, sondern forciertes Wachstum anzustreben.

Die Wirksamkeit der kapitalistischen Planung darf jedoch nicht überschätzt werden; solange die Produktionsmittel Privateigentum der Monopole sind, kann auch die staatliche Planung, wie C. Vernay (Frankreich) feststellte, nicht der realen Vergesellschaftung der Produktivkräfte entsprechen. Hier werden die Grenzen sichtbar, die der staatlichen Einmischung in die sozialökonomischen Prozesse in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind: der staatsmonopolistische Kapitalismus vermag zwar, wie J. Franzow (ČSSR) betonte, einige Widersprüche zu glätten, reproduziert sie aber zugleich unweigerlich neu; zeitweilige Erfolge können nur zum Preis ständig wachsender Widersprüche, die den Keim noch größerer Schwierigkeiten in sich bergen, erzielt werden. H. Wunderlich (DDR) sah den Hauptwiderspruch staatsmonopolistischer Programmierung darin, daß „die Monopole, die gezwungen sind, zur staatlichen Regulierung und Planung zu greifen, ... die geheiligten Prinzipien des kapitalistischen Unternehmertums, die Prinzipien der freien Marktwirtschaft (selbst untergraben)". Die staatliche Programmierung verschärft außerdem den Kampf zwischen den Monopolen um die politische Macht, der nicht nur Konflikte zwischen den Monopolen, sondern auch politische Krisen erzeugt. In diesen Widersprüchen könne, wie J. Franzow (ČSSR) hervorhob, Chancen für das Eingreifen demokratischer Kräfte liegen, doch zugleich kann der staatsmonopolistische Kapitalismus auch andere politische Konsequenzen haben, auf die A. Pesenti (Italien) hinwies: „Die wachsende Zentralisation der ökonomischen Macht ermöglicht die autoritäre Ausübung der politischen Macht."

IV

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat die kapitalistische Reproduktion in mancher Hinsicht verändert. Neben den bereits angeführten Wandlungen im Bereich der Produktion haben sich auch Veränderungen im Bereich der Distribution des Nationalprodukts vollzogen. In allen kapitalistischen Ländern gewinnt der Prozeß der Umverteilung des Nationaleinkommens große Bedeutung; der Anteil des Staates ist in vielen Ländern auf 15 bis 30 Prozent des Nationaleinkommens gestiegen. Auch im Bereich der Konsumtion zeigen sich neue Tendenzen, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus von früheren Stadien des Kapitalismus unterscheiden. So haben, wie T. Postolache (Rumänien) betonte, die staatlichen Aufträge (die zu einem beträchtlichen Teil die Militarisierung der kapitalistischen Volkswirtschaften bedingen) ein großes Gewicht bekommen, die Nachfragestruktur verändert sich heute rasch, die Quote langlebiger Konsumgüter am Gesamtkonsum nimmt ständig zu, der Verbraucherkredit spielt eine große Rolle, die Werbung hat sich stürmisch entwickelt etc. Die Bedeutung der Konsumtion im kapitalistischen Reproduktionsprozeß ist also größer geworden, bedingt durch die Entfaltung der Produktivkräfte einerseits und durch die Stärke der Arbeiterbewegung andererseits. Dies hat wichtige soziale Konsequenzen, denn, wie A. Kolár (ČSSR) ausführte, „die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft immer abhängiger vom Anwachsen der Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen wird, schafft für die Arbeiterklasse bessere Bedingungen als bisher, zur Erhöhung des eigenen Lebensstandards das Kapital unter Druck zu setzen."

Einen großen Raum nahmen in der Diskussion die theoretischen Probleme der organischen Zusammensetzung des Kapitals und des tendenziellen Falls der Profitrate ein; zu diesen Fragen wurden unterschiedliche Meinungen vertreten. Ein Teil der Diskussionsteilnehmer, darunter vor allem V. Perlo (USA) und C. Vernay (Frankreich), versuchte nachzuweisen, daß auch heute noch die Marx'sche Feststellung gilt, daß sich die organische Zusammensetzung des Kapitals (also das Verhältnis des konstanten zum variablen Kapital) weiter erhöht und die Profitrate weiter fällt. Allerdings führe der tendenzielle Fall der Profitrate nach V. Perlo (USA) nicht auch zu einer Senkung der Profite der

größten Monopole — diesen sei es gelungen, ihren Gewinn durch staatliche Subsidien, Auslandsinvestitionen und zu Lasten der schwächeren Kapitalisten zu erhöhen. A. Pesenti (Italien), der auch die These der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals vertrat, bezeichnete diese Entwicklung als „eine Grundlage der zunehmenden Schwierigkeiten im Prozeß der erweiterten Kapitalreproduktion" — und gerade die Bemühungen, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzutreten, führten zur verstärkten staatsmonopolistischen Einmischung in die Wirtschaft.

Eine andere Position vertrat vor allem T. Postolache (Rumänien); er ist der Meinung, die technisch-wissenschaftliche Revolution habe vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg zu dem neuen Typ des kapitalsparenden technischen Fortschritts geführt, der eine Tendenz zu sinkender organischer Zusammensetzung des Kapitals bewirke. Aus dieser These T. Postolaches (Rumänien) folgt also, daß sich, wie M. Čihák (ČSSR) bemerkte, die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht eindeutig aufwärts entwickeln muß — auch hier scheint eine gründliche Überprüfung der unterschiedlichen Annahmen anhand des empirischen Materials über die durch die wissenschaftlich-technische Revolution bedingte moderne ökonomische Entwicklung angebracht.

V

Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hat auch den für die kapitalistische Wirtschaft typischen Konjunkturzyklus beeinflußt. Dem Nachkriegskapitalismus ist es weitgehend gelungen, die Nachfrage auf einem relativ hohen Niveau zu stabilisieren und dadurch ein Wachstum des Nationaleinkommens zu ermöglichen. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die zyklische Entwicklung weiter existiert; vor allem im Sektor des mittleren Kapitalismus sind, wie A. Pesenti (Italien) aufgrund einer Untersuchung der Universität von Pisa feststellte, die zyklischen Schwankungen weit stärker ausgeprägt als in der monopolistischen Industrie.

Die antizyklischen Maßnahmen der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik werden durch verschiedene Widersprüche in ihrer Wirksamkeit behindert. Vor allem ist unter kapitalistischen Verhältnissen, wie L. Urban (ČSSR) hervorhob, eine echte progressive Besteuerung nicht möglich; auf der Einnahmeseite des staatlichen Haushalts sind daher die Möglichkeiten einer antizyklischen Politik sehr gering. Auch auf der Ausgabenseite wird eine derartige Politik erschwert; wie J. Zawadzki (Polen) am Beispiel der USA zeigte, ist ein sehr großer Teil der staatlichen Ausgaben relativ unelastisch und stellt einen festen Block im öffentlichen Haushalt dar, der kaum für Zwecke der Konjunkturpolitik manipuliert werden kann. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Politik der Vollbeschäftigung mit den Zielen der Preisstabilität und der ausgeglichenen Zahlungsbilanz zu vereinbaren — ein Problem, das in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft als „magisches Dreieck" angesehen wird. Zwar konnte die antizyklische Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus größere Krisen verhindern, doch führte sie damit zugleich zu einer größeren Nachfrage, die in der konjunkturellen Wiederbelebungsphase von den Monopolen zu Preiserhöhungen ausgenutzt wurde. Der dadurch bedingte inflationäre Trend führte zur Erhöhung der Diskontsätze, der Grundstückspreise etc., also zu Entwicklungen, die nach Meinung von E. Bjarnason (Kanada) ebenfalls für die Monopole sehr günstig waren.

VI

Besondere Beachtung widmeten die Teilnehmer der Prager Diskussion den Phänomenen der internationalen Integration, die zu einer wichtigen Kategorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus geworden ist.

Die ökonomische Basis der imperialistischen Integrationsbemühungen muß nach Ansicht von A. Milejkowski (UdSSR) im Wachstum der Produktivkräfte seit dem letzten Kriege und in der dadurch bedingten Notwendigkeit, die zwischenstaatlichen Produktionsverhältnisse den Erfordernissen dieser Entwicklung anzupassen, gesehen werden. Einen besonderen Stellenwert in dieser Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus gewinnt die westeuropäische Integration, die zu einer bisher nicht dagewesenen internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion führt. Die eigentliche Ur-

sache für diese Entwicklung in Westeuropa sieht A. Milejkowski (UdSSR) in den Erfordernissen des internationalen Konkurrenzkampfes, in der Notwendigkeit, der ökonomischen Expansion der USA zu widerstehen. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich auch in anderen Teilen der Welt ab; so sind japanische Monopole bemüht, durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Südostasien ihre eigene ökonomische Position zu festigen, und beziehen Australien und Neuseeland immer stärker in die Arbeitsteilung ein; die USA selbst bemühen sich, über den gemeinsamen Markt der Automobilindustrie hinaus zu einer engeren Kooperation mit Kanada zu gelangen.

VII

Die Konzentration der Macht, die nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik der heutigen kapitalistischen Staaten charakteristisch ist, hat entscheidende politische Konsequenzen, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Innen- wie dem der Außenpolitik.

Im Inneren der kapitalistischen Staaten zeigt sich, daß die Monopole alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Die ständig wachsende Ausdehnung des staatsmonopolistischen Herrschaftsbereichs führt, wie R. Peña (Spanien) betonte, zur Merkantilisierung aller Lebensbereiche und erzeugt damit neue Konflikte zwischen der monopolisierten Gesellschaft und dem Individuum.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist der moderne Kapitalismus, bedingt durch die wachsende ökonomische Konkurrenz der kapitalistischen Länder untereinander einerseits und die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems andererseits, aggressiver geworden. Um ihre Position zu stärken, streben die kapitalistischen Staaten danach, den Sozialismus überall in der Welt zurückzudrängen; das deutlichste Beispiel für diese Politik ist, wie Z. Bednarik (ČSSR) zeigte, der US-amerikanische Krieg gegen das vietnamesische Volk. Die aggressive Tendenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigt sich vor allem in der „Dritten Welt". Gerade die ökonomische Ausbeutung dieser Länder stellt nach I. Sabry (VAR) einen wichtigen Aspekt des modernen Kapitalismus dar. Um der nationalen Befreiungsbewegung entgegentreten und unter Umständen gar die sozialistischen Länder bedrohen zu können, haben die kapitalistischen Länder einen Militärapparat von ungeheuren Ausmaßen aufgebaut. Gerade die Militarisierung der nationalen Wirtschaft zeigt deutlich, welche Rolle der Staat im modernen Kapitalismus spielt: die für militärische Zwecke bereitgestellten Mittel nehmen ständig zu; ganze Produktionsbereiche sind auf die Rüstungsproduktion ausgerichtet (z. B. in den USA 95 Prozent des Flugzeugbaus, 60 Prozent des Schiffbaus, 50 Prozent der Radioelektronik usw.); die Aufträge werden in zunehmendem Maße an die größten Monopole vergeben (A. Postolache [Rumänien] zeigte, daß in den USA während des Zweiten Weltkriegs 66 Prozent der militärischen Aufträge auf die 100 größten Monopole entfielen; in den letzten Jahren erhielten diese bereits nahezu 75 Prozent). Gerade die Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaft zeigt, welche Diskrepanz zwischen der objektiven Möglichkeit und der tatsächlichen Nutzung der Produktivkräfte für die sozialen Bedürfnisse besteht.

VIII

Die Prager Diskussion machte deutlich, daß der Marxismus keine Sammlung starrer Dogmen ist, daß er ständig schöpferisch weiterentwickelt wird und daß er das geeignete Instrumentarium zur Analyse des modernen Kapitalismus bietet. Das Ziel der Diskussion war es, wie A. Kolár (ČSSR) sagte, „den Funktionsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft von heute, der staatlichen Einmischung und Wirtschaftspolitik gründlich zu erforschen, damit die Arbeiterklasse sachkundig für den sozialen Fortschritt kämpfen kann". Diesem Wissenschaftsbegriff entsprechend nahm die Frage, wie sich die demokratischen und sozialistischen Kräfte gegenüber der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verhalten sollten, einen breiten Raum ein.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, daß die Arbeiterbewegung Nationalisierungsbestrebungen unbedingt unterstützen und vorantreiben solle. Wenn auch der nationalisierte Sektor in den kapitalistischen Staaten den privaten Monopolen dient, so bietet er doch zugleich bessere Bedingungen für den gewerkschaftlichen Kampf und kann

sich als wirksames Instrument einer antimonopolistischen Strategie erweisen. Daher verfolgt die Kommunistische Partei Frankreichs, die nach dem Kriege in der verstaatlichten Kohlenindustrie ein Bergarbeiterstatut durchgesetzt hat, heute das Ziel der Nationalisierung der Hüttenindustrie, um auf diesem Wege, wie P. Hentgès (Frankreich) ausführte, durch ein Hüttenwerkerstatut Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, der Löhne, der Rentenversorgung und der Wohnverhältnisse erreichen zu können. Ähnliche Ziele verfolgte die italienische Arbeiterbewegung nach dem Kriege mit ihrer Politik, eine Reprivatisierung des großen staatlichen Sektors zu verhindern. Unter der Führung der KPI gelang es ihr sogar, eine Vergrößerung dieses Sektors zu erreichen und zu seiner relativen Unabhängigkeit beizutragen. In Italien mußten, wie A. Pesenti (Italien) ausführte, die Betriebe mit staatlicher Beteiligung aus der nationalen Unternehmerorganisation ausscheiden, wodurch der gewerkschaftliche Kampf für bessere Arbeitsbedingungen im staatlichen Sektor wesentlich erleichtert wurde. Da der dort erkämpfte soziale Fortschritt wiederum Rückwirkungen auf die sozialen Bedingungen im Sektor der Monopole hatte, hat sich also in Italien der nationalisierte Wirtschaftsbereich, wie A. Pesenti (Italien) sagte, „auch vom ökonomischen Standpunkt aus (als) ein wirksames Instrument im Kampf gegen die Monopole" erwiesen. Die Beispiele Frankreichs und Italiens zeigen zugleich, daß, wie L. Maier (DDR) betonte, der formale Akt der Verstaatlichung allein nicht ausreicht, es kommt darauf an, die Nationalisierung zu einer demokratischen Maßnahme zu machen, eine reale Kontrolle der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen durchzusetzen.

Auch die staatsmonopolistische Tendenz zur staatlichen Programmierung der Wirtschaft schafft neue Bedingungen für den Kampf der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Sie muß zu verhindern suchen, daß diese Planung, wie es in der gegenwärtigen Phase geschieht, die Herrschaft des Finanzkapitals weiter festigt; es ist für die Arbeiterklasse notwendig, eine Umfunktionierung der staatlichen Programmierung zu erkämpfen, d. h. sie als demokratische Planung zur Schaffung einer Wirtschaftsdemokratie zu nutzen. Eng verknüpft mit der Entwicklung der staatlichen ökonomischen Programmierung ist ein anderes Phänomen des staatsmonopolistischen Kapitalismus; die Einkommenspolitik. Sie ist zu einer wichtigen Erscheinungsform der staatlichen Einmischung in die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital geworden und wird heute in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern betrieben. Die staatliche Einkommenspolitik begann, als die Stärke der Arbeiter bei Tarifverhandlungen in der Periode relativer Vollbeschäftigung der späten 50er Jahre wuchs. Da zugleich aufgrund der weiteren Entwicklung der Arbeitsteilung und der ökonomischen Konzentration Streiks schwerwiegendere Folgen haben würden, sahen sich die Monopole gezwungen, die Regulierung durch den Staatsapparat vornehmen zu lassen. Bezeichnenderweise bezieht sich die Einkommenspolitik nur verbal auf alle Einkommenskategorien — faktisch bedeutet sie nichts anderes als den Versuch, die ökonomische Stabilität des kapitalistischen Systems auf Kosten der Löhne zu sichern und die Last ökonomischer Krisen auf die Löhne und Gehälter abzuwälzen. Auch dieser neuen Tendenz müsse die Arbeiterbewegung entgegentreten.

Die Teilnehmer der Prager Diskussion waren sich darin einig, daß die gefährlichen sozialen und politischen Folgen des staatsmonopolistischen Kapitalismus nur zusammen mit seiner Herrschaft beseitigt werden können. Doch der moderne Kapitalismus erzeugt zugleich, wie schon Lenin feststellte, die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus. Als charakteristische Merkmale „des Neuen ..., das im modernen Kapitalismus aufgekommen ist", wurden von L. Urban (ČSSR) die allmähliche Zurückdrängung der privaten Interessen als Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung, die Einsicht in die objektive Notwendigkeit langfristiger Regulierung der Wirtschaft, die Erweiterung der „unrentablen Sphäre", die Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, die Trennung der Unternehmerfunktion vom kapitalistischen Eigentum und der wachsende Einfluß der Gewerkschaftsorganisationen auf ökonomische und politische Entscheidungen genannt.

Allerdings darf, wovor R. Peña (Spanien) warnte, das Wachstum dieser Elemente des Sozialismus im kapitalistischen System nicht überschätzt werden. Der Übergang zum Sozialismus werde nicht automatisch erfolgen, sondern hänge vom Kampf der fortschrittlichen Kräfte für grundlegende demokratische Umgestaltungen ab. Grundvoraussetzung

für derartige Umgestaltungen sei die demokratische Inbesitznahme der Produktion, was bedeutet, daß die staatliche Wirtschaftspolitik und der Staatshaushalt dem Einfluß des Monopolkapitals entzogen werde. Wenn diese Strategie Erfolg haben solle, stelle sich das Problem der Macht von neuem.

Um eine wirkliche Demokratisierung durchsetzen zu können, müsse, so betonten viele Diskussionsteilnehmer, eine breite antimonopolistische politische Koalition geschaffen werden; der Kampf müsse also über sozialökonomische Konflikte hinausgehen und einen politischen Charakter annehmen. Um eine wirkliche antimonopolistische Politik durchführen zu können, um die Macht des Monopolkapitals zu zerstören, sei es erforderlich, daß in den einzelnen kapitalistischen Ländern eine demokratische Regierung an die Macht komme, eine Regierung, die die realen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertrete. Nur auf der Basis eines Zusammenschlusses breiter Bevölkerungsschichten werde es möglich sein, eine demokratische Gesellschaft zu schaffen und sozialistische Alternativen durchzusetzen.

Zusammengestellt von Wilhelm M. Breuer, Dipl.-Volkswirt

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entschließungen der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) vom 4.—10. März 1968 in München

Im nachfolgenden veröffentlichen wir einige wichtige Entschließungen der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS. Der Verband Deutscher Studentenschaften wird in Kürze sämtliche in München gefaßten Entschließungen in Buchform veröffentlichen.

D. Red.

Vietnam

Die Tatsachen des Krieges in Vietnam sind wie in keinem Konfliktfall zuvor jedem zugänglich, sie sind klar und erschütternd. Wer auch nur den Willen hat, sich vorurteilsfrei zu informieren, der kann wissen, auf welcher Seite in diesem Krieg Unrecht, auf welcher Seite das Recht ist. Die wichtigsten Tatsachen sind:

1) Der zweite Indochina-Krieg, ein Befreiungskrieg der Völker Indochinas von der Kolonialherrschaft Frankreichs, endet 1954 mit einem — der schnellen Verhandlungsbereitschaft der Regierung Mendes-France zu dankenden — militärischen Patt nach der Schlacht von Dien Bien Phu. Die Vietminh-Bewegung geht trotz ihrer militärischen Überlegenheit auf die Genfer Verhandlungen ein.

2) Das Genfer Abkommen gibt der ehemaligen Kolonialmacht und der US-Regierung eine zweijährige Chance, das für 1956 vereinbarte Votum des vietnamesischen Volkes über die Zukunft ihrer Nation südlich der Demarkationslinie in ihrem Sinne zu beeinflussen.

3) Als sich 1956 herausstellt, daß der von der US-Regierung eingesetzte Diktator Diem trotz oder wegen seiner gewaltsamen Unterdrückung jeder Opposition durch eine Wahl zugunsten Ho Chi Minh's weggespült würde, läßt die US-Regierung Diem die in Genf vereinbarten Wahlen verhindern.

4) Die US-Regierung gibt dem von ihr angesetzten und durch nichts legitimierten Diem eine Beistandsversprechung, auf die sie sich bis zum heutigen Tage beruft und bezieht Südvietnam entgegen dem Genfer Abkommen wie einen souveränen Staat in den SEATO-Pakt ein.

5) Die Diktatur Diems zeichnet sich nicht nur durch Unterdrückung jeder politischen Opposition aus; sie restauriert die während des zweiten Indochina-Krieges unter Führung des Vietminh partiell überwundenen halbfeudalen Agrarverhältnisse, die für den überwältigenden Teil der Bevölkerung Südvietnams Hunger und Elend bedeuten. Zudem fördert Diem US-Importe, die auch die erreichten Ansätze einer einheimischen Industrie, besonders auf dem Textilsektor durch Dumping zerstören.

6) Als 1960 der innenpolitische Terror Diems sich immer noch unaufhaltsam steigert und zugleich das Elend auf dem Lande und in den Städten ins unermeßliche wächst, konstituiert sich eine sämtliche demokratische Parteien und Gruppierungen bis hin zu den Buddhisten umfassende nationale Befreiungsfront Südvietnams unter der Leitung des bürgerlich-liberalen RA. Huu Tho, die den bewaffneten Aufstand gegen die Diktatur Diems beschließt.

7) Die FNL (Vietkong) organisiert ab 1960 einen Partisanenkrieg, einen Krieg also, der mit der Unterstützung durch die Bevölkerung steht und fällt. Die Beteiligung nordvietnamesischer Berater oder Kombattanten übersteigt bis 1963 nach amerikanischen Angaben nicht die Zahl 200. Die Partisanenstreitkräfte beschaffen sich bis 1964 ihre Waffen fast bis zu 100 Prozent von den Diem-Truppen bzw. von den US-Forces.

8) Im Sommer 1963 ist abzusehen, daß der Sieg der FNL-Streitkräfte von den Diem-Gruppen, deren Desertionsziffern ins Astronomische steigen, nicht mehr zu verhindern ist. Nach amerikanischen Schätzungen wird die FNL von etwa 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt, Präsident Kennedy erhöht daraufhin die Zahl der US-„Berater" in Vietnam von 2000 auf 11 000.

9) 1963 wird der Diktator Diem nach dem Buddhistenaufstand in den Städten gestürzt. Eine Militärjunta, die bald von anderen Militärjunten abgelöst wird, übernimmt die Regierung. Es wird offenes Geheimnis, daß die Regierungen in Saigon vom US-Botschafter ein- und abgesetzt werden. Die US-„Berater"-Stärke wird auf 16 000 Mann erhöht.

10) 1964 verzichtet die US-Regierung unter Präsident Johnson auf den Anschein, daß die südvietnamesischen Regierungstruppen den Krieg gegen kommunistische Rebellen führen; sie lassen die Hauptlast des Kampfes von regulären Einheiten der US-Forces tragen und übernehmen auch formell das Oberkommando. Zugleich beginnt nach den Zwischenfällen im Golf von Tonking das Bombardement auf das nordvietnamesische Territorium durch die US-Forces. Die Begründung dafür ist eine „Aggression aus dem Norden", die gerade das zu diesem Gegenstand vom Pentagon herausgegebene Weißbuch sehr eindrucksvoll als Märchen entlarvt. Ende 1964 stehen 200 000 US-Soldaten in Südvietnam.

11) In den folgenden Jahren — Ende 1967 übersteigt die Stärke der US-Truppen in Südvietnam die Zahl 500 000 — wird der Charakter der „Auseinandersetzung" durch die Art der amerikanischen Kriegsführung unübersehbar deutlich:

Die Vernichtung von Kindern, Frauen, Greisen und der von Menschen bearbeiteten Natur ist das Eingeständnis der Strategie, daß der Gegner nicht aus Infiltranten oder Terroristen besteht, sondern daß das vietnamesische Volk der Gegner ist. Napalm- und Splitterbomben, Giftgas, Erntevernichtungen und die brutalen Folterungen der Gefangenen und der Zivilisten zeigen deutlich, daß die US-Regierung nicht gegen die Bevölkerung terrorisierenden Kommunisten aus dem Norden zu Felde gezogen sind, sondern daß sie Völkermord in Eskalationsstufen begeht.

Die in Abständen unternommenen „Friedensoffensiven" können nicht verleugnen, daß ihr Ziel nicht die Erreichung des Friedens, sondern die Beruhigung der US- und Weltöffentlichkeit über den Krieg ist. Ebenso wenig überzeugen die Versuche, der Saigoner Militärregierung einen demokratischen Charakter zu verleihen: Im August 1967 durften Südvietnamesen zwischen zwei Angehörigen der gegenwärtig regierenden Militärjunta wählen.

12) Die US-Regierung setzt bis zum heutigen Tage die Eskalation des Krieges fort, obwohl sie weiß, daß jeder weitere Eskalationsschritt die Gefahr in sich birgt, daß aus dem Krieg in Vietnam ein atomarer Weltkrieg wird.

Die Bombardierung der am stärksten bewohnten Teile Saigons durch die Amerikaner zu Anfang des Jahres 1968, die Ausrottung der Stadt Ben Tre und die Kämpfe in Hue

dürften auch die letzten Zweifel an der einzig möglichen Strategie der USA in Vietnam beseitigt haben: da der Vietkong sich in der Bevölkerung wie ein Fisch im Wasser bewegt, ist die einzige Möglichkeit, ihn zu besiegen, die Bevölkerung auszurotten.

Bis heute konnte sich die deutsche Studentenschaft nicht entschließen, zu diesen Tatsachen Stellung zu nehmen. Der vds, das oberste Beschlußorgan der repräsentativen demokratischen Studentenvertretungen, begreift sein politisches Mandat als eine Aufgabe, die nur im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Funktion der Hochschule als Hochschule erfüllt werden kann. Die vds-Charta umreißt diese Aufgaben der Hochschule. Die Aufgabe der Wissenschaft kann sich in einer Gesellschaft, die Freiheit des einzelnen Menschen als ihr Ziel deklariert, nicht darauf beschränken, Wissen bereit zu stellen, das die ständige Verbesserung der Produktion gewährleisten soll. Wenn Wissenschaft verstanden wird als Mittel zur Selbstbefreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten, so hat sie vor allem emanzipatorische Funktion. Um den einzelnen Menschen immer mehr zum Subjekt seiner Geschichte werden zu lassen, muß die Wissenschaft die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ständig in Frage stellen und auf die politische Wirksamkeit ihrer Kritik drängen. Die universitäre Wissenschaft kann deswegen nur dann über einen Völkermord wie den in Vietnam hinweggehen, wenn sie eine gesellschaftliche Arbeitsteilung akzeptiert hat, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind. Damit hätte sich die Hochschule zum bloßen Lieferanten von Wissen degradiert, die kein Interesse an der tatsächlichen gesellschaftlichen Verwertung dieses Wissens hat und damit die Wissenschaft selbst von ihrer Dimension, aufgeklärte Selbstbestimmung den Menschen zu ermöglichen, zum bloßen Produktionsfaktor verkommen läßt.

Entsprechend dieser verkümmerten Funktionsbestimmung reproduziert die Hochschule in ihrem Inneren eben jene gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind. Sie entwirft unter dem Druck von Ministerialbürokratie und Wirtschaftsverbänden neue Ordnungen der Lehre, die die Studenten fertigem Wissen, vorgegebenen Lehrplänen und irrationalen Prüfungsritualen unterwirft.

Wenn die Studenten entschieden darauf dringen, daß in der Universität zwischen allen Universitätsangehörigen die rationale und vor allem verbindliche Auseinandersetzung über die Aufgabe der Universität beginnt, wenn also die Studenten Subjekt werden wollen, begegnet ihnen die universitäre Administration mit Gewalt.

Der vds stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner Hochschulpolitik bekämpft. Die Universitäten glauben sich deswegen zum Schweigen verpflichtet, weil sie ihre gesellschaftliche Funktion im Konformismus und in unpolitischer Wissenschaft sehen. Deswegen ist es ein unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des vds, durch Parteinahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk dem unpolitischen Selbstverständnis der Universitäten entgegenzutreten und die Universitäten an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben. Der vds stellt auch fest, daß die Parteien der Bundesrepublik und Westberlins ihren verfassungsmäßigen Auftrag, nachdem sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben, nicht erfüllen. Die Parteien halten die innerparteiliche Diskussion über Vietnam möglichst klein, durch die kritiklose Wiedergabe amerikanischer Propaganda-Formeln, durch mangelnde und falsche Information der Öffentlichkeit verhindern sie eine notwendige kritische Willensbildung in der Bevölkerung und handeln damit ihren proklamierten Zielen zuwider.

Die Kolaboration der Bundesrepublik beschränkt sich nicht auf die politische Unterstützung der Amerikaner in Vietnam. Da sie es nicht wagen kann, Soldaten zu senden, [illegible]stet sie die finanziellen Ausgaben und das politische Prestige der Amerikaner daß sie technische und wirtschaftliche „Hilfe" leistet. Der wesentliche Beitrag [illegible] Ausrottung des vietnamesischen Volkes besteht jedoch darin, die Deckung der amerikanischen Zahlungsbilanz zu ermöglichen. Dadurch, daß die [illegible] amerikanische Zahlungsbilanz stützt und Waffen und Schatz[illegible]A einkauft, finanziert sie indirekt den Krieg der USA mit.

Der vds ergreift angesichts des opportunistischen Schweigens der Parteien und der Universitäten Partei im Krieg der US-Regierung gegen das Volk Vietnams.

— Er verurteilt die US-Regierung und die von ihr abhängigen Regierungen als Verbrecher am Volk Vietnams und an ihren eigenen Völkern.

— Er fordert die US-Regierung auf, bedingungslos und sofort die Bombardements auf das Territorium Vietnams definitiv einzustellen; er fordert den sofortigen Abzug der US-Truppen mitsamt den Truppen der von der US-Regierung aufgebauten unheiligen Allianz, wodurch auch die sowjetischen Spezialisten Vietnam wieder verlassen können, damit die Vietnamesen ihre Zukunft selbst frei entscheiden können.

— Er sieht in der FNL Süd-Vietnams die derzeit glaubwürdigste Vertretung der Interessen des vietnamesischen Volkes südlich der Demarkationslinie, und er begreift den Kampf der Partisanenstreitkräfte der FNL als den z. Z. entscheidendsten Beitrag, um sowohl Süd-Vietnam wie die USA von einer demokratiefeindlichen und verbrecherischen Regierung zu befreien. Er erblickt im Ausgang des Krieges in Vietnam genau wie die US-Regierung eine Entscheidung, die für die Befreiung der unterdrückten Völker der „3. Welt" von beispielhafter Bedeutung ist, und unterstützt deswegen die FNL Süd-Vietnams.

— Er erklärt denjenigen Studenten in den USA seine Solidarität und seine Unterstützung, die sich in beispielhafter Weise im innenpolitischen Kampf gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Rassendiskriminierung und für eine demokratische Universität eingesetzt haben.

— Er protestiert gegen die Verfolgung derjenigen, die amerikanischen Soldaten, die eine Teilnahme am Angriffskrieg nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, unterstützen. Er fordert Bundesregierung und Bundestag auf, die Voraussetzung zu schaffen, daß Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte, die sich weigern, in Vietnam zu kämpfen, politisches Asyl gewährt wird. Eine Auslieferung von Deserteuren ist völkerrechtswidrig und verletzt deshalb das Grundgesetz.

— Er verurteilt die Produktion von Kriegsmaterial für Vietnam durch deutsche und amerikanische Firmen als Beihilfe zum Völkermord.

Dem vds geht es nicht allein um eine Deklaration. Der vds fordert die Studentenschaften der westdeutschen und Westberliner Hochschulen auf:

— Aufklärungskampagnen über den Krieg der USA gegen die Vietnamesen in der Bevölkerung durchzuführen;

— koordinierte Protestaktionen in allen Großstädten der BRD und Westberlin zu organisieren;

— in Zusammenarbeit mit den Belegschaften gewaltlosen Widerstand (Auslieferungsverhinderung, Streik etc.) gegen deutsche und amerikanische Firmen zu initiieren, die Kriegsmaterial für Vietnam herstellen;

— Desertationskampagnen in den Städten einzuleiten, in de[illegible]ische Garnisonen liegen;

— finanzielle Unterstützung für Deserteure und ihre Organi[illegible]

Der Vorstand wird beauftragt, einen Katalog von weiteren [illegible]len und in engster Zusammenarbeit mit dem AStA [illegible] gesamte Bundesgebiet aufzustellen und durchzuführen.

(Angenommen mit 240 Für-Stimmen, 7 Gegen-Stimmen

Notstandsgesetze

Mit Sorge um den Bestand der demokratischen G[illegible] Deutschland und die Entspannung in Europa bet[illegible] Regierung der Großen Koalition, die Notstandsge[illegible]

Nach ausführlichen und umfassenden Diskussi[illegible] eigenen Notstands-Hearings stellt der vds fest

Die verschiedenen Versicherungen, wonach [illegible] standsgesetze eine Kontrolle der vollzieher[illegible]

bei näherer Betrachtung als vordergründig. Der „Gemeinsame Ausschuß" kann allein von Zusammensetzung und Konzeption her diese Aufgabe nicht wahrnehmen.

Nach den Erfahrungen von „Fallex 66" scheint der „Gemeinsame Ausschuß" vielmehr eher „demokratisches" Aushängeschild als „parlamentarisches Kontrollorgan zu sein. (s. Anfragen des Mitglieds des Bundestages Dr. Dorn) Nach dem offensichtlichen Versagen von Parlamenten in der Bundesrepublik (s. Deutscher Bundestag nach der Spiegel-Affäre, Abgeordnetenhaus von Berlin nach dem 2. Juni 1967) muß außerdem auch davon ausgegangen werden, daß sämtliche Parlamente Westdeutschlands zur Zeit „Sicherheit und Ordnung" konsequent über die in der Verfassung garantierten Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers stellen. Diese Tendenz resultiert objektiv aus den Bestrebungen, die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufrecht zu erhalten.

In einer Zeit, in der umfassende Entspannungsbemühungen erforderlich wären, stören totale Vorbereitungen auf internationale bewaffnete Konflikte den Entspannungsdialog. Insbesondere von osteuropäischen Staaten wird die Politik der Bundesrepublik als latente Bedrohung der eigenen Sicherheit empfunden; Notstandsgesetze der von der Bundesregierung vorgelegten Art fördern diesen Eindruck.

Aus außenpolitischen Gründen sind Vorbereitungen auf einen Fall äußeren Notstands objektiv nicht zu rechtfertigen.

Bis zum heutigen Tage bestehen Unklarheiten über die alliierten Vorbehaltsrechte, über Zeit und Umfang der vorgesehenen Dienstverpflichtungen und über die Fortexistenz der „Schubladen-Gesetze". Angesichts dieser Unklarheiten und zum Teil sogar offensichtlicher Irreführungen (s. Argumentation über Notstandsregelungen in anderen Ländern, angebliche Streikgarantie im Art. 91 des Entwurfs) und auch bekanntgewordener illegaler und undemokratischer Aktionen der Exekutive (s. Übungen der Bundeswehr zur Bekämpfung von Demonstrationen, Sitzstreiks, „Störern", mit Knüppeln, Tränengas und anderen Formen der Gewaltanwendung ohne rechtliche Grundlage; Bruch des Postgeheimnisses durch den Verfassungsschutz, Errichtung bewaffneter Werkschutz/Werkselbstschutzeinheiten der Industrie in Zusammenarbeit mit BIM und DSI; Polizeiaktionen beim Schahbesuch) müssen starke Bedenken gegenüber jeder weiteren möglichen Ausdehnung staatlicher Gewalt erhoben werden bzw. muß nach den wirklichen Absichten der Schöpfer der Notstandsgesetze gefragt werden.

Die Inkonsequenz der offiziellen Argumentation läßt allein den Schluß zu, daß mit der Notstandsgesetzgebung ein Instrument geschaffen werden soll, das im Falle innerer Konfliktsituationen jederzeit geeignet ist, Bestrebungen zur Veränderungen der bestehenden Machtverhältnisse zu unterdrücken („Staatsstreich von oben"). Somit werden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, einer Demokratisierung der Gesellschaft auch mit einem faschistischen Staatsstreich entgegen zu wirken.

Die totale Inpflichtnahme der Bevölkerung schon in Friedenszeiten in paramilitärischen Organisationen arbeitet der notwendigen allgemeinen Demokratisierung in der BRD entgegen.

Der Regierungsentwurf einer Notstandsverfassung bedeutet somit einen Bruch mit der freiheitlichen Verfassungskonzeption des Grundgesetzes.

Der vds lehnt jegliche Notstandsgesetzgebung ab und fordert den Deutschen Bundestag auf, die im Sommer 1965 verabschiedeten „einfachen" Notstandsgesetze aufzuheben. Der vds fordert die Studentenschaft auf, Widerstand gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu leisten und ruft die Studentenschaften zur Teilnahme an einem Sternmarsch nach Bonn zur 2. Lesung der Notstandsgesetze auf.

(Angenommen mit 218 Für-Stimmen und 45 Enthaltungen.)

Demokratisierung der Hochschule

Die 20. o. MV stellt fest, daß die Notwendigkeit durchgreifender Strukturreformen an den bestehenden westdeutschen Hochschulen in der Öffentlichkeit, von den politischen Parteien und selbst von der Westdeutschen Rektorenkonferenz nicht mehr bestritten wird. Jahrelang sind die hierauf gerichteten Forderungen der Studenten ignoriert worden. Immer wieder sollte die Krise der gesamten Universität durch eine isolierte Studien-

reform behoben werden, die eine systembedingte Unmündigkeit des Studenten mit immer neuen Maßnahmen zur beschleunigten Reglementierung beantwortete. Strukturreformen der Universität wurden immer wieder zu organisatorischen Randfragen, wie der Streit um „Fakultät oder Abteilung" und „Rektor oder Präsident" verharmlost. Die eigentliche Frage nach Ausmaß und Legitimität der an den Hochschulen verteidigten Herrschaft bleibt ungestellt.

Die westdeutschen Studenten werden kein neues Hochschulgesetz und keine Hochschulsatzung akzeptieren, die bestehende Herrschaftsstrukturen an den Universitäten ohne rationale Begründung aus taktischen oder traditionellen Gründen aufrechterhalten. Die Studentenschaften werden deshalb nicht hinnehmen,

— daß ein am Lehrstuhlprinzip orientiertes Berufungswesen Forschungsmittel und Personalstellen an die Person des Ordinarius bindet;

— daß der Lehrstuhlinhaber zugleich auf Lebenszeit bestellter Institutsdirektor bleibt, dessen Anordnungen alle übrigen Universitätsmitglieder unterworfen sind;

— daß Habilitation und Berufung von der Protektion eines ordentlichen Professors abhängen, die jeder öffentlichen Kontrolle entzogen ist;

— daß die Ernennung zum Assistenten nur auf dem Gutdünken des Ordinarius beruht und damit eine Phase vollständiger persönlicher Abhängigkeit einleitet;

— daß die Studienfreiheit auf eine Phase inhaltlich und zeitlich kontrollierter Lerntätigkeit reduziert wird;

— daß sämtliche Entscheidungsgremien der Hochschulen ausschließlich oder überwiegend mit Ordinarien besetzt sind, obwohl die Beschlüsse, speziell in Studien-, Haushalts- und Personalfragen, für alle Universitätsmitglieder verbindlich sind;

— daß die Entscheidungen in einem aufgeblähten System über- und nachgeordneter Selbstverwaltungsinstanzen und in ausnahmslos vertraulichen Beratungen zustandekommen;

— daß die Herrschaftsverhältnisse an den Hochschulen durch staatlichen Eingriff gestützt werden.

Stattdessen fordern die Studentenschaften eine Demokratisierung der Hochschulen, die zu einer Selbstbestimmung aller Universitätsmitglieder über ihre Tätigkeit, deren Inhalt, Schwerpunkt und Zielsetzung im Rahmen der kollektiven gesellschaftlichen Aufgaben der Universität führt. Hierzu fordern wir als gesetzlich oder satzungsgemäß unmittelbar zu realisierende Maßnahmen:

1) Abschaffung des Lehrstuhlprinzips zugunsten einer einheitlichen Professur, die apl. Professoren und Privatdozenten heutiger Art gleichberechtigt mit umfaßt. Der Lehrstuhl als Verwaltungsinstanz wird in das unterste fachliche Kollegialorgan, Institutsbzw. Abteilungsrat, integriert.

2) Abschaffung der Habilitation zugunsten eines einheitlichen, objektivierten Berufungsverfahrens, zu dem sämtliche wissenschaftliche Arbeiten der Bewerber, sowie Vorlesungsrezensionen u. ä. heranzuziehen sind. Jede Professur wird öffentlich ausgeschrieben. Der Berufungsvorschlag ist in der Regel aus dem Kreis der Bewerber zu entnehmen. Die Berufungsverträge regeln nur die persönliche Anstellung der Professoren.

3) Die heutigen Assistenten, Akademischen Räte und Lektoren bilden gemeinsam die Gruppe der Dozenten neuer Art. Sie erhalten einen sozial und korporativ unabhängigen Status, der eine selbständige wissenschaftliche Qualifikation zur Professur ermöglicht. Der Ernennung zum Dozenten geht eine Ausschreibung voraus. Die ausschreibende Instanz ist an den Kreis der Bewerber gebunden.

4) Studienfreiheit ist zu realisieren als Garantie autonomer Studienentscheidungen, die Selbstbestimmung jedes Studenten in der Wahl des Studienzieles, der Fächerkombinationen, Prüfungsleistungen und -inhalte vorantreibt. Zur Studienfreiheit gehören von Studenten selbst organisierte Lehr- und Forschungsbetriebe durch Vorlesungsrezensionen, Gegenseminare etc. auf die Studien-, Lehr- und Forschungseinrichtungen zurückwirken.

Die soziale Unabhängigkeit des Studenten ist durch eine allgemeine, familienunabhängige Gesamtförderung zu gewährleisten.

5) Auf allen Ebenen der Universitätsverwaltung werden Organe geschaffen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Professoren, Dozenten und Studenten bestehen. Die Vertreter werden von besonderen Versammlungen der Professoren, Dozenten neuer Art (vgl. 3.) und Studenten gewählt. Die allgemeinen Selbstverwaltungsorgane entscheiden in allen Angelegenheiten, die unmittelbar oder mittelbar alle Universitätsmitglieder betreffen.

6) Die Kette der nachgeordneten Selbstverwaltungsinstanzen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren. Nur wenn die Forschungsspezialisierung oder der Zusammenhang verwandter Studienrichtungen es notwendig machen, ist die fachliche Selbstverwaltung auf zwei Ebenen, dem Institut und der Abteilung, zu organisieren. Die Kompetenzen der zentralen Selbstverwaltung sind dadurch zu verstärken, daß ein von den zentralen Gruppenorganen gewählter Großer Senat (bisher Vollversammlung) Weisungsbefugnisse gegenüber allen anderen Organen der allgemeinen Hochschulverwaltung erhält.

7) Die Beratungen aller Universitätsgremien sind öffentlich.

Die Studentenschaften betrachten diese Maßnahmen als notwendige Zwischenfixierung eines Demokratisierungsprozesses, der es der Hochschule überhaupt erst ermöglicht, ihre Aufgaben in kritischer Rationalität gegenüber Staat und Gesellschaft zu erfüllen. Die Studentenschaften fordern Hochschulreform als Teil einer über das gesamte Bildungswesen hinausgreifenden Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft.

(Angenommen mit 240 Für-Stimmen, 75 Gegen-Stimmen und 12 Enthaltungen.)

Ausbildungsförderung

Das Ausbildungsförderungssystem in der BRD ist völlig unzureichend.

Erst im Jahre 1957 wurden auf den massiven Druck von Studenten- und Dozentenschaft (Hochschultagung Bad Honnef) Bund und Länder veranlaßt, eine allgemeine Studienförderung aus öffentlichen Mitteln zu schaffen, das sog. Honnefer Modell.

Eine zureichende Förderungsregelung aller übrigen Ausbildungswege wurde auch nicht verwirklicht. Darüber hinaus wurden die Richtlinien für die staatliche Studienförderung im wesentlichen auf dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaut, statt ausschließlich an den Anforderungen einer zeitgemäßen Studienförderung orientiert zu werden; sie trugen daher alle Anzeichen eines Kompromisses. Diese Studienförderung, die auf Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern beruht, blockiert von ihrem Ansatz her die Durchsetzung einer sozialgerechten und die Chancengleichheit aller sichernden Ausbildungsförderung.

Seitdem haben Bund und Länder nichts Entscheidendes getan, die mit Mängeln ausgestattete Förderung zu verbessern. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß die Bundestagsfraktion der FDP 1967 einen Gesetzentwurf über die wirtschaftliche Förderung der Ausbildung vorgelegt hat, der wesentliche Ansätze liefert, die sich mit der Forderung nach Demokratisierung der Ausbildungsmöglichkeiten vereinbaren lassen:

— die Ausbildungsförderung soll während der gesamten Ausbildung in Schulen, Lehrausbildungsstätten und Hochschulen gewährt werden; sie ist also keine reine Studienförderung (§ 2).

— Die tatsächlichen Ausbildungskosten sollen berücksichtigt werden; die Ausbildungsförderung soll der Lohn- und Preisentwicklung laufend angeglichen werden (§ 8).

— Den Auszubildenden wird kontinuierliche Zahlung der Ausbildungsförderung zugesichert, auch wenn sie Ansprüche an eine andere Person oder Stelle haben, die von diesen nicht erfüllt werden. Der Auszubildende ist dann nicht mehr gezwungen, seine Ansprüche selbst einzuklagen, sondern tritt diese an den Staat ab (§ 17).

— Die Streichung der verschiedenen staatlichen Kindervergünstigungen und die Zusammenlegung mit der mangelhaften Förderung nach dem Honnefer Modell zugunsten eines

einheitlichen Fonds zur Ausbildungsförderung ermöglicht eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung und größtenteils die Deckung des finanziellen Mehraufwandes (§ 32 ff.). Der vds stellt fest:

Der Gesetzentwurf der FDP zur Ausbildungsförderung würde gegenüber der jetzigen Regelung echte Fortschritte bringen. Doch ebenso eindeutig geht bereits aus §§ 1,1 und 4 des Gesetzentwurfes hervor, daß wiederum nicht eine Förderungskonzeption erreicht wurde, die Art. 2 GG freie Entfaltung der Persönlichkeit), Art. 3 GG (Gleichheitsgrundsatz) und Art. 12 GG (freie Wahl der Ausbildungsstätte) erfüllt, weil auch hier eine Abweichung vom Subsidiaritätsprinzip nicht erkennbar ist.

„Das Gesetz verfolgt den Zweck, jedem Deutschen die freie Wahl der Ausbildungsstätte und eine seiner Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung dann zu ermöglichen, soweit eigene Mittel hierfür nicht vorhanden sind." (Vgl. auch § 4 FDP-Entwurf)

Der Staat versteht also seinen Sozialauftrag dahingehend, daß er den Eltern die materielle Sicherung der Ausbildung ihrer Kinder grundsätzlich überläßt, und nur bei deren finanziellen Versagen die Ausbildungskosten teilweise und notfalls ganz übernimmt. Dadurch ist keinesfalls eine freie Ausbildung für alle gesichert, da die Erfahrung zeigt, daß viele Eltern die ihnen zugemuteten Beiträge zur Ausbildung entweder nur teilweise, mit bestimmten Auflagen oder gar nicht leisten. Diese Situation ist besonders für Studenten fatal.

— In einem Alter, in dem Gleichaltrige wirtschaftlich unabhängig geworden sind, leben Studenten in materieller Abhängigkeit und Unsicherheit (über $^2/_3$ aller Studenten sind volljährig). Diese Benachteiligung nimmt vielen jungen Menschen den Anreiz zum Studium oder zwingt sie zum Studienabbruch. Das gilt vor allem auch für Absolventen des Zweiten Bildungsweges.

— Wissenschaftliches Arbeiten erfordert ein hohes Maß an Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Dem widerspricht die gegenwärtige materielle Abhängigkeit und soziale Abseitsstellung der Studenten. Die notwendige Hochschul- und Studienreform wird ohne eine entsprechende Reform der Sozialleistung für Studenten nicht erfolgreich durchgeführt werden können.

Die Stellung der Studenten in der Gesellschaft muß also neu begriffen werden. Dabei wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß es keinen Grund gibt, Studenten anderen Lebensregeln zu unterwerfen als gleichaltrige Nichtstudierende. Es ist unzumutbar, daß Studenten bewußt in Abhängigkeit und unter finanziellem Druck gehalten werden aus dem vorherrschenden Verständnis heraus, daß sie

a) Lernende sind, die später ohnehin für ihre harte Lernzeit hoch entschädigt werden und

b) in die unproduktive Bevölkerungsschicht der Kinder und Rentner eingereiht werden, weil sie noch nicht direkt am Produktionsprozeß beteiligt sind.

Doch müssen die Leistungen aller Studenten als Beitrag im Arbeitsprozeß der Wissenschaft anerkannt werden, sie haben somit Relevanz für die Gesellschaft.

Darüber hinaus entspricht jede qualifizierte Ausbildung einem gesellschaftlichem Interesse. Die Weiterentwicklung des ökonomischen und technischen Standards der Gesellschaft ist ohne eine steigende Zahl von fachlich Ausgebildeten nicht zu gewährleisten. Diese Auszubildenden leisten schon während ihrer Ausbildungszeit der Gesellschaft indirekt einen Dienst und müssen daher von ihr finanziell unterstützt werden.

Der vds fordert daher ein Ausbildungsförderungsgesetz, das sich völlig von der Vorstellung der familienabhängigen Förderung löst. Nur dann wird der materielle Vollzug der Grundrechte gesichert sein, wenn freie Persönlichkeitsentfaltung, Chancengleichheit und freie Wahl der Ausbildungsstätte für alle vollkommen garantiert sind.

(Angenommen mit 256 Für-Stimmen, 27 Gegen-Stimmen und 10 Enthaltungen).

Erklärung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie"

zu den Vorfällen bei der Eröffnung des SPD-Parteitages in Nürnberg am 17. März 1968

1) Die vom Nürnberger Kuratorium Notstand der Demokratie anläßlich des SPD-Parteitages veranstaltete Kundgebung „Notstandsstaat oder soziale Demokratie" ist in jeder Hinsicht korrekt verlaufen und beendet worden. Zu den Vorfällen vor der Meistersingerhalle hat das Nürnberger Kuratorium noch am Sonntag Stellung genommen. Es hat klargestellt, daß es für die Zwischenfälle nicht verantwortlich gemacht werden kann und Tätlichkeiten verurteilt. Wir schließen uns dieser Erklärung an.

2) Seitens eines Teils der Presse und der politischen Instanzen wird nun durch tendenziöse und verzerrende Darstellung der Zwischenfälle versucht, aus ihnen Kapital gegen die außerparlamentarische Opposition und die kritischen Kräfte innerhalb der SPD zu schlagen.

Damit wird Ursache und Wirkung verkehrt. Offenbar hat es sich bei den spontan Protestierenden vor der Meistersingerhalle überwiegend um Jugendliche gehandelt. Eine organisatorische und politische Führung war nicht erkennbar und offensichtlich nicht vorhanden — außer einigen Provokateuren von rechts.

Spontane Proteste Jugendlicher treten heute überall auf. Sie sind das Ergebnis der Entfremdung und Verselbständigung der etablierten politischen Kräfte gegenüber politischen Bewegungen im Volk.

Die außerparlamentarische Opposition macht den Versuch, den politischen Inhalt der Proteste zu formulieren und in die rationale Auseinandersetzung um die Politik der Bundesrepublik einzubringen. Das hat auch die Kundgebung des Kuratoriums in Nürnberg getan. Außerdem ist bereits Wochen vor dem Parteitag von einer neutralen Instanz in Nürnberg der Versuch gemacht worden, Vertreter des SPD-Vorstandes zu einer fairen Diskussion mit Repräsentanten der außerparlamentarischen Opposition während des Parteitages in Nürnberg zu gewinnen. Der SPD-Vorstand hat das abgelehnt. Aber nur tiefgreifende allgemeine Veränderungen in Stil und Inhalt der herrschenden Politik wären eine Antwort auf die Proteste der Jugend. Die Reaktionen der Regierungsparteien sind bisher weitgehend nur verbal. Das steigert und verschärft die Unruhe.

3) Es ist damit zu rechnen, daß auf dem Parteitag selbst der Versuch gemacht wird, die Kritik an der Politik des Parteivorstandes und der Koalitionsregierung unter Hinweis auf die Vorfälle vor der Meistersingerhalle zu unterdrücken. Ein Indiz dafür ist die Besudelung des als aktiver Gegner der Notstandsgesetze bekannten Landtagsabgeordneten Essl durch den SPD-Bundestagsabgeordneten Höhne. Die spektakulären Auftritte einiger radikaler Jugendlicher müssen im Lichte dieses Vorgehens eines öffentlichen Mandatsträgers zwangsläufig verständlicher erscheinen.

Es muß klargestellt werden, daß nicht die Kritiker, sondern die Regierenden in der Partei die politische Schuld an der Enttäuschung und Aggression der Jugendlichen gegen die SPD tragen.

Frankfurt/Main, den 19. März 1968

Konsultativtreffen der Stockholmer Vietnamkonferenz

Resolution

Immer mehr Menschen auf der ganzen Welt erheben ihre Stimme, um den Agressionskrieg der USA gegen Vietnam zu verurteilen.

Die Vereinigten Staaten sind dabei, ihren barbarischen und unmoralischen Krieg gegen das vietnamesische Volk zu verlieren. Dies ist mit allem Nachdruck durch die jüngste Generaloffensive und durch die Aufstände der FNL in Südvietnam demonstriert worden. Neue politische Kräfte haben sich angeschlossen, ermutigt durch das politische Programm der FNL.

Trotzdem beharrt die Regierung Johnson darauf, diesen grausamen Krieg weiter zu eskalieren, die Städte Südvietnams zu bombardieren, chemische Giftstoffe, Napalm- und Phosphorbomben einzusetzen, und droht damit, in Südvietnam taktische Atomwaffen anzuwenden. Die Regierung Johnson setzt ihre Angriffe auf Hanoi, Haiphong und andere Zentren Nordvietnams fort. Sie droht mit einer Blockade des Hafens von Haiphong, mit der systematischen Zerstörung der Deiche in Nordvietnam und mit der Ausweitung des Krieges auf Kambodscha und Laos.

Diese Aktionen und Manöver der US-Regierung, die von der ganzen Welt verurteilt werden, bedrohen ernstlich den Frieden in Asien und in der Welt. Sie stellen eine offene und brutale Herausforderung des Gewissens der Menschheit dar. Alle verantwortlichen Menschen und alle Völker, die sich für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen, müssen jetzt fordern, daß die USA ihren Krieg gegen Vietnam einstellen.

Wir appellieren eindringlich an alle Männer und Frauen der ganzen Welt, gemeinsam zu handeln und zu fordern:

— Die endgültige und bedingungslose Einstellung der amerikanischen Bombardierungen und anderer kriegerischer Akte gegen die DRV, um günstige Bedingungen für unverzügliche Verhandlungen zwischen der DRV und den USA zu schaffen, Verhandlungen über die anstehenden Probleme zur Lösung der Vietnamfrage auf der Basis des Genfer Abkommens, wie das in der Erklärung des Außenministers der DRV vom 28. Januar 1967 vorgeschlagen und in den Erklärungen vom 29. Dezember 1967 und 8. Februar 1968 präzisiert worden ist;

— den Abzug der Truppen der USA und ihrer Satelliten aus Südvietnam, so daß das südvietnamesische Volk seine eigenen Angelegenheiten auf der Grundlage des politischen Programms der FNL und ohne jede ausländische Intervention selbst regeln kann;

— die Respektierung des Rechts des ganzen vietnamesischen Volkes auf die Regelung seiner eigenen Angelegenheiten ohne jede fremde Einmsichung.

Wir appellieren an alle Männer und Frauen, an alle Organisationen und an alle Parlamente, ihre Unterstützung für den gerechten und heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes für Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden zu verstärken. Wir appellieren an das amerikanische Volk, seinen Kampf zu intensivieren und die Rückführung der amerikanischen Truppen in die USA zu fordern. Wir appellieren an die Verbündeten der Vereinigten Staaten, sich von der Kriegspolitik der US-Regierung zu distanzieren und mit allen Regierungen und mit dem „anderen Amerika" zusammenzuarbeiten, die nach Frieden, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit für Vietnam streben.

Die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes, die die Sache aller Völker ist, wird siegen.

Aufruf

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam hat bei verschiedenen Anlässen erklärt, daß Verhandlungen zwischen der DRV und den USA beginnen können, sobald die US-Regierung die bedingungslose Einstellung der Bombenangriffe und aller anderen Kriegshandlungen unter Beweis gestellt hat.

Die USA haben jedoch mit einer noch größeren Eskalation des Krieges gegen die DRV geantwortet.

Wir, die Teilnehmer der Außerordentlichen Beratenden Tagung der Stockholmer Vietnamkonferenz, appellieren an alle Parlamente, Regierungen, politischen Parteien, Gewerkschaften, religiösen Gruppen, Friedensbewegungen, kulturellen, gesellschaftlichen, Jugend-, Studenten-, Frauen- und anderen Organisationen in der ganzen Welt:

Erhebt noch entschiedener die Forderung nach endgültiger und bedingungsloser Einstellung der Bombenangriffe und aller anderen Kriegshandlungen.

Damit werden günstige Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen der DRV und den USA geschaffen, um Fragen, die im Zusammenhang mit der Lösung des Vietnamproblems stehen, auf der Basis der Genfer Abkommen von 1954 über Vietnam beraten zu können. Stockholm, 23./24. März 1968

Neue Autoren

Bemerkungen

Rainer Rilling, geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn; Mitautor des Buches: Die NPD, Berlin 1967

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte; Lyrik und Zeitschriftenveröffentlichungen

Peter Schütt, geb. 1939 in Niederelbe, studierte Germanistik und Geschichte in Hamburg, nach zweijähriger Assistententätigkeit lebt er jetzt als freier Schriftsteller in Hamburg; politische Lyrik, literatur- und kulturpolitische Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen

Wilhelm M. Breuer, geb. 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, Dipl.-Volkswirt, promoviert jetzt über Probleme Lateinamerikas; Zeitschriftenveröffentlichungen

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Professor Wolfgang Abendroth „Wahlalternative 1969?" erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlages zum Preise von DM 1,50

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Aretin
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Dr. Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Prof. Dr. Igor Bestushew
Dr. Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Martin Hall
Prof. Dr. George W.F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Dr. Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Egbert Hoehl
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
Prof. D. J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v.Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Niekiewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Piat
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Dr. jur. A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Marianne Regensburger
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Dr. Peter Römer
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Theo Schiller
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Neue Autoren

Bemerkungen

Rainer Rilling, geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn; Mitautor des Buches: Die NPD, Berlin 1967

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte; Lyrik und Zeitschriftenveröffentlichungen

Peter Schütt, geb. 1939 in Niederelbe, studierte Germanistik und Geschichte in Hamburg, nach zweijähriger Assistententätigkeit lebt er jetzt als freier Schriftsteller in Hamburg; politische Lyrik, literatur- und kulturpolitische Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen

Wilhelm M. Breuer, geb. 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, Dipl.-Volkswirt, promoviert jetzt über Probleme Lateinamerikas; Zeitschriftenveröffentlichungen

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Professor Wolfgang Abendroth „Wahlalternative 1969?" erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlages zum Preise von DM 1,50

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.